

Stenographisches Protokoll

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 1. und Freitag, 2. Dezember 1977

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978

Beratungsgruppe I: Oberste Organe

Beratungsgruppe II: Bundeskanzleramt

Beratungsgruppe III: Äußeres

Albrecht (S. 7021), Peter (S. 7024), Dr. Mock (S. 7026), Bundesminister Dr. Pahr (S. 7031) und Dr. Ettmayer (S. 7032)

Annahme der Beratungsgruppe III (S. 7036)

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 6888)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 6888)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (631 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978 (713 d. B.)

Generalberichterstatter: Maderthaner (S. 6888)

Spezialdebatte

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe I: Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, Kapitel 05: Volksanwaltschaft, Kapitel 06: Rechnungshof

Spezialberichterstatter: Mondl (S. 6889)

Beratungsgruppe II: Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, Kapitel 70: Staatsdruckerei

Spezialberichterstatter: DDr. Hesele (S. 6891)

Redner: Dr. Taus (S. 6892), Dr. Fischer (S. 6904), Dr. Broesigke (S. 6914), Dr. Prader (S. 6919), Sekanina (S. 6927), Peter (S. 6932), Dr. Gasperschitz (S. 6937), Dr. Steyrer (S. 6941), Dr. Schmidt (S. 6945), Steinbauer (S. 6951), Dr. Beatrix Eypeltauer (S. 6955), Dkfm. Gorton (S. 6959), Wuganigg (S. 6964), Wimmersberger (S. 6967), Hatzl (S. 6970), Vetter (S. 6976), Brauneis (S. 6980), Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 6983) und Burger (S. 6989)

Annahme der Beratungsgruppen I und II (S. 6993)

Beratungsgruppe III: Kapitel 20: Äußeres

Spezialberichterstatter: Heinz (S. 6993)

Redner: Dr. Fiedler (S. 6995), Czernetz (S. 6997), Dr. Scrinzi (S. 7007), Luptowits (S. 7013), Dr. Karasek (S. 7016), Anneliese

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

739: Abkommen zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gemäß Artikel XXVIII des GATT betreffend bestimmte Käse (S. 6888)

740: Abkommen zwischen Österreich und der Schweiz gemäß Artikel XXVIII des GATT betreffend bestimmte Käse (S. 6888)

Berichte

Tätigkeitsbericht der Arbeitsinspektion im Jahre 1976, BM f. soziale Verwaltung (III-93) (S. 6888)

Kunstbericht 1976, BM f. Unterricht und Kunst (III-98) (S. 6888)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Ermacora, Dr. Halder, Dr. Keimel, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Regensburger und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Kasernensanierung in Tirol (1504/J)

Dr. Feurstein, Dr. Wiesinger, Hagspiel und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend die Anwendung von § 29 b der Straßenverkehrsordnung (1505/J)

Peter, Dipl.-Vw. Josseck und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks-AG – Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen (1506/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Schmidt und Genossen (1373/AB zu 1389/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Lanner und Genossen (1374/AB zu 1382/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen (1375/AB zu 1391/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen (1376/AB zu 1390/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Staudinger, Frodl, Wedenig, Anton Schlager, Pölz, Zingler und Ing. Schmitzer.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 1373/AB bis 1376/AB eingelangt sind.

Die eingelangten Anträge weise ich zu wie folgt:

Antrag 70/A der Abgeordneten Dr. Prader und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 abgeändert wird, und

Antrag 73/A der Abgeordneten Blecha, Dr. Lanner, Dr. Broesigke und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik geändert wird,

dem Verfassungsausschuß;

Antrag 71/A der Abgeordneten Dr. Prader und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Pensionsgesetz 1965 vom 18. November 1965, BGBl. Nr. 340/1965, abgeändert wird,

dem Finanz- und Budgetausschuß;

Antrag 72/A der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die authentische Auslegung des § 133 Abs. 1 Ziffer 1 und Abs. 2 ASVG

dem Ausschuß für soziale Verwaltung.

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen folgenden Ausschüssen zu:

Dem Verfassungsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Dienstrechtsverkehrsgesetz geändert wird (704 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz über die Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung (706 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Erhöhung der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds und die Übernahme der gesamten Quote durch die Oesterreichische Nationalbank geändert wird (707 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen (735 der Beilagen).

Die weiteren eingelangten Vorlagen weise ich zu wie folgt:

Dem Zollausschuß:

Abkommen zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gemäß Artikel XXVIII des GATT betreffend bestimmte Käse (739 der Beilagen) und

Abkommen zwischen Österreich und der Schweiz gemäß Artikel XXVIII des GATT betreffend bestimmte Käse (740 der Beilagen);

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Tätigkeitsbericht der Arbeitsinspektion im Jahre 1976 - Vorlage durch den Bundesminister für soziale Verwaltung (III-93 der Beilagen);

dem Unterrichtsausschuß:

Kunstbericht 1976 des Bundesministers für Unterricht und Kunst (III-98 der Beilagen).

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (631 und Zu 631 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978 samt Anlagen (713 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (631 und Zu 631 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978 samt Anlagen (713 der Beilagen).

Generalberichterstatte ist der Herr Abgeordnete Maderthaner. Ich bitte um seinen Bericht.

Generalberichterstatte **Maderthaner:** Herr Präsident! Hohes Haus! Als Generalberichterstatte obliegt es mir, die Beratungen über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978 samt dessen Anlagen einzuleiten.

Die Bundesregierung hat am 17. Oktober 1977 den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1978 dem Nationalrat vorgelegt. In der 66. Sitzung des Nationalrates am 18. Oktober 1977 gab Herr Vizekanzler und Bundesminister

Maderthaner

für Finanzen Dr. Androsch die einbegleitende Erklärung zu dieser Regierungsvorlage ab. In der 68. Sitzung am 3. November 1977 wurde die Vorlage in erste Lesung genommen und sodann dem Finanz- und Budgetausschuß zur Vorberatung zugewiesen.

Die Regierungsvorlage besteht aus dem eigentlichen Bundesfinanzgesetz sowie den einen Bestandteil desselben bildenden Anlagen.

Den umfangreichsten Teil der Vorlage stellt der Bundesvoranschlag (Anlage I) samt den Gesamtübersichten (Anlagen Ia bis Ic) dar.

Die Aufgliederung des Bundesvoranschlages 1978 hinsichtlich der Gebarung zeigt folgendes Bild:

Ausgaben 267 745 Millionen Schilling, Einnahmen 227 142 Millionen Schilling, Gesamtgebarungsabgang 40 603 Millionen Schilling.

Weitere Anlagen sind der Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) samt dessen summarischer Aufgliederung (Anlage II a) sowie der Voranschlag des Reservefonds nach dem ALVG (Anlage III) und der Stellenplan (Anlage IV).

Anlagen zum Bundesvoranschlag in gesonderten Heften bilden der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1978 samt dessen Anlagen in der Zeit vom 8. November 1977 bis 24. November 1977 in Verhandlung gezogen. Im Laufe der Sitzungen des Ausschusses wurden vier Anträge gestellt. Zur Vorbehandlung dieser Anträge wurde ein Unterausschuß eingesetzt, dem die Abgeordneten Kunststätter, Mondl, Mühlbacher, Josef Schlager, Dr. Tull, Dr. Koren, Dr. Pelikan, Sandmeier, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr und Dr. Broesigke angehörten.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir folgende Anmerkung:

Im Finanz- und Budgetausschuß wurde die Regierungsvorlage in einem Zeitaufwand von 64 Stunden und 15 Minuten beraten, behandelt und erledigt.

In dieser Debatte erfolgten in Erst-, Zweit- und Drittwortmeldungen 256 Rednermeldungen. In 49 Wortmeldungen wurden diese Anfragen beantwortet.

Die Abstimmungen über sämtliche Teile der Spezialdebatte erfolgten in der Ausschusssitzung am 24. November 1977.

Das Ergebnis der Ausschlußberatungen bezüglich des Bundesvoranschlages ist den Berichten der Spezialberichterstatte zu entnehmen.

Ich stelle nun den Antrag, in die Beratungen über den Bundesvoranschlag für das Jahr 1978 samt dessen Anlagen einzutreten.

Präsident: General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Gemäß § 73 Abs. 2 der Geschäftsordnung werden die Debatte und Abstimmung über die Vorlage in Teilen – entsprechend der allen Abgeordneten vor Beginn der Vorberatung durch den Finanz- und Budgetausschuß zugegangenen Übersicht – durchgeführt.

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über die Beratungsgruppen I: Oberste Organe, und II: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, des Bundesvoranschlages zusammengefaßt.

Spezialdebatte**Beratungsgruppe I**

Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei

Kapitel 02: Bundesgesetzgebung

Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof

Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof

Kapitel 05: Volksanwaltschaft

Kapitel 06: Rechnungshof

Beratungsgruppe II

Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Kapitel 70: Staatsdruckerei (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Präsident: Wir gelangen daher zunächst zur Verhandlung über die Beratungsgruppen I und II.

Spezialberichterstatte über die Beratungsgruppe I ist der Herr Abgeordnete Mondl. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte **Mondl:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zu Beratungsgruppe I. Diese umfaßt Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, Kapitel 05: Volksanwaltschaft und Kapitel 06: Rechnungshof.

6890

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Mondl

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages für das Jahr 1978 in seiner Sitzung vom 8. November 1977 in Verhandlung gezogen.

Im Bundesvoranschlag 1978 sind bei den gegenständlichen Budgetkapiteln Gesamtausgaben von 563,009 Millionen Schilling veranschlagt. Hievon entfallen 164,945 Millionen Schilling auf laufende persönliche, 368 Millionen Schilling auf laufende sachliche Ausgaben und 30,064 Millionen Schilling auf die Vermögensgebarung. Gegenüber dem laufenden Jahr ergibt sich eine Gesamterhöhung von 68,686 Millionen Schilling. An Gesamteinnahmen werden in dieser Beratungsgruppe 9,464 Millionen Schilling, das sind um 1,640 Millionen Schilling mehr als 1977, erwartet.

Bei Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, sind zusammen 28,2 Millionen Schilling, das sind um 2,194 Millionen Schilling mehr, als im laufenden Jahr budgetiert ist, vorgesehen. An Einnahmen wird mit 325 000 S gerechnet.

Bei Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, sind Gesamtausgaben von 363,730 Millionen Schilling veranschlagt, das sind um 31,053 Millionen Schilling mehr, als für 1977 vorgesehen ist. Auf den Nationalrat entfallen hievon 322,261 Millionen Schilling, auf den Bundesrat 41,469 Millionen Schilling. Die voraussichtlichen Gesamteinnahmen betragen 5,430 Millionen Schilling. Der für beide gesetzgebenden Körperschaften erforderliche Personalaufwand ist mit 40,823 Millionen Schilling, um 5,946 Millionen Schilling höher als 1977, veranschlagt. Der Sachaufwand verzeichnet bei Titel 021, Nationalrat, eine Erhöhung um 18,994 Millionen Schilling auf 281,438 Millionen Schilling, bei Titel 022, Bundesrat, 41,469 Millionen Schilling, das ist eine Erhöhung um 6,113 Millionen Schilling.

Bei Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, sind Gesamtausgaben von 19,473 Millionen Schilling, das sind um 2,533 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr, vorgesehen. An Einnahmen sind 169 000 S budgetiert. Der Personalaufwand ist für das kommende Jahr mit 5,468 Millionen Schilling um 1,254 Millionen Schilling höher als im laufenden Jahr veranschlagt. Beim Sachaufwand ist mit 14,005 Millionen Schilling gegenüber 1977 eine Erhöhung von 1,279 Millionen Schilling gegeben.

Bei Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, sind zusammen 41,316 Millionen Schilling, das sind um 2,888 Millionen Schilling mehr als 1977, präliminiert. An Einnahmen wird mit 2,019 Millionen Schilling gerechnet. Der Personalaufwand ist mit 34,966 Millionen Schilling um 1,772 Millionen Schilling höher als im laufenden Jahr

veranschlagt. Mit 6,350 Millionen Schilling ist der Sachaufwand gegenüber dem Jahr 1977 um 1,116 Millionen Schilling gestiegen.

Bei Kapitel 05: Volksanwaltschaft, sind Gesamtausgaben von 14,509 Millionen Schilling veranschlagt. Hievon entfallen 4,606 Millionen Schilling auf persönliche und 9,903 Millionen Schilling auf sachliche Aufwendungen. Die Volksanwaltschaft hat mit 1. Juli 1977 ihre Tätigkeit aufgenommen.

Bei Kapitel 06: Rechnungshof, sind für das kommende Jahr Gesamtausgaben von 95,781 Millionen Schilling, das sind um 15,509 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr, vorgesehen. An Einnahmen wird mit 561 000 S gerechnet. Der Personalaufwand ist mit 66,767 Millionen Schilling, das sind um 6,492 Millionen Schilling mehr als 1977, budgetiert.

In der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, ergriffen die Abgeordneten Dr. Prader, Dr. Fischer, Peter, Dkfm. DDr. König, Thalhammer, Dr. Feurstein, Rechberger, Dr. Neisser, Dr. Ermacora, Dr. Gasperschitz, Steinbauer und Vetter das Wort.

Zu den aufgeworfenen Fragen nahmen der Präsident des Nationalrates Benya, der Präsident des Rechnungshofes Dr. Kandutsch, der Vorsitzende der Volksanwaltschaft Weisz und Staatssekretär Dr. Löschnak Stellung.

Bei der Abstimmung am 24. November 1977 wurden die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten finanzgesetzlichen Ansätze mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei,
dem Kapitel 02: Bundesgesetzgebung,
dem Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof,
dem Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof,
dem Kapitel 05: Volksanwaltschaft, und
dem Kapitel 06: Rechnungshof,

des Bundesvoranschlages für das Jahr 1978 (631 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Danke.

Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe II ist der Herr Abgeordnete Dr. Hesele. Ich ersuche um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte **DDr. Hesele**: Hohes Haus! Ich erstatte den Spezialbericht zu Beratungsgruppe II: Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, Kapitel 70: Staatsdruckerei.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe II zusammengefaßten Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ und 70 „Staatsdruckerei“ des Bundesvoranschlags für das Jahr 1978 am 8. November 1977 in Verhandlung gezogen.

Im Bundesvoranschlag für Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ ist für das Budgetjahr 1978 ein Ausgabenbetrag von 1 146 097 000 S vorgesehen.

Von diesen Ausgaben entfallen 361 590 000 S auf den Personalaufwand, der somit gegenüber dem Vorjahr um 20 810 000 S erhöht ist.

Zur Bestreitung des Sachaufwandes sind 784 507 000 S veranschlagt; das sind um 4 481 000 S weniger als im Vorjahr.

Die Ausgaben des Bundeskanzleramtes – Zentralleitung – und die der Österreichischen Delegation bei der OECD sind unter Paragraph 1000 veranschlagt; sie werden im kommenden Jahr 635 139 000 S betragen.

Der Personalaufwand von 134 131 000 S liegt wegen der allgemeinen Bezugserhöhungen um 6 651 000 S über dem des Vorjahres.

Die Anlagenkredite sind mit 10 253 000 S um 7 227 000 S über dem Vorjahresbetrag veranschlagt. Dieses Mehrerfordernis resultiert ausschließlich aus der Anschaffung eines Notstromaggregates, der Erneuerung der Fernschreibzentrale und der Einrichtung einer Werksküche.

Ausgaben aus gesetzlichen Verpflichtungen sind unter diesem Paragraphen in der Höhe von 340 007 000 S zu erwarten, 202 300 000 S hievon als Förderungsausgaben. Der Mehrbedarf gegenüber dem Vorjahr in der Höhe von 16 700 000 S ergibt sich im wesentlichen aus der Auswirkung der allgemeinen Bezugsregulierungen auf die Aktiv-, Ruhe- und Versorgungsbezüge für Regierungsmitglieder und Landeshauptmänner sowie der Erhöhung der Förderungsmittel für Familienberatungsstellen und der Erhöhung des Mitgliedsbeitrages für OECD und EUROCHEMIC.

Die Förderungsausgaben, die als Ermessenskredite veranschlagt sind, werden 6 949 000 S erfordern. Das Mindererfordernis gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus dem Wegfall des Beitrages Österreichs zu den 200-Jahr-Feiern der Vereinigten Staaten von Amerika.

Die sonstigen Aufwendungen betragen 139 209 000 S; hierin ist auch der Sachkredit des

Bundespressdienstes mit 15 640 000 S enthalten.

Der Bedarf der Verwaltungsakademie ist unter Paragraph 1001 ausgewiesen. Der Personalaufwand wird 5 701 000 S und die sachlichen Ausgaben werden 16 705 000 S betragen.

Die Kredite für die Belange der Entwicklungshilfe sind unter Paragraph 1002 in unveränderter Höhe gegenüber dem Vorjahr mit 148 621 000 S veranschlagt. In diesem Voranschlag sind für Investitionsdarlehen 28 153 000 S und für die Projektförderung 120 468 000 S vorgesehen.

Die Kosten des Druckes und Vertriebes des Bundesgesetzblattes und der „Amtlichen Sammlung wiederverlautbarter österreichischer Rechtsvorschriften“ sind unter Ansatz 10038 mit 10 788 000 S veranschlagt.

Unter Ansatz 10046 „Familienpolitische Maßnahmen“ sind zur Förderung von Institutionen, die auf dem Gebiete der Familienpolitik tätig werden, 1 200 000 S vorgesehen.

Die Aufwendungen für das Staatsarchiv und Archivamt sind unter Titel 101 mit insgesamt 28 947 000 S veranschlagt. Das Mehrerfordernis von 2 693 000 S gegenüber dem Vorjahr resultiert größtenteils aus dem Personalaufwand.

Die Kredite des Statistischen Zentralamtes sind unter Titel 102 ausgewiesen. Sie beziffern sich auf insgesamt 298 996 000 S und liegen infolge des Wegfalles des Aufwandes für die geheime Erhebung der Muttersprache um 16 165 000 S unter dem Kreditvolumen des Jahres 1977.

Auf Grund der allgemeinen Bezugserhöhungen war der Vorjahresansatz für den Personalaufwand um 12 461 000 S auf 196 981 000 S zu erhöhen.

Für die Anschaffung von Anlagegütern ist gegenüber dem Vorjahr ein Mehrbetrag von 11 912 000 S vorgesehen, weil die bisher angemietete EDV-Anlage angekauft werden soll.

Bei den Aufwendungen aus gesetzlichen Verpflichtungen sind 21 280 000 S vorgesehen, die übrigen Aufwendungen betragen 65 823 000 S.

An Einnahmen werden bei Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ im kommenden Jahr 89 113 000 S erwartet. Dies bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem Jahre 1977 um 9 899 000 S, die fast ausschließlich aus der Rückzahlung von an Entwicklungsländer gewährte Investitionsdarlehen resultiert.

Im Bundesvoranschlag für Kapitel 70 „Staatsdruckerei“ sind für das Budgetjahr 1978 Betriebsausgaben im Betrag von 514 042 000 S

6892

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

DDr. Hesele

und Betriebseinnahmen im Betrag von 500 662 000 S vorgesehen, sodaß ein kassenmäßiger Betriebsabgang von 13 380 000 S erwartet wird.

Von den Ausgaben entfallen 269 302 000 S auf den Personalaufwand und 244 740 000 S auf den Sachaufwand.

Der Personalaufwand erfuhr gegenüber dem Voranschlag 1977 eine Erhöhung um 5 830 000 S. Der Aktivitätsaufwand, der mit 231 552 000 S veranschlagt ist, wurde um 4 967 000 S und der Pensionsaufwand, welcher mit 37 750 000 S präliminiert ist, um 863 000 S erhöht.

Der Mehrbedarf beim Aktivitätsaufwand resultiert in der Hauptsache aus der Erhöhung der Kollektivvertragsarbeiterlöhne im graphischen Gewerbe, der Erhöhung der Bezüge der öffentlich Bediensteten und der Erhöhung verschiedener Zulagen für Bedienstete, welche aber durch Reduzierung des Personalstandes und der Überstunden und die Verrechnung von Zulagen beim Ansatz Aufwendungen anstatt beim Aktivitätsaufwand nicht voll wirksam werden.

Beim Pensionsaufwand besteht trotz einer geringfügigen Verringerung der Anzahl der Pensionsparteien auf Grund der Erhöhung der Ruhe- und Versorgungsbezüge ein Mehrbedarf.

Der Sachaufwand wurde gegenüber 1977 um 73 175 000 S höher veranschlagt.

Der finanzgesetzliche Ansatz 1/70313 „Anlagen“ erfuhr gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um 1 354 000 S. Auch die Förderungsausgaben wurden gegenüber dem Voranschlag 1977 um 164 000 S niedriger veranschlagt.

Der Mehraufwand beim finanzgesetzlichen Ansatz 1/70347 „Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)“ in Höhe von 11 190 000 S ergibt sich im wesentlichen aus der Vorauszahlung für Körperschaft- und Gewerbesteuer auf Grund der Bilanzergebnisse der letzten Jahre.

Beim finanzgesetzlichen Ansatz 1/70368 „Aufwendungen“ kommt es vor allem infolge des Ankaufes von Rollenrotationspapier für die Herstellung der Amtlichen Telephonbücher für Wien, Niederösterreich und das Burgenland, welches in den Vorjahren von der Österreichischen Postverwaltung beigestellt wurde, und der Zuordnung von Zulagenzahlungen an das Personal zum Sachaufwand zu einer Erhöhung von 63 503 000 S.

Die Betriebseinnahmen wurden um 65 411 000 S höher veranschlagt als im Budgetjahr 1977. Die wesentliche Erhöhung ergibt sich

aus erwarteten Mehreinnahmen bei den finanzgesetzlichen Ansätzen 2/70604 – „Erzeugung“ auf Grund des in Kalkulation zu bringenden schon vorhin erwähnten Rollenrotationspapiers für die Amtlichen Telephonbücher und 2/70404 – „Wiener Zeitung“ und 2/70614 – „Verlag“ infolge Erhöhung von Verkaufspreisen und Einschaltgebühren auf Grund der gestiegenen Personal- und Materialkosten sowie wegen voraussichtlicher Umsatzsteigerungen.

An der Debatte des Finanz- und Budgetausschusses über die Beratungsgruppe II beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Gasperschitz, Dr. Schmidt, Thalhammer, Vetter, Hatzl, Dr. Leibenfrost, Suppan, Dr. Schranz, Steinbauer, Dr. Kapaun, Dr. Ermacora, Dkfm. Gorton, Brauneis, Burger, Hellwagner, Wimmersberger und Wuganigg sowie Bundeskanzler Dr. Kreisky, Staatssekretär Elfriede Karl, Staatssekretär Dr. Löschnak und Staatssekretär Univ.-Prof. DDr. Nussbaumer.

Bei der Abstimmung am 24. November 1977 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe II unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, und

dem Kapitel 70: Staatsdruckerei,

samt dem zu Kapitel 70 dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1978 (631 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Taus.

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Budget ist der Zustandsbericht über die politische Lage eines Landes, und das Budget ist nichts anderes als die in Zahlen gegossene Politik einer Regierung. Es wird sich in Österreich nur mehr schwerlich jemand finden, der die Ansicht vertritt, daß die Budgetpolitik dieser Regierung erfolgreich ist. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Denn die Budgetkrise, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist in Österreich zu einem politischen Dauerbrenner geworden. Und darüber zu diskutieren, wird diese Budgetdebatte, diese Spezialdebatte ausreichend Gelegenheit geben.

Dr. Taus

Ich möchte mich aber am Beginn dieser Spezialdebatte mit einem Problem auseinandersetzen, das ich für die parlamentarische Demokratie für wesentlich halte, nämlich – wir von der ÖVP haben schon öfter darüber gesprochen – mit dem Problem der Kontrolle und damit verbunden mit dem Problem der immer weitergehenden Aushöhlung der Budgethoheit des Parlaments durch die Regierung. Das, meine Damen und Herren, hat zur Unkontrollierbarkeit des Finanzministers und nicht zuletzt zu den chaotischen Zuständen in der Budgetpolitik geführt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Verhinderung der Kontrolle zu einer echten Gefahr für die parlamentarische Demokratie werden kann. Nun ist im Finanz- und Budgetausschuß beschlossen worden, daß der Finanzminister dem Hauptausschuß des Nationalrates vierteljährlich über die Inanspruchnahme der Ermächtigungen, die ihm im Bundesfinanzgesetz eingeräumt wurden, zu berichten hat. Das hat zwar, meine Damen und Herren, mit Kontrolle noch nichts zu tun, aber ich werte es zumindest als ein teilweises Eingeständnis des schlechten Gewissens der sozialistischen Fraktion, die ja nun auch langsam merken dürfte, daß sie von Jahr zu Jahr in immer stärkerem Maß die Budgethoheit des Hohen Hauses abgegeben hat.

Ich möchte mich hier der Auffassung anschließen, die von namhaften Juristen vertreten wird. Sie meinen, daß der Nationalrat gar nicht befugt ist, sein Budgetbewilligungsrecht an andere Organe, insbesondere an den Bundesminister für Finanzen, zu delegieren. In meinen Augen ist aber das, was in den letzten Jahren dem Finanzminister an Ermächtigungen in diesem Finanzgesetz eingeräumt wurde, nichts anderes als eine Übertragung von Rechten, die dem Parlament zustehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Demokratie ist mit Kontrolle untrennbar verbunden. Kontrolle ohne präzise Beachtung der Budgethoheit des Parlaments ist nur oberflächlich möglich.

Ich verkenne nicht die Notwendigkeit eines flexiblen Budgetvollzugs, aber Sie von der Mehrheitspartei haben einer Entwicklung zugestimmt, bei der das Hausnummernbudget in Österreich der Normalfall geworden ist. Dazu kommt ein immer mehr unübersichtlich werdender Dschungel von Sonderfinanzierungsgesellschaften, Leasing-Verträgen, Finanzierungsgesellschaften und ähnlichen Dingen mehr, sodaß eigentlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, von der Klarheit und Übersichtlichkeit des Budgets nicht mehr gesprochen werden

kann und die Öffentlichkeit keinen Überblick mehr hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Warum ich das an den Anfang meiner Ausführungen gestellt habe, ist sehr einfach zu erklären: Der Regierungschef hat auch hier die erste Verantwortung, daß Klarheit und Präzision im Budget von seiner Regierung her gegeben sind. Ich stelle die Behauptung auf, daß sie nicht mehr gegeben sind und die Kontrolle dadurch immer schwerer wird. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir von der Österreichischen Volkspartei werden daher im Hauptausschuß einen Antrag auf Abhaltung einer parlamentarischen Enquete stellen, die den Mitgliedern des Hohen Hauses die Möglichkeit einer umfassenden Information bieten soll über die Entwicklung des Staatshaushaltes, die Vorbelastungen der Budgets der kommenden Jahre, die Aushöhlung des Budgetbewilligungsrechtes und alle diese Fragen, die mit dem ganzen Komplex Staatshaushalt zusammenhängen.

Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Mehrheitspartei und von der Mehrheitsfraktion, werden die Gelegenheit haben, bei der Abstimmung über diese Enquete zu zeigen, wieviel Ihnen das Haushaltsrecht und wieviel Ihnen das Budgetbewilligungsrecht des Nationalrates wert ist. Denn: Wir stolpern in eine Lawine von Verpflichtungen des Bundes hinein, über die das Parlament heute überhaupt keinen Überblick mehr hat. Das Phänomen, das man mit „Flucht aus dem Budget“ bezeichnet und das der Republik und damit den Bürgern in den kommenden Jahren zunehmend Lasten aufbürden wird, ist in einer Art deutlich geworden, daß es einmal notwendig ist, sich darüber zu informieren, nachdem das hier im Plenum und in den Ausschüssen sehr schwierig geworden ist.

Trotz permanenter Belastungen der Bevölkerung sind die Budgetdefizite in den letzten Jahren explodiert. Heuer wird der Abgang des Bundeshaushaltes zwischen 46 und 50 Milliarden Schilling liegen. Das ist immerhin das Siebenfache der Defizite der letzten Jahre der Regierung der Österreichischen Volkspartei. Und auch im kommenden Jahr ist trotz neuerlicher Belastungen keine Verbesserung dieser Situation zu erwarten.

Gleichzeitig sind die Staatsschulden ganz enorm gewachsen. Betrug die gesamten Bundesschulden Ende 1969 noch zirka 60 Milliarden Schilling, so werden sie Ende des kommenden Jahres wahrscheinlich bei etwa 250 Milliarden Schilling landen. Sie haben sich also seit 1969 mehr als vervierfacht. Jeder erwerbstä-

Dr. Taus

tige Österreicher wird dann mit durchschnittlich mehr als 80 000 S pro Kopf an Staatsschulden belastet sein. Auch ein einmaliger Rekord dieser Regierung! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Damit ist ein ziemlich ernstes Problem verbunden, denn wir müssen feststellen, daß außerdem die Tilgung der Schulden größtenteils über die nächsten Nationalratswahlen hinausgeschoben wird. Daher ist in Zukunft mit einem weiteren kräftigen Ansteigen der Staatsverschuldung zu rechnen.

Die gigantischen Budgetdefizite und die hohe Staatsverschuldung, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Mehrheitspartei, haben Sie sich zum größten Teil selbst zuzuschreiben, denn in den Jahren mit hohen Wachstumsraten - 1972, 1973, 1974 - sind die Staatsausgaben beträchtlich stärker gestiegen als die Einnahmen.

Der Staatsanteil am Bruttonationalprodukt wird im nächsten Jahr mit Sicherheit über 40 Prozent steigen, und er wird heuer mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls schon die 40 Prozent überschritten haben. Ich glaube, daß die SPÖ-Regierung damit einen weiteren Rekord geschafft hat: Wir sind in den vornehmen Klub jener Staaten der westlichen Welt eingetreten - es sind ja nur drei oder vier -, die einen Staatsanteil von über 40 Prozent haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Staatsanteil über 40 Prozent heißt, daß die Staatsverschuldung automatisch immer größer und größer wird und daß wir nun in Österreich einfach mit dieser Staatsschuld, mit dieser Staatsquote zu den Staaten gehören, die die mit Abstand größten Staatsanteile des Sozialprodukts an sich ziehen, und das muß den Bürgern dieses Landes einmal gesagt werden, weil sie es ja täglich zu bezahlen haben, und die Steuerpolitik dieser Regierung zeigt ja doch, wohin diese Entwicklung führt! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Selbst dem Redaktionskollektiv von „Wirtschaft und Gesellschaft“, der wirtschaftspolitischen Zeitschrift der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, fällt das schon unangenehm auf. Ich zitiere aus der Nummer 4/1976 - damals wurde hier bereits geschrieben -:

„Wenn diese Überlegungen zutreffen, so muß man damit rechnen, daß 1980 die Staatsschuld zwischen 23 bis 25 Prozent des Bruttonationalprodukts ausmachen wird.“

Das war eine sehr bescheidene Schätzung; wir werden wahrscheinlich weit über 30 Prozent liegen.

„Als Konsequenzen“ - so wird dann weiter geschrieben - ergeben sich folgende Alternativen:

eine steigende Belastung des Budgets und ein Druck auf die Steuerquote am Bruttonationalprodukt durch den Zinsendienst ...“

Das heißt also im Klartext gesprochen: Die Steuern werden weiter erhöht.

Wie recht hat das Redaktionskollektiv von „Wirtschaft und Gesellschaft“ gehabt! Sie konnten damals noch nicht wissen, was jetzt den Österreichern blüht. 1976 war es also schon völlig klar, daß die Regierung so vorgehen werde, und etwas anderes ist den Sozialisten - und das sind Sozialisten, die das geschrieben haben - nicht eingefallen, als die Steuern zu erhöhen.

Aber es wird hier gleich, und das möchte ich als besonders bemerkenswert in den Vordergrund stellen, ein Rezept angegeben, und es wird geschrieben:

„Es ist daher anzunehmen, daß der Druck der Regierungen auf die Zentralbanken zunehmen wird, durch Ingangsetzen der Notenpresse die Finanzierungsprobleme zu erleichtern. An diesem Problem wird man auch in Österreich nicht vorbeigehen können.“

Ich hoffe, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Regierungspartei, Sie werden die Notenpresse nicht in Gang setzen, sondern Sie werden doch versuchen, eine vernünftige Sanierungspolitik beim Budget zu beginnen. Allerdings: Bislang hat man davon noch nichts gesehen.

Herr Bundeskanzler, das Resultat dieser Politik liegt aber woanders! Eine unsoziale Belastungswelle jagt die andere. Steuern und Tarife werden laufend erhöht, neue Steuern werden erfunden, und die Österreicher sind einem immer stärkeren Belastungsdruck ausgesetzt.

Die hohe Kostenbelastung bringt unsere Wirtschaft in enorme Schwierigkeiten. Die internationale Konkurrenzfähigkeit österreichischer Betriebe sinkt ständig weiter ab, und trotz dieser Belastungen ist eine Konsolidierung der Staatsfinanzen einfach nicht in Sicht. Im Gegenteil: Die öffentlichen Ausgaben explodieren weiter, und trotzdem wird der Spielraum des Staates für öffentliche Investitionen und aktive Wirtschaftsförderung immer geringer.

Das ist leider, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, die Wahrheit über Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Aber diese fatale Wirtschaftspolitik hat ja

Dr. Taus

noch weitere Folgen, die wiederum alle Österreicher treffen und die wiederum alle Österreicher bezahlen müssen. Herr Bundeskanzler, wissen Sie überhaupt noch, was in dieser Legislaturperiode bislang an Steuer-, Gebühren- und Tarifierhöhungen passiert ist? *(Ruf bei der ÖVP: Interessiert ihn nicht!)* Ich möchte es Ihnen einmal ganz kurz wiederholen:

Sie haben die Umsatzsteuer, also die Mehrwertsteuer, erhöht, die Bundesmineralölsteuer, die Bundeskraftfahrzeugsteuer beziehungsweise die Kraftfahrzeugsteuer, die Vermögensteuer, die Rechts- und Stempelgebühren, die Patent- und Markenschutzgebühren, Sie haben dreimal den Zigarettenpreis erhöht, zweimal den Salzpreis erhöht – die dritte Salzpreiserhöhung steht knapp vor der Tür –, die Telefongebühren erhöht, die Telegrammgebühren erhöht, die Bahntarife erhöht, die Sozialversicherungsbeiträge erhöht, die Sparförderung abgebaut.

Und in der Zeit ab Mitte 1977 gab es folgende weitere Belastungen: die zweite und dritte Etappe der Erhöhung der Bahntarife, die Einführung eines dritten Mehrwertsteuersatzes – der lang umstritten war, wo der Herr Finanzminister zunächst gesagt hat, so etwas brauche man in Österreich nicht –, den Verlust des Vorsteuerabzuges bei Pkw und Kombis, sonstige steuerliche Verschlechterungen für das Auto im 2. Abgabenänderungsgesetz, steuerliche Verschlechterungen bei den Pensions- und Abfertigungsrücklagen, Erhöhung der Pensionsbeiträge bei gleichzeitiger Herabsetzung der Bundeshaftung, Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages, Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage bei der Krankenversicherung, die Einführung einer Straßenbenutzungsabgabe steht noch vor uns, Erhöhung der Rezeptgebühren, Abzweigung von Familiengeldern aus dem Familienlastenausgleichsfonds, Abzweigung beträchtlicher Mittel bei den Fernmeldeinvestitionen.

Das macht, Herr Bundeskanzler, summa summarum bisher pro Jahr zusätzliche Tarif-, Steuer-, Gebührenerhöhungen und sonstige Belastungen in einem Ausmaß von etwa 50 Milliarden Schilling. *(Ruf bei der ÖVP: Nicht schlecht!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der erwerbstätige Österreicher ist im Durchschnitt pro Jahr durch diese Belastungspolitik der Regierung mit ungefähr 16 000 S belastet worden. 16 000 S! *(Ruf bei der ÖVP: Im Jahr!)*

Und das, Herr Bundeskanzler, obwohl sowohl Sie als auch der Finanzminister verschiedentlich schon erklärt haben, daß es keine weiteren Belastungen der Steuerzahler mehr geben wird. Ich möchte Ihnen die verschiedenen Äußerun-

gen, die Sie hier gemacht haben, Herr Bundeskanzler, und die auch der Herr Finanzminister gemacht hat, jetzt nicht weiter vorhalten, aber ich möchte eine Frage an Sie richten. Ich möchte von Ihnen, Herr Bundeskanzler, die Auskunft haben, ob Sie in dieser Legislaturperiode weitere Belastungen der Bevölkerung ausschließen, oder müssen die Österreicher damit rechnen, daß es weitere Belastungen geben wird? Es ist nun nach Belastungen von 50 Milliarden Schilling jährlich hoch an der Zeit, daß die Regierung hier einmal Klarheit schafft! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte diese Frage an Sie, Herr Bundeskanzler, untermauern, und zwar, weil hier gestern und auch heute offensichtlich Äußerungen vom Herrn Finanzminister gefallen sind, die darauf hindeuten, daß Sie offensichtlich daran denken, weitere Steuererhöhungen, oder was immer Sie nun erhöhen wollen, durchzuführen.

In der Beantwortung einer Anfrage meines Kollegen Dr. Lanner hat der Herr Finanzminister gestern gesagt:

„Ich kann nicht für alle Denkmöglichkeiten ausschließen, daß Steuern, Tarife oder Gebühren erhöht werden, aber in meinem Ressort bestehen derzeit – derzeit: das ist ein ganz entscheidendes Wort in dem Zusammenhang! –, und dies für die ganze Legislaturperiode – keine Pläne . . ., wobei ich allerdings hinzufüge, daß ich immer den Standpunkt vertreten habe, was Tarife anlangt, daß es besser ist, diese nicht nach langen Zeiträumen dann in einem großen Sprung anzupassen, sondern, wie alle Preisentwicklungen auch in der privaten Wirtschaft, besser in kürzeren Abständen, aber dafür in einem wesentlich geringeren Ausmaß.“

Das heißt: Der Herr Finanzminister hat gesagt, er kann es nicht ausschließen, aber derzeit denkt er an keine weiteren Belastungen.

Ich habe das Interview des Herrn Finanzministers in der heutigen „Kronen-Zeitung“ gelesen, dort hat es der Herr Finanzminister schon etwas präziser gesagt als hier im Hohen Haus, ich möchte es auch hier zitieren:

„Das von der Bundesregierung vorgeschlagene Paket sieht vor allem Maßnahmen vor, die – neben der Einnahmenschließung – darauf abzielen, eine Trendumkehr im Außenhandel herbeizuführen. Ob die damit verbundene Einnahmenschließung ausreicht, hängt davon ab, wie sich die internationale Konjunktur im Jahre 1978 entwickelt.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn die Prognosen eintreffen, auf Grund derer der Herr Finanzminister offensichtlich budgetiert hat, dann hat er mit diesem Interview –

Dr. Taus

wenn ich das richtig verstanden habe – erklärt, daß die Steuern erhöht werden, je nach der internationalen Konjunkturentwicklung im Jahr 1978. Herr Bundeskanzler! Als verantwortlichen Regierungschef frage ich Sie daher: Was ist von der Regierung geplant, wenn sich die Konjunktur entwickelt, so wie sie prognostiziert worden ist? Was ist von der Regierung an Mehrbelastungen der Bevölkerung geplant, wenn sich die Konjunktur etwas schlechter entwickeln sollte? Was ist geplant, wenn sich die Konjunktur besser entwickelt und trotzdem die Budgetsituation des Staates in dieser Art fortfährt, sich zu entwickeln, wie in der vergangenen Zeit? Herr Bundeskanzler! Sie müssen das wissen. Die Politik von der Hand in den Mund hat hier einmal zu Ende zu gehen, Klarheit muß geschaffen werden, vor allem in dieser Frage. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und, Herr Bundeskanzler, ich bin zwar überzeugt davon, daß die Belastungswellen, die die Österreicher nun ertragen müssen, ungeplant verlaufen sind, daß sie, ich möchte fast sagen, aus der Not heraus geboren worden sind und kein Mensch sich vorher überlegt hat, wie das wirklich geht. Die Husch-Pfusch-Gesetze, die dann eingebracht wurden im Hohen Hause, geben ja ein deutliches Zeichen dafür, wie es mit der Planung in der Regierung aussieht.

Aber auch wenn Sie bisher ungeplant agiert haben, dann wäre es doch einmal hoch an der Zeit, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich zumindest die Varianten überlegen und den Österreichern, weil das ja auch für die Wirtschaft wichtig ist und für jeden Menschen, der arbeitet und der ein Einkommen bezieht, dann sagen Sie ihnen doch jetzt, was Sie planen. Sagen Sie doch jetzt den Menschen, was Sie vorhaben im nächsten Jahr oder was Sie möglicherweise auf die Menschen in diesem Land noch weiter niederprasseln lassen wollen. Denn, Herr Bundeskanzler, Sie und niemand anderer tragen die Hauptverantwortung für diese Entwicklung, niemand anderer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich gebe schon zu, daß es nicht angenehm ist, ein Schuldenkanzler zu sein, aber der Ruf, Herr Bundeskanzler, ist Ihnen nicht mehr abzunehmen.

Lassen Sie mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, nun zu einem zweiten Thema kommen, das, glaube ich, ein sehr wichtiges Thema für uns alle ist. Es ist das Problem der Industriepolitik, und davon ist ja in der letzten Zeit besonders viel die Rede. Herr Bundeskanzler! Wieder eine Frage an Sie: Sie haben doch eine Industriekommission vor zwei Jahren gegründet, das ist unter großer Mitwirkung der Öffentlichkeit vor sich gegangen, es wurde sehr viel darüber diskutiert, unter Ihrem Vorsitz,

wenn ich nicht irre, steht diese Industriekommission. Ich frage Sie: Was hat diese Industriekommission bisher geleistet? Was hat sie bisher gemacht? An die Öffentlichkeit ist kaum etwas gedrungen, geht sie den Weg aller Kommissionen, die Sie eingesetzt haben? Wird sie sanft entschlafen? Wird sie unsanft entschlafen? Herr Bundeskanzler! Lassen Sie sich eines sagen: Industriepolitik mit einer Kommission, in der sich durchaus respektable Persönlichkeiten so alle paar Monate einmal ein paar Stunden zusammensetzen und über Industriepolitik und über Industrie diskutieren, Industriepolitik ist mit einer solchen Kommission nicht zu machen. Und ich glaube, es ist nun endlich an der Zeit, daß man daraufkommt, daß man Wirtschaftspolitik und auch Industriepolitik mit Show-Elementen nicht bestreiten kann. Mit Show kann man bestenfalls unterhalten, aber neue Produkte werden Sie dort nicht finden, Herr Bundeskanzler. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte Ihnen einen Rat geben. Ich habe es auch einmal erlebt, wie es in der Industriekommission zugeht: Lösen Sie sie doch auf, Sie ersparen allen eine ganze Menge Zeit, es gibt eine Kommission weniger, und Sie können in einer Frage weniger gefragt und interpelliert werden, was eigentlich in einer solchen Kommission geschieht.

Wissen Sie, was an dieser Kommission für mich das Wichtige ist? Nicht allein, daß sie existiert, sondern das Wichtige daran ist, daß es symptomatisch für die Art ist, wie Sie glauben, Industriepolitik machen zu können. Ich sage Ihnen, es ist einfach die falsche Art. Und wir sind mit dieser Politik auch mit der österreichischen Industrie genauso wie mit dem Budget in eine Situation hineingeraten, die wir uns eigentlich auf Grund der guten Entwicklung der letzten Jahrzehnte, das kann man sagen, gar nicht verdient haben. Denn, Herr Bundeskanzler, Sie sind ja 1970 mit dem Schlagwort angetreten, Österreich modernisieren zu wollen. Was die sozialistische Industriepolitik aber bisher geschaffen hat, war keine Modernisierung, sondern, meine sehr geehrten Damen und Herren, die sozialistische Regierung hat gar nichts anderes getan als konserviert. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob man modernisiert oder ob man konserviert. Und wir haben nun mit den Problemen zu tun. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und auch die nachträgliche Beschimpfung von leitenden Leuten aus der Wirtschaft – es geht ja genauso Damen und Herren an, die sich zu Ihnen bekennen, wie die, die sich zu uns bekennen –: Neben den Gewerbetreibenden kommen nun die dran, alle anderen schön der Reihe nach. Da haben Sie im „Kurier“ vom 18. November 1977 folgendes gesagt:

Dr. Taus

„Bei uns fehlt diese dynamische, unternehmerische Zwischenschicht wie hier in Deutschland. Nehmen Sie die Sache mit den Zulieferungen – ich muß die Leute in meinem Büro zusammenbringen. Aber wenn ich nicht anrufe und nachfragen lasse, rührt sich nichts mehr.“
(Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Herr Bundeskanzler! Ich weiß zwar nicht genau, wen und was Sie unter unternehmerischer Zwischenschicht verstehen. Vielleicht können Sie das erklären. Ich weiß auch nicht, warum in Österreich die Leute so untalentiert sind, wo wir doch immerhin ein Vierteljahrhundert lang einen in der ganzen Welt beachteten Aufschwung erlebt haben.

Ich hätte aber jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Ersuchen an den Herrn Bundeskanzler: Ich möchte sehr gerne, Herr Bundeskanzler, daß Sie dem Hohen Haus alle die Geschäfte nennen oder auch nur einige dieser Geschäfte, die an der Trägheit österreichischer Unternehmungen gescheitert sind. Es muß Ihnen ein leichtes sein, selbst aus dem Gedächtnis das zu sagen, denn Pauschalverdächtigungen sind eine Methode, die man sich in der Demokratie besser ersparen soll. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber vielleicht ist hier nach dem Grundsatz von einzelnen Unternehmungen einmal gehandelt worden, die der Meinung sind wie irgendein Rothschild – ich glaube, es war einer der ersten –, der angeblich gesagt hat, manchmal ist es das beste Geschäft, kein Geschäft zu machen. Hoffentlich waren das nicht solche Geschäfte, Herr Bundeskanzler, die Sie hier agedient haben. Aber Sie sind ja offensichtlich auch im Gegensatz mit Ihrer Auffassung zu dem Generaldirektor Dr. Geist, der in diesen Tagen – es ist, glaube ich, heute in einer der Tageszeitungen, der „Presse“, zitiert – gesagt hat, daß es in Österreich zu viele Handlungsreisende gibt, von der Staatsspitze angefangen. Er ist also offensichtlich dagegen, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich als Handlungsreisender betätigen.

Ich möchte hier nur eine Sache in den Vordergrund rücken, das ist ja das Entscheidende daran. Ich glaube, es hat überhaupt keinen Sinn, hier nun zu beginnen, wenn eine Politik daneben gegangen ist, Menschen zu beschuldigen, eine große Gruppe von Leuten, die seit vielen Jahren ihre Sache gar nicht schlecht gemacht hat, ja im internationalen Urteil sogar recht gut gemacht hat. Nur, Herr Bundeskanzler, Sie haben halt etwas übersehen in Ihrer ganzen Wirtschaftspolitik, und unter dem leiden wir. Ich möchte einmal zitieren, was in diesem Land geschehen ist, weil ja nach solchen Äußerungen in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen könnte, daß in Österreich die Wirt-

schaft nur aus Hinterwäldlern besteht, denn sonst könnte man ja solche Sachen nicht sagen. Leute, die nicht einmal zurückrufen, wenn ihnen ein Geschäft gebracht wird! Ich muß ehrlich gestehen, so etwas habe ich eigentlich im Laufe meiner Berufstätigkeit nicht erlebt.

Aber ich möchte nun sagen, was in Österreich passiert ist, was in Österreich tatsächlich zweieinhalb beziehungsweise drei Jahrzehnte hindurch geleistet wurde. Seit 1955 hat sich die Industrieproduktion in diesem Land verdreifacht; das entspricht einer jährlichen Steigerungsrate von 5,8 Prozent. Ich zitiere aus einem Vortrag des Leiters des Instituts für Wirtschaftsforschung:

„Die Steigerung der Leistung pro Kopf oder pro Arbeitsstunde wurde nicht zuletzt dadurch ermöglicht, daß die Wirtschaft viel investierte. Die Kapitalintensität der Produktion (Kapital pro Beschäftigten) hat sich im Vergleichszeitraum verdreifacht.“

Das heißt also, so untüchtig können die Leute nicht gewesen sein, wenn solche Ergebnisse erzielt wurden. Es stimmt, in Ihrer Zeit ist es dann ein bißchen schlechter geworden, auch das sagen die Zahlen. Dagegen ist auch nichts zu machen, das war halt das Resultat Ihrer Wirtschaftspolitik.

Aber lassen Sie mich noch etwas sagen, weil das ja eine gewaltige Anschuldigung ist, die hier gegen die österreichische Wirtschaft erhoben wird. Das hat ja nichts mit Interessenvertretungen oder sonst etwas zu tun. Dort arbeiten Millionen von Leuten, jeder ist da betroffen, nicht nur einige wenige.

So untüchtig können wir früher auch auf den Auslandsmärkten nicht gewesen sein, denn hier heißt es etwa:

„Die Exportquote“ – ich zitiere auch wieder aus einem Vortrag des Leiters des Instituts für Wirtschaftsforschung Professor Seidel; ich möchte die Zahlen gar nicht selber ableiten, er hat das voriges Jahr, am 11. Oktober 1976, in Innsbruck gesagt – „der österreichischen Industrie stieg in den letzten 20 Jahren von 21,0 Prozent (1955) auf 35,9 Prozent (1975) des Produktionswertes. Rechnet man die indirekten Exporte (zum Beispiel von Stahl durch die eisenverarbeitende Industrie) hinzu, so wird etwa die Hälfte der Industrieproduktion exportiert.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Also solch schwache Kantonisten, wie es aus der Äußerung des Bundeskanzlers hier zutage tritt, können die Leute doch nicht gewesen sein, egal ob im privaten oder im verstaatlichten Bereich, wenn sie die Exportquote innerhalb eines

Dr. Taus

Zeitraumes von 20 Jahren etwa verdoppelt haben.

Aber jetzt kommt es: Die entscheidende Frage ist, daß die Preise – auch das sagt Seidel – nicht nur im Export, sondern auch auf dem heimischen Markt zunehmend von den Weltmarktpreisen bestimmt werden. Und aus der Weltmarktabhängigkeit der Industriepreise folgt, daß die Ertragslage der Unternehmungen entscheidend von den inlandsbestimmten Kosten abhängt. Das heißt, jetzt sind wir genau dort.

Herr Bundeskanzler! Wenn sich die Leute heute so schwer tun, dann ist dies das Resultat Ihrer Wirtschaftspolitik. Ja Sie haben ihnen doch dauernd mit Ihrer Steuerpolitik konsequent die Kosten in die Höhe getrieben. Was sollen sie denn machen? Sie können ja nicht Ihre verfehlte Wirtschaftspolitik auch noch mit ihrer Leistung kompensieren, das ist doch nicht drinnen. Sie sehen doch, was Sie in der verstaatlichten Industrie angerichtet haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu dem Zentralproblem der Industriepolitik ganz kurz nur zwei Dinge sagen. Ich glaube – hier werden schon wieder in der Öffentlichkeit in der Diskussion manche Probleme miteinander vermischt –, man muß hier zwei Grundsatzfragen sehr auseinanderhalten. Das erste ist die Verbesserung oder die Wiederherstellung der internationalen Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft in weiten Bereichen, das zweite das Ingangsetzen oder Forcieren eines Strukturverbesserungsprozesses. Das sind beide zunächst einmal voneinander unabhängige Probleme. Warum? – Weil ich über neue Produkte, neue Verfahren, neue Technologien ja nicht kurzfristig verfügen kann; es dauert doch Jahre, bis ein solcher Prozeß in Gang kommt. Diesen Prozeß hat es in Österreich gegeben, den haben wir in Gang gebracht, nur Sie, Herr Bundeskanzler, haben mit Ihrer Politik diesen Prozeß abgedreht. Das ist doch das Problem. Jetzt geht es darum, daß wir ihn mit bestimmten Maßnahmen langsam wieder in Gang setzen. Ich werde darauf kurz noch zu sprechen kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Wichtigste, primär ist, daß man einfach die Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellt. Gelingt das nicht, Herr Bundeskanzler, dann nützt mir das zweite, nämlich der Versuch der Strukturänderung, der Versuch, diese anzukurbeln, auch nichts aus einem ganz einfachen Grund: weil man Zeit verliert. Es dauert mindestens drei, vier, fünf Jahre, bis man die ersten Folgen und Wirkungen einer Strukturänderungspolitik bemerkt, und dann hat man schon sehr schnell gearbeitet.

Das heißt, die entscheidende Frage liegt darin, Herr Bundeskanzler. Jetzt muß ich Sie fragen: Wo ist denn das Konzept dieser Regierung, um die internationale Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft wieder zu verbessern? Wo ist dieses Anreizsystem? Wo ist dieses System, damit man die Kosten für eine bestimmte Periode zumindest einigermaßen in den Griff kriegt? Was haben Sie dazu bisher beigetragen? – Nichts, Herr Bundeskanzler, haben Sie beigetragen, außer, daß Sie die Bedingungen für die Leute, für die Industrie und für die Wirtschaft permanent verschlechtern. Das ist Ihr Beitrag zur Strukturpolitik und Industriepolitik in diesem Land. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bisher ist überhaupt nichts anderes festzustellen als unüberlegte Steuererhöhungen, unüberlegte kreditpolitische Restriktionsmaßnahmen. Es gibt nicht einmal den Ansatz einer ernsthaften industriepolitischen Diskussion. Mir ist das Thema zu ernst, als daß ich nur darüber polemisieren möchte. Ich glaube, mit uns kann man über solche Fragen immer reden. Was Sie aber in den letzten Monaten mit Ihrer Politik getan haben, war nichts anderes, als die ohnehin schwierige Position österreichischer Unternehmungen noch weiter zu schwächen.

Glauben Sie – um nur ein Beispiel herauszugreifen, abgesehen von den Steuererhöhungen –, es ist lustig, wenn man international konkurrenzfähig sein will und sein muß, ein inländisches Zinsniveau von 10 oder mehr Prozent zu haben und damit mit Firmen konkurrieren zu müssen aus den Hauptkonkurrenzländern, die wie Österreich aus dem Hartwährungsblock kommen und ein Zinsniveau haben, das 7 Prozent und weniger beträgt?

Glauben Sie, es ist lustig, mit Leuten konkurrieren zu müssen, die sich kurzfristig Mittel auf ihren Märkten – das ist ein sehr technisches Problem, ich möchte es aber sagen – um 3, 4 oder 5 Prozent beschaffen können, während bei uns der Geldmarktsatz bei 8 und 9 Prozent liegt? Das muß ja alles inzwischen verdient werden, das muß von irgendwo herkommen. Herr Bundeskanzler, glauben Sie, daß Sie mit einer solchen Politik neben den Steuerbelastungen die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmungen verbessern? Ich glaube es nicht, Herr Bundeskanzler; ich warte nur auf Ihr Konzept!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht daher in der Industriepolitik um zwei verschiedene Bereiche. Einmal gilt es, unsere Konkurrenzfähigkeit zu verbessern, und zum zweiten gilt es, längerfristig die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Tempo des Strukturwandels in Österreich wieder beschleunigt

Dr. Taus

nigt werden kann. Aber auch dazu haben Sie bisher nichts geleistet, das wird Ihnen ja auch von Experten aus Ihren eigenen Reihen bestätigt.

Wenn wir heute darüber diskutieren müssen, daß Arbeitsplätze gefährdet sind, dann ist das primär deshalb der Fall, weil die starke Belastung der österreichischen Wirtschaft durch den Staat die Vollbeschäftigung in diesem Land stärker gefährdet, als es notwendig wäre. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich zum zweiten Thema der längerfristigen industriepolitischen Überlegungen einige Gedanken festhalten. Hier geht es einfach darum, die Innovationsfreudigkeit, das heißt, die Freudigkeit, etwas Neues zu machen, wieder zu verbessern. Hier geht es einfach um ein Klima für den Fortschritt, nicht einfach das sterile Subventionsklima, das Sie mit Ihrer Politik in diesem Land geschaffen haben. Die Industriekommission ist ja nichts anderes als der Ausdruck dieser Mentalität, im Bereich der Wirtschaft zentral steuern zu wollen. Sie ist nichts anderes als der Ausdruck dieser Mentalität, einfach Geschenke zu verteilen, dem stärksten Lobby nachzugeben, dem einen oder anderen etwas zukommen zu lassen. Es ist ja völlig unmöglich, daß man eine gesamte Wirtschaft hochsubventioniert und durchsubventioniert.

Herr Bundeskanzler, lassen Sie von dieser Politik ab! Sie werden industriepolitisch nichts erreichen, und jahrelang wird es Schäden geben, an denen wir herumzukauen haben werden, um sie wieder zu korrigieren. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler, lassen Sie sich eines dazu sagen: Ich bin der festen Überzeugung, daß Industriepolitik nicht mit Hilfe einiger großer und als großartig verkaufter Projekte zu betreiben ist. Ich halte es für unmöglich, daß das geht. Das ist eine Schimäre, der Sie hier nachjagen. Sie, Herr Bundeskanzler, haben in der Öffentlichkeit den Eindruck vermittelt – wahrscheinlich haben Sie sogar selber daran geglaubt –, daß Sie mit Hilfe einiger weniger größerer Industrieprojekte die Wirtschaftsstruktur und die Industriestruktur dieses Landes verbessern können.

Ich sage Ihnen: Das ist einfach der verkehrte Weg! Ich habe nichts gegen vernünftige Großprojekte, aber zu glauben, daß damit eine neue Entwicklung eingeleitet werden kann, ist einfach falsch. Sie bringen weder Vollbeschäftigung noch verbessern sie die Industriestruktur, sondern sie führen zu nichts anderem als zu gewaltigen Aufwendungen der öffentlichen Hand aus Steuergeldern für höchst ungewisse

Unternehmungen. Und das bedeutet eben die weitere Erhöhung der Staatsquote.

Herr Bundeskanzler, gehen Sie von diesem Weg weg. Ich könnte es mir nun sehr leicht machen und Ihnen am mißglückten Projekt des Austro-Porsche, dessen Scheitern man auch ohne besondere seherische Gabe vorhersagen konnte, Ihre industriepolitische Inkompetenz nachweisen. Aber die Sache ist zu ernst und zu wichtig, und ich sage Ihnen auch, ich empfinde es überhaupt nicht als Triumph, wenn sich ein österreichischer Regierungschef blamiert, selbst dann, wenn ich in Opposition stehe und er von der Regierungspartei ist, weil es einfach eine Frage der Institution ist. Man soll hart kritisieren, man soll auf die Fehler hinweisen, das ist der Weg der Demokratie, aber für echte Blamagen habe ich kein Interesse.

Herr Bundeskanzler, machen Sie sich daher nicht zum Amateurindustriepolitiker. Lassen Sie sich von vernünftigen Leuten beraten und blasen Sie nicht Projekte in die Öffentlichkeit, die zwar Milliarden kosten, über die aber nichts anderes existiert als einige vorbereitende Studien. So kann man Industriepolitik nicht machen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist industriepolitischer Dilletantismus, und den sollen wir uns in diesem Land ersparen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es ist gar nicht notwendig – ich sage Ihnen auch, wie ich das meine –, daß sich ein Regierungschef ununterbrochen mit diesen Fragen beschäftigt. Jonglieren Sie daher nicht mit Milliarden, die Sie nicht haben. Ich möchte Ihnen hier etwas sagen. Das ist vielleicht ein gewisser Widerspruch zwischen Politik und Wirtschaft, aber es soll einmal festgehalten werden. Es ist, ich bedaure das, aber es ist offensichtlich so, daß ein erfolgreicher Politiker der ist, der das sagt, was alle sagen. Nur sagt er es viel lauter. In der Wirtschaft ist das ein bißchen anders. Da ist der am erfolgreichsten, der das macht, was nicht alle machen, und das muß er obendrein noch leiser machen. Das ist das Gesetz und dieser Widerspruch, dieses Spannungsfeld, welches es zwischen demokratischer Politik, die sich in der Öffentlichkeit abspielt, und Wirtschaft gibt, die einfach von Jahr zu Jahr weiterarbeitet.

Herr Bundeskanzler, ich hoffe, daß der Austro-Porsche jedenfalls die Heilung von der Phantomidee gebracht hat, mit einigen Großprojekten industriepolitisch etwas bewirken zu können. Prestigeprojekte haben sich noch selten ausgezahlt, seien Sie daher auch mit anderen Großprojekten vorsichtig, damit wir nicht mit knappen Mitteln heute die Industrieruinen von morgen bauen, Herr Bundeskanzler. Davon hat niemand etwas; weder Ihre Wähler noch unsere

6900

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Dr. Taus

Wähler. Und wir wollen gemeinsam verhindern, daß so etwas passiert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Österreich braucht industriepolitisch ein Anreizsystem, das die Unternehmungen wieder veranlaßt, sich mehr um Auslandsmärkte zu kümmern und auch wieder etwas zu riskieren, in neue Technologien zu investieren. Was wir brauchen ist einfach mehr Risikokapital. Die Zinssubventionen, der gestützte Kredit, können das Risikokapital nicht ersetzen. Was wir industriepolitisch brauchen sind auch durchaus Institutionen, die für viele mittlere und kleinere Unternehmungen Entwicklungsaufträge übernehmen und die mit diesen Unternehmungen dann gemeinsam entwickeln.

Die Österreicher haben ein Vierteljahrhundert lang gezeigt, daß sie das alles können. Was uns fehlt ist auch das Klima für eine solche Politik. Der Glaube an die Bürokratie und an zentralistische Entscheidungen hat zu einem Run auf öffentliche Wohltaten geführt und nicht zu einer sinnvollen industriellen Entwicklungspolitik. Und was den Sozialisten in ihren siebeneinhalb Jahren Regierung gelungen ist, ist sehr einfach zu definieren. Sie haben Initiative und Wagemut eingebremst. Denn noch nie hat eine Kommission die Einsatzbereitschaft, den Leistungswillen und die Arbeitsfreude von Menschen ersetzen können. Aber dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ, haben Sie ja selten Verständnis gehabt. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir haben uns nun bemüht – das gebe ich zu –, einen neuen Weg zu versuchen und neue Vorschläge zu machen. Wir haben uns bemüht, mit unserem Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze etwas von dem hergebrachten Weg abzugehen. Man kann über vieles diskutieren – das gebe ich durchaus zu –, es haben sich viele Leute den Kopf darüber zerbrochen, ich selber habe mir auch den Kopf zerbrochen. Aber die entscheidende Frage geht doch in eine Richtung, und die Richtung lautet: Können wir Beschäftigungspolitik mit Strukturpolitik kombinieren? Das ist die entscheidende Frage, um die es geht, es ist eine eminent schwierige Frage. Ich gebe das durchaus zu, weil natürlich Beschäftigungspolitik für denjenigen, der bedroht ist, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, auch primär heißt, daß er klammert. Das verstehe ich, jeder würde das tun, das ist eine zutiefst menschliche Eigenschaft. Daher ist eben jetzt der Versuch, aus dieser Sackgasse herauszukommen, in der wir sind, der Versuch, nun einfach Strukturpolitik mit Beschäftigungspolitik zu kombinieren.

Herr Bundeskanzler, Sie können das ruhig alles wegwischen. Sie werden sehen, es ist der einzig mögliche Weg, den es gibt. Da kann man

verschiedene Maßnahmen nun versuchen, auch andere, die wir drinnen haben. Ich sage Ihnen auch nur eines dazu. Wenn Sie ein Konzept vorlegen sollten – nach siebeneinhalb Jahren Regierung wäre es ja hoch an der Zeit –, werden wir das nicht vom Tisch wischen, sondern wir werden es genau prüfen, weil es hier um eine gemeinsame Existenzfrage geht und nicht nur mehr um politisches Prestige, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch im Bereich der Ausfuhrförderung müssen wir uns etwas einfallen lassen. Ich rede hier einer Exportoffensive das Wort. Ich rede einem Konzept für eine solche Exportoffensive das Wort, und das müssen wir sehr schnell machen. Wir haben kaum Zeit zu verlieren. Das gleiche gilt für den Fremdenverkehr, das gleiche gilt im Bereich der verstaatlichten Industrie. Dazu möchte ich überhaupt ein paar Sätze sagen.

Herr Bundeskanzler, ich glaube, auch die Politik in der Verstaatlichten ist nicht erfolgreich gewesen. Auch das soll einmal hier ausgesprochen werden. Mir tut das deshalb leid, weil ich sehr viel Zeit und Kraft – es war eine für mich sehr wichtige Periode meines Lebens – in diese Industriegruppe investiert habe. Und da gibt es dann sicherlich Bindungen, die nicht so leicht abzuschütteln sind.

Die Strukturprobleme der verstaatlichten Industrie, die seit langem bekannt sind, Herr Bundeskanzler, sind nicht einmal angerührt worden, es sei denn, Sie verwechseln eine rasche, wenig gut vorbereitete Fusionspolitik mit Strukturpolitik.

Dabei waren die Voraussetzungen für Sie, als Sie die verstaatlichte Industrie mehrheitlich übernommen haben – es haben die Organe in ihren Mehrheiten eben gewechselt, was bei den Aufsichtsräten ein Ergebnis der Wahl gewesen ist, dazu ist nichts zu sagen –, meines Erachtens noch nie so günstig, sie waren günstig wie kaum jemals seit dem Ende des Krieges. Und zwar warum:

In der Zeit der Alleinregierung der ÖVP sind einige Tabus durchbrochen worden, die für die Verstaatlichte – ich gebe das durchaus zu – viele Jahre hindurch nicht sehr angenehm gewesen sind. Die Unternehmungen konnten, und ich bin stolz darauf, das hier zu sagen, ihre Aktivitäten ausweiten. Eine ganze Reihe von Firmen ist von verstaatlichten Unternehmungen gekauft worden, es hat die ersten gemeinsamen Unternehmungen – private, verstaatlichte – gegeben, und das Ziel und der Sinn dieser Politik war, die Verstaatlichte umzustrukturieren und sie von der zu starken Grundstofforientierung wegzubringen. Ich gebe zu, ein Jahrzehntprogramm oder ein Programm, das ein Jahrzehnt minde-

Dr. Taus

stens braucht. Dann ist es auch gelungen, die Verstaatlichte aus dem politischen Tagesstreit – nun, ganz geht das ja nie, aber so halbwegs jedenfalls – herauszuhalten. Das heißt, Sie hätten dort in einem Klima beginnen können, das nicht schlecht war. Mit der ÖIAG stand Ihnen auch eine Konstruktion zur Verfügung, die sicherlich nicht perfekt auch das Ergebnis eines politischen Kompromisses war – was ist schon perfekt? –, aber eine Konstruktion, wo man mit einer vernünftigen Holding-Politik langsam in eine andere Richtung hätte gehen können. Wir haben ja bewiesen, daß das möglich ist. Der Sinn war: Ausweitung in Bereiche, in denen die verstaatlichten Unternehmungen nicht drinnen gewesen sind, aber dort abschneiden, wo man das Gefühl hatte und nicht nur das Gefühl, sondern die Überzeugung hatte, daß es auf diesem Weg nicht weitergeht. Das war der Sinn dieser Umstrukturierungspolitik.

Herr Bundeskanzler! Was daraus geworden ist, ist nicht viel. Das heißt, Sie sind klassisch im Investitionsprozeß im Grundstoffbereich geblieben, der Prozeß der Umstrukturierung ist nicht mehr in dem Tempo fortgesetzt worden, und heute ist ein großer Teil der Verstaatlichten in einer schwierigen Situation.

Ich sage Ihnen: Mir tut das deshalb so leid, weil damit automatisch diese für unser Land so wichtige Unternehmensgruppe selbstverständlich in eine politische Diskussion hineingezogen wird. Ich werde das nicht provozieren, aber sie wird hineingezogen, weil die Leute sich darüber den Kopf zerbrechen werden, wenn es nun wieder heißt: Was ist denn das, wenn nun seitens der ÖIAG und seitens der VÖEST für die VÖEST 4 Milliarden Schilling verlangt werden. Das ist ja kein kleiner Betrag. Die meisten Menschen können sich, ohne daß dies ein Bildungsmangel wäre, überhaupt nicht vorstellen, was das für eine riesige Summe ist.

Und wenn dann verlangt wird, daß die öffentliche Hand gleich die Zinssubventionen wieder dafür übernimmt und ähnliches mehr, so heißt das, daß jeder sagt: Moment einmal, ist denn der Herr Müller, der in einem privaten Betrieb A arbeitet, etwas anderes als der Herr Meier, der in einem verstaatlichten Betrieb B arbeitet? – Die werden sich fragen: Wieso kriegt denn der das, warum wird denn der dort unterstützt und subventioniert und gefördert, und warum denn nicht ich, ich bin doch genauso ein Arbeiter oder Angestellter – was immer er ist –, es besteht doch gar kein Unterschied! Ja warum? Der kriegt aus meiner Leistung etwas, und ich kriege nichts?

Sie ziehen damit die Verstaatlichte automatisch wieder in eine politische Diskussion hinein. Das war das Resultat, wobei ich Ihnen

durchaus zugebe, daß die Eisen- und Stahlindustrie in keiner leichten Lage ist – das gebe ich Ihnen durchaus zu –, auch international. Machen wir uns gar nichts vor. Ich bin nicht so unfair, daß ich nur österreichische Verhältnisse allein betrachte.

Aber, Herr Bundeskanzler, Österreich kann sich eine British Steel Corporation nicht leisten. Ich möchte Ihnen das auch hier dezidiert sagen. Das tragen wir nicht. Ein derart exportorientiertes Land wie wir ist nicht in der Lage, so etwas zu machen.

Daher frage ich Sie, Herr Bundeskanzler: Was hat die Regierung nun vor? Es ist ja an Sie herangetreten worden, Milliarden bereitzustellen. Sie wissen: Bei der damaligen Fusion – wir haben selbst darüber diskutiert – haben Sie die 2 Milliarden Schilling, die Sie versprochen haben, Herr Bundeskanzler, nicht zur Verfügung gestellt. Eine Milliarde haben wir dann mühsam auf dem Kapitalmarkt zusammengekratzt und haben sie der VÖEST als Kapitalerhöhung gegeben. Die zweite ist nie gekommen. Und jetzt werden natürlich weitere vier Milliarden verlangt. Die Leute haben sich ja damals schon etwas überlegt, als sie gesagt haben: Na, 2 Milliarden, wenn ihr uns schon so überhups fusioniert! Wißt ihr, was ihr uns damit für Probleme einwirtschaftet?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, die Opposition und damit die Öffentlichkeit hat das Recht. Herr Bundeskanzler, ich möchte von Ihnen hören, wie Sie zu den Fragen der verstaatlichten Industrie stehen und was Sie vorhaben, in diesem Bereich zu tun. Denn an Sie ist man bereits herangetreten, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Wie wollen Sie das machen, wann wollen Sie das machen, in welchem Umfang wollen Sie das machen? Geben Sie uns bitte darauf eine Antwort. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch eine Frage hier anreißen, weil sie in der Öffentlichkeit schon wieder besprochen wird. Man kann über vieles diskutieren, was der Herr Dr. Geist gesagt hat. Eines muß ja auch noch angerissen werden. Ich möchte auch von Ihnen hören, Herr Kanzler, wie Sie dazu stehen.

Er hat wieder den Vorschlag gemacht – den hat er vor drei, vier Jahren schon einmal gemacht –, die ganze verstaatlichte Industrie gewissermaßen unternehmerisch in einen Topf zu werfen und dann dort innen auszugleichen: Wer noch etwas verdient, wer nichts verdient.

Also, Herr Bundeskanzler, es ist sehr hart gesagt worden: Das ist das alte USIA-System, daß der cash flow vereinigt werden soll. Ich weiß nicht, wie der Dr. Geist sich das vorstellt. Mir hat

Dr. Taus

er seinerzeit noch gesagt, er möchte alle Unternehmungen zu einem Unternehmen fusionieren.

Ich möchte Ihnen eines hier sagen: Das wäre für einen Gegner der Industriegruppe der schönste Tag. Wenn so etwas geschieht, kommen die aus den Zores nie mehr heraus. Sie sind ja jetzt schon nicht mehr in der Lage, in den großen Unternehmenseinheiten, die Sie durch einen schnellen Fusionsbeschluß geschaffen haben, zu Rande zu kommen und müssen jetzt anfangen, zu dezentralisieren. Das haben wir vorher billiger gehabt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Aber das ist ja eine Frage, die, das gebe ich schon zu, vielleicht gar nicht öffentlichkeitswirksam ist. Das ist ja das Problem. Viele Fragen, die nicht öffentlichkeitswirksam sind, sind einfach die wichtigsten Probleme, sind die Lebensprobleme, von denen wir in Zukunft leben werden, mit denen wir uns in Zukunft auseinanderzusetzen haben. Das sind eben die industriepolitischen Probleme.

Herr Bundeskanzler! Ich frage Sie, sind Sie auch der Meinung des Dr. Geist, daß man alles in einem Topf zusammenwerfen soll? – Ich hätte gerne eine Antwort darauf.

Lassen Sie mich abschließend eines sagen. Wir sind durchaus bereit – auch in der verstaatlichten Industrie – mit vernünftigen Maßnahmen mitzugehen, weil wir es uns nicht leisten können, daß diese Unternehmensgruppe in permanente Schwierigkeiten gerät, und weil wir es auch innenpolitisch nicht haben wollen. Ich gebe es durchaus zu: Bei mir ist es auch eine persönliche Bindung, so etwas können Menschen ja nie von sich abstreifen; ich kann es jedenfalls nicht.

Lassen Sie mich aber nun zu einem weiteren Punkt kommen, und zwar zu jener Gruppe der Wirtschaft, die immer zu kurz kommt, die aber die Bravsten im Land sind, deren man sich nie erinnert, die nie auf den großen Empfängen zu sehen sind, die nie brillieren dürfen, die aber, Herr Bundeskanzler, in den letzten Jahren die Vollbeschäftigung gesichert haben, die, Herr Bundeskanzler, brav ihre Steuern abliefern, die, Herr Bundeskanzler, keine Subventionen bekommen, die von der Früh bis in die Nacht hinein arbeiten müssen. Ich meine die vielen Tausenden mittleren und kleineren Unternehmungen. Auch derer sollen wir hier einmal gedenken, wenn wir schon über Industriepolitik und Wirtschaftspolitik reden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben ungefähr 214 000 nichtlandwirtschaftliche Betriebe in Österreich, davon gibt es ja nur 2 200 mit mehr als 100 Beschäftigten,

11 000 haben mehr als 20 Beschäftigte, und in den Klein- und Mittelbetrieben mit weniger als 100 Beschäftigten arbeiten mehr als eine Million Menschen; das heißt, weit mehr als in der gesamten österreichischen Industrie.

Herr Bundeskanzler! Genau die waren es, die gehalten haben. Die haben die Vollbeschäftigung gesichert. Die haben eine hohe Produktivität. Die haben niemanden freigesetzt, selbst dann nicht, als es dem einen oder anderen in schwierigen Zeiten recht schwer gefallen ist, seine Leute zu halten. Niemanden haben sie freigesetzt. Die haben die Leute gehalten. Die haben sich hier geplagt, im Markt durchzukommen. Und was haben sie von Ihnen geerntet? Die Beschimpfung, „Steuerhinterzieher“ zu sein. Herr Bundeskanzler! Überlegen Sie sich, was Sie sagen gerade dieser Bevölkerungsgruppe gegenüber. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich sage Ihnen, ich bin der Überzeugung, daß diese Gruppe viele, viele Jahrzehnte, auf überschaubare Zeiten immer die wichtigste Gruppe bleiben wird. Diese kleine und mittelbetriebliche Struktur ist nichts Schlechtes. Nachdem zunächst vor wenigen Jahren noch die Größe das Entscheidende war, kommt jetzt schon das Schlagwort: *small is beautiful*. Ich will nicht so weit gehen. Aber sie sind wichtig und sie sind entscheidend und notwendig und werden es bleiben.

Herr Bundeskanzler! Ich frage Sie: Wo ist denn Ihr Konzept für diese Gruppe? – Darüber hört man nichts. Das einzige, was denen passiert, ist, daß sie belastet, belastet und belastet werden. Das soll hier auch einmal festgehalten werden. Wir von der Österreichischen Volkspartei werden das ändern, wenn wir die Mehrheit haben.

Lassen Sie mich damit, Herr Bundeskanzler, zu einem Thema kommen, das ein wichtiges ist, nämlich die Spargesinnung Ihrer Regierung. Ich hätte mich mit dieser Frage nicht beschäftigt, aber der Herr Finanzminister hat gestern der „Kronen-Zeitung“ ein Interview gegeben, und das verdient es auch, hier zitiert zu werden.

Er ist von dem Journalisten nach den Repräsentationsspesen in den Ministerien gefragt worden. Wie gesagt, ich hätte mich nicht damit beschäftigt, weil – ich sage Ihnen das auch gleich vorneweg – ein Bundeskanzler und eine Regierung natürlich Repräsentationsverpflichtungen hat. Keine Frage! Ich bin auch gar nicht der Meinung, daß Sie in Sack und Asche einhergehen sollen. Ich möchte das dezidiert hier feststellen. Das muß man sagen, weil es manchmal so durchklingt, als wäre das erwünscht. Nicht von uns.

Dr. Taus

Aber es geht um ein ganz anderes Problem. Der Herr Vizekanzler hat auf die Frage: „Was unternimmt der Finanzminister, um“ dieses viele Millionen betragende Repräsentationsbudget „künftig zu verhindern?“, geantwortet:

„Die Bundesregierung ist ständig bemüht, Österreich stärker in das internationale weltpolitische Geschehen einzubinden. Viele dieser Aktivitäten sind nun einmal mit höheren Repräsentationsausgaben verbunden. Ich gebe aber gern zu, daß ein Bundeskanzler, dem nicht die Ehre eines ausländischen Besuchs zuteil wird, viel weniger Repräsentationsausgaben haben wird.“

Ich glaube, es ist allen österreichischen Bundeskanzlern bisher die Ehre ausländischer Besuche, und zwar sehr vieler, zuteil geworden, und sie haben trotzdem nicht so hohe Repräsentationsbudgets gehabt, Herr Bundeskanzler. Ich glaube, daß Österreich in der Welt immer ganz gut dagestanden ist. Oder glauben Sie, daß ein Raab, ein Figl, ein Gorbach, ein Klaus dieses Land nicht repräsentieren konnten? Ich bin überzeugt, daß sie es konnten, und ich glaube, auch Sie sind davon überzeugt.

Nur, diese Antwort, die gegeben wurde, hat mich ein bißchen geärgert.

Ich möchte daher die Zahlen sagen. Herr Bundeskanzler! Sie haben 1970 knapp 1,6 Millionen Schilling an Repräsentationsspesen verbraucht, und Sie haben 1976 knapp 6,5 Millionen Schilling an Repräsentationsspesen verbraucht, das heißt, Ihre Repräsentationspost ist um mehr als das Dreifache gestiegen in diesen Jahren, das Budget ist aber nur, wenn ich die Zahlen jetzt richtig hier habe, um ungefähr 118 Prozent gestiegen, es hat sich mehr als verdoppelt in dieser Zeit. Das heißt, Herr Bundeskanzler, Sie sind weit über der Budgetentwicklung gelegen. Ich hätte das jetzt nicht gesagt, aber wenn man hier Ihr Spesenkonto damit in Verbindung bringt, daß Sie Österreich „in das internationale weltpolitische Geschehen“ einbinden, ich bitte schön, da kann man dazu nicht schweigen.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, so eine Argumentation sollte sich der Österreicher nicht gefallen lassen, daß man nämlich mehr Spesen verbräuche, weil man in das weltpolitische Geschehen eingebunden wird. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Finanzminister! Spesen wird's immer geben, repräsentiert wird immer werden, nur Ihre Antwort war bedenklich. Sie haben nicht gesagt, daß Sie irgend etwas dagegen tun werden; wenn Sie wenigstens gesagt hätten, wir werden uns bemühen, das einzufrieren oder

sonst etwas. Solche Aussagen habe ich bei Ihnen vermißt!

Herr Finanzminister, im Jahre 1970 haben Sie knapp 200 000 S Repräsentationsaufwand gehabt, und wenn ich das jetzt richtig habe, so haben Sie im Jahre 1976 im Erfolg über 1 Million Schilling gehabt, das heißt, Sie haben Ihr Repräsentationsbudget um das Fünffache erhöht. Herr Finanzminister, ich hoffe, Sie haben Österreich in die weltpolitische Entwicklung fünfmal so stark wie Ihre Vorgänger integriert. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Ich gebe auch zu, daß Sie vielleicht mit viel mehr Ausländern haben reden müssen, denn noch nie hat ein Finanzminister soviel Auslandsschulden gemacht wie Sie, das ist also etwas, das halt auch eine gewisse Rolle spielt. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt werden Sie gleich sagen, Sie haben auch mit mir seinerzeit Geschäfte gemacht. Natürlich! Aber ich möchte Ihnen nur sagen, so eine Antwort, Herr Minister, haben Sie eigentlich nicht notwendig, so eine Antwort sollten Sie sich ersparen. Es fällt Ihnen ja sicher etwas Besseres dazu ein, und zwar etwas, das der Wahrheit näher kommt. Sagen Sie doch wenigstens, Sie wollen sich bemühen, daß Sie das künftighin eindämmen. Das wäre eine Erklärung, die vernünftig wäre, wobei ich wiederhole: Niemand legt Wert darauf und sagt, daß Sie nicht repräsentieren sollen. Eine Regierung muß eben eine gewisse Repräsentation haben.

Aber bitte schön, vielleicht sind diese Beträge alle nicht so hoch, wenn man daran denkt, daß das „Neue Forum“ allein 200 000 S im Subventionsbericht drinnen stehen hat und wahrscheinlich noch Abonnements und sonstige Dinge auch kriegt. Dann ist das vielleicht nicht so arg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einige wenige Dinge sagen. Ich glaube, daß, wenn man sich dieses Budget ansieht, wenn man sich die Politik der Regierung ansieht, niemand mehr sagen kann, daß es hier um eine besonders erfolgreiche Politik geht. Herr Bundeskanzler, ich warte auf Ihr Arbeitsplatzsicherungskonzept, Sie wissen, das Problem wird schwierig. Herr Bundeskanzler, ich frage Sie, wo ist das Budgetkonzept? Sie sind doch angetreten unter dem Titel, nun mehr planen zu wollen. Ja warum haben Sie denn nicht mehr geplant? Ich glaube, so wenig geplant im öffentlichen Bereich wie jetzt ist noch nie geworden. Und ich bekenne mich zur Planung im öffentlichen Bereich. Warum haben Sie's aber nicht getan? Jeder wäre Ihnen dankbar gewesen.

Ich warte auch auf andere Programme der SPÖ, auf das Exportprogramm, auf das Verstaat-

6904

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Dr. Taus

lichten-Programm und, und, und . . . Wir haben ja nie gesagt, wir sind nicht bereit, Alternativen auf den Tisch zu legen. Wir tun das sehr wohl, und wir werden das weiter tun.

Herr Bundeskanzler, ich möchte Sie zitieren, weil es ein ganz besonders schönes Zitat ist. Am 26. September 1967 haben Sie der „Arbeiter-Zeitung“ folgendes gesagt:

„In der österreichischen Publizistik gibt es einen Alternativenkomplex. Auch in anderen demokratischen Staaten wird eine solche Alternative nicht von der Opposition verlangt. Das täte der Regierung passen, daß man über ein Alternativbudget diskutiert und nicht über ihr Debakel!“

Herr Bundeskanzler, Kollege Fischer hat einmal hier etwas gesagt, was nur bedingt lustig gewesen ist: Er möchte einen Unterschied Klavier spielen können. Ich möchte den Unterschied zwischen dem Budget der ÖVP-Regierung und Ihrem Budget Klavier spielen können, ich glaube, ich wäre ein großer Pianist. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Androsch: Das ist das erste Mal, daß ich höre, daß Sie musische Neigungen haben!)*

Herr Finanzminister, vielleicht kann ich's mit Ihren musischen Neigungen nicht aufnehmen, aber in der Frage will ich mit Ihnen nicht konkurrieren. *(Neuerliche Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren von der Regierung! Zeigen Sie uns Ihr Arbeitsplatzkonzept, zeigen Sie uns Ihr Budgetkonzept, zeigen Sie uns Ihr Industriekonzept, legen Sie Ihre Vorstellungen auf den Tisch, wir werden sie nicht vom Tisch wegweisen, wir werden mit Ihnen darüber diskutieren, wir werden also durchaus akzeptieren, wenn es bei Ihnen vernünftige Meinungen gibt, da wird es Meinungsunterschiede geben, aber das gehört eben in der Demokratie dazu.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Sie und Ihre Regierung, Herr Bundeskanzler, sind heute nach mehr als siebeneinhalb Jahren nicht in der Lage, Konzepte für die Lösung der anstehenden Probleme vorzulegen, nicht auch nur einen Diskussionsbeitrag. Aber Sie von der Sozialistischen Partei tragen zum größten Teil die Schuld an dieser Entwicklung, an der Situation, in die dieses Land gekommen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Budget ist ein getreues Spiegelbild der sozialistischen Politik. Die Zustimmung der Österreichischen Volkspartei ist dafür nicht zu haben. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Fischer.

Abgeordneter Dr. Fischer (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner hat uns den Standpunkt der Österreichischen Volkspartei zum Budget erläutert und hat mitgeteilt, daß die ÖVP diesem Budget nicht zustimmen wird.

Aus technischen Gründen, weil wir das beim Budgetkapitel Oberste Organe verhandeln, ist diese Mitteilung sogar unter einer Pro-Wortmeldung erfolgt, wovon natürlich nicht viel zu merken war.

Wir, meine Damen und Herren, werden jetzt unseren Standpunkt darstellen, und es wird dann Sache der Öffentlichkeit sein zu entscheiden, welche Argumente die richtigen sind. Wenn das heute die erste Generaldebatte wäre, die wir führen, meine Damen und Herren, dann bliebe uns gar nichts anderes übrig, als auf die Zukunft zu verweisen und abzuwarten. Aber Sie alle wissen, daß es nicht die erste Generaldebatte ist, und wenn wir den Kalender um genau 365 Tage, das heißt, um ein Jahr zurückdrehen, nämlich auf den 1. Dezember 1976, dann ist damals auch eine Generaldebatte geführt worden über das Budget des laufenden Jahres, über das Budget 1977. Damals hat uns Dr. Taus vorgehalten, daß man mit diesem Budget 1977 keine Arbeitsplatzsicherung mehr machen könne, das Resultat des Jahres 1977 war eine Arbeitslosenrate von nach wie vor 2 Prozent und von 39 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Herr Doktor Taus hat fortgesetzt - an die Adresse des Bundeskanzlers gerichtet -: „Sie lassen zu, Herr Bundeskanzler, daß die Inflationsrate in Österreich nicht sinkt.“

Sie lassen zu, daß die Armen immer ärmer werden . . .

Sie, Herr Bundeskanzler, sind für all das verantwortlich.“

Tatsache ist, daß die Inflationsrate sehr wohl um 1,6 Prozentpunkte gesunken ist, daß es einfach unwahr ist, wenn man behauptet, daß die Armen in Österreich immer ärmer werden. Im Gegenteil, meine Damen und Herren, wir sind stolz darauf, daß die alten Menschen, die Pensionisten, die Behinderten, die Invaliden am wachsenden Wohlstand der Gesellschaft teilnehmen können, daß die Mindestrenten erhöht werden über die Inflationsrate, daß wir gerade am Beginn des heurigen Jahres einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Zuschußrentensituation leisten konnten, daß die Ausgaben im bürgerlichen und gewerblichen Pensionsbereich in den Jahren der sozialistischen Regierung besonders stark gestiegen sind.

ÖVP-Obmann Dr. Taus hat heute vor einem Jahr seine Rede mit der Feststellung geschlos-

Dr. Fischer

sen: „Die Menschen haben nun begriffen: der Sozialismus ist zu teuer.“ Und das Resultat waren die Wahlen im Burgenland; die jüngsten Resultate liegen von den Wahlen bei der Personalvertretung der Bundesbahnen (*Abg. Dr. Taus: Die würde ich nicht unbedingt erwähnen!*) und bei den Steyr-Werken vor, wo wir den dort Betroffenen zu ihrer Entscheidung nur herzlich gratulieren können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Es ist notwendig, sich auch mit einigen anderen Argumenten auseinanderzusetzen, die mein Vorredner gebracht hat. Sie verurteilen in harten Worten die Tatsache, daß angeblich von Jahr zu Jahr die Kontrollrechte des Parlaments ausgehöhlt werden, daß Blankovollmachten an den Finanzminister erteilt werden, daß wir gar nicht befugt wären, Rechte an den Finanzminister in jenem Ausmaß abzutreten, wie das angeblich geschieht.

Es hat auch der Abgeordnete Dr. König am 8. November im Budgetausschuß behauptet, daß die Kontrolle weitgehend ausgeschaltet werde, daß durch diese Entwicklung heuer erstmals ein Budget dem Parlament vorliegt, das die Budgethoheit reduziert. Meine Damen und Herren! Erstens einmal mache ich auf den Widerspruch aufmerksam: der Abgeordnete König sagt, es ist erstmals ein Budget vorgelegt, der Herr Abgeordnete Dr. Taus sagt, wir betreiben das seit Jahren systematisch. (*Abg. Dr. Taus: Seit 1974!*) Dann war der Kollege König falsch unterrichtet. (*Ruf bei der SPÖ: Beide können nicht recht haben!*)

Zweitens, meine Damen und Herren: Die Kontrolle der Budgetvollziehung hat mit der Flexibilität im Bundeshaushalt relativ wenig zu tun, denn die Kontrolle ist gesichert durch alle in der Verfassung vorgesehenen Organe, die es da gibt – Bundesrechnungsabschluß et cetera, Interpellationsrecht und so weiter. Worum es geht, ist, ein Prinzip durchzusetzen, meine Damen und Herren, das Sie selber in Ihrem „Plan 3“ einmal zu Papier gebracht haben und das wir uneingeschränkt vertreten, daß nämlich das Haushaltsrecht so gestaltet sein muß, daß angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung die parlamentarische Kontrolle intensiviert wird, aber auch die Flexibilität im Budgetvollzug. (*Abg. Dr. Taus: Genau das habe ich gesagt!*)

Und genau das machen wir, meine Damen und Herren. Der Finanzminister braucht mehr Flexibilität beim Budgetvollzug angesichts einer sehr unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung. Wir haben uns daher entschlossen vorzuschlagen, daß die Kontrolle nicht erst im nachhinein einsetzen soll, sondern daß sie quasi laufend eine begleitende ist. Wir haben daher einen solchen

Antrag eingebracht. Wissen Sie, was geschehen ist, als die Sozialisten diesen Antrag im Finanzausschuß eingebracht haben? – Der Abgeordnete Suppan hat den soeben eingebrachten SP-Abänderungsantrag als eine der größten „Bankrotterklärungen“, die er im Parlament je miterlebt hat, bezeichnet.

Da bringt man einen Antrag ein, daß laufende Kontrolle herbeigeführt wird, und dann wird das als die größte Bankrotterklärung, die Suppan miterlebt hat, bezeichnet. Da haben Sie noch nicht viele Bankrotterklärungen erlebt, Herr Abgeordneter Suppan, überhaupt keine haben Sie noch erlebt. Soll das, wenn man ein Argument der Opposition ernst nimmt, eine „Bankrotterklärung“ sein? Ja, meine Damen und Herren, ich nehme es nicht allzu ernst, was hier der Kollege Suppan gesagt hat, aber wenn das Ihre Auffassung wäre, ja dann müßte man sich ja geradezu peinlich hüten, auf Argumente der Opposition einzugehen, wenn das dann das Resultat ist.

Abgeordneter Dr. Taus ist heute ganz auf dieser Linie geblieben, hat das als Ausdruck des schlechten Gewissens bezeichnet. Wenn wir einer Anregung von Ihnen nicht nachgeben, dann ist das die „brutale Mehrheit“, dann ist das die „undemokratische SP-Regierungspartei“, die „kontrollfeindlich“ und „parlamentsfeindlich“ ist. Wenn wir einer Anregung von Ihnen Rechnung tragen, dann ist das laut Suppan eine „Bankrotterklärung“ oder ein Ausdruck eines schlechten Gewissens. Auf die Idee, daß hier eine sachliche Lösung gesucht und auch gefunden wurde, scheinen Sie nicht gekommen zu sein; dafür reicht Ihre Phantasie offensichtlich nicht aus. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Noch etwas muß ich dem Kollegen Dr. Taus sagen; die Tatsache, daß er momentan offensichtlich dringend verhindert ist, hier anwesend zu sein, soll mich nicht hindern, mich mit seinen Argumenten auseinanderzusetzen. (*Ruf bei der SPÖ: Wo ist denn der Taus?*) Wir werden auf das Problem Budgetdefizit im Lichte Ihrer Argumentation noch zurückkommen. Aber wenn Sie sagen, Herr Dr. Taus, niemand mehr könne diese Budgetpolitik verteidigen, denn ein Budgetdefizit mit 50 Milliarden im laufenden Jahr, das den siebenfachen Umfang des ÖVP-Defizits ausmache, könne doch wohl niemand verteidigen, meine Damen und Herren, so muß ich feststellen, daß daran so ziemlich alles falsch ist, was hier gesagt wurde.

Erstens müßte der Obmann der ÖVP eigentlich wissen, daß das Budgetdefizit im laufenden Jahr keine 50 Milliarden Schilling betragen wird, sondern etwa zwischen 44 und 45 Milliarden – nach den jüngsten Berechnungen – liegen wird.

Dr. Fischer

Zweitens verstößt es doch gegen die primitivsten Grundsätze einer ordentlichen vergleichenden Darstellungsweise, wenn man Budgetdefizite nicht in Relation zum jeweiligen Budgetvolumen oder Bruttonationalprodukt setzt. Das Budgetdefizit des Jahres 1968 hat mit 8,4 Milliarden zirka 9,8 Prozent des Budgetvolumens betragen. Das Budgetvolumen des Jahres 1978 wird mit 40,5 Milliarden etwa 15 Prozent betragen, das heißt, der prozentuelle Anteil ist um die Hälfte hinaufgegangen und hat sich nicht versiebenfacht, wie der ÖVP-Obmann das dargestellt hat.

Die wirtschaftlichen Gründe und die Zusammenhänge zur Vollbeschäftigungspolitik sind in diesem Hohen Haus oft genug dargestellt worden, als daß ich das wiederholen müßte. Nur frage ich mich: Wie schwach muß sich der ÖVP-Obmann in diesem Punkt seiner Argumentation fühlen, wenn er Zuflucht nimmt zu dem Vergleich in absoluten Werten und eine redliche Gegenüberstellung der Höhe des Budgetdefizits am Budgetvolumen geflissentlich vermeidet? Das ist kein gutes Argument, sondern das ist ein Beweis für die Schwäche der Argumentation meines geschätzten Vorredners. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein ausländischer Beobachter, der sich allenfalls heute auf die Galerie des Parlaments verirrt haben sollte, der müßte, wenn er meinem Vorredner zugehört hat, eigentlich an Wunder glauben. Der bekommt hier eine Rede vorgelesen, in der behauptet wird, daß Österreich von einer Regierung regiert wird, die alles falsch macht, die von nichts etwas versteht, die die Zügel schleifen läßt, die seit acht Jahren eine katastrophale Wirtschafts- und Sozialpolitik betreibt, die unsozial ist, die verschwenderisch ist, die falsche Entscheidungen trifft und die kein Herz für die Bedürfnisse der Bevölkerung hat.

Wenn dieser ausländische Beobachter dann von der Galerie weggeht und sich die Rede des Dr. Taus merkt, im Kopf behält *(Abg. Radinger: Das wird nur schwer möglich sein!)*, sich im Land umschaute, mit den Menschen redet, mit den Experten redet und sich die Statistiken der OECD oder des Statistischen Zentralamtes anschaut, dann wird er feststellen müssen, daß er in ein Land kommt, das keinen Vergleich mit anderen europäischen Ländern zu scheuen braucht, daß er in ein Land kommt, dessen Bevölkerung eine Erhöhung des Lebensstandards um real mehr als 40 Prozent während unserer Regierungszeit zu verzeichnen hat, dessen System an sozialer Sicherheit weiter ausgebaut wurde, dessen Arbeitslosenrate in einer Zeit, wo der OECD-Durchschnitt bei 5,2

Prozent liegt, nie über 2 Prozent gestiegen ist, das sich von einem Platz unter dem Durchschnitt der EWG-Länder – darüber haben wir voriges Jahr mit Dr. Taus eine Auseinandersetzung gehabt; er hat damals unkorrekte Zahlen verwendet – über den Durchschnitt der EWG-Länder hinaufgearbeitet hat und das, wenn man Preisstabilität, Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung vergleicht, zu einem Spitzenplatz unter den europäischen oder OECD-Ländern vorgestoßen ist.

Dieser ausländische Beobachter müßte eigentlich auch, wenn er die Rede des Dr. Taus gehört hat, die Österreicher für pure Masochisten halten, für Menschen, die immer wieder eine Regierung, die so katastrophal schlecht arbeitet, wählen und ihr dann im Burgenland noch ein höheres Vertrauen erteilen als im Jahre 1975. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber ich muß diesen ausländischen Beobachter leider enttäuschen und aufklären. Weder gibt es Wunder, noch sind die Österreicher Masochisten, sondern die Erklärung ist viel banaler: die Argumente der ÖVP sind falsch, sie sind unhaltbar und sie werden auch durch die immerwährende Wiederholung nicht richtiger. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Damit ich jetzt nicht den Fehler des Dr. Taus von der anderen Seite her begehe, möchte ich sagen: Wir Sozialisten sind durchaus nicht blind für die Probleme, die es heute in Österreich und auch in Europa gibt. Wir wissen, welcher Anstrengungen es bedarf, um verschiedener Schwierigkeiten Herr zu werden. Wir wissen, wie heikel die Probleme der Zahlungsbilanz sind, wir wissen, wie sehr es notwendig ist, den Anteil des Budgetdefizits am Budgetvolumen noch weiter herabzudrücken, so wie das heuer mit dem Budget für 1978 schon geschieht. Und wir wissen, wie schwierig es ist, die Arbeitsplätze zu sichern. Deshalb haben wir uns ja entschlossen zu dem Maßnahmenpaket und zu den Maßnahmen, die wir darin vertreten und die wir durchsetzen werden gegen jene, die aus Unkenntnis oder aus welchen Gründen immer dagegen opponieren.

Aber wir wissen auch um die Erfolge, die Österreich erzielt hat, um die Chancen, die ein Land mit einer stabilen Regierung hat, um die Chancen, die wir auf Grund unseres politischen Systems, auf Grund des sozialen Friedens, auf Grund der hochqualifizierten Arbeitnehmer et cetera haben, und die Bevölkerung, meine Damen und Herren, die weiß es auch. Nur Sie, nur Herr Dr. Taus leugnet es. Immer, wenn ich den Obmann der ÖVP reden höre – der Herr Unterrichtsminister wird mich korrigieren, wenn es falsch ist –, fällt mir ein, wie sich Mephisto im 1. Teil von Goethes „Faust“ dem Dr. Faust

Dr. Fischer

vorstellt: „Ich bin der Geist, der stets verneint.“ Da kann passieren, was will, Dr. Taus wird immer dagegen sein und immer kritisieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich weiß nicht, ob auch die Fortsetzung des Zitates zutreffen würde: „Ich bin ein Teil der Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.“ Er will uns sehr übel, der Herr Dr. Taus, aber bei den Wahlen schafft er dann ungewollt doch das Gute mit seiner Politik, denn unsere Mehrheit ist das Resultat dieser negativen Einstellung. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Ich wehre mich selbstverständlich nicht gegen jede Art von Kritik et cetera, wohl aber gegen die einseitige Darstellung der Probleme. Meine Damen und Herren! Bewußt oder unbewußt sehen Sie immer nur die eine Seite der Medaille, obwohl Sie wissen müßten, daß eine Medaille zwei Seiten hat, und obwohl ein Wirtschaftspolitiker – mein Vorredner ist es in höherem Maße als viele andere in diesem Haus, das stelle ich gar nicht in Zweifel –, der über die österreichische Situation spricht, doch wissen müßte, daß es zwar Belastungen gibt für die Bevölkerung – die wir nie geleugnet haben –, aber auch Kompensationen und Überkompensationen auf der anderen Seite.

Hat er noch nie etwas von Pensionserhöhungen, von den Sozialleistungen et cetera gehört? Gleichzeitig wird ja immer auf die „Sozialinflation“ verwiesen, auf die hohen Ausgaben, die wir dafür haben.

Jemand, der immer nur die eine Seite sieht und nie die Sache umdreht, der kommt mir vor wie ein Briefmarkensammler, der nur die gummierten Rückseiten seiner Marken kennt und noch nie geschaut hat, daß auf der Vorderseite auch etwas drauf ist, und zwar meistens das Entscheidende. *(Beifall bei der SPÖ.)* Wer nur das Defizit kritisiert und nicht den Zusammenhang zwischen Budgetausgabenstruktur und Vollbeschäftigungspolitik sieht, dessen Argumentation ist untauglich, das ist wie ein Flugzeug mit einem Flügel.

Außerdem können wir dann dem Bekenntnis dieser Seite zur Vollbeschäftigungspolitik nur mit Vorbehalten gegenüberreten. Denn entweder – oder. Es gibt nicht nur ein Entweder.

Meine Damen und Herren! Sie verstricken sich damit ja letzten Endes in unlösbare Widersprüche. Heute hat der ÖVP-Obmann das Gewicht seiner Rede ganz auf das Defizit, auf die Ausgabenseite gelegt. Und tatsächlich, Sie werfen uns jede Milliarde vor, die wir seit 1975/76 zusätzlich für bestimmte politische Ziele, Vollbeschäftigung et cetera, ausgegeben haben. Aber der gleiche Dr. Taus legt uns ohne

mit der Wimper zu zucken – er hat es ja hier am Rednerpult in der Hand gehabt – ein Papier vor, das etliche Milliarden kosten würde, falls man es auch in jenen Punkten realisieren wollte, die wir nicht ohnehin schon im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik verwirklicht haben.

Wenn die Frage des Budgetdefizits schon ein solcher Zentralpunkt in Ihrer Argumentation war, dann muß man doch auch folgendes sagen:

Der Rückgang des Budgetdefizits am Budgetvolumen ist unter anderem erreicht worden durch die Beschlußfassung des Maßnahmenpakets. Das Fazit ist: Sie lehnen das hohe Defizit ab, aber Sie lehnen auch jede Maßnahme zu seiner Verringerung ab.

Jetzt nehmen Sie einmal an, die sozialistische Parlamentsfraktion hätte Ihren Einwendungen gegen das Maßnahmenpaket Rechnung getragen, und der Herr Präsident Sallinger hätte uns überzeugen können, das Maßnahmenpaket nicht zu beschließen. Dann hätte der Herr Finanzminister in seinem Budget auf der Einnahmen- und Ausgabenseite insgesamt Buchungen vornehmen müssen, die das Defizit um 14 Milliarden vergrößert hätten.

Und nehmen Sie an, der Herr Dr. Mock hätte uns überreden können, die Lohnsteuersenkung sofort zu machen, und nehmen Sie an, wir hätten ernst genommen, was im Landwirtschaftsausschuß gesagt wurde: Grüner Plan wird abgelehnt, Ausgaben für die Landwirtschaft sind zu niedrig. Nehmen wir an, wir hätten Ihre Kritik als berechtigt anerkannt, es geschieht zu wenig für die Familien.

Jetzt frage ich Sie, meine Damen und Herren: Wie hätte denn dann das Budgetdefizit ausgesehen? Sie können es sich ausrechnen, aber Sie schweigen, weil Sie wissen: Wenn wir nur einen Moment Ihre eigenen widersprüchlichen Forderungen und Vorschläge ernst genommen hätten, schon wäre ein klassisches K. o. gegen Ihre Kritik am Budgetdefizit fertig gewesen, denn das läßt sich nicht vereinbaren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie haben schon gewußt, warum Sie keine Abänderungsanträge zum Budget einbringen. Kollege Dr. Koren hat das mit der Bescheidenheit einer Opposition begründet, die ohnehin weiß, daß sie keine Chance hat und daß ihre Anträge abgelehnt werden. Ich muß sagen, das hat Sie in anderen Bereichen noch nie gehindert, Anträge zu stellen, dieses Wissen, daß sie vielleicht abgelehnt werden. Sie haben deshalb keine Abänderungsanträge eingebracht zum Unterschied von früher, weil Sie wußten, daß der Antrag, den Sie dann hätten stellen müssen: Lohnsteuersenkung, Ablehnung des Maßnah-

6908

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Dr. Fischer

menpakets, Erhöhung verschiedener Budgetansätze, Ihren Rednern buchstäblich den Teppich unter den Füßen weggezogen hätte.

Was hätten Sie noch kritisieren können am Budgetdefizit, wenn es dann um 20 oder 30 Milliarden höher gewesen wäre?

Meine Damen und Herren! Sie hätten ja eigentlich auch die Ankündigung Ihres Parteibüchleins, er habe ein Rezept, wie man das Budgetdefizit in vier oder fünf Jahren um zwei Drittel reduziert, ernst nehmen müssen. Zwei Drittel in fünf Jahren! Wenn ich richtig rechne, bedeutet das zwei Fünftel pro Jahr, bedeutet bei 40 Milliarden Defizit etwa 5 bis 6 Milliarden pro Jahr weniger.

Kein Maßnahmenpaket, sofortige Lohnsteuersenkung und ein um 6 Milliarden geringeres Budgetdefizit, meine Damen und Herren, das hat weder mit Mathematik etwas zu tun noch mit Politik, das ist Jägerlatein auf parlamentarisch, anders kann ich's nicht formulieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es sei denn, Herr Dr. Taus hätte uns ein Budget gemacht, wo er die Einnahmen in Lire budgetiert und die Ausgaben in D-Mark, dann wäre es sich vielleicht ausgegangen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn wir diese Diskussion fortsetzen innerhalb dieses Hauses oder außerhalb dieses Hauses, dann kommt meistens das Argument: ja, wir würden eben sparsamer wirtschaften, wir würden eben sparsamer sein als diese Regierung!

Wenn man dann fragt, worin diese Sparsamkeit bestünde: niedrigere Beamtengehälter?, weniger Sozialausgaben?, weniger für die Landwirtschaft?, dann gibt's eine Formel, die der Kollege Lanner, glaube ich, erfunden hat, ich würde es ihm zumindest nicht streitig machen: Repräsentationsstopp, Bürokratiestopp, weniger Ausgaben für Dienstautos, weniger Ausgaben für Regierungspropaganda.

Meine Damen und Herren! Ich will nicht zu viel Zeit verwenden, um Ihnen vorzurechnen – ich habe die Unterlagen da –, wie sich etwa die wirkliche Regierungspropaganda der ÖVP, für die ein eigener Staatssekretär da war, in Prozenten des Budgetvolumens entwickelt hat im Vergleich zu der Öffentlichkeitsarbeit von heute, die vom Merkblatt für den Tiergarten Schönbrunn bis zu Flugblättern für ausländische Gastarbeiter reicht.

Ich will diese Rechnung jetzt gar nicht anstellen und Sie auch nicht in die Verlegenheit einer Diskussion um die Repräsentationsaufwendungen verwickeln.

Nur für die Öffentlichkeit sei es gesagt: Die Zahlen des Dr. Taus in der Summe waren – soweit es den Gesamtaufwand betrifft – nicht richtig, denn die Repräsentationsausgaben im Jahre 1969 haben 12,3 Millionen betragen, das war die gigantisch hohe Summe von 0,013 Prozent, also 13 Tausendstelprozent des Budgetrahmens. Die Repräsentationsausgaben für 1978 mit 27 Millionen sind 0,010 Prozent, das sind 10 Tausendstelprozent.

Aber mir geht es jetzt gar nicht darum zu streiten, daß sich der Repräsentationsaufwand von 13 Tausendstelprozent auf 10 Tausendstelprozent, gemessen am Budgetvolumen, reduziert hat, mir geht es nur um die Unseriosität der Argumentation, so zu tun, als könnte man damit einen Beitrag zu den Problemen des Haushaltes und des Budgetdefizites leisten. Das ist schlicht unseriös, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Prader: Der Bundeskanzler hat gesagt, auf 100 S kommt es an!)*

Ja, auf eine Spargesinnung kommt es an, aber man darf doch, wenn man über die Höhe des Budgetdefizits diskutiert, nur Größenordnungen miteinander vergleichen, die tatsächlich etwas miteinander zu tun haben.

Herr Dr. Prader! Würde sich diese Bundesregierung – was ja unseriös ist, und die Länder tun's auch nicht und frühere Bundesregierungen haben es auch nicht getan; keine Bundesregierung kann es tun –, würde sie sich dazu entschließen, den Repräsentationsaufwand, an dem Sie so oft Ihre Argumentation aufhängen, zur Gänze zu streichen, die Dienstautos zur Gänze zu streichen, die Öffentlichkeitsarbeit zur Gänze zu streichen und die Kosten der Schulbuchaktion um ein Drittel global zu reduzieren, dann hätten Sie 450 Millionen Schilling eingespart, das sind 0,16 Prozent des Budgetvolumens.

Der Antrag Mock auf sofortige Lohnsteuersenkung kostet das Zwanzigfache dessen, was Sie auf diese Art einsparen können, und die Ablehnung des Maßnahmenpaketes durch Sie hätte uns – wenn wir das ernstgenommen hätten – das Dreißigfache dessen gekostet, was Sie durch diese ohnehin irreale Art des totalen Streichens für Repräsentation, Information und so weiter, ersparen wollen.

Es ist unser Argument und unser Anliegen, wenn schon nicht Ihnen, meine Damen und Herren, so doch wenigstens der Öffentlichkeit klarzumachen, daß es nicht seriös ist und dadurch, daß es der Generalsekretär und sogar der Obmann der ÖVP immer wieder bringen, um kein Jota seriöser wird, auf diese Art zu argumentieren und zu sagen: Das ist unsere Alternative! Sie haben keine Alternative zu der

Dr. Fischer

Problematik, die entsteht, wenn eine Regierung sich entschließt, der Vollbeschäftigung in jenem Ausmaß Vorrang einzuräumen, wie das diese sozialistische Regierung tut, und dazu bekennen wir uns uneingeschränkt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vielleicht sollte man, wenn wir eine solche Diskussion schon führen, uns auch mit einer anderen, vielleicht niveauvolleren Art der Auseinandersetzung beschäftigen.

Da gibt es Leute, vor allem in der Wirtschaft, die sagen, wenn man mit ihnen redet: ja, wir wissen schon, das ist ja alles nicht sehr ernst gemeint, mit Repräsentationsaufwand und so kann man natürlich kein Budget sanieren, das ist uns eh klar, aber, wird dann gesagt, das Problem liegt eben darin, daß ihr Sozialisten zu viele Bedürfnisse bei der Bevölkerung geweckt, Übersozialisierung betrieben habt, daß die Leute zu großzügig behandelt wurden; auch Kollege Koren hat einmal in dieser Richtung argumentiert. *(Abg. Fachleutner: Gefälligkeitsdemokratie!)*

Gefälligkeitsdemokratie, sehr richtig, danke für das Stichwort! Nun, ich will diese Problematik nicht vom Tisch fegen, aber ich frage Sie: Wie können Sie uns Übersozialisierung vorwerfen, wie können Sie von „Gefälligkeitsdemokratie“ sprechen, wenn Taus gleichzeitig sagt, diese Regierung ist unsozial, die macht die Armen immer ärmer, die hat kein Herz für die Sozialpolitik, et cetera.

Wo sind denn Ihre Vorschläge, worin konkret die Gefälligkeitsdemokratie besteht? Mit den Repräsentationsaufwendungen und so weiter, werden Sie da nicht durchkommen. Also, wo denn dann? Bei den Renten? Bei den Pensionen? Bei den bäuerlichen agrarischen Ausgaben? Bei der Wissenschaft? Bei den Stipendien? Es gibt doch keinen Bereich, den ich hier aufzählen kann, wo Sie nicht uns schon fünfmal gesagt haben: zu niedrig, zu wenig, sollte mehr sein!

Und dann kommen Sie und sagen: Gefälligkeitsdemokratie! Es ist ja die gleiche Problematik, in die Sie sich versetzt sehen, wenn Sie sagen: Defizit ist zu hoch, aber die einzelnen Budgetansätze sind zu niedrig.

Übersozialisierung sagen Sie uns, aber gleichzeitig fordern Sie in den einzelnen Bereichen immer mehr. Und wenn ich einen ÖVP-Politiker frage: Ja, wo soll denn eigentlich konkret gespart werden?, dann ist Schweigen im Walde.

Und aus einem zweiten Grund werden Sie sich sehr schwer tun: Wie kann uns die ÖVP Übersozialisierung und Gefälligkeitsdemokratie vorwerfen, wenn sich gleichzeitig verantwortungsbewußte Gewerkschafter und Politiker, die das Augenmaß nicht verloren haben, vom ÖAAB

als Mauermacher et cetera, als „Unsozialminister“ bezeichnen lassen müssen. Da nehmen Sie erst diese Kritik zurück, dann kann man über alles andere reden, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Bundeskammer-Generalsekretär Mussil sagt, die Reallöhne müßten eigentlich sinken, dann schweigt der ÖAAB verlegen. Dann gibt's keinen Muckser dazu, keine Stellungnahme! Aber wenn sich sozialistische Gewerkschafter mit diesem Problem auseinandersetzen, meine Damen und Herren, dann wird das als „Mauermachen“ et cetera bezeichnet. *(Abg. Dr. Mussil: Lesen Sie einmal nach, was der Kienzl sagt, der Benya sagt, was die anderen alle sagen – nicht allein der Mussil!)*

Ja, Gott sei Dank. Nur, wenn Sie es sagen, klatscht der ÖAAB Beifall, und wenn es ein Sozialist sagt, dann ist er Mauermacher, das ist Ihre Philosophie. *(Abg. Dr. Mussil: Ich habe gute Ohren, aber Beifall habe ich keinen gehört.)* Herr Generalsekretär Mussil! Da Sie im Sitzungssaal anwesend sind, kann ich das Problem ja noch konkreter stellen. In der Nummer 46 der Zeitschrift „Industrie“ – Sie werden sich erinnern – ist ein Artikel erschienen unter der Überschrift „Sie verteilen schon wieder“. Da wird der Regierung und den Gewerkschaften vorgeworfen, daß sie schon wieder munter daran denken, die Voraussetzungen für eine Lohnsteuersenkung ab 1. Jänner 1979 zu schaffen. Diese Entwicklungen lassen nicht viel Optimismus zu – schreibt die „Industrie“, ich habe das Zitat wörtlich –: „Da plädiert etwa die Spitze des Gewerkschaftsbundes für eine schon festzulegende Lohnsteuersenkung ab 1. Jänner 1979.“ Also wir kriegen gewissermaßen Schimpfer, weil wir an eine Lohnsteuersenkung ab 1. Jänner 1979 denken – und der ÖAAB will ernst genommen werden mit der Forderung, das schon ab 1. Jänner 1978 zu machen? Da kann man doch nur lachen oder rotwerden, Herr Generalsekretär Mussil. *(Beifall bei der SPÖ.)* Schwarzbleiben kann man da nicht, meine Damen und Herren. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Der Obmann der christlichen Gewerkschafter, Gassner, muß sich ausschimpfen lassen, weil er gewagt hat, dieser Resolution mit 1. Jänner 1979 zuzustimmen, und gleichzeitig sagen Sie uns, das ist ein zu früher Zeitpunkt. *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Ich muß überhaupt sagen – ich wollte darüber nicht reden –, wir alle haben uns, glaube ich, unseren Teil gedacht über diesen „Fall Gassner“. Den sozialistischen Gewerkschaftern wirft man vor, sie seien Erfüllungsgehilfen der SPÖ oder Regierung. Bei einem christlichen Gewerkschafter scheint es selbstverständlich zu sein, daß er zu einer Pressekonferenz zitiert wird, um

6910

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Dr. Fischer

sich vor laufenden Fernsehkameras sagen lassen zu müssen, es entspricht nicht den Beschlüssen der Bundesparteileitung, was der Herr Gassner da gesagt hat. Vielleicht waren die Beschlüsse der Bundesparteileitung falsch, Herr Dr. Mussil, auch diese Möglichkeit wäre zumindest denk-möglich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der letzte Punkt zu diesem Abschnitt betrifft eine Frage, die auch mein Vorredner Dr. Taus angeschnitten hat, heute mit wenigen Worten, bei anderen Gelegenheiten viel ausführlicher: die hohe Staatsquote. Meine Damen und Herren! Der ÖVP-Obmann sagt immer: Diese armen Österreicher, zwei der fünf Tage der Woche müssen Sie für den Herrn Finanzminister arbeiten. Präsident Dittrich von der Wiener Kammer darf da natürlich auch nicht nachste-hen, nicht wahr, Kollege Sekanina, und sagt, bis in den Mai hinein arbeiten die Österreicher für den Finanzminister und dann erst für sich selber. *(Ruf bei der SPÖ: Das mache ich lieber als für den Taus!)* Lassen Sie mich dazu drei Bemerkun-gen machen: erstens einmal, die Steuerquote war im Jahr 1969 zur Zeit eines Finanzministers, der hier im Sitzungssaal anwesend ist, nur um etwa drei oder vier Prozentpunkte niedriger als heute. Wenn das Argument des Dr. Taus irgend etwas für sich hätte, dann müßte sich der arme Professor Koren jetzt noch im nachhinein an die Brust klopfen, was für ein „Ausbeuter“ er war, denn damals war die Arbeitszeit sogar noch länger – 42 Stunden –, da haben die Leute länger für den Finanzminister gearbeitet als heute. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Koren: Das ist aber akrobatisch!)*

Das Argument wird ja dadurch nicht klüger, daß man es auch auf den Professor Koren und auf die Zeit der ÖVP-Regierung anwendet *(Abg. Dr. Koren: Die Juristen haben es immer mit der Mathematik, die tun sich immer hart! – Abg. Graf: Aber rechnen kann der Klubobmann schlecht!)*, denn das Falsche, meine Damen und Herren – und das möchte ich schon mit Ernst sagen –, liegt ja darin, daß hier so getan wird, als ob dieser Leistung für den Staat keine Gegenlei-stung gegenüberstünde. Und genau das ist ja nicht der Fall.

Wir alle wissen doch, daß es gerade die elementarsten Bedürfnisse der Menschen sind, das Bedürfnis nach Sicherheit, nach Bildung, die Schulen, nach Verkehrseinrichtungen, das Bundesheer, nach Altersversorgung et cetera, die mit diesen Aufwendungen befriedigt wer-den. Ich möchte den sehen, der in einer ernsthaften Diskussion dann den Standpunkt vertreten wollte: streichen wir das. Das kommt mir ungefähr so vor, Herr Kollege Fachleutner, als ob jemand sagen würde, die armen Österreicher arbeiten jede Woche einen Tag nur für die Bauern, weil ein Fünftel ihres Budgets

geben sie für Nahrungsmittel und Brot usw. aus. Das Argument ist auch nicht sehr klug, ich gebe es zu, aber es ist genau das Argument des Dr. Taus, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Koren: Na, das wirklich nicht! – Abg. Dr. Mussil: Argumente sind Glücks-sache!)*

Bei uns nicht, bei Ihnen vielleicht, Herr Dr. Mussil, sind Argumente Glückssache. Es ist, um das abzuschließen, ja auch gar nicht der Finanzminister, sprich der Bund, für den diese Staatsquote von 40 Prozent zutrifft, sondern es sind bekanntlich der Bund, die Länder, die Ge-meinden, die Sozialversicherungsträger und die Fonds. Und, Herr Dr. Mussil ... *(Ruf bei der SPÖ: Die Kammern!)* Die Kammern habe ich vergessen, ja. Die Fonds, die Kammern und die Länder schneiden gar nicht schlecht ab im Vergleich mit dem Finanzminister, meine Damen und Herren. *(Abg. Dr. Mussil: Das habe ich auch noch nicht gehört! – Abg. Libal: Jetzt wissen Sie es genau, Herr Dr. Mussil!)*

In Wahrheit, Hohes Haus, reduziert sich dieses Argument auf die banale Feststellung, auf die ganz anders klingende Tatsache, daß in Österreich seit vielen Jahren, so wie auch in anderen Ländern Europas, ein Betrag in der Größenordnung von 38, 40, 42 Prozent des Nationalproduktes notwendig ist, damit Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger, Fonds und Kammern die ihnen obliegenden Aufgaben erfüllen können. Und wer damit versucht, eine Waffe, eine ideologische, eine politische oder was es sein soll, gegen den Finanzminister zu schmieden, der ist gründlich daneben.

Meine Damen und Herren! Die Anwesenheit des Herrn Generalsekretärs Mussil veranlaßt mich noch, ein anderes Problem anzuschneiden. *(Abg. Dr. Mussil: Am besten, ich gehe! – Heiterkeit.)* Bei den einzelnen Budgetkapiteln im Finanzausschuß haben Abgeordnete der Opposition des öfteren an den jeweiligen Ressortminister die Frage gerichtet, er möge Stellung nehmen zu bestimmten Passagen im Parteiprogramm der SPÖ. Ich weiß nicht oder will es nicht wissen, ob der Programmentwurf einer politischen Partei Gegenstand der Vollzie-hung ist, über den ein Minister Auskunft zu geben hat. Aberaußer Streit steht jedenfalls, daß das ein Thema ist, über das sich Abgeordnete unterhalten können, auch im Rahmen einer Budgetdebatte. *(Abg. Dr. Broda: Herr Professor Koren! Ich bin sehr zuversichtlich, daß alles das, was wir dort vorschlagen, Gegenstand der Vollziehung künftiger Bundesregierungen sein wird!)*

Meine Damen und Herren! Ein Diskussions-

Dr. Fischer

beitrag aus dieser sogenannten Ideologiedebatte ist mir besonders in Erinnerung geblieben. Es war der des Dr. Mussil, der hier bei der Debatte über das Maßnahmenpaket einen Satz aus dem Programmtext der SPÖ verlesen hat – voller Schaudern, voller Entsetzen, voller Abscheu –, nämlich den Satz, daß die Sozialisten „die Selbstsucht der kapitalistischen Profitwirtschaft“ durch die neue Gesinnung der freien Arbeit ersetzen wollen, die die Wirtschaft als bewußten Dienst an der Gemeinschaft auffaßt.

Und Dr. Mussil hat, an die Adresse von Finanzminister Androsch gerichtet, hinzugefügt – ich zitiere wörtlich –: „Wenn der Entwurf so Programm wird, wie Sie ihn geschrieben haben, Herr Vizekanzler, dann kann ein großer Teil Ihrer Stammwähler keinen Schritt gemeinsamen Weges mehr mit Ihnen gehen, geschweige denn die sogenannten liberalen Wähler. (Beifall bei der ÖVP.)“ Sie haben nur eine Kleinigkeit vergessen bei Ihrer Prognose: Der Satz ist aus dem alten Parteiprogramm aus dem Jahr 1958 und hat weder die Stammwähler noch die Wechselwähler gehindert, uns zu wählen, Herr Dr. Mussil. (Beifall bei der SPÖ.) Die SPÖ ist mit diesem Satz stärkste Partei geworden, und wenn man einen Programmtext so kritisiert, müßte man eigentlich das alte Programm lesen, damit man feststellen kann, was wirklich neu ist. (Abg. Dr. Koren: *Das spricht eigentlich für die Bedeutungslosigkeit solcher Sätze!*) Ich möchte jedenfalls sagen: Wenn Ihre politischen Hoffnungen alle so auf Sand gebaut sind wie dieses Ihr Argument, dann ist die Kärntnerstraße eine Sandburg, mehr ist es nicht, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Um aber wieder ernst zu werden: Bleiben wir noch ein wenig auf diesem Gebiet. Wir glauben halt, daß in einer Zeit, wo es in Europa seit Jahren zweistellige Arbeitslosenziffern gibt, wo die Inflationsrate trotz aller Bemühungen im Durchschnitt der OECD-Länder bei 9 Prozent liegt und sich nicht herunterdrücken läßt, wo es alle diese wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Spannungszustände und Ungleichgewichte gibt, deren Zeugen wir sind, meine Damen und Herren, in dieser Zeit muß man sich mit den Grundfragen dieser Gesellschaft mehr denn je auseinandersetzen. In dieser Zeit kann man einfach nicht ungeprüft – weil man das viele Jahre lang getan hat –, sagen, die bestehende ist die beste aller Welten, und jeder, der daran etwas in Frage stellt oder sich etwas Grundsätzliches überlegt, der hat schon umstürzlerische Gedanken. (Abg. Dr. Koren: *Aber das ist doch das Grundsätzliche Ihrer jetzigen Rede! Unsere Politik ist die beste, Kritik daran kann es gar nicht geben!*) Nein, Herr Professor Koren. Da haben Sie aber nicht

zugehört. Ich habe ganz deutlich gesagt, daß wir die vielen Probleme, die es heute gibt, Zahlungsbilanz et cetera, durchaus nicht verkennen, daß wir uns mit ernsthafter Kritik ernsthaft auseinandersetzen. Aber die Einseitigkeiten des Dr. Taus kann man nicht durchgehen lassen, Herr Professor Koren! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube also, daß man sich mit diesen Fragen grundsätzlich auseinandersetzen muß. Und ich benütze jetzt die Gelegenheit, auch einen Dialog mit dem Herrn Klubobmann Peter von gestern noch einmal aufzunehmen. Es trifft sich ja, daß wir heute nicht nur Generaldebatte haben, sondern Budgetkapitel Bundeskanzleramt, wo Presseförderung und alle diese Sachen zur Diskussion stehen.

Ich habe dem Abgeordneten Peter gestern aus vollem Herzen zugestimmt bei seinem ersten Satz, wo er gesagt hat: Würde uns einer jener Terroristen, Sympathisanten et cetera zuhören können bei der gestrigen Debatte, er hätte seine reine Freude gehabt an dieser Diskussion. Ich glaube das auch, und ich bin heute, wo wir das alles überschlafen haben, noch viel fester dieser Meinung.

Und wenn Sie gesagt haben, Kollege Peter, Sie meinen, daß daran in erster Linie die Regierungspartei schuld ist, will ich darüber jetzt nicht streiten. Ich möchte Ihnen nur einige Dinge zum Überlegen geben und einige über Ihre Adresse auch an die große Oppositionspartei.

Ich glaube, daß es ein Gebot der Stunde ist und das einzig Vernünftige wäre, jene Menschen, die sich zu verbrecherischen Handlungen hinreißen lassen, die diesem Wahnsinnskonzept des Terrorismus huldigen, politisch total zu isolieren, ihnen zu zeigen, welche hoffnungslose Minderheit sie sind. Ich mußte den Eindruck haben aus der gestrigen Debatte, daß hier das Gegenteil, wenn schon nicht versucht, so doch bewirkt wird, nämlich die Grenzen so unscharf zu ziehen, daß man alle möglichen Personen in diesen Dunstkreis hineindrängt, die womöglich gar nichts darin zu suchen haben. Was hat denn das für einen Sinn, Personen, ob das Nennung, Topsy Küppers oder sonst irgend jemand ist, quasi dort hineinzudrängen? Man muß Terroristen isolieren, nicht in ihnen den Eindruck erwecken, daß sie eine Gruppe sind, die schon bis in die Redaktionen der Zeitungen und die Sekretariate der Parteien hineinreicht. Das ist der erste Fehler, der mir gestern aufgefallen ist und wo ich tief unglücklich war.

Das zweite: Wir haben diesen Terrorismus ja zunächst nur in importierter Form gehabt. Schönauf, OPEC, das waren ja alles Leute aus

Dr. Fischer

dem Ausland. Jetzt sind zum erstenmal vermutlich zwei österreichische Staatsbürger an so etwas beteiligt. Wir haben in diesem Bereich aus Deutschland ein Vokabular importiert, nämlich diese unscharfen Begriffe „Terrorzene“, „Sympathisantengruppen“ und so weiter. Mir persönlich wäre es viel lieber, unsere klare österreichische Rechtssprache zu verwenden. Da gibt es nämlich Personen, die einer Tat schuldig sind, einer Tatanstiftung, Beihilfe, Teilnahme, Teilnehmung, oder die Vorschubleistung gegeben haben oder einer Tat verdächtig sind. Und dann müßte man eigentlich Schluß machen.

Aber wenn wir diese Worte schon importieren, dann müßten wir eigentlich auch die Warnsignale importieren, die es in Deutschland gibt, die ernstesten Diskussionen, die darüber geführt werden, jetzt die Grenzen nicht zu zerfransen und unscharfe Grenzen zu machen, indem man alle möglichen Personen in diesen Kreis, in diesen unscharfen und unabgrenzbaren Kreis hineinnimmt.

Und das dritte: Gestern haben alle Redner gesagt, und ich sage es auch ohne jede Einschränkung, daß wir uns gegen den Terrorismus mit allen Mitteln, mit allen legalen Mitteln zur Wehr setzen müssen. Aber eines ist gestern untergegangen, und das ist auch ein Problem für die Gesellschaft: daß wir nicht blind sein dürfen für den schmalen Grat, den es nur gibt zwischen dem berechtigten Verlangen nach mehr Sicherheit und dem Problem einer eingeschränkten Freiheit. Diese Problematik ist sehr unangenehm, sie ist besorgniserregend. Aber hinwegschwindeln können wir uns nicht. Und mir ist es ein paarmal im Ohr geklungen und ich habe es mir vorgestellt: So eine Sendung „Ohne Maulkorb“, meine Damen und Herren von der ÖVP, die wird sehr rasch zu einer Sendung „Mit Maulkorb“. Und ob das gut ist für die Demokratie, das ist sehr fraglich.

Sie werden es vielleicht auch im Fernsehen gesehen haben vor ein paar Tagen, in „Zeit im Bild“, daß in Deutschland ein Camus-Stück in diesen Tagen nicht mehr gespielt werden kann, nämlich „Die Gerechten“. Ich habe Verständnis für die Überlegungen dieses Theaterdirektors, aber wo soll denn das aufhören, wenn das so anfängt?

Von Bert Brecht stammt der Satz: „Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“ Ja bitte, verbieten wir den Bert Brecht oder spielen wir ihn nicht mehr, weil das ist Anstiftung zum Bankraub, könnte man sagen.

Und von Sartre „Die schmutzigen Hände“ und von Victor Serge „Der Fall Tulajew“, alle diese Bücher, die sich diesem Problem widmen.

Ja das alles in einen Topf zu werfen, das muß man sich sehr genau überlegen. Wahrscheinlich sind diese Terroristen ohne jedes politisches Konzept. Was soll schon das politische Konzept sein? Aber wenn es eines gäbe, meine Damen und Herren, könnte es nur die Überlegung sein, durch diesen Terrorismus den Staat und die Gesellschaft zu bestimmten gewünschten Reaktionen zu veranlassen. Sofern sie ein Konzept haben, könnte es ja nur darin bestehen, eine Spirale in Gang zu setzen, die darin besteht, den Staat, die Menschen durch Terror so zu verunsichern und zu solchen Gegenmaßnahmen zu veranlassen, die geeignet sind, dann weitere Menschen zur Ablehnung dieser Gegenmaßnahmen und zur Ablehnung unseres parlamentarischen Systems zu bringen und denen geradezu in die Hände zu treiben. Das darf uns nicht hindern, unserer Sicherheit und den Aufgaben der Exekutive den entsprechenden Stellenwert einzuräumen. Aber man soll doch bitte nicht so blind sein, diese Problematik völlig zu übersehen.

Und ich höre in einer solchen Diskussion, die ich ernst nehme, auch jeden Zwischenton. Ich höre zum Beispiel auch darauf, wie der Sicherheitssprecher der ÖVP, Generalsekretär Lanner, zum Beispiel ein Zitat zur Stützung seiner Meinung verwendet. Es ist legitim, Zitate zur Stützung der Meinung zu bringen. Aber wenn man von einem Zitat, das lautet: „Einerseits ist das zu beachten, andererseits ist das zu beachten“, sagt, man zitiert wörtlich, und hört genau am Ende des „einerseits“ auf und läßt das „andererseits“ weg – ist das korrekt, ist das richtig?

Dr. Lanner hat aus dem „profil“ zitiert: „Man kann Nennung als den Nährvater all dieser Maoisten, Trotzlisten ... sehen ... Er war das Dach, das Schutz ... bot. Er war das demokratische Alibi und intellektuelle Aushängeschild. In all dem kann man Mitschuld sehen.“ Das ist das „einerseits“.

Dann hat der Dr. Lanner aufgehört zu zitieren. Das „andererseits“, die Fortsetzung des Zitates, lautet nämlich:

„Trotzdem gibt es auch eine umgekehrte Betrachtungsweise: Vielleicht ist es Nennings Verdienst, daß viele dieser Leute doch etwas mehr als in der Bundesrepublik in die Gesellschaft eingebunden blieben. Vielleicht ist es ein Glück, daß sich die extreme Linke immerhin im ‚Forum‘ artikulieren kann, statt sofort auf die Straße zu laufen. Es gibt da immerhin ein Ventil und in der Gestalt Nennings ... auch so etwas wie eine Autorität: Man kann es auch als sein Verdienst betrachten, daß sich die überwältigende Mehrheit der Redaktion letztlich vom Umgang mit Angehörigen gewalttätiger Gruppen distanzierte ...“.

Dr. Fischer

Meine Damen und Herren! Ich zitiere fast nie das „profil“. Ich bin so oft mit dem „profil“ nicht einer Meinung, daß ich daraus nicht zitiere. Ich tue es auch heute nicht in der Absicht, mich mit dem zu identifizieren, was hier geschrieben wird. Ich sage meine Überlegungen lieber mit meinen eigenen Worten. Aber welchen Sinn hat es denn, das eine zu zitieren und das andere wegzulassen?

Meine Damen und Herren: Ich muß auch hier auf Klarheit dringen, was zum Beispiel die Frage der Subvention des „Neuen Forum“ betrifft. Sie machen dem Unterrichtsminister heftige Vorwürfe, daß das „Neue Forum“ finanziell unterstützt wurde. Ich sage nur eines: Wenn wir dem entgegenhalten, daß ein Beirat beim Bundeskanzleramt einstimmig eine Förderung des „Neuen Forum“ aus den Mitteln der Publizistikförderung beschlossen hat, und zwar einstimmig mit der Stimme des ÖVP-Abgeordneten Steinbauer, wie ich dem Hohen Haus mitteilen möchte, dann können Sie das auch nicht unter den Tisch fallen lassen.

Dann erscheint vielleicht die Subvention des Unterrichtsministeriums auch in einem anderen Licht. Denn es gibt dieses Publizistikförderungsgesetz – ich habe nur leider entgegen meiner Annahme den Text jetzt momentan nicht hier –, das ungefähr sagt: Die und die Zeitschriften kommen für eine Förderung in Frage; und dann gibt es einen Beirat; der Beirat hat zu entscheiden, ob diese Zeitung Fragen der Politik, Wirtschaft, Kultur auf hohem Niveau abhandelt und deshalb förderungswürdig ist. – Darüber hat dieser Beirat zu befinden.

In diesem Beirat sitzen der Abgeordnete Steinbauer, der Abgeordnete Blecha, ein Vertreter der Kirchen, Dr. Skalnik von der Präsidentschaftskanzlei und Dr. Enigl vom Österreichischen Zeitschriftenverband. Dieser Beirat hat einstimmig eine Empfehlung an die Bundesregierung beschlossen – mit der Stimme des Abgeordneten Steinbauer; zumindest geht das aus dem Protokoll hervor; ich war in der Sitzung nicht dabei; es ist auch gestern nicht dementiert worden –: Es ist zu fördern. Die Bundesregierung hat es auch getan. Der Unterrichtsminister hat es auch getan. Und dann wird dem Unterrichtsminister das hier so angekreidet; das andere wird weggewischt und wird nicht gesagt.

Sie haben wieder ein Beispiel für diese Einseitigkeit, meine Damen und Herren. So geht es nicht, denn dann wird ja noch die Verbindung hergestellt: Terroristen, Sympathisanten der Terroristen, Förderer der Sympathisanten der Terroristen, und dann schon der Unterrichtsminister, der die Förderer der Sympathisanten der Terroristen unterstützt. – Man merkt die Absicht und ist sehr, sehr verstimmt, meine Damen und

Herren, und es nützt der Sache herzlich wenig. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich bin so wie Sie, Kollege Peter, sehr enttäuscht gewesen, daß wir dieses heikle Problem des Terrorismus nicht so diskutieren können, daß man diese Leute isoliert, daß man ihnen die Hoffnungslosigkeit ihrer Zielsetzungen, die Ablehnung durch die überwältigende Mehrheit der Österreicher aller politischen Richtungen deutlich macht, sondern daß man der Versuchung nicht widerstehen kann, hier Verbindungen herzustellen, die unrichtig sind, die unwahr sind und die der Sache schaden. Es ist nämlich eine Tatsache, daß sie der Sache schaden, der Sache, der wir uns verbunden fühlen. *(Abg. Dr. Frühwirth: Herr Kollege Fischer! Wie erklären Sie sich die Tatsache, daß es in Deutschland unter den Bundeskanzlern Adenauer und Erhard keinen Terrorismus gab? – Gegenrufe bei der SPÖ.)* Kollege Frühwirth! Mit Ihrer Zustimmung antworte ich nicht auf diesen Zwischenruf. Ich will nicht darauf antworten, meine Damen und Herren. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ.)* Verlassen wir das Gebiet, meine Damen und Herren. Wir haben es ausdiskutiert, vielleicht wird die nächste Debatte über diesen Fragenkreis eine bessere werden und eine saubere werden. Man kann ja aus jeder Debatte etwas lernen. Es wäre ja keine Schande, aus einer Debatte etwas zu lernen und sie ein anderes Mal anders zu führen.

So möchte ich schon abschließen, zusammenfassen und zum Schluß kommen, meine Damen und Herren. Vor uns liegt ein Staatshaushalt für 1978, der der achte Staatshaushalt ist, der von einer sozialistischen Regierung dem Parlament vorgelegt wird und der wie alle bisherigen Budgets von einer sozialen Gesinnung getragen ist, von Verantwortungsbewußtsein getragen ist und von der Bereitschaft, jenen Problemen, die es heute gibt – Zahlungsbilanz et cetera –, entgegenzusehen und auch unpopuläre Maßnahmen zu treffen.

Die Österreichische Volkspartei lehnt – wie heute wieder gesagt wurde – diese Maßnahmen ab, ohne konkret zu sagen, was sie im Bereich der Budgetpolitik an Stelle dieser Maßnahmen setzen würde. Wir glauben daher, daß dieser Weg der ÖVP – ich habe versucht, es im einzelnen darzustellen – ein ungangbarer Weg ist, weil man nicht die Höhe des Budgetdefizits kritisieren, gleichzeitig aber eine Politik verfolgen kann, die ein noch höheres Defizit hervorrufen würde.

Gerade heute in dieser krisenhaften Zeit, mit 15 Millionen Arbeitslosen in den OECD-Staaten, mit wirtschaftlicher Unsicherheit, mit politischen Krisen, kann sich Österreich keine

Dr. Fischer

Scheinwege leisten, sondern nur realistische Wege. Die Tatsache, daß wir den Eindruck haben, daß uns die Bevölkerung versteht und daß es Resonanz gibt bei der Bevölkerung für das Argument, daß man in schwierigen Zeiten auch eine unangenehme Wegstrecke hinter sich bringen muß, diese Tatsache, Hohes Haus, veranlaßt uns, den Weg weiterzugehen, den Österreich in den letzten sieben Jahren so erfolgreich gegangen ist, einen sozialdemokratischen Weg, einen demokratischen Weg, einen Weg, der an den Interessen der Gesamtheit der österreichischen Bevölkerung orientiert ist. *(Langanhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da mein Vorredner die Probleme des Terrorismus in Fortsetzung der gestrigen Debatte angeschnitten hat, möchte ich hier vom freiheitlichen Standpunkt einige Bemerkungen anfügen.

Ich gebe meinem Vorredner recht, wenn er die Auffassung vertritt, daß es notwendig erscheint, die Bereiche des Terrorismus klar abzugrenzen, wobei naturgemäß die Terminologie des österreichischen Strafrechtes eine Handhabe wäre. Man darf jedoch nicht übersehen, daß diese Isolierung, wie es Dr. Fischer formulierte, ja nicht komplett möglich ist, denn der Terrorismus gedeiht ja in einem bestimmten Raum, und es wird nicht möglich sein, die Sumpfbüden zu beseitigen, ohne den Sumpf trocken zu legen, in dem sie gedeihen. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Es ist gar kein Zweifel, daß die Terroristen in die Nachfolge der Anarchisten des 19. Jahrhunderts einzugliedern sind, daß sie etwa die Theorien eines Bakunin, eines Fürsten Krapotkin vertreten und nach den Lehren, die sie von dort übernommen haben, als Feinde jeder staatlichen Ordnung handeln.

Es steht aber auch außer Zweifel, daß es neben denen, die als Terroristen aktiv sind, das gibt, was man in der Bundesrepublik Deutschland „Sympathisantenzone“ getauft hat, einen sehr kleinen Bereich von Menschen, die entweder offen oder heute nach der katastrophalen Entwicklung im Geheimen den Terroristen Beifall spenden, ihre Aktivitäten bewundern, wenn nicht geradezu verherrlichen. Wenn man den Terrorismus bekämpfen will, dann muß man sich daher darüber im klaren sein, daß dazu nicht nur die eigentlichen Handelnden, sondern daß dazu auch diese Sympathisantenzone gehören. Und diese Sympathisantenzone irgendwie durch einen Staat zu fördern, dem die

Betreffenden ablehnend gegenüberstehen, das halten wir für falsch. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Eine so ernste Erscheinung wie der Terrorismus muß eben auf allen Ebenen, die einem Staat zur Verfügung stehen, bekämpft werden.

Wir in Österreich zeichnen uns ja auf den verschiedensten Gebieten durch eine auffallende Sorglosigkeit aus. Wir sind immer geneigt anzunehmen, es werde alles so weitergehen, wie es bisher war, wir würden eine Insel der Seligen darstellen, auf die das nicht zukommt, was wir in Nachbarländern beobachten können. Das ist nicht nur auf dem Gebiet der Finanzpolitik so, wo man gedacht hat, die Konjunktur geht ewig so fort, wie es viele Jahre der Fall war, sondern das ist auch in diesen Bereichen so, wo man geglaubt hat, daß das, was in der Bundesrepublik stattfindet, was in Frankreich stattgefunden hat, was in Italien stattgefunden hat, also in unseren Nachbarländern, nie und nimmer nach Österreich kommen werde. Nun, wir sind eines Besseren belehrt worden, und wir müssen nun doch darüber nachdenken, was alles zu geschehen hätte, um künftigen Entwicklungen vorzubeugen.

Der Herr Kollege Dr. Fischer hat völlig recht, daß eine gewisse Antinomie zwischen einer wirksamen Bekämpfung des Terrorismus und einer Einschränkung staatsbürgerlicher Rechte besteht. Ich glaube aber, daß das, was gestern im Hohen Haus gesagt worden ist, und das, was an Kritik gegenüber dem Handeln der Regierung vorgebracht worden ist, keineswegs in die Forderung gemündet hat, staatsbürgerliche Rechte einzuschränken, um den Terrorismus zu bekämpfen.

Was sich in der Bundesrepublik vollzieht, also die Absetzung bestimmter Theaterstücke, geschieht ja bekanntlich nicht auf einen amtlichen Eingriff hin, sondern geschieht auf Entscheidung der betreffenden Intendanten, von denen einige ihre Begründung für bestimmte Stücke gegeben haben. Ich würde aber durchaus die Meinung vertreten, daß es, sowenig die Zensur unter Metternich erfolgreich sein konnte, indem sie etwa vorschrieb, daß bestimmte Szenen oder ganze Stücke nicht aufgeführt werden dürfen, so wenig etwas helfen wird, wenn man ein Camus-Stück oder irgendein anderes Werk der Literatur nicht aufführt.

Wir wissen allerdings, daß sich die berühmte Sympathisantenzone in völlig anderen Bereichen auswirkt und daß sie dort ihre Meinung vertritt. Es geht daher nicht nur um die Frage, ob eine Regierung, ob ein Parlament Maßnahmen trifft, sondern es geht auch um das Problem der notwendigen gesellschaftlichen Ächtung bestimmter Meinungen, die mit der staatlichen

Dr. Broesigke

Ordnung nicht in Einklang sind. Das ist ein sehr wesentliches Problem.

Es ist etwa erforderlich, daß die Zeitungen nicht berichten, irgendwelche Terroristen hätten jemanden „hingerichtet“, also daß die Zeitungen nicht in der Sprache der Terroristen sprechen und daß sie nicht so tun, als ob hier ein Urteil vollstreckt worden wäre. Denn was geschieht, ist Mord. Wir finden aber immer wieder, daß das mit jenen Ausdrücken bezeichnet wird, die die Terroristen selber verwenden. Und wir finden auch immer wieder, daß sie die Möglichkeit haben, zu Wort zu kommen.

Und hier, muß ich sagen, Herr Dr. Fischer, habe ich nicht das mindeste Verständnis dafür, wenn der „Club 2“ – um auf das gestrige Thema zu kommen – einen Terroristenanwalt einlädt, den Vater der einen Terroristin einlädt und den Terroristen die Möglichkeit gibt, vor der österreichischen Bevölkerung ihre Meinungen zu vertreten und als richtig darzustellen (*Zustimmung bei der FPÖ*), wobei noch dazu kommt, was natürlich von den Veranstaltern nicht vorhergesehen werden konnte, aber als möglich einkalkuliert werden mußte: Das ist die Tatsache, daß in der ersten Hälfte der Diskussion ungefähr bis Mitternacht durch die geschickte Wortführung der Terroristenvertreter oder besser der Sympathisanten deren Sache wesentlich besser vertreten wurde als die gegenteilige und daß die Diskussion erst nach Mitternacht, wo wahrscheinlich die meisten Leute schon abgedreht hatten, eindeutig zu einem anderen Ergebnis geführt hat. So etwas der österreichischen Bevölkerung vorzusetzen, ist mit keinem Argument zu rechtfertigen. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Und wenn man es in diesem Lichte betrachtet, dann ist es völlig gleichgültig, ob hier ein Beirat etwas übersehen hat, etwas bewilligt hat, etwas nicht bewilligt hat, denn es geht einfach nicht, daß wahllos Subventionen dort ausgeteilt werden, wo es darum geht, die augenblickliche staatliche Ordnung zu untergraben.

Wenn jemand Meinungen in der Öffentlichkeit vertreten will, die darauf hinausgehen, daß dieser Staat entscheidend geändert werden sollte, daß eine völlig andere Ordnung begründet werden sollte – „Systemüberwindung“ wird das ja bekanntlich genannt –, so soll er durchaus die Möglichkeit dazu haben – das ist ein Grundsatz der Freiheit der Presse –, solange er nicht zu Straftaten auffordert. Aber bezahlen soll es ihm der Staat nicht, daß er das tun kann. Das aber ist in bestimmten Bereichen erfolgt.

Was nun die andere Seite anlangt – das ist die Tätigkeit des Staates in diesem Bereich der Sicherheit –, so fällt auf, daß die Entwicklung

dahin geht, daß diese sozusagen klassischen Aufgaben des Staates immer mehr in den Hintergrund treten.

Wenn wir das heurige Budget betrachten, so sehen wir, daß die Budgetausgaben für Justiz 1 Prozent der Gesamtausgaben, für Inneres, und zwar das gesamte Innenressort, 2,6 Prozent und für Landesverteidigung 3,9 Prozent ausmachen. Man kann also nicht behaupten, daß diese ureigensten Aufgaben jedes Staates im Verhältnis zu den anderen besonders gut dotiert werden.

Natürlich, das Verteilen dessen, was man anderen zwangsweise abgenommen hat, das Umverteilen ist eine sehr lustige Beschäftigung und wird immer mehr ausgeweitet. In bestimmten Bereichen ist ja auch zweifellos die soziale Begründung dafür gegeben, aber wahrlich nicht in allen, nämlich etwa dort, wo der Staat Geschenke austeilt und Dinge gibt, die sich der Betreffende selber erarbeiten könnte.

Das Umverteilen ist also zweifellos eine schöne Sache, publikumswirksam und sicher nicht so mühsam wie die Verpflichtung des Staates, die Sicherheit nach innen und nach außen aufrechtzuerhalten und entsprechend zu garantieren.

Wir glauben, sagen zu müssen, daß besonders im Laufe der letzten Jahre die Bereiche der Sicherheit vernachlässigt worden sind, und zwar sträflich vernachlässigt worden sind. Man hat, wie schon erwähnt, geglaubt, daß in Österreich ohnehin nichts passieren kann und man aus diesem Grund das Geld lieber dafür verwenden kann, andere Aufgaben, die durchaus lobenswert sein mögen, durchzuführen, und sich ersparen kann, auf dem Gebiet der Sicherheit mehr Vorkehrungen zu treffen, als dies geschehen ist. Ich will die Debatte von gestern nicht wiederaufnehmen, möchte aber im Zusammenhang des Gesamtbudgets auf diesen Punkt nachdrücklich hinweisen.

Ich glaube also, daß sicherlich in dem Bereich der Sicherheit eine sehr wesentliche Aufgabe des Staates liegt und daß man der sozialistischen Bundesregierung den Vorwurf machen muß, ihr seien andere Aufgaben wesentlich wichtiger gewesen. Dafür hat die Bevölkerung ein feines Gefühl. Wenn man sie auch zehnmal mit Statistiken bewirft und ihr vorrechnen will, daß es nicht so arg ist, wenn man ihr zehnmal Ziffern aus dem Ausland bringt und ihr darlegen will, daß es dort noch viel schlechter ist, so hat sie doch ein Gefühl dafür, daß eben diese Aufgabe von den Zuständigen zumindest in der Vergangenheit nicht so ernst genommen worden ist, wie es hätte geschehen müssen.

Dr. Broesigke

Überhaupt führt es nicht zu einem entsprechenden Ergebnis, wenn man das Ausland zum Vergleich heranzieht. Jener Ausländer auf der Galerie, den Herr Dr. Fischer vorhin erwähnt hat und der einen Vergleich zieht zwischen dem, was hier erörtert wird, und dem, was in der Wirklichkeit Österreichs stattfindet, könnte auch einen ganz anderen Schluß ziehen. Er könnte nämlich den Schluß ziehen, daß die Wirtschaftskraft eines Volkes sehr stark sein muß, wenn sie all diese Belastungen, die ihr zugemutet werden, und alle politischen Bocksprünge – alle wirtschaftspolitischen Bocksprünge meine ich – aushält und sich nicht schon in einem wesentlich schlechteren Zustand befindet, als dies der Fall ist. Was hat man uns nicht alles erzählt: Auf der Überholspur sind wir dauernd, dann haben wir gebremst, dann haben wir Gas gegeben. Wir haben dabei all das getan, was einen schlechten Kraftfahrer kennzeichnet.

Daß die Wirtschaft eines Landes all das tatsächlich bewältigen kann, ist ein sehr gutes Zeichen. Es fragt sich allerdings, ob sie auch in Zukunft dazu in der Lage sein wird, denn es wird ihr ja wieder ein neues Belastungspaket aufgebürdet, das nicht von schlechten Eltern ist.

Wenn wir nun hier die unterschiedlichen Auffassungen bezüglich dieser Wirtschaftspolitik diskutieren, so glaube ich, kann man von jenem berühmten magischen Viereck ausgehen, von dem immer wieder die Rede ist. Wir können hier ohneweiters die Ziffern zugrunde legen, die der Herr Vizekanzler seinem Budget zugrunde gelegt hat. Man nimmt also an, daß das Wachstum 1,5 Prozent sein wird. Man nimmt das als gegebene Tatsache an, die sich irgendwo aus den Wolken herabsenkt und an der nichts zu ändern ist. Man nimmt weiter an, daß die Inflation 5,5 Prozent betragen wird. Nun, weit haben wir es gebracht, meine Damen und Herren!

Wenn vor etwa zehn Jahren jemand von 5,5 Prozent Inflation gesprochen hätte, so wäre allgemeines Entsetzen gewesen. Heute haben wir uns schon so an das Gift der Inflation gewöhnt, daß das als eine Ziffer hingestellt wird, die der Finanzminister in seiner Budgetrede nennt, und dann sagen alle: Aha, 5,5 Prozent Inflation, sehr schön – als ob damit alles in schönster Ordnung wäre. In Wirklichkeit sind ja 5,5 Prozent Inflation ein Krankheitssymptom einer Wirtschaft, und man müßte sich doch mit der Frage beschäftigen, wie dieses Krankheitssymptom beziehungsweise die ihm zugrunde liegende Krankheit beseitigt werden könnte.

Beim dritten Punkt, der Vollbeschäftigung, ist durchaus anzuerkennen, daß diese besteht, wenngleich diese 2 Prozent eine frisierte Ziffer sind. Hier spielt ja die Frage der Berechnung

eine Rolle, und außerdem ist bei der Zählung auch derjenige drinnen, der zwar ein Dienstverhältnis hat, in Wirklichkeit aber nicht beschäftigt ist. Ich glaube also, daß eine realistische Zählung zu einem etwas höheren Prozentsatz führen würde, daß einige Zehntelprozent hinzukommen würden. Im ganzen aber muß man attestieren, daß eine Beschäftigungslage entsprechend den Zielen besteht.

Katastrophal hingegen ist der vierte Teil, und das ist die Frage der Zahlungsbilanz. Wir wissen alle, daß es hier sehr schlecht steht, und es kann niemand mit gutem Gewissen behaupten, daß jene Maßnahmen, die von der Regierung eingeleitet worden sind, tatsächlich bewirken werden, daß eine Verbesserung der Zahlungsbilanzsituation eintritt.

Damit komme ich zu den verschiedenen Auffassungen zwischen der sozialistischen Wirtschaftspolitik und den Meinungen, die wir vertreten. Wir sind durchaus bereit, eingetretene Erfolge anzuerkennen. Wir akzeptieren aber nicht das Argument, das Vergleiche mit dem Ausland herstellt, sondern wir meinen, daß bei einer besseren Wirtschaftspolitik auch bessere Ergebnisse im Inland hätten erzielt werden können. Das kann man natürlich nicht eindeutig beweisen. Es gibt aber dafür sehr wesentliche Argumente.

Die Differenz der Auffassungen besteht darin, daß die sozialistische Wirtschaftspolitik auf einen Punkt eingeschworen war: Sie hat von den vier Dingen – Wachstum, Vollbeschäftigung, Zahlungsbilanz und Stabilität – in Wirklichkeit immer nur die Vollbeschäftigung gesehen. Sie hat diese Vollbeschäftigung auch als Zielpunkt gehabt, als es in Österreich eine Überbeschäftigung gab und 300 000 Gastarbeiter im Lande waren. Die Regierung hat also immer nur an die Vollbeschäftigung gedacht und hat alles andere vernachlässigt, da sie sich der Tatsache nicht bewußt war, daß zwischen diesen vier Zielen ein Zusammenhang besteht und daß man nicht ein Ziel anpeilen und die übrigen vernachlässigen kann.

Man kann vielleicht, wie das geschehen ist, über kleinere Schwierigkeiten mit Schulden, wie wir sie in überreichlichem Maße aufgenommen haben, hinwegkommen. Aber wir haben schon bei der letzten Budgetdebatte mit aller Deutlichkeit gesagt, daß die Schulden von heute die Steuern von morgen sind. Und das hat sich in einem größeren Umfang bestätigt, als wir es damals angenommen hatten, in Form des Belastungspakets, das bereits beschlossen wurde. Wir wagen aber weiter die Behauptung aufzustellen – und täuschen Sie sich nicht über die Gegebenheiten der Wirtschaft –, daß die Schulden von heute unter Umständen die

Dr. Broesigke

Arbeitslosen von morgen sein werden, wenn Sie so weiterwirtschaften, wie Sie es bisher getan haben. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Noch ein Punkt zum Thema der Abgaben. Erstmals im heurigen Jahr ist die Quote über 40 Prozent gestiegen. Das kann niemand abstreiten, das steht ja selbst im Arbeitsbehelf zum Budget. Also von 100 erarbeiteten Schilling bekommt die öffentliche Hand 40 S.

Nun wird immer so argumentiert, daß man sagt, das ist ja nicht der Bund allein, das ist ja nicht der Finanzminister als Personifikation des Bundes, das sind ja die Länder, das sind die Gemeinden, das sind die Kammern, das sind die Sozialversicherungsinstitute. – Sicher richtig, gar kein Zweifel, aber glauben Sie, meine Damen und Herren, daß es für den Staatsbürger einen Unterschied macht, wem er das bezahlt? Glauben Sie, daß die Belastung für ihn angenehmer ist, wenn er weiß, daß er das nicht dem Bund, sondern zum Teil auch dem Land, der Gemeinde und so weiter zahlt? Es kommt doch auf dasselbe heraus. Es kommt auf die Tatsache heraus, daß die Finanzpolitik der jetzigen Bundesregierung seit ihrem Bestehen diese Belastungsquote von 35 auf mehr als 40 Prozent erhöht hat, also eine wesentliche Steigerung der Belastung des einzelnen Staatsbürgers, dem man erzählt, was man alles macht, dem man aber verschweigt, daß er sich das alles selber zahlen muß, was er an Vorteilen vom Staat bekommt.

Und wenn von Herrn Kollegen Dr. Fischer die Frage aufgeworfen wurde: Ja wie schaut denn das aus: Ihr lehnt dieses Belastungspaket ab. Ihr beanstandet aber auch das Defizit? – Ja woher weiß man denn, daß diese jetzige Belastung auch funktionieren wird? Es hat ja schon im heurigen Jahr nicht funktioniert und es wären schon im heurigen Jahr nicht die geschätzten Abgaben eingegangen, wenn nicht die Ankündigung der sogenannten Luxussteuer einen Kaufboom ausgelöst hätte, sodaß der Finanzminister heuer einen wesentlich höheren Betrag an Steuern bekommt, als schon zu befürchten war.

Aber das wird seine Folgen haben. Anfang des kommenden Jahres wird sicher eine entsprechende Zurückhaltung der Käufer stattfinden; da werden weniger Abgaben eingehen. Ja glauben Sie, daß der Gesetzgeber nur einen Beschluß zu fassen braucht, und schon kommt das Geld herein? Glauben Sie denn, daß alles machbar ist? Glauben Sie nicht vielleicht oder denken Sie wenigstens einmal darüber nach – ich habe das schon zu wiederholten Malen hier gesagt, aber das scheint einfach nicht zur Kenntnis genommen zu werden –, daß es Grenzen der Besteuerung gibt, über die man

nicht mehr hinaus kann, weil das ganze dann nicht mehr funktioniert. Das sind doch die Gegebenheiten. Und da ist es leicht zu fragen: Wie schaut die Alternative aus? Das Budget zu machen, ist Sache des Finanzministers und nicht die Aufgabe der Opposition. Die Aufgabe der Opposition ist, zu beanstanden, was falsch ist, und zu kontrollieren, aber nicht für den Finanzminister jenes Budget zu machen, das er richtigerweise erstellen sollte, weil ja einer Opposition notwendigerweise die technischen Gegebenheiten fehlen.

Wir glauben überhaupt, daß die Budgetsanierung auf längere Sicht nicht von der Einnahmenseite, sondern nur von der Ausgabenseite oder überwiegend von der Ausgabenseite erfolgen müßte, das heißt also sparen, zweifellos. Es wurde vorgerechnet, wie wenig das im einzelnen ausmacht. Nun, ich kann mir vorstellen, daß ein genaues Durchgehen der einzelnen Ansätze, wozu die einzelnen Ressortchefs ja die Möglichkeit haben, sehr viel zutage fördern würde, wenn man will.

Es wurde in der Budgetrede gesagt, es sollen ein Jahr lang keine Kraftfahrzeuge angeschafft werden. Allerdings haben wir festgestellt, daß die betreffenden Anschaffungen in den einzelnen Ansätzen drin sind. Wir haben daher einen Antrag gemacht, um das wieder herauszustreichen. Merkwürdigerweise hat auch die Österreichische Volkspartei abgelehnt, daß diese Positionen herausgestrichen werden, und ist also offenbar der Auffassung, daß die Bundesregierung diese Anschaffungen tätigen soll oder sie zumindest im Budget drinnen haben soll. Wir glauben das nicht. Wir glauben, daß eine Regierung, die so weit geht, daß sie es dem einzelnen zumutet, bestimmte Begrenzungen zur Kenntnis zu nehmen bei der Anschaffung und beim Betrieb von Kraftfahrzeugen, daß eine solche Regierung mit gutem Beispiel vorangehen sollte und beim Staatshaushalt auch die entsprechenden Maße vorschlagen sollte. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zum Unterschied von der Österreichischen Volkspartei haben wir also Anträge vorgelegt. Wir haben zwar keine Gegenliebe gefunden, glauben aber, daß der Standpunkt, der in diesen Anträgen zum Ausdruck gekommen ist, ein richtiger Standpunkt gewesen ist.

Nun ist das heutige Thema ja nicht nur die Frage der Finanzen im allgemeinen und eine Generaldebatte über das Kapitel Finanzen. Wir haben uns bei dem Punkt Oberste Organe mit einer Reihe von Dingen auseinanderzusetzen, und ich glaube, wir sind sogar verpflichtet, uns damit auseinanderzusetzen. Da ist zunächst der Nationalrat selbst, das System der Gesetzgebung.

Dr. Broesigke

Es wird mit Recht von der Bevölkerung Klage geführt, daß die Gesetze immer unverständlicher werden. Ich kenne sehr wohl die Schwierigkeiten, die hier bestehen, behaupte aber und habe das immer behauptet, daß bei sorgfältiger Arbeit viel geschehen könnte, daß man vieles einfacher, daß man vieles besser formulieren könnte.

Hier – das habe ich voriges Jahr schon erwähnt, muß es aber wiederholen – besteht zwischen den einzelnen Ausschüssen des Nationalrates eine sehr erhebliche Differenz. Es gibt Ausschüsse, die sorgfältig die Materien beraten, bei denen auch die Abgeordneten der Regierungspartei bestrebt sind, eine möglichst gute Formulierung, eine hervorragende oder zumindest eine gute Lösung zu finden, und es gibt Ausschüsse, bei denen die Abgeordneten der Regierungspartei nur als Erfüllungsgehilfen des betreffenden Ministeriums auftreten und sich bemüht fühlen, das mit möglichster Geschwindigkeit zum Gesetz zu erheben, was vom Ministerium vorgeschlagen wird.

Ein sehr wesentliches Beispiel hierfür ist der Finanz- und Budgetausschuß selbst, in dem über schwierigste Angelegenheiten, über komplizierte Materien keine Unterausschußberatung stattfindet, immer unter dem Prätext, daß es eilig sei, sofort geschehen müsse, wobei die Fehler der betreffenden Regierungsvorlagen durch Anträge der Abgeordneten der Regierungspartei im letzten Moment wieder ausgebessert werden. Ich glaube nicht, daß wir durch dieses System der Sache des Parlamentarismus einen Dienst erweisen und daß gerade die Behandlung des Belastungspaketes, die hier erfolgt ist, ein Schulbeispiel dafür ist, wie man es nicht machen darf, insbesondere wenn man der Bevölkerung derartige Steuerlasten zumutet, wie es geschehen ist.

Als positiv ist zu werten, daß sich nun außerparlamentarisch abzeichnet, daß für die Frage der Rechtsbereinigung doch eine Lösung gefunden werden könnte. Ich habe auf dieses Problem schon in einer ganzen Reihe von Budgetdebatten hingewiesen, und ich halte es, so formal-juristisch es auch scheinen mag, für eine der wesentlichen Voraussetzungen der Verwaltungsreform. Denn solange wir uns mit einem solchen Wust an Rechtsgrundlagen von der Zeit Maria Theresias bis heute herumschlagen müssen, solange alles so unübersichtlich ist, solange etwa der Bundesminister für Finanzen nicht weiß, ob er die Goldkäufe für den Ankauf einer Goldmünze ausschreiben muß oder nicht, weil es nicht klar ist, ob das Gesetz überhaupt noch in Kraft ist, so lange wird es nicht möglich sein, eine wirksame Verwaltungsreform durchzuführen.

Es wäre also zu hoffen, daß der jüngste Ansatz zu einer Bewältigung dieses Problems der Rechtsbereinigung doch erfolgreicher ist als die vorangegangenen.

Zu den höchsten Organen gehören auch die Höchstgerichte. Es wird Gelegenheit sein, im Zusammenhang mit der Diskussion über die Berichte von Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof ausführlicher einiges zu sagen.

Es muß immer wieder auf die Überlastung des Verfassungsgerichtshofes hingewiesen werden, die in der letzten Zeit einen immer bedrohlicheren Umfang annimmt und auf die er immer wieder in seinen Berichten verweist. Es wird erforderlich sein, hier zu einer Neulösung, zu einer Neukonstruktion zu kommen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, daß man Jahre darauf warten muß, bis man in wichtigen Dingen eine Entscheidung bekommt, sei es der einzelne Staatsbürger, sei es die Öffentlichkeit als solche.

Zu bedauern ist, daß die seinerzeitige Zusage des Herrn Bundeskanzlers bezüglich der Personalhoheit der Höchstgerichte wiederum nicht eingelöst wird, daß es hier beim alten verbleibt, daß trotz einer langen Diskussion unter Zuziehung der Präsidenten der Höchstgerichte sich der Standpunkt durchgesetzt hat, daß alles so bleiben soll wie bisher und daß man sich nicht einmal dazu entschließen konnte, die offensichtlich verfassungswidrige derzeitige Handhabung bei bestimmten Ernennungen zu sanieren.

Es bleibt nun im Zusammenhang mit dem Bundeskanzleramt noch das Problem des ORF. Auf die Frage des Club 2 und das Sympathisantentproblem bin ich schon eingegangen.

Ich möchte jetzt auf das zu sprechen kommen, was sich gestern abgespielt hat. Ich glaube, daß das der absolute kulturelle Tiefstand war und daß es weiter hinunter nicht mehr denkbar ist. (*Abg. Peter: Ein Produkt des Schwachsinn!*) Denn was dort dem österreichischen Staatsbürger, dem österreichischen Hörer und Seher zugemutet wurde, das war beispiellos. Der Herr Abgeordnete Steinbauer hat es als Schmarn bezeichnet in der nachfolgenden Diskussion, ich glaube aber, das war bereits ein euphemistischer Ausdruck.

Es war darüber hinaus von einer Geschmacklosigkeit sondergleichen, und dazu lassen Sie mich nun einiges sagen.

Es hat sich zunächst dadurch ausgezeichnet, daß es sich nicht mit der augenblicklichen Zeit, sondern mit einer Verhöhnung der Toten befaßt hat. Man sagt: De mortuis nil nisi bene. Natürlich muß das Pro und Kontra vergangener Zeiten vom Geschichtsforscher abgewogen werden. Es muß sicher hierbei Kritik geben. Aber ich

Dr. Broesigke

glaube, es ist kein Fall bekannt, wo das in dieser Form gemacht worden ist: als Verhöhnung von Menschen, die in einer sehr tragischen Zeit Österreichs, jeder von seinem Standpunkt, sicherlich das Beste gewollt haben.

Ich wäre sicherlich niemals ein Anhänger des Bundeskanzlers Seipel gewesen; meine Familie hat ihn nicht gewählt, und ich hätte ihn auch nicht gewählt. Aber daß er in dieser Form dargestellt worden ist, dafür schäme ich mich als Funktionär des Österreichischen Rundfunks und als österreichischer Abgeordneter, dafür, daß etwas derartiges in diesem Land möglich ist.

Dasselbe gilt in gleicher Weise für Otto Bauer und Johannes Schober, der als rabiater Polizist zur Darstellung gekommen ist. Etwas derartiges ist kein Denkanstoß, sondern etwas, das Österreichs unwürdig ist.

Es ist unwürdig, das Unglück zu verhöhnen. Das weiß jeder aus seinem Privatleben und betrachtet es als eine Selbstverständlichkeit. Ebenso ist es auch unwürdig, das Unglück der eigenen Geschichte zu verhöhnen. Das darf sich kein Volk erlauben.

Auf dem Friedhof in Perg ist das Grab des Bundeskanzlers Schober. Auf diesem Grab steht ein Goethe-Wort:

„Und hinter ihm, in wesenlosem Scheine, lag, was uns alle bändigt, das Gemeine.“

Nun, ich glaube, daß dieses Wort uns doch sagen müßte, daß wir die Verpflichtung haben, gegen dieses „Gemeine“, das in Form der „Staatsoperette“ eine, wie ich glaube, von der überwiegenden Mehrzahl der Österreicher abgelehnte Wirklichkeit gefunden hat, zu kämpfen.

Ich glaube, daß man das in einer Budgetdebatte sagen muß zu dem Kapitel, in dem der Rundfunk seinen Platz hat. Ich glaube auch, daß das symptomatisch ist für die Entwicklung, daß dem Österreicher solche Dinge zugemutet werden können.

Ich glaube weiters, daß das vielleicht ein bedenklicheres Symptom ist als Prozentsätze und Zahlen in einem Budget, weil es das Symptom eines kulturellen Verfalls ist, über den wir uns nicht hinwegtäuschen dürfen, auch dann nicht, wenn der Herr Bundesminister für Unterricht solche Dinge subventioniert, sodaß der österreichische Steuerzahler – ich rede nicht von dem, der seine Beiträge zu Rundfunk und Fernsehen zahlt – sieht, daß sein Steuergeld auf diese Weise verwendet wird.

Das, glaube ich, ist ein sehr bedenkliches Zeichen auch für die Zukunft. Wir würden doch hoffen, daß der Herr Bundesminister für Unter-

richt künftighin bei derartigen Anlässen eine strengere Prüfung vornimmt und dafür sorgt, daß solche Sachen nicht mit dem Geld der österreichischen Steuerzahler finanziert werden.

Ich komme zum Abschluß: Es wurde hier davon gesprochen, daß das Budget keine Alternative habe, daß die Oppositionsparteien nicht gesagt hätten, was sie an dessen Stelle setzen sollten und wollten. Ich glaube nun nicht – und ich möchte den Herrn Bundeskanzler selber zitieren, und zwar aus der Zeit seiner Opposition –, daß das die Aufgabe der Oppositionsparteien ist – der Herr Bundeskanzler hat es damals nämlich auch ausdrücklich abgelehnt, als ihm diese Frage gestellt wurde –, sondern es ist Aufgabe der Regierung, ein gutes Budget zu machen. Und wenn es ein schlechtes ist, dann lehnen wir es ab – und das tun wir! *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Prader. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Prader (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Fischer hat mich mit seiner Rede etwas durcheinandergebracht. Ich meine nicht in bezug auf meine Meinung, sondern in bezug auf die Thematik, die ich zunächst behandeln wollte.

Ich möchte daher mit dem beginnen, mit dem er in der Schlußphase mehr oder minder geendet hat, nämlich mit einer Nachtragsreplik zu der Debatte von gestern.

Es hat der Herr Dr. Fischer gemeint, man solle hier nicht Menschen in den Dunstkreis dieser ganzen Situation hineinziehen. Nun, Herr Abgeordneter Dr. Fischer, darf ich vielleicht auf folgendes verweisen. In der gestrigen Ausgabe der „Salzburger Nachrichten“ ist ein Gespräch der Redaktion dieses Blattes mit Herrn Dr. Nenning enthalten. Und da heißt es:

„Das ‚Neue Forum‘ sei ein offenes Haus und jeder, der wolle, könne zu den Redaktionsversammlungen kommen. Diese Konferenzen würden in der Zeitschrift angekündigt und Interessenten eingeladen.“

Und dann sagt er weiter:

„In den Räumen der Zeitschrift gingen Dutzende Leute aus und ein, da man sich an das Prinzip des offenen Hauses gehalten habe. Verdächtig kamen Nenning Gratt und Keplinger nicht vor.“ Und jetzt unter Anführungszeichen: „Das sind alles liebe, junge Menschen, bis sie teppert werden.“

Das mag stimmen. Nur wer sie „teppert“ macht, das ist die Frage. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Prader

Und auf das kommt es an, das ist das Entscheidende. Daher, glaube ich, muß man sich sehr wohl mit diesen hintergründigen Fragen auseinandersetzen und Überlegungen anstellen.

Jedenfalls – ich zitiere die „Wochenpresse“ von gestern – ist auf diese Dinge, ja auch auf die „Lili“, die linke Liste, Bezug genommen, und es heißt unter anderem:

„Nach der Stammheimer Selbstmordwelle von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe wollten Pitsch und Genossen eine ‚spontane Solidaritätsdemonstration‘ organisieren. Die Beratungen dazu fanden in den ‚Forum‘-Räumen statt. Oberschlick erinnert sich: ‚Da waren eigentlich alle Linken da‘.“

Herr Dr. Fischer, ich frage mich: Kommt es von ungefähr, daß diese Kräfte dort ihre geistige Heimat gesehen haben? – Und wenn man die Schreibweise kennt – ich könnte Ihnen hier noch eine ganze Reihe solcher Zitate präsentieren –, dann hat man doch sehr wohl den Eindruck, daß hier nicht einfach in den Dunstkreis hinein etwa Verdächtigungen ausgesprochen werden, sondern daß die Geistigkeit, die dort präsentiert wird, eben jene Geistigkeit ist, die dann zu jenen Folgerungen führt, die nachher verdammt werden. Daher glauben wir, daß man darüber auch in diesem Haus reden sollte.

Jetzt, Herr Dr. Fischer, möchte ich auch replizieren auf das, was völlig auch unserer Meinung entspricht, nämlich auf das, was Dr. Broesigke jetzt in bezug auf diese gestrige komische Operettenaufführung gesagt hat. Fragen Sie ganz einfache Leute, die das bei uns in Österreich lesen, ob die verstehen, daß der dafür noch vom Staat eine Subvention bekommt. Das ist den Leuten einfach unverständlich. Da kommt man mit allen möglichen Ausreden nicht herum. Das sind Fakten. Und da gibt es den sogenannten gesunden Menschenverstand. Dem sind Sie auch als Abgeordneter gegenübergestellt und mit der Frage konfrontiert: Und da schaut ihr zu? Um unser Geld? – Und dann, abgewandelt auf die Staatsfinanzen bei der bekannt kritischen und schwierigen Situation, ist einfach kein Verständnis mehr zu wecken. Ich sage Ihnen: Es ist gut, daß unsere Menschen draußen so reagieren, so gesund reagieren und sich nicht auf anderen Gleisen bewegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gestern wurde so sehr beschworen, daß es ja gerade das sei, was dem Terrorismus nütze, daß er also Publizitätswirkung bekomme, was vor allem durch die dringliche Anfrage der Volkspartei in ausreichendem Maße geschehen sei.

Herr Kollege Dr. Fischer! Erinnern Sie sich an jene Fernsehsendung, bei der, auch wieder „zufällig“, Herr Dr. Nennung Leute präsentiert hat, die ihre sehr sympathisierenden Auffassungen zu diesem Terrorgeschehen vor aller Öffentlichkeit präsentieren konnten, diese Publikationen dauernd stattfinden. Ist Ihnen da nicht aufgefallen, daß das eine ganz andere Art der Öffentlichkeitswirkung hat als die, die mit der Anfrage der Österreichischen Volkspartei beabsichtigt und, ich glaube, auch erreicht worden ist? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und noch etwas möchte ich in Replik zu dem Vorhergegangenen sagen. Es war da die Rede von dem Programmentwurf der Sozialistischen Partei. Auch ob das ins Parlament hergehört oder nicht, bitte, ich bin der Meinung, daß sich die politischen Kräfte dieses Landes gegenseitig dafür interessieren sollten, welches Gesicht eine Partei hat, was die Substanz ist, nach der sie ihre Politik ausrichtet. Was ihre Zielrichtung ist, das ist doch, glaube ich, auch etwas sehr Entscheidendes, was in einer Debatte gerade hier im Parlament in bezug auf die Demokratie in unserem Staate zum Ausdruck kommen sollte.

Es hat in einem Zwischenruf Herr Dr. Broda dann gemeint, natürlich hofft er, daß er das auch umsetzen wird können, was dort in dem derzeit noch Programmentwurf an gesellschaftspolitischen Richtlinien drinnensteht. Wir haben diese Erklärung mit sehr großer Aufmerksamkeit verfolgt, denn da steht ja auch drinnen, daß die Gefängnisse abgeschafft werden sollen. Ich nehme daher an, daß das die Richtung ist, die hier verfolgt wird. Und darauf hat aber auch, um das deutlich zu machen, die österreichische Öffentlichkeit einen Anspruch, das klar zu wissen.

Wir werfen Ihnen ja nie vor, daß Sie eine bestimmte Zielrichtung haben. Was wir Ihnen vorwerfen, ist, daß Sie diese Zielrichtung zu verdecken suchen, um nicht erkennbar zu sein im Wesenhaften dessen, wohin Ihr Weg im Endergebnis geht. Das ist die Auseinandersetzung, die wir hier führen. Und das ist eine sehr verpflichtende Aufgabe, die wir in der Demokratie zu bewältigen haben und die wir bewußt auch bewältigen wollen.

Ich hätte ja noch gerne etwas auf die Ausführungen von Herrn Dr. Fischer in bezug auf unseren Freund Gassner und die angebliche Parteiorder gesagt. Ich glaube, das An-die-eigene-Brust-Klopfen sollte auch noch etwas sehr Wichtiges für Sie sein. Wissen Sie, manchmal hat man gewisse Erinnerungen, zum Beispiel, wie die Pflichtschullehrer beschlossen haben, sie werden streiken, wenn ihnen diese Verwaltungsdienstzulage nicht gegeben wird. Einstimmig haben sie das beschlossen, alle Fraktionen.

Dr. Prader

Und plötzlich durfte eine dann nicht mittun, nämlich Ihre. Das ist ein reiner Zufall gewesen, daß die sich plötzlich an diesen dort gemeinsam gefaßten Beschluß nicht mehr halten konnten. Schieben Sie daher diese Dinge nicht weg, sondern stellen Sie sie völlig mit in die Betrachtung.

Und nun komme ich schon gerade durch diese Begebenheiten fast einbegleitend zu dem, was ich heute eingangs dieser Debatte sagen wollte. Natürlich, wir, die Volkspartei, nehmen zum Budget kritisch Stellung. Wie wir schon bei den Ausschußberatungen auch erklärt haben, stimmen wir dem Kapitel Oberste Organe zu, lehnen aber das Gesamtbudget ab. Wir lehnen ab – ich möchte das noch einmal mit Deutlichkeit wiederholen, was der Parteiobmann der Volkspartei schon gesagt hat –, weil wir die Budget- und Wirtschaftspolitik der Regierung und der sozialistischen Mehrheit für falsch und gesellschaftspolitisch für schlecht halten.

Mit der Politik der Zwangsbeglückung hat die SPÖ wirtschaftlich Schiffbruch erlitten. Und es ist nun einmal so, daß der Sozialismus zu teuer ist, vor allem zu teuer für Österreich. Hier von dieser Stelle aus – und das ist, glaube ich, die richtige Stelle – und in unserer Öffentlichkeitsarbeit legen wir dar, warum wir dieser Auffassung sind und warum wir das tun. Diese eigentlich für eine westliche Demokratie reichlich primitiven Feststellungen müssen heute ausgesprochen werden. Und das an sich ist tragisch genug, dazu veranlassen mich jüngste Feststellungen sozialistischer Spitzenfunktionäre.

Es wirft sich einmal mehr die Frage auf, welche Aufgaben die SPÖ, wenn sie die absolute Mehrheit hat, einer parlamentarischen Opposition eigentlich noch zumißt. Ein beachtliches Repertoire haben Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Regierung und der sozialistischen Parlamentsfraktion, hiezu entwickelt: Nein-Sager, Krank-Jammerer, Panikmacher, staatsfeindlich usw. nennt man uns. Gestern war auch von einem „Geschäft mit der Angst“ die Rede, und in vielen Bereichen ist das auch noch kombiniert worden mit dem drohenden Zeigefinger: Wennihretwas tut, dann werdet ihr schon sehen, wie sich das entwickelt.

Kollege Dr. Schwimmer hat auf einen sehr aktuellen Fall in dieser Richtung kürzlich hingewiesen. Dem liegt doch nur die Tendenz und die Absicht zugrunde, Kritik und Kontrolle zu diffamieren, abzuwerten als etwas Schädliches, ja geradezu als etwas Verwerfliches hinzustellen. Das ist, meine Herren, ein reichlich subversives Repertoire, wenn Sie hier diesen Weg immer stärker gehen.

Seit die SPÖ an der Macht ist, hat die Opposition in Ihrer Sicht eine andere Aufgabe bekommen, als Sie ihr selber früher zugemessen haben. Diese Opposition in Ihren Augen, sie hat nicht zu kritisieren, sie hat zu hofieren, sie hat nicht zu kontrollieren, sondern sie hat zu apportieren und sie hat zumindest zu schweigen.

Das ist aber nicht unsere Auffassung. Und ich frage Sie jetzt, wenn man gestern Ihre Debattenbeiträge zu einem Thema gehört hat, wo sich dieses Parlament mit der Frage beschäftigt hat, ob die Sicherheitsvorbereitungen und -vorkehrungen in Österreich genügend sind, sich bemüht hat, eine echte Kontrollfunktion auszuüben. Gerade angesichts dieser Resonanz in Ihren Debatten, aber auch in den Debatten zum Belastungspaket frage ich Sie, worüber man denn überhaupt noch reden darf in einem Parlament, in dem Sie die Mehrheit haben. Übers Budget dürfen wir nicht reden, über Wirtschaftspolitik darf man nicht reden, über Sicherheitspolitik darf man schon gar nicht reden, übers Bundesheer ist überhaupt Schweigen geboten. Worüber sollen wir eigentlich überhaupt reden? Ja, ich muß doch fragen, wenn ich das so durchsehe: Wozu sind wir dann eigentlich da? (*Beifall bei der ÖVP.*) Es wäre Ihnen am liebsten, wenn wir nicht da wären, das begreife ich, aber das ist nicht das, was man von einer westlichen Demokratie verlangt.

Was im übrigen die Nein-Sager-Partei angeht, meine Damen und Herren von der Linken, da müssen Sie sich einmal endgültig entscheiden. Wenn es Ihnen passend erscheint, brüsten Sie sich nämlich immer wieder mit den vielen gemeinsam beschlossenen Gesetzen. Laut „Parlamentskorrespondenz“ vom 11. März 1974 wurden in der damaligen Legislaturperiode über 87 Prozent der damaligen 332 Gesetze mit ÖVP-Zustimmung beschlossen. Und laut „Parlamentskorrespondenz“ vom 8. Juli 1976 wurden im ersten Viertel der 14. Gesetzgebungsperiode 80 Gesetze der insgesamt 90 Gesetzesvorlagen mit Zustimmung der ÖVP beschlossen. Daten aus letzter Zeit stehen mir nicht zur Verfügung, Sie wissen aber genau, daß diese Proportion im wesentlichen auch jetzt die gleiche geblieben ist.

Gerade Kollege Ing. Hobl hat das letztemal, in der gestrigen Debatte wieder an Hand der Vorlage mit besonderer Betonung erwähnt. Dieses Spektrum charakterisiert nicht den Typus einer Nein-Sager-Partei. Was stimmt jetzt eigentlich? Muß man Sie immer wieder fragen, oder gehört das auch zum Bereich Ihrer Doppelstrategie oder Doppelgesichtigkeit?

Und nun zum Thema Krankjammerei, Panikmacherei. Es tut mir leid, daß der Kollege Wille nicht da ist, denn er hat ja besonders in diese

Dr. Prader

Richtung seine Ausführungen bei der Debatte zu dem Belastungspaket dargelegt neben der Sekundanz einiger Ihrer anderen Sprecher.

In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 21. August 1968 finden Sie folgende Überschriften: „Alarmierende Arbeitslosigkeit“, „Krisenalarm: Dr. Kreisky beruft Expertenrunde.“ Nächstes: „Ist Ihr Arbeitsplatz noch sicher?“ Nächstes: „Arbeitsnot bringt Bauerntod.“ Das alles nur in einer einzigen Zeitungsausgabe.

In einer anderen Ausgabe wird wieder – damals waren wir gemeint – gegen die „Gesundbeter der Wirtschaft“ polemisiert.

Bitte, meine Damen und Herren von der Linken, machen Sie sich darauf selber Ihren Reim, auch was das Geschäft mit der Angst anbelangt.

Es scheint auch mir sehr wertvoll, wieder darauf hinzuweisen, daß die SPÖ während ihrer Oppositionszeit keinem einzigen Budget zugestimmt hat. Der Abgeordnete Thalhammer hat im Budgetausschuß am 8. November 1977, als das Problem – es hat das Dr. Fischer angeschnitten –: Polemisieren von der Regierungsbank aus besprochen wurde, gemeint: Es sei nicht nützlich, immer wieder auf ein früheres Verhalten hinzuweisen.

Herr Kollege Thalhammer! Für die SPÖ sicherlich nicht, das gebe ich zu, aber umsomehr für die Bevölkerung, weil dies doch sehr Ihre Haltung charakterisiert. „Ein Schandfleck für die Republik!“ hat der sehr verehrte Herr Abgeordnete Dr. Tull mir seinerzeit auf die Regierungsbank zugerufen. Kein Proteststurm in Ihren Reihen, kein Ordnungsruf. So ändern sich eben die Zeiten.

Ich habe diese Geschichte nur deshalb erwähnt, weil der Herr Bundeskanzler immer meint, man solle nicht wehleidig sein, während er von seiner Seite – Herr Bundeskanzler, da sind Sie Perfektionist – permanent sofort die Eiszeit ausruft, wenn irgendwas nur gesagt wird. (Abg. Dr. Koren: Es ist jetzt „eh“ kalt!)

Ich glaube, so geht das nicht, denn Sie sind der perfekte Eiszeitfabrikant (*Heiterkeit*), das hat sich inzwischen bereits herumgesprochen. Ihr Grundsatz: Wenn zwei das gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe, oder konkreter ausgedrückt: Was der SPÖ erlaubt ist, gilt noch lange nicht für die ÖVP, ist für uns und sicherlich auch für viele Österreicher nicht akzeptabel.

Herr Bundeskanzler! Weil Sie dann auch immer doch gewisse Formen in der Demokratie beschwören, es ist also schwierig, aus Ihrer ungeheuren Zitatensammlung auch nur bruchstückweise etwas auszuwählen, weil so viel

dieser gleichen Kategorie überall zur Verfügung steht. Sie haben damals gemeint zu den Bauern, wegen der Demonstration und so weiter, aber was soll ich das alles wieder in Erinnerung rufen: Ich bin für die maximale Anwendung der Kampfmöglichkeiten, die es für die Opposition gibt. Bruno Kreisky, 25. September 1967. Oder wie Sie so nett gemeint haben: Friß Vogel oder stirb!, das ist nicht der Arbeitsstil, den sich die Opposition gefallen läßt. – Bruno Kreisky, am 25. Jänner 1968.

Für uns gilt das heute auch wieder. Daher werden auch wir unsere Oppositionspolitik nach eigener Entscheidung und nicht nach Ihrer Wohlmeinung ausrichten. Ich glaube, das ist für die Österreicher außerordentlich nützlich. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Diese Zwiespältigkeit, die, glaube ich, gilt vor allem auch grundsätzlich für Bereiche und Aussagen der SPÖ während ihrer Oppositionszeit gegenüber ihrer Haltung als Regierungspartei. Eigentlich, das sagt einem der gesunde Menschenverstand, müßten Sie doch all das, was Sie früher als so schlecht bezeichnet haben, jetzt peinlichst in Ihrer Regierungsverantwortung vermeiden. Und das ist das, was uns nicht ganz begreiflich ist, wieso das, was früher schlecht war, jetzt plötzlich gut ist.

Das ist die Metamorphose, die wir den Österreichern klar machen wollen, damit sie ungefähr auch wissen, wie Ihre Aussagen zu werten sind. Nur einige Hinweise: „Arbeiter-Zeitung“ vom 20. Jänner 1970:

„Heftige Kritik übte Benya auch an der Schulden- und Defizitpolitik der Regierung, die letztlich von der Bevölkerung bezahlt werden müsse.“

„Oberösterreichische Nachrichten“ vom 28. November 1966:

„Benya wandte sich dagegen, jenen Teil der Lohnerhöhungen, der der Abgeltung der Preissteigerungen diene, wie den Zuwachs an realem Einkommen progressiv zu besteuern.“ – Wir sind genau dieser Auffassung.

Der jetzige Herr Bundeskanzler sagte 1969 dem damaligen Bundeskanzler Josef Klaus – nur ein Bruchstück Ihrer Enunziationen –:

„Wenn eine Regierung durch ihre Maßnahmen so viel Geld von den Leuten holt, ihnen einen so großen Teil ihres Arbeitsertrages wegnimmt, so habe ich mich für berechtigt angesehen, von Ausbeutung zu reden.“

Und man fragt sich daher: Gilt all das heute nicht mehr? Warum gilt es eigentlich nicht mehr? Wieso ist das jetzt „destruktive Kritik“, während es zu Ihrer Zeit nach Ihrer Auffassung

Dr. Prader

konstruktive Gesichtspunkte gehabt hat? Das müssen Sie uns erst einmal erklären. Etwa weil die Löhne zwischen 1971 und 1977 um 95 Prozent gestiegen sind, die Lohnsteuer hingegen um 240 Prozent. Nehmen Sie doch bitte auch auf der linken Seite des Hauses zur Kenntnis: Wir werden weiter zustimmen dort, wo wir es für gut und nützlich halten. Wir werden weiter ablehnen, wo wir Vorschläge, die Sie machen, für schlecht und für unzureichend halten.

Ihr Bemühen – und das, glaube ich, muß man sehr stark herausstellen –, Kritik mundtot zu machen, macht deutlich, wie Sie selbst Ihre Situation einschätzen. Sie haben anscheinend kein anderes Rezept mehr. Ich glaube, daß angesichts der eingangs erwähnten Vorkommnisse diese Klarstellung notwendig war.

Die SPÖ ist, seit sie an der Regierung ist, von einem – heute wurde es schon erwähnt – Alternativkomplex befallen, wie sich ja der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky seinerzeit, auf Alternativen angesprochen, auszudrücken beliebte. Sie wollten uns provozieren, um damit sachlich höchst unzureichend Ihre Politik zu begründen.

Nun aber wird Ihnen ein Konzept der Volkspartei nach dem anderen auf den Tisch gelegt: ein Vorschlag über die Budgetpolitik, die der Bundesparteibeamten beim Parteitag der Volkspartei in Linz vorgetragen hat, die Programme, ein Arbeitsplatzsicherungskonzept, ein völlig klares Programm. Herr Bundeskanzler, aus Ihrer Zeit haben wir so etwas nicht in Erinnerung, wahrscheinlich weil es nicht da war.

Es gibt ein kommunalpolitisches Programm. Diesen Programmen werden noch andere Vorschläge der Volkspartei folgen. Der Bundesparteibeamten der Volkspartei hat bei der großen FCG-Kundgebung am 6. November 1977 in den Wiener Sophiensälen erklärt, daß die Volkspartei vor den nächsten Wahlen auch ein Vermögensbildungskonzept vorlegen wird. Vor der Wahl, bitte sehr! Auch ein Unterschied, meine Damen und Herren.

Ich bin glücklich, daß der Herr Abgeordnete Mondl heute hier ist. Er hat ja seinerzeit, auf ein sozialistisches Wehrkonzept angesprochen, wörtlich erklärt:

„Wir haben eine Arbeitsunterlage für ein Wehrkonzept erarbeitet und werden es nach dem 1. März 1970“ – das war der Wahltag – „in der Öffentlichkeit zur Diskussion stellen und keinen Tag früher.“ Das war die Deklaration Ihrer Konzepte.

Im übrigen hat dieses Konzept bis heute das Licht der Öffentlichkeit noch nicht erblickt.

Geblichen ist Ihr Wahlschlager: „Sechs Monate sind genug!“ Und jetzt müssen Sie das Gegenteil machen.

Nun hat sich aber die Situation umgekehrt. Jetzt sind nämlich Ihnen die Konzepte ausgegangen. Und es hat der Parteibeamten der Volkspartei heute, Herr Bundeskanzler, in bezug auf höchst wichtige Fragen, die Österreich zu lösen haben wird, die das Leben der Österreicher entscheidend beeinflussen, ganz konkrete Fragen gestellt, welche Konzeption Sie in diesen Bereichen verfolgen, was Sie tun wollen. Ich möchte diese Fragen neuerlich wiederholen und urgieren, denn die Bevölkerung hat einen Anspruch darauf zu wissen, was Sie tun werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wir fragen, wie Sie sich die Weiterentwicklung der Budgetpolitik und alles, was damit zusammenhängt, vorstellen, wie Sie die Mittel aufbringen oder auch längerfristig versuchen wollen, das alles wieder ins rechte Geleise zu bringen. Sind das nach Ihrer Meinung auch lauter staatsgefährdende, unerlaubte Fragen? Eigentlich drängt ja die Situation dazu, daß man diese Fragen stellt, denn die negative Entwicklung geht ja progressiv weiter.

Was werden Sie 1979 tun? Sie haben ja schon alles ausgeräumt, den Familienlastenausgleichsfonds, der Wasserwirtschaftsfonds erhält keine Finanzzuweisungen, sondern nur Kreditaufnahmeermächtigungen, um mit neuen Schulden vorrangig alte Schulden zu bezahlen.

Die Begründung im Einspruch des Bundesrates gegen die Novelle des Fernmeldeinvestitionsgesetzes in 687 der Beilagen sagt kurz und bündig: „Durch die vorliegende Novelle werden in den kommenden drei Jahren dem Telefonausbau“, nämlich der einzig positiven Geschichte, nebenbei bemerkt, „Mittel in der Höhe von 3 Milliarden Schilling entzogen. Dadurch wird einerseits der Telefonausbau verlangsamt und andererseits so mancher Arbeitsplatz gefährdet.“

Die Aktiva der Pensionsversicherung der Angestellten haben Sie auch schon kassiert. Wo ist noch etwas? Wo ist noch etwas? Was werden Sie 1979 tun, bitte sehr?

Es stellt sich auch die Frage, wie das, was die Sozialpolitik in Österreich heute bietet, finanziert werden kann. Ich weiß doch, daß in Ihren Bereichen genauso große Schwierigkeiten sind. Und die seinerzeitige Erklärung des Herrn Finanzministers, der Appell, der völlig undogmatisch sozialistische Appell an die Eigenvorsorge, das war nicht nur ein Ausrutscher, wie man es nachher vielleicht darzustellen versucht hat, das war ein Ausbruch der eigenen Ausweglosigkeit, wobei es so heiter ist, daß

Dr. Prader

man, wenn man an die Selbstvorsorge appelliert, dann das kassiert, was zur Selbstvorsorge dienen kann. Das alles stimmt nicht ganz zusammen.

Was haben Sie an neuen Steuern? Wo gibt es noch etwas? Wo gibt es noch etwas? Jedes Jahr hat es bisher neue Rekorde an Defiziten, neue Rekorde der Staatsverschuldung, neue Belastungen für die Bevölkerung gegeben. Unser Vorwurf des Hausnummernbudgets hat immer gestimmt, hat sich all die Jahre als richtig erwiesen. Die Einnahmen waren immer zu hoch, die Ausgaben zu gering budgetiert. Die Absicht war klar. Auch hier könnte ich sagen, man merkt die Absicht und ist verstimmt. Die Öffentlichkeit sollte über die Wirklichkeit hinweggetäuscht werden.

Jetzt komme ich zu einer Thematik, die hier Dr. Fischer in gekonnter Form, das gebe ich zu, sehr breit ausgeleuchtet hat, aber leider auch in einer Showmanier, die mit den Realitäten einfach nicht im Zusammenhang steht. Er hat gemeint, vielleicht mag es rechnerisch stimmen, daß immer mehr und immer höhere Steuern und Gebühren mehr Einnahmen bringen. Aber da liegt ja der Unterschied in unseren grundsätzlichen Auffassungen. Und er hat dann die Frage gestellt: Was wollt ihr eigentlich, ihr stimmt keiner Erhöhung der Steuer zu, dann kommt ja weniger herein, das Budgetloch wird größer, auf der anderen Seite verlangt ihr Steuersenkungen: Das sind doch Stoßlinien in der unterschiedlichen Auffassung, wie man etwas bewältigt.

Hier gibt es nämlich - Broesigke hat auch darauf hingewiesen - einen Kulminationspunkt, eine Grenze, wo mehr weniger ist an Wirtschaftskraft und -ertrag. Und diese These lag 1952 der so erfolgreichen Kamitzschen Budget- und Finanzpolitik zugrunde, und sie stimmt heute genauso, weil es nicht stimmt, daß das Loch noch größer wird, sondern wenn ich die Wirtschaftskraft des einzelnen stärke, der Unternehmen stärke, dann ist auch der Ertrag des Staates ein höherer.

Und das gleiche gilt auch bei der Lohnsteuer. Man hat sich damals lustig gemacht, als Kamitz in einer ähnlich kritischen Situation Lohnsteuervorschläge gemacht hat und er gesagt hat, das bringt mir mehr als Steuererhöhungen. Und gestimmt hat es! Wir haben eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung gehabt, die sich sehen lassen kann. Nur war sie nicht von Ihrer visionären Gabe begleitet, die Sie nie ausgezeichnet hat.

Sie haben ja damals gemeint, weit vorausschauend in die Zukunft, daß der Autobahnbauvorschlag von Kamitz ein Aprilscherz sei. Es ist ein Glück, daß es Aprilscherze gibt, die

Wirklichkeit werden, denn sonst wären wir heute in einer schwierigen Situation.

Und ähnliche Äußerungen hat man ja auch woanders gehört, zum Beispiel bei uns im Lande Niederösterreich. Als wir gesagt haben, wir wollen - so wenig zukunftsgläubig waren Sie - die Wachaustraße bauen, haben Sie Flugzettel ausgestreut. Sie haben den damaligen Landeshauptmannstellvertreter Kargl als Engerl auf diese Flugzettel hinaufgemalt und ihn über die visionäre Wachaustraße fliegen lassen, wo heute die Autobusse fahren. Sonst könnten heute Autobusse mit 50 Mann, wie sie heute sind, gar nicht mehr in die Wachau fahren, wenn das nicht alles geleistet worden wäre.

Da liegen die Stoßlinien und die Unterschiede. Und das alles jetzt so zu verprimitivisieren in einer Art der Darstellung, wie es Dr. Fischer macht, das, glaube ich, ist nicht reell. Und da, glaube ich, fällt der Vorwurf, den er an sich an die rechte Seite des Hauses richten wollte, völlig auf Sie zurück. Und das sind die Auffassungsunterschiede, weil wir eben glauben, daß dann, wenn der Staat sich alles arrogiert, das letzten Endes nicht zur Steigerung der Leistung der Gesamtheit führt, sondern zum Abbau. Sie reden eben Systemen das Wort, wo Sie noch immer neue Bürokratien brauchen, um sie zu bewältigen, anstatt die Leistungskraft des einzelnen zu mobilisieren, ihn zu unterstützen, wie das unser Vorschlag ist.

Und dann sagen Sie zu Mitverantwortungsangeboten und Vorschlägen der Volkspartei: Nicht einmal darüber reden!, und gleichzeitig rufen Sie nach Alternativen. Wie verhält sich denn das? Und da habe ich so ein nettes Dokument gefunden, eine Aussendung der Wiener Arbeiterkammer. Da machen Sie Vorschläge. Und da heißt es:

„Da die Entwicklung der Industrieproduktion, trotz starker Investitionstätigkeit der Gemeinde, unterdurchschnittlich ist, sollten vermehrte Anstrengungen zur Entwicklung der industriellen Dynamik und damit zur Erhaltung der Vollbeschäftigung unternommen werden. Dazu ist die Erstellung eines langfristigen Infrastrukturkonzepts erforderlich, das Prioritäten in der industriepolitischen Förderung setzt.“

Das steht hier drinnen. *(Der Redner zeigt auf das Konzept der ÖVP zur Arbeitsplatzsicherung.)* Sie sagen, es ist ein Blödsinn, weil es da drinnen steht. Jetzt schreiben Sie es ab, und dann ist es gut. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und das ist ja das, was Sie mehrfach bereits praktiziert haben. So schauen die Dinge aus, aber da kommen Sie eben jetzt darauf. Und wir sind sehr dankbar, daß solche Denkanstöße wenigstens in dieser Form langsam beginnen fruchtbar zu

Dr. Prader

werden. Und das, glaube ich, muß man Ihnen sagen.

Es hat ja im Jahr 1972 schon Dr. Koren, als man schon eine gewisse Richtung in der Wirtschaftsentwicklung bemerken konnte, namens der Volkspartei ein „10-Punkte-Stabilisierungsprogramm“ vorgeschlagen. Nichts haben Sie gesagt, nicht einmal darüber reden. Und der Bundeskanzler und auch der Herr Finanzminister haben damals erklärt: Wir brauchen kein „10-Punkte-Stabilisierungsprogramm“. Unsere ganze Politik ist eine einzige Stabilisierungspolitik. Und jetzt haben Sie stabilisiert, aber die Inflationspolitik. Das war das Ergebnis, das aus Ihrer Arroganz herausgekommen ist.

Wir sind bereit, über alles zu reden. Natürlich muß man sich bemühen, weil das ja Anliegen sind, die nicht nur Sie treffen, die alle Österreicher treffen und die uns daher genauso am Herzen liegen oder vielleicht noch mehr. Ihre Arroganz, meine Herren von der Linken, kostet den Österreicherinnen und den Österreichern unerhört viel Geld. In den Ländern, in denen die Volkspartei die Mehrheit hat, praktizieren wir bereits diese Vorschläge der Volkspartei und sichtlich mit Erfolg. Dort ist es sogar noch möglich, daß Aufgaben des Bundes vorfinanziert werden, um einen Stillstand in vielen Bereichen zu verhindern.

Was mein Bundesland, das Land Niederösterreich, anbelangt, hat der Herr Landeshauptmann Maurer in einer Radiorede am 13. 11. 1977 diesbezüglich ausgeführt. Er sagte:

„Der Schuldenstand wird Ende dieses Jahres voraussichtlich 19,4 Prozent im Verhältnis zum Budgetvolumen betragen und im nächsten Jahr um einiges höher sein, während dieser Satz noch 1976 16 Prozent und in den Jahren davor gar nur 12 Prozent ausmachte.

Diese Ausweitung des Budgetabganges, der ausschließlich – hier nicht zum Schulden zahlen, sondern ausschließlich – „der Sicherung der Arbeitsplätze und der Schaffung neuer Arbeitsplätze dient, war deshalb vertretbar, weil das Land Niederösterreich im Gegensatz zum Bund in Zeiten der Hochkonjunktur sparsam gewirtschaftet hat.

Wir sind immer noch in der Lage, das voraussichtliche Budgetdefizit zu verkraften, während der Bund einem ausgesprochenen Finanzchaos zusteuert, wodurch aber auch unsere eigenen Einnahmeerwartungen ständig absinken.“

Übrigens, die Gesamtsteigerung des niederösterreichischen Budgets beträgt genau jene 7 Prozent, die Dr. Taus als Obergrenze einer

künftigen Bundesbudgetentwicklung genannt hat.

Der Bundesparteiobermann der Volkspartei hat aber bei der Erläuterung des umfassenden Arbeitsplatzsicherungskonzeptes in diesem Hohen Haus unter anderem besonders darauf hingewiesen, daß die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe wie überhaupt des Mittelstandes einen besonderen Schwerpunkt bei der Sicherung der Arbeitsplätze bilden müsse, weil mit einigen Großprojekten, noch dazu mit höchst fragwürdigen Projekten, die Situation nicht zu meistern sei.

Wenn Sie das schon uns nicht glauben, meine Damen und Herren von der Linken, vielleicht hören Sie auf Stimmen aus Ihren Bereichen. (Abg. Wille: Das hat nie wer in Abrede gestellt!) In der „Z-Information“, also im Informationsblatt der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien, und zwar in der Nr. 2 vom 1. Februar 1977, wird unter der Überschrift: „Verstärkte Förderung für Klein- und Mittelbetriebe“ zu Beginn des folgenden Artikels wörtlich ausgeführt:

„Klein- und Mittelbetriebe bilden das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. 90 Prozent aller Unternehmungen beschäftigen weniger als 20 Personen. Dennoch verdienen mehr als zwei Drittel aller Arbeitnehmer, rund 1,4 Millionen Menschen, ihren Lebensunterhalt in einem Klein- und Mittelbetrieb. Im Rezessionsjahr hat sich diese Strukturierung der österreichischen Wirtschaft besonders vorteilhaft ausgewirkt. Diese Betriebe – so heißt es dann in der Folge – „waren im Rezessionsjahr die wahren Garanten der Vollbeschäftigung.“

Meine Damen und Herren von der Linken! Glauben Sie denn, daß das so bleiben kann, wenn man ihnen, anstatt sie zu fördern – wie das unser Konzept vorsieht –, noch das ohnehin bereits zu geringe Eigen- und Betriebskapital wegnimmt?

Als Ihnen Dr. Mock diese Binsenwahrheit gesagt hat, haben Sie ihn als Industrieknecht abqualifiziert. So ist Ihre Meinung.

Jetzt, glaube ich, das muß man hier auch wegen der breiteren Öffentlichkeit deponieren, eine kleine Notiz in der „Kronen-Zeitung“ vom 11. November 1977 in der Rubrik „Kurznotiert“. Dort heißt es wörtlich: „Durch die Förderung von Privatinitiativen im Kleinhandel will – bitte: will – „die polnische Regierung die Versorgung der Bevölkerung verbessern.“ Ein Pleitebekenntnis der angeblichen Staatsallmachtfürsorge. Da erübrigt sich wohl jeder Kommentar.

Und das geht genau in die Richtung, wo wir eben glauben, daß die Kraft mobilisiert werden

Dr. Prader

muß, und wo Sie glauben, daß das ein Weg ist, den man anders gehen soll.

Bei Ihnen und Ihrer Politik ist ja die gesellschaftliche Zielsetzung immer im Vorrang gegenüber allen Überlegungen. Wir aber wollen, und dadurch unterscheiden wir uns ja von Ihnen im Grundsätzlichen, wir wollen die Verwirklichung einer Philosophie, die die Leistung fördert, anstatt sie zu bestrafen, die jede übermäßige wirtschaftliche und politische Machtkonzentration ablehnt, weil sie den Einzelmenschen total abhängig macht, die der Einzelverantwortung und Einzelentscheidung der Familie Vorrang vor staatlicher Zwangsbeglückung gibt, die in allen Bereichen die Eigenentscheidung der Fremdbestimmung vorzieht, die die weitest gestreute Bildung von Eigentum und Eigensubstanz fördert, anstatt sie abzubauen, wie das gegenwärtig durch das SPÖ-Belastungspaket und Ihre ständige Belastungspolitik geschieht. Es ist einfach eine Philosophie, die die Taschengeldgesellschaft in jeder Form ablehnt.

Hauptfeind Nr. 1 ist für uns die übermächtige wirtschaftliche und politische Machtkonzentration. An ihre Stelle setzen wir jenes, uns von Ihnen unterscheidende Subsidiaritätsprinzip. Vor allem dem Föderalismus der weitgehenden Länder- und Gemeindeautonomie kommt hier eine entscheidende Funktion zu. Der Bundesrat hat hier Vorschläge, Gesetzesanträge dem Hohen Haus vorgelegt.

Herr Bundeskanzler! Sie werden sagen, das liegt bereits im Haus. Bitte dann den Appell auch an die Präsidien gerichtet, diese Gesetzesanträge bald der Behandlung zuzuweisen. Immer wieder muß, so meine ich, den Zeitumständen gemäß eine Durchforstung unserer Verfassung stattfinden, um den Föderalismus zu stärken und damit der totalen Machtkonzentration entgegenzuwirken, diesem wirksamsten Instrument entsprechend Rechnung zu tragen.

Und im letzten Jahr hat es, Herr Bundeskanzler, auch wieder eine ganz bedeutende Anzahl von Veränderungen unserer Bundesverfassung gegeben, wodurch für weite Bereiche die Übersichtlichkeit und die Klarsicht über den Rechtsbestand immer mehr verschwindet und bei weitem nicht mehr in dem wünschenswerten Ausmaß gegeben ist.

Ich möchte daher neuerlich eine Neukodifikation unseres Bundes-Verfassungsgesetzes hier urgieren.

Ähnliches gilt auch, obwohl mit weniger Problematik beladen, für den Bereich der einfachen Gesetzgebung. Man sehe sich zum Beispiel nur die Liste der Novellen bei

Sozialgesetzen, bei Steuergesetzen und auch in vielen anderen Bereichen an.

Immer weniger wird, und das, Herr Bundeskanzler, ist mir völlig unverständlich, von der Möglichkeit der Wiederverlautbarung solcher Gesetze Gebrauch gemacht. In diesem Bereich ist totale Ruhe eingetreten. Warum, Herr Bundeskanzler, frage ich Sie. Und was gedenken Sie zu tun? Rechtsklarheit gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen eines Rechtsstaates und zu den so beschworenen Bürgerservices. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Seit dem Bundesministeriengesetz, Herr Bundeskanzler, ist Ihnen auch die Koordinierung im Bereich der umfassenden Landesverteidigung aufgetragen. Am 10. Juni 1975, am 10. Juni, wurde im Zusammenhang mit den Änderungen der wehrrechtlichen Bestimmungen unserer Bundesverfassung vom Nationalrat eine Verteidigungsdoktrin beschlossen.

Wir haben an dieser Doktrin maßgeblich mitgearbeitet und sie auch mitbeschlossen. Klare und konkrete Maßnahmen sind hier als Empfehlung an die Regierung enthalten. Und wir haben nun Ende 1977. Was ist bitte zur Erfüllung der Wehrdoktrin bisher geschehen?

Ich meine jetzt nicht die Produktion neuer Papiere und Programme, sondern ich meine konkrete Maßnahmen. Gerade wegen der Koordinierungskompetenz, Herr Bundeskanzler, muß ja in Ihrem Bereich eine Zusammenschau gegeben sein. Deklarationen haben wir bereits genug.

Wo bleiben die praktischen Vorsorgen, besonders im Bereich der wirtschaftlichen Landesverteidigung, Herr Bundeskanzler?

Wie weit ist das dort in der Doktrin geforderte Krisenmanagement gediehen? Wir sehen kaum Ansätze. Wir werden Sie permanent fragen, wann endlich den Worten auch die Taten folgen. Dazu haben wir einen Anspruch, weil wir diese Doktrin mitbeschlossen und uns zu ihr bekannt haben.

Sicherlich, Herr Bundeskanzler, nur ein Detail, aber ein so typisches. Nach dieser Doktrin sind unter anderem Aufbringungs-, Zuführungs- und Verteilungsvorsorgen zu treffen. Bei den Zuführungsvorsorgen taucht auch die Frage der österreichischen Hochseeschifffahrt auf. Es ist ein offenes Geheimnis, daß im Ersten und im Zweiten Weltkrieg die Schweizer Hochseeflotte eine ganz wichtige Versorgungsaufgabe zu erfüllen hatte und sie auch erfüllt hat. Geeignete Ansätze sind auf Grund privater Initiativen auch in Österreich gegeben. Wo aber bleibt die unterstützende, gestaltende Hand des Staates?

Dr. Prader

Die Besatzungen österreichischer Seeschiffe bestehen fast durchwegs aus Ausländern, ein deutsches Wort ist kaum zu hören, und die rot-weiß-rote Flagge allein genügt bekanntlich im Ernstfall nicht für die Anerkennung als neutrales Schiff. Wann werden hier Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen, wie das zum Beispiel in der Schweiz und in anderen Binnenstaaten längst eine Selbstverständlichkeit ist? Das wäre doch neuerdings auch vom Standpunkt einer sinnvollen Arbeitsplatzbeschaffung von zusätzlichem Interesse.

Solche Bemühungen wären besser als der jetzt von Ihnen praktizierte Arbeitsdienst, der Zivildienstpflichtige auf Dienstposten der Post und Eisenbahn setzt. Der Zivildienst - Jahresbericht 1976, Nr. 39 der Beilagen, vom 18. Februar dieses Jahres weist diesbezüglich bei der Post- und Telegraphenverwaltung 732 und bei den Bundesbahnen 553 Zivildienststellen aus.

Seit Jahren, Herr Bundeskanzler, kommt ein modernes österreichisches Seeschiffahrtsgesetz nicht zustande, während andererseits aber laufend internationale Seerechtskonventionen vom Nationalrat genehmigt werden. Nach mir vorliegenden Informationen fahren derzeit wegen mangelnder Attraktivität der österreichischen Flagge eine Anzahl von Schiffen, die im Besitz österreichischer Eigentümer stehen, unter fremder Flagge, weil dort eine bessere Rentabilität des eingesetzten Kapitals möglich ist.

Herr Bundeskanzler - nachdem sich auch das Fernsehen mit dieser Frage beschäftigt hat -: Gedenken Sie hier etwas zu tun? Als die Ölkrise ausbrach, war in den Zeitungen sogar die Frage zu finden, ob nicht auch Österreich einige Tankschiffe haben sollte, weil es sich hierbei ja im wesentlichen auch um eine Zuführungskrise gehandelt hat, und auch der österreichische Export und Import erfordern bekanntlich eine höchst beachtliche Schiffstonnage. Hier aber vermissen wir jede Aktivität.

Ich erwähne noch einmal: Ein Beispiel, aber ein typisches Beispiel für vieles. Wir werden uns mit diesem Problemkreis auch noch detaillierter auseinandersetzen.

Ich hätte auch noch gerne darauf hingewiesen, mit welch unglaublicher Arg- oder Sorglosigkeit Sie, meine Damen und Herren von der linken Seite dieses Hauses, mit Ihrer Mehrheit Gesetze fabrizieren. - Man kann es nicht mehr anders nennen. Ich erinnere nur an die Ausschlußberatungen; meine Freunde haben ja schon über die Abgabenänderungsgesetze der letzten Zeit berichtet. Was sich da bei den wichtigsten Vorlagen in den Ausschlußberatungen an Unzulänglichkeiten in der Vorbereitung und Ausarbeitung von Vorlagen getan hat, wäre

wirklich wert, einmal der Öffentlichkeit vorgestellt zu werden. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Linken, schlechthin alles mit Ihrer Mehrheit zudecken, so ist das auch Ihrer Verantwortung nicht gemäß, für die Opposition aber einfach untragbar.

Und nun hat am 12. Mai dieses Jahres der Abgeordnete Dr. Kohlmaier mit Kollegen von uns einen Gesetzesantrag zum Schutz der Gesinnungsfreiheit im Arbeitsleben eingebracht. Auch dieser Antrag hat leider bis heute noch keinen Platz auf einer Ausschlußtagessordnung gefunden. Ich bedaure das außerordentlich. Gerade weil dieses Thema Gegenstand jüngster Debatten war, lade ich Sie ein, dieses Gesetz so bald wie möglich mit uns zu beschließen, dazu aber - und das schlage ich zum wiederholten Mal vor - noch einen weiteren Schritt zu tun und unseren mehrmaligen Vorschlag endlich zu akzeptieren, bei Betriebsratskandidaturen das Erfordernis von Unterstützungsunterschriften zu streichen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich möchte sagen, hier sind Taten wichtiger als Reden. Nur sie allein sind nützlich im Sinne einer echten Demokratie.

Meine Damen und Herren! Der Beginn der Budgetberatungen ist sicherlich auch ein geeigneter Anlaß, den Bediensteten des Hauses für ihren Einsatz und für ihre Leistungen zu danken. Ihre Arbeit schafft die Voraussetzung, daß diese wichtige demokratische Aufgabe bewältigt werden kann.

Und an die Bevölkerung dürfen wir die Bitte richten, die Beratungen um das Bundesbudget 1978 mit Aufmerksamkeit zu begleiten. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Sekanina.

Abgeordneter **Sekanina** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Beratung des Kapitels Oberste Organe bietet ja dem einzelnen Abgeordneten alljährlich Gelegenheit, zu grundsätzlichen Fragen der österreichischen Innenpolitik Stellung zu beziehen, und ich möchte dies heute im Rahmen dieser Debatte ebenfalls tun, wobei ich aber einschränke, daß ich nur zu einem speziellen Bereich dieser Problematik meine Meinung äußere und Stellung beziehe. Ich möchte sie auch nicht so sehr als Abgeordneter dieses Hauses aussprechen - diese Funktion bietet mir ja die Gelegenheit dazu -, ich möchte es aber in erster Linie als Arbeitnehmerfunktionär tun, der immerhin seit mehr als 25 Jahren diese Funktion ausüben darf und der gerade in den letzten Wochen und Tagen Gelegenheit hatte, in vielen Betriebsversammlungen in Österreich mit den dort beschäf-

6928

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Sekanina

tigten Kolleginnen und Kollegen über diese aktuellen Probleme zu reden.

Bevor ich aber auf diese Einzelheiten eingehe, meine Damen und Herren, noch eine ganz kurze Replik im Zusammenhang mit den Aussagen des Herrn Dr. Taus.

Der Bundesparteibeamte der ÖVP und nach ihm auch Herr Dr. Prader – bei dem es einige Schwierigkeiten gibt, sich an interne Vereinbarungen zu halten; soweit ich informiert bin, hat man im Präsidium dieses Hauses einmal festgelegt, daß die Sprecher nach den Hauptrednern der Parteien sich in einem rationellen zeitlichen Ausmaß von ungefähr 20 Minuten bewegen sollen; ich stelle das nur fest, Herr Kollege Dr. Prader, kein Vorwurf, keine Kritik, ich stelle das nur fest –, Herr Dr. Taus und auch Herr Dr. Prader haben also nun in ihren Diskussionsbeiträgen sinngemäß das gleiche ausgesprochen und vor allem in ihren Formulierungen gemeint, daß sich die österreichische Wirtschaft in einer sehr unguten Situation befindet.

Sie haben gesagt, sinngemäß wieder, die Budgetpolitik dieser sozialistischen Bundesregierung sei eine falsche Politik, und das Resultat dieser Politik seien chaotische Zustände im Rahmen des Bundesbudgets.

Beide Herren haben aber auch davon geredet, daß es zu permanenten Belastungen gekommen ist, zu permanenten Belastungen für die Bevölkerung. Sie haben gemeint, daß die Steuerpolitik nicht in Ordnung sei, und sie verlangen von uns, daß wir zu einer klaren, zu einer überschaubaren Politik kommen. Und Herr Dr. Taus hat ja auch gemeint, die Verantwortung liege ausschließlich im Bereich des Herrn Bundeskanzlers.

Noch etwas Interessantes hat Herr Dr. Taus ausgesprochen. Er sagte, daß Pauschalverdächtigungen keine Methode in der Demokratie seien, die man praktizieren sollte. Ich würde meinen, daß es sehr sinnvoll wäre, wenn Herr Dr. Taus in diesem Zusammenhang vorerst einmal vor seiner eigenen Tür kehren würde.

Ich erlaube mir nun, meine Damen und Herren, auf die wirtschaftspolitischen Verhältnisse einzugehen, auf die wirtschaftspolitischen Verhältnisse, die vor allem von Herrn Dr. Taus als schlecht, als nicht in Ordnung, die vor allem von ihm in der Form qualifiziert wurden, daß sie für die österreichische Bevölkerung auch für die Zukunft nichts Gutes erwarten lassen. Ich möchte also vorerst einmal auf diese wirtschaftspolitische Situation eingehen.

Aber ich glaube, daß man in diesem Zusammenhang noch etwas nicht außer acht

lassen soll: daß man nämlich in den wenigen Minuten, die man korrekterweise einhalten sollte, auch Bezug nehmen soll auf den Stil Ihrer Oppositionspolitik, daß man auf Ihre Vorgangsweise, die Sie in diesen letzten Jahren Ihrer oppositionellen Tätigkeit praktiziert haben, auch hinweisen sollte. Und man sollte, glaube ich, meine Damen und Herren, vor allem darauf eingehen, ob denn das tatsächlich stimmt, was Sie hier permanent und laufend und jetzt nun schon seit fast sieben Jahren aussprechen.

Als Zeugen für diese Argumentation, glaube ich, kann man doch am besten niemand anderen heranziehen als den österreichischen Wähler. Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, einmal ganz kurz im Telegrammstil die Entwicklung der letzten Jahre aufzeigen. Sie hatten ja von 1966 bis 1970 – ich stelle das nur fest; und kein Kommentar mehr dazu – Gelegenheit, durch ein Votum der österreichischen Wählerinnen und Wähler allein die Regierung zu bilden, und Sie hatten mit Ihrer parlamentarischen Mehrheit die Möglichkeit, in diesen vier Jahren eine Politik zu betreiben, die auch nach diesen vier Jahren von der österreichischen Bevölkerung goutiert hätte werden können.

Was ist Ihnen passiert? – Ich glaube, daß es auch richtig ist, wenn ich feststelle: Das war doch eine gewisse Zeugnisdarstellung, die der Wähler und die Wählerin für die Politik, die betrieben wird, ausstellen, und Sie hatten 1970 bei der Beurteilung durch die Wähler denkbar schlecht abgeschnitten. Seit dem Jahre 1970 – vorerst einmal ein Jahr lang als Minderheitsregierung – haben wir uns bemüht, unsere Politik der Bevölkerung klarzumachen, wir haben versucht, dieser Bevölkerung aufzuzeigen, welchen Weg wir gehen wollen, welche Ziele wir haben, welche Konzepte und welche Programme, obwohl Sie permanent und stereotyp immer sagen, wir hätten keine Konzepte, wir hätten keine Programme, und wenn wir eines hätten, dann wäre es abgeschrieben von Ihnen. – Das sind Formulierungen, die so oberflächlich und so unüberlegt klingen, daß sie ja längst als abgedroschen zu bezeichnen sind. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Bitte, meine Herren? (*Zwischenruf des Abg. Steinbauer.*) Dann haben wir bitte, Herr Abgeordneter Steinbauer, ein Jahr lang Gelegenheit gehabt – wie ich bereits betonte –, unsere Politik auch zu demonstrieren. Dann haben wir die Wählerschaft gebeten. Das haben Sie, das haben wir mitsammen erlebt. Und die Wählerschaft haben wir befragt, ob diese Politik ihre Sanktion findet, ja oder nein. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Steinbauer.*)

Auch nur einen Satz zur Erinnerung, Herr

Sekanina

Abgeordneter Steinbauer: 1971 hat diese österreichische Wählerschaft – sie ist ja mündig genug, das selbst zu beurteilen; sie braucht nicht Ihre Ratschläge, Herr Abgeordneter Steinbauer – ihr Votum ausgesprochen: Seit 1971 gibt es eine sozialistische Alleinregierung.

Wieder haben wir unter Ausnützung der vollen Legislaturperiode diese österreichische Bevölkerung mit einer Politik konfrontiert in allen Bereichen, ob Wirtschaftspolitik, Familienpolitik, Sozialpolitik. 1975, in wirtschaftspolitisch nicht einfachen Zeiten – ich darf Sie daran erinnern, in einem Zeitraum, als zum Beispiel das österreichische Wirtschaftswachstum ein Minus von zwei Prozent ausgewiesen hat –, in diesem Zeitraum haben wir uns neuerlich den Wählern gestellt. Und wiederum haben sie ihr Votum ausgewiesen, festgelegt und uns neuerlich mit dieser politischen Mehrheit ausgestattet.

Aber vielleicht könnten Sie sagen, meine Damen und Herren, das sei zu weit hergeholt von mir; das, was Sekanina hier ausspricht, ist bitte nicht mehr aktuell, das ist vorbei, das ist nicht jenes Argument, das man heute verwenden sollte.

Aber in der Zwischenzeit, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei – das muß man Ihnen doch sagen –, wandern Sie doch landauf, landab durch dieses Österreich und möchten am liebsten jedem einzelnen stündlich und täglich und immerwährend sagen, daß es in diesem Land immer schlechter wird. Wenn man Ihnen das vorhält, wenn man Ihnen sagt: Bitte, das ist doch nicht der Stil einer zielführenden und zukunftsorientierten Oppositionspolitik!, dann sagen Sie, wir verleumden Sie, wir reden von Schwarzmalerei, von Panikmacherei, von Diffamierung und ähnlichen Dingen mehr. Nein! Das ist ja nur das Registrieren Ihrer Vorgangsweise. Das muß man Ihnen vorhalten.

Aber in der Zwischenzeit hat es andere politische Entscheidungen gegeben: Personalvertretungswahlen, Betriebsratswahlen, Landtagswahlen. Ich darf Ihnen sagen: Ja sind diese Wählerinnen und Wähler nicht mündig genug, um zu befinden? Sind diese Menschen, die da täglich in dieser österreichischen Wirtschaft und in ihren Betrieben arbeiten, nicht großjährig? Sind sie nicht reif genug, um zu beurteilen? – Sie sind es. Weil sie Ihre Politik, meine Damen und Herren, nicht gutheißen, deswegen werden sie in diesen Bereichen abgelehnt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ist diese Wirtschaftspolitik so schlecht, wie Sie das immer behaupten? – Der Herr Dr. Taus hat sich heute hergestellt und hat versucht, mit möglichst viel rhetorischem Aufwand auf die

Situation hinzuweisen. Er ist auf keine einzige Position konkret eingegangen. Er hat das immer nur im allgemeinen ausgesprochen. Er hat nicht gesagt: Die österreichische Wirtschaft ist in diesem Zustand, und verglichen mit der weltweiten Situation ist das so und so, da hat das jenes Bild oder jene Größenordnung. *(Zwischenruf des Abg. Dkfm. Gorton.)*

Ich möchte Ihnen darauf eine Antwort geben. Ich würde es gern Herrn Dr. Taus gegenüber auch tun, aber er hat sicherlich andere Verpflichtungen, die ihn daran hindern, an der Debatte teilzunehmen.

Wie sieht denn nun die weltwirtschaftliche Situation aus, meine Damen und Herren, von der aus wir die österreichische Situation beurteilen müssen? – Es ist doch unbestritten, daß die Weltwirtschaft in den letzten Jahren in immer größere Turbulenzen geriet. Es ist unbestritten, daß das Weltwährungssystem erheblich in Unordnung gekommen ist, ja daß dieses Weltwährungssystem zusammengebrochen ist. Es ist unbestritten, daß weltweit gesehen die Inflationsraten in den westlichen Industrieländern enorme Größenordnungen erreicht haben. Es ist unbestritten, daß es zu der stärksten Rezession seit 1930 gekommen ist. Und mit dieser starken Rezession verbunden gab es auch eine sehr hohe Zahl von Arbeitslosen in diesen westlichen Industrieländern.

Das ist der Hintergrund, vor dem sich die österreichische Wirtschaft etabliert. Und was ist geschehen in diesen Jahren wirtschaftlicher Schwierigkeiten in unserem Lande, beeinflußt, gestaltet und geformt von einer sozialistischen Bundesregierung im Bereiche der österreichischen Wirtschaftspolitik?

Mit keinem einzigen Wort hat Herr Dr. Taus zum Beispiel darauf hingewiesen, daß es trotz dieser weltweiten Probleme in Europa kein Land gibt, das seit 1970 höhere Wachstumsraten erreicht hat als Österreich. Das ist doch nicht Zufälligkeit, das ist doch nicht von selbst gekommen, das ist das Resultat einer wohlüberlegten und programmierten Wirtschaftspolitik, die von dieser Regierung praktiziert wird! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Eine andere Ziffer, meine Damen und Herren, die Sie ja ebenfalls permanent negieren; Sie, die Sie hier die Oppositionspolitik immer als das Wertvollste für diesen Staat deklarieren. Ich darf Ihnen etwas in diesem Zusammenhang sagen. Seit 1970 ist die österreichische Wirtschaft um acht Prozentpunkte rascher gewachsen als die der OECD-Staaten Europas.

Aber noch etwas darf ich Ihnen sagen, weil Sie immer behaupten: Unsere Wirtschaftspolitik ist nicht in Ordnung, die Resultate sind zu

6930

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Sekanina

gering, das sind einfach keine Resultate, die man akzeptieren kann.

Im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland – das müßten Sie doch, bitte, auch wissen; oder wenn Sie das wissen und hier nicht sagen, dann tun Sie das bewußt, weil Sie der Bevölkerung ganz einfach ein anderes Bild zeigen wollen –, im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland ist Österreichs Wirtschaft in diesem Zeitraum von 1970 um zehn Prozent rascher gewachsen. Soweit es den Vergleich Österreich-Schweiz betrifft, weisen wir einen 25prozentigen Überhang beim Wachstum für die österreichische Wirtschaft auf.

Sie haben uns wochenlang, monatelang vorgehalten, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, daß wir im Hinblick auf die Geldwertstabilität – das wurde heute auch wieder gesagt – nichts zustande gebracht haben. Stimmt das? Ist das richtig?

Ich muß Ihnen antworten, das stimmt nicht, weil die Geldwertstabilität in Österreich besser gesichert ist als in den meisten westlichen Industriestaaten, mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz. Das ist nach Ihrem Dafürhalten das Resultat einer verfehlten Wirtschaftspolitik? Nein, das ist der sinnvolle, für uns nützliche Effekt aus einer Wirtschaftspolitik, die im Interesse der österreichischen Bevölkerung von dieser Bundesregierung betrieben wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nächstes Kapitel; ich habe gesagt, ich möchte das nur vom Standpunkt der Arbeitnehmer aus beurteilt wissen. Ich kann Ihnen versichern, ob im VÖEST-Betrieb in Liezen, ob am steirischen Erzberg, ob in den beiden Betrieben in Kapfenberg, ob bei Betriebsrätekonferenzen in Kärnten, in Salzburg, in Tirol, überall dort bin ich gewesen, und überall konnte ich dort mit Hunderten und Tausenden Menschen über diese Fragen diskutieren, berichten und interpretieren.

Das Resultat dieser Situation, meine Damen und Herren, ist schlicht und einfach: Die haben das verstanden, und die werden das auch in Zukunft verstehen. Sie wählen in den Betrieben nicht deswegen sozialistisch, weil sie keine anderen Alternativen vorfinden, diese Arbeitnehmer in den Betrieben wählen deswegen sozialistische Funktionäre, weil wir für sie der Garant für die Lösung auch der schwierigen Probleme der Zukunft sind, im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie haben uns kritisiert, global, oberflächlich, so ganz im Stile von Funktionären, die es ja gar nicht notwendig haben, sich im Detail mit uns auseinanderzusetzen. Uns werfen Sie Überheb-

lichkeit vor, Arroganz, Präpotenz. Keineswegs! Ich weise Ihnen nach: Stimmt das, als Sie sagten, daß wir keine Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung gesetzt haben – das sagten Sie ja –? Und welche Resultate gibt es in diesem Bereich, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei? Sie vergessen das, oder wenn Sie das wissen und trotzdem nicht registrieren, dann ist es bewußt, weil Sie bewußt die Öffentlichkeit falsch informieren wollen, weil Sie glauben, damit Ihre kleinkarierte Politik betreiben zu können, weil Sie glauben, daß diese erfolgreich sein wird. Sie möchten die permanenten Spannungsmomente zudecken, die Sie in Ihren eigenen Reihen haben.

Da erlaubt sich ein ÖAAB-Funktionär im Rahmen einer gewerkschaftlichen Organisation in Kenntnis der Realität und der tatsächlichen Verhältnisse eine Resolution mitzubeschließen. Wie reagieren Sie? Die schwersten Vorwürfe erhält dieser Gewerkschaftsfunktionär Ihrer Seite, weil er bereit gewesen ist, diese Realitäten anzuerkennen. So sieht es bei Ihnen aus.

Was geschah denn nun tatsächlich im Bereich der Arbeitsmarktpolitik? 15 Prozent, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei – es wäre gut, wenn Sie das endlich einmal registrieren würden –, 15 Prozent mehr oder 350 000 Menschen mehr haben seit 1970 die Möglichkeit, Arbeitsplätze in der österreichischen Volkswirtschaft zu finden. 350 000 Arbeitsplätze gibt es mehr! Das ist das Resultat einer im Interesse der Arbeitnehmer gelegenen Wirtschaftspolitik, die von dieser Regierung betrieben wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube also sagen zu dürfen, daß es auch für Sie nicht unbekannt ist, daß die Zahl der Erwerbstätigen um 180 000 in dem gleichen Zeitraum gestiegen ist.

So, und dann kommt der Herr Dr. Taus her, stellt sich ans Rednerpult und erklärt der staunenden Öffentlichkeit, daß die österreichische Wirtschaftspolitik nicht in Ordnung ist, daß überhaupt nichts geschehen ist, daß wir immer schneller und immer mehr in das Chaos schlittern.

Herr Dr. Taus, ich würde wünschen, daß Sie mich hier irgendwo in einem Sitzungssaal des Hauses hören. *(Abg. Graf: Beruhigen Sie sich doch! Wir werden es ihm schon sagen! Sie waren ja auch schon öfter nicht hier, beruhigen Sie sich doch!)*

Ich bin gar nicht aufgeregt, Herr Kollege Graf. Ich habe keinen Grund zur Beunruhigung. Ich wollte nur mit ihm reden, das darf ich ja auf diesem Weg sagen. Wenn Sie so freundlich sind, vielleicht können Sie ihm das mitteilen. Der Herr Dr. Taus, würde ich wünschen, könnte das

Sekanina

hören, was ich hier sage. *(Abg. Graf: Es sind ja oft Ihre Abgeordneten auch nicht da!)* Es ist mein gutes Recht, das auszusprechen, weil nämlich der Herr Dr. Taus heute hier gestanden ist und erklärt hat, daß diese Wirtschaftspolitik nicht in Ordnung ist. Es stimmt nicht, was Herr Dr. Taus sagt, das ist nicht die Realität, das trifft nicht zu.

Im selben Zeitraum, in dem wir dank dieser Wirtschaftspolitik 350 000 Arbeitsplätze mehr geschaffen haben, hat es in der Bundesrepublik Deutschland um 900 000 oder um vier Prozent weniger Arbeitsplätze gegeben, in der Schweiz im selben Zeitraum um 260 000 Arbeitsplätze weniger. Meine Damen und Herren, das sollten Sie auch registrieren.

Ich glaube also sagen zu dürfen, daß wir heute auf dem weltweiten Arbeitsmarkt eine Situation vorfinden, die sich so darstellt, daß es nun in den OECD-Staaten fast 17 Millionen Arbeitslose gibt. 40 Prozent davon sind Jugendliche. Im September 1977 gab es in Österreich mit fast 2 800 000 unselbständig Erwerbstätigen die höchste Beschäftigtenzahl in dieser Wirtschaft seit dem Jahre 1945, wenn ich die Zeiträume der Ersten Republik außer acht lasse.

Wir haben trotz dieser weltweiten Rezession dank einer vorsorglichen und zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik die Arbeitslosenrate nie über zwei Prozent vorgefunden. Von 1970 bis 1977 wird diese Arbeitslosenrate im Jahresdurchschnitt nur eine Größenordnung von 1,6 Prozent erreichen.

Ich möchte im Hinblick auf das zeitliche Ausmaß, das zur Verfügung steht, gar nicht auf die Entwicklung der Bruttoanlageninvestitionen eingehen, die doch eine deutliche Steigerung gerade seit 1970 erfahren haben. Ich möchte gar nicht auf die Industrieinvestitionen eingehen, auf die Größenordnung, die Sie kennen und wissen müßten, verweisen.

Aber als Effekt, eben durch diese wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, war es in Österreich möglich, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, doch eine deutliche Wohlstandssteigerung zu erreichen.

Ich sage nicht, daß wir am Gipfelpunkt des Möglichen angelangt sind. Aber das hat sich verändert, positiv verändert, das waren keine Zufälle, das war das Resultat einer zielführenden Wirtschaftspolitik, die betrieben wurde, die die Österreicherinnen und Österreicher registrieren und die sie auch immer wieder akzeptieren bei ihren politischen Entscheidungen. Eine Situation, die Sie ganz einfach bei Ihrer kurzsichtigen Oppositionspolitik nicht zur Kenntnis nehmen wollen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir haben die

soziale Sicherheit ausgebaut, wir waren es, die die Einkommen dieser Hunderttausenden von Pensions- und Rentenempfängern seit 1970 deutlich, viel deutlicher als unter Ihnen, verbessert haben, wir waren es, die die Voraussetzungen geschaffen haben. Das kann doch jeder einzelne feststellen, er ist ja nicht angewiesen auf Ihre Erklärungen und auf Ihre Hinweise, noch dazu in einer negativen Art und Weise, wie sie wahrlich nicht den Tatsachen entspricht.

Noch eine Bemerkung auch zu einem Bereich, der vom Standpunkt der Arbeitnehmer interessant ist. Diese Bemerkung bezieht sich auf die Lohnsteuer, auf eine mögliche Lohnsteuersenkung. Wir haben nicht herumgeredet, wir haben deutlich gesagt, wo die Schwerpunkte unserer Wirtschaftspolitik liegen. Und wir haben der Öffentlichkeit gesagt in der Vergangenheit, gegenwärtig und werden das auch in Zukunft tun, daß wir in erster Linie Vorsorge treffen müssen im Hinblick auf die weltweiten wirtschaftlichen Ereignisse, daß es zu einer weitestgehenden Arbeitsplatzsicherung in Österreich kommt.

Wir haben gleichzeitig gesagt, wir werden bemüht sein, die Inflationsrate zu beeinflussen. Niemand von Ihren Sprechern heute hat nur in irgendeiner Form Bezug genommen auf konkrete Ziffern, Unterlagen, Zahlen, statistisches Material, das nicht widerlegbar ist, sondern den Tatsachen entspricht.

Darf ich Sie daran erinnern, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei: 1974 9,5 Prozent Inflationsrate in Österreich, in einigen Monaten sogar zehn Prozent. Wir haben gesagt, es müssen nun jene Maßnahmen wirksam werden, die dazu führen, daß sich das nicht in dieser Richtung weiterentwickelt.

Sie werfen uns vor, daß hier nichts geschehen ist. Ich erinnere Sie daran: 1975 8,4 Prozent Inflationsrate – das ist doch wohl weniger als 9,5 –, 1976 7,3 Prozent – das ist doch weniger als 9,5, meine Damen und Herren von der Volkspartei! –, 1977 werden es ungefähr 5,75 Prozent sein, und die Entwicklung wird, so wie sie sich derzeit beurteilen läßt, für 1978 eine Inflationsrate von fünf Prozent ergeben. Diese wird damit eine der niedrigsten in den europäischen Industrieländern sein, sie wird eine der niedrigsten weltweit sein und schlicht und einfach ebenfalls wieder das Resultat einer wohlüberlegten und zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik dieser Regierung. So sehen doch die Tatsachen aus. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das wollen Sie negieren, das wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen.

Und vielleicht noch ein paar letzte Sätze im

6932

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Sekanina

Zusammenhang mit dem Maßnahmenpaket. Natürlich haben auch wir in keiner einzigen Phase unserer Berichterstattung unsere Information als Information von Seite der Sozialistischen Partei, von Seite der sozialistischen Funktionäre darüber verschwiegen, daß das, was im Rahmen dieses Maßnahmenpaketes geschieht, zu Belastungen führt. Wir haben deutlich gesagt: Die Maßnahmen im Bereiche der Sozialversicherung müssen deswegen getroffen werden, weil die vom Staat zu gewährenden Zuschüsse für die Sozialversicherung, die im Jahre 1977 bereits 26 Milliarden Schilling ausmachen, im Jahre 1978 eine Entwicklung bis 29 Milliarden Schilling nehmen werden. Und weil wir diese Entwicklung gekannt haben und kennen, haben wir reagiert, wohlüberlegt reagiert, und haben dies auch in aller Deutlichkeit, in aller Offenheit und in aller Korrektheit der Öffentlichkeit kundgetan.

Deswegen kamen wir zu einer Beitragssatzerhöhung von 0,05 Prozent in der Arbeitslosenversicherung und zu einem halben Prozent Beitragssatzerhöhung in der Pensionsversicherung und zu einer Höchstbemessungsgrundlage von 12 600 S in der Krankenversicherung und zu einer Höchstbemessungsgrundlage von 16 800 S. Das haben wir im Detail gesagt.

Aber da kann man sich nicht hierherstellen und sagen: Unermeßliche Belastungswelle für die Bevölkerung! – Ausrechnen, beurteilen, exakt, konkret und korrekt, und nicht nur darüberwischen, wie das hier, bitte, von Ihnen getan wurde!

Darf ich Ihnen das nur sagen: Wenn jemand zum Beispiel bei einer Höchstbemessungsgrundlage von 16 800 S in der Pensionsversicherung ein sozialversicherungspflichtiges Einkommen von 16 000 S hätte – das ist das höchste im Zusammenhang mit der Pensionsversicherung und der Krankenversicherung –, dann würde die Mehrbelastung konkret pro Monat im Jahre 1978 241,15 S ausmachen, weil es dann zuerst einmal durch die erhöhte Belastung, die durch die Sozialversicherungsbeiträge eintritt: Beitragssatzerhöhung, Höchstbemessungsgrundlage, von diesem so errechneten Abgabebetrag zu einer niedrigeren Lohnsteuerleistung kommen wird. Ich möchte auf diese einzelnen fachlichen Details nicht eingehen, ich stelle nur fest.

Sehen Sie: Das unterscheidet uns so wesentlich von Ihnen. Während Sie seit sieben Jahren nichts anderes tun, als permanent und laufend der Bevölkerung zu sagen, wie schlecht es ihr geht, haben wir uns bemüht, dieser österreichischen Bevölkerung in guten Zeiten dort, wo es die Möglichkeit gegeben hat, weitestgehende Verbesserungen zu bringen, ob das nun in der

Familienpolitik, in der Sozialpolitik, in der Sozialversicherung, für Pensionisten, für kinderreiche Familien oder sonstwo gewesen ist. Und wir haben den Mut gehabt, dieser Bevölkerung zu sagen: Jetzt gibt es weltweite Schwierigkeiten. Das Jahr 1978 wird nicht einfach, und das Jahr 1979 haben wir noch nicht überwunden und noch nicht hinter uns gebracht, und weil wir das, bitte, sehen, müssen wir diese und jene Maßnahmen setzen.

Ich darf feststellen – auch schlicht und einfach –: Die Bevölkerung hat uns verstanden, und vertrauend auf diese Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung werden wir diese Politik fortsetzen, und wir werden nach Überwinden dieser Schwierigkeiten registrieren können – im Gegensatz zu Ihrem Verhalten –, daß es ein erfolgreicher, ein für die Bevölkerung besserer Weg gewesen ist. Wir werden sagen können, daß wir damit dokumentieren konnten (*Zwischenruf bei der ÖVP*), daß für diese Bevölkerung diese Politik der sozialistischen Bundesregierung weitaus besser ist als die Vorgangsweise, die Sie seit sieben Jahren praktizieren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Peter.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte heute bei der Generaldebatte zum Budget 1978 neuerdings ein Thema anschneiden, mit dem ich mich von diesem Platze aus schon einige Male auseinandergesetzt habe. Ich habe aber bei der Behandlung dieses Themas im Hohen Haus nie einen Widerhall aus dem Kreis der Betroffenen gefunden, weder auf der sozialistischen Seite noch im Bereich der Österreichischen Volkspartei.

Wieder einmal mehr möchte ich mich mit jenem Bereich unseres Staates auseinandersetzen, in dem nach meiner Auffassung auch Ende der siebziger Jahre noch ein Demokratiedefizit vorhanden ist: das ist der Bereich der Verbände. Ich werde hier nicht mit freiheitlichen Argumenten argumentieren, weil ich weiß, daß sie bei keinem der betroffenen Sozialpartnerbereiche überzeugend wirken. Ich werde daher die Beweisführung mit Argumenten aus dem Bereich des Verbändewesens vornehmen.

Eine Prüfung des Ist-Zustandes der österreichischen Demokratie ergibt ein eklatantes Demokratiedefizit im Verbändewesen. Registriert man Symptome aus dem Bereich der Sozialpartner und aus dem Bereich der Verbände in den letzten Monaten, dann zeigt sich folgendes Bild:

Peter

Die Sprache der Sozialpartner mit- und untereinander wird immer härter.

Die Stellung der Sozialpartner zueinander wird immer schwieriger.

Die Vertrauensgrundlagen zwischen den Sozialpartnern werden durch gegenseitige Angriffe, die sich in der jüngsten Situation mehren, immer mehr strapaziert.

Gehen wir auf die derzeit stattfindenden Ereignisse im Sozialpartnerbereich ein, dann zeigt sich, daß bereits am Beginn einer Lohnrunde – wie das bei den Handelsangestellten der Fall war – die Streikdrohung im Raum steht (*Abg. Dr. Kreisky: Schon erledigt!*), und sie ist zu meinem Bedauern auch nach dem gestrigen Durchgang nicht aus der Welt geschaffen worden.

So stellt sich das Bild dem freiheitlichen Beobachter des Verbändewesens dar. Wie sieht der Befund eines sozialistischen Repräsentanten des Sozialpartnerbereiches aus?

Wenn ich DDr. Rupert Gmoser zitiere, so zeigt sich folgendes Bild:

Er meint, es gibt zu viele Tabus in der Sozialpartnerschaft.

Er meint, es gibt zu wenig Öffentlichkeit in der Verbände-Demokratie.

Er meint, die verfassungsrechtliche Klärung der Beziehungen zwischen staatlicher Ordnung und den Gewerkschaften ist offen.

Und schließlich meint DDr. Gmoser, daß die Aktivierung und Motivierung der Mitglieder des ÖGB noch nicht gelöst sind.

So der Befund eines Repräsentanten des sozialistischen Sozialpartnerbereiches.

Der Ruf nach Reform des Verbändewesens in der Zweiten Republik Österreich ist ja bereits seit dem Jahre 1969 laut. Die Verbändereform ist seit dieser Zeit unerledigt. Dieses offene Problem wurde auch in den sieben Jahren sozialistischer Alleinregierung nicht in Angriff genommen.

Man darf weiter feststellen, daß auf weiten Wegstrecken der Zweiten Republik die Sozialpartnerschaft auf der Grundlage der Konkordanz-Demokratie erfolgt ist. Mehr und mehr wird die Sozialpartnerschaft zu einer Konkurrenzdemokratie, wobei sich zeigt, daß immer mehr Sand im Getriebe auftritt.

Wie lautet die Reformforderung des Professors Fritz Klenner hinsichtlich der Reform des Verbändewesens? Er forderte in „Arbeit und Wirtschaft“ eine Erneuerung des Verbändewesens und zugleich neue Inhalte für die Sozial-

partnerschaft. Professor Klenner meint, daß auch von Inhaltlichen her die Sozialpartnerschaft neu durchdacht werden müsse.

Und schließlich zeigt sich, daß die beiden ausgeprägtesten Repräsentanten der heutigen Sozialpartnerschaft, der Präsident des Gewerkschaftsbundes Anton Benya einerseits und der Präsident der Bundeswirtschaftskammer Rudolf Sallinger andererseits, sich zumindest diesen Forderungen nicht mehr verschließen konnten. Ja diese beiden Repräsentanten konnten sich diesen Forderungen nicht nur nicht mehr verschließen, sondern mußten zum Teil selbst in diese Reformforderungen miteinstimmen.

Präsident Benya tat es in seiner Eigenschaft als Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes bereits im Jahre 1969. Interessanterweise ist ihm im Jahre 1977, also viele Jahre später, auch Präsident Sallinger mit Forderungen nach Reformen im Bereich der Bundeswirtschaftskammer gefolgt. Schon im April 1969 sagte dazu Präsident Benya unter anderem in der „Presse“: „Wenn die Organisationsfreiheit nicht angetastet wird, kann man über die Verrechtlichung der Verbände reden.“ Aber in Richtung der Verrechtlichung der Verbände ist von 1969 bis 1977 in Österreich – leider, sage ich – nichts geschehen. Ich weiß, daß es sich hier nicht um eine Aufgabe handelt, welche vornehmlich die Bundesregierung zu lösen hat, bin aber davon überzeugt, daß die Verantwortlichen in den Verbänden sich dieser Forderung auf Dauer nicht verschließen können, soll die Sozialpartnerschaft auch in den vor uns liegenden Jahren jene Aufgaben erfüllen, die sie in den zurückliegenden im überwiegenden Maß sehr positiv bewältigt hat.

Es war im Mai dieses Jahres, als Präsident Sallinger sogar ein Umkrempeln des gesamten Bereiches der Bundeswirtschaftskammer ankündigte. Die „Salzburger Nachrichten“ zitierten den Präsidenten Sallinger damals mit dem Hinweis, daß die Forderung nach der Reform der Bundeswirtschaftskammer nunmehr von ihm gekommen wäre. Dazu wurde in der gleichen Zeitung am 27. Mai 1977 ausgeführt: „Eine Änderung der Handelskammerorganisation kündigte Präsident Rudolf Sallinger vor der 10. Generalversammlung des Österreichischen Wirtschaftsbundes an, sie müsse rascher, flexibler und schlagkräftiger arbeiten.“ Wenn dies vom Präsidenten Sallinger gefordert wird, dann darf ich daraus schließen, daß die Bundeswirtschaftskammer derzeit diesen Forderungen nicht gerecht zu werden vermag.

Die Sozialpartnerschaft ist ein Tabu in unserer Republik, an das bisher weder die Betroffenen von innen her noch die Bundesregierung von außen her herangegangen sind. Bleibt dieses

6934

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Peter

Tabu in der gegenständlichen Form unangetastet aufrecht, oder wird der Bereich der Verbände dem jetzigen Stand der Entwicklung der Demokratie angepaßt? Es ist keine böswillige Bemerkung, wenn man heute dieses Demokratiedefizit der Sozialpartnerschaft in Erinnerung ruft und zusammen mit Repräsentanten aus dem sozialistischen Lager ebenso wie mit jenen aus dem Lager der ÖVP fordert, daß diese Reform nunmehr endlich in Angriff genommen werden soll.

Vor zehn Jahren lief ein Freiheitlicher Gefahr, mißverstanden zu werden, wenn er dieses Thema abhandelte. Vor etwa zehn Jahren wäre er mit dem Vorwurf konfrontiert worden, daß er eine böswillige Kritik am Österreichischen Gewerkschaftsbund anbringen würde. Das ist bei mir bestimmt nicht der Fall. Ich gehöre dem Österreichischen Gewerkschaftsbund nun 30 Jahre als Mitglied an, bedaure aber zutiefst, daß die direkte Demokratie im Österreichischen Gewerkschaftsbund bis heute nicht zum Tragen gekommen ist, weil der ÖGB eben auf einem indirekten Prinzip aufgebaut ist.

DDr. Rupert Gmoser führte zu diesem Thema aus, es wäre für den Gewerkschaftsbund gefährlich, wollte er die Auseinandersetzung über die Stellung der Gewerkschaften in unserer Gesellschaft nur als böses Werk von ein paar Gegnern bezeichnen. Und gerade jener DDr. Gmoser ist es immer wieder, der der Verrechtlichung des Verbändewesens und im besonderen der Verrechtlichung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes das Wort bis hinein in die Zeit der sechziger Jahre redet.

Ich zitiere eine Gmoser-Aussage vom 5. April 1969; darin heißt es: „Aber gerade wenn die freie Gewerkschaftsbewegung in einer freiheitlichen Demokratie die ihr zukommende Rolle gegenüber der staatlichen Autorität spielen soll, kann sie das nur, wenn die Beziehungen zwischen staatlicher Ordnung und Gewerkschaften auch in der Verfassung geklärt sind.“

Ob man so weit gehen muß, lasse ich fürs erste dahingestellt, nur glaube ich, daß es hoch an der Zeit ist, in diese Reform-Debatte, die eine sehr sachbezogene zu sein hat, einzutreten. Manchmal sind es ja gerade Verbändebereich und Sozialpartner, die die parlamentarische Demokratie überfordern, nämlich dann, wenn die Verbände und die Sozialpartner außerhalb des Parlaments ihren Kompromiß zu Wirtschafts- und Marktordnungsgesetzen schließen und dem Nationalrat dann die Funktion eines Vollzugsorgans zuordnen.

Dazu ein Klenner-Zitat: „Die parlamentarische Demokratie wird durch den Druck der Interessenverbände oft in ihrem sachlichen

Urteilsvermögen und in der Objektivität ihrer Entscheidungen eingeengt und überfordert.“ Dies alles ist keine Kritik, die aus dem freiheitlichen Lager kommt, sondern dies ist eine Kritik, die aus dem Lager jener Sozialisten und Konservativen kommt, die es wissen müssen.

Hinsichtlich der Verbände und hinsichtlich des Österreichischen Gewerkschaftsbundes wünsche ich mir jenes Maß an Reform, das der staatstragenden Rolle entspricht, die dem Österreichischen Gewerkschaftsbund in unserer österreichischen Verfassungswirklichkeit tatsächlich zukommt. Und gerade als Gewerkschaftsmitglied trage ich diese Wünsche, diese Bitten und diese Forderungen an den Bereich der Verbände und im besonderen an den Österreichischen Gewerkschaftsbund heran.

Wir Freiheitlichen sind die Verfechter von Urwahlen im ÖGB, und es war überaus interessant, was man aus dem Lager beider Sozialpartner gerade im Jahre 1977 zum Thema der ÖGB-Urwahlen hörte. Beide Lager haben die Frage nach Urwahlen verneint und mit negativen Bemerkungen versehen. Sowohl die sozialistische Fraktion als auch die Fraktion Christlicher Gewerkschafter im Österreichischen Gewerkschaftsbund haben sich in diesem Jahr gegen zwei Dinge ausgesprochen:

Erstens gegen Urwahlen im ÖGB und

zweitens gegen die Verrechtlichung der Verbände, im besonderen gegen die Verrechtlichung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Hier sind sich beide Lager, das sozialistische und das konservative, im Verneinen der Urwahlen einig. Diesem Nein zur Verrechtlichung aus dem Lager des ÖGB und damit aus dem gemeinsamen sozialistisch-konservativen Lager stelle ich die Meinung des Professors Dr. Pelinka gegenüber, der in dem Buch „Demokratie und Verfassung“ dazu unter anderem ausführt:

„Urwahlen im Österreichischen Gewerkschaftsbund wären zumindest ein programmatisches Bekenntnis zur Demokratie im Österreichischen Gewerkschaftsbund.“ Dieses Bekenntnis zur Demokratie ist anscheinend aus dem Österreichischen Gewerkschaftsbund nicht zu erhalten.

Die christlichen Gewerkschafter raten dringend von Urwahlen ab und machen mit dieser Stellungnahme ihren sozialistischen Kollegen sicher eine besondere Freude. Dieser Gleichklang aus dem Lager der Fraktion Christlicher Gewerkschafter ist den Sozialisten sehr willkommen.

Den Herrn Kollegen Ströer nehme ich ernst,

Peter

ich schätze ihn sehr und möchte mich daher mit einer seiner Meinungen auseinandersetzen, die er zur Veränderung und Weiterentwicklung im Österreichischen Gewerkschaftsbund geäußert hat. Er formulierte wörtlich: „Wir fragen uns immer wieder: Sollen wir etwas Neues konstruieren, etwas vielleicht Ungereiftes schaffen oder das belassen, was sich bewährt hat?“ Ich kann mit dem Kollegen Ströer übereinstimmen. Es soll belassen werden, was sich bewährt hat. Der ÖGB muß aber abstellen, was sich nicht bewährt hat und Verbesserungen meiner Meinung nach dort anbringen, wo Verbesserungen im Verbändewesen im allgemeinen und im Österreichischen Gewerkschaftsbund im besonderen notwendig sind.

Somit liegen also für den Bereich der Verbände Forderungen zum Abbau des Demokratiedefizites sowohl aus dem sozialistischen Lager als auch aus dem konservativen Lager vor. Einmal beklagt die sozialistische Seite, daß es im Bereich der ÖVP-Verbände zuwenig Demokratie gebe, dann wieder beklagt der ÖVP-Sozialpartnerbereich, daß es im sozialistischen Sozialpartnerbereich zuwenig Demokratie gebe.

Ich führe nun einige Schlagzeilen dieses Jahres aus österreichischen Zeitungen an:

„Österreich schon mitten im Gewerkschaftsstaat“,

„Die entfremdete Basis“,

„ÖGB und Demokratie: ein Unbehagen existiert“,

„Heimliche Macht ÖGB“,

„Ein heißes Eisen: Demokratie in den ÖGB“,

„Wie undemokratisch sind die Gewerkschaften?“

Das sind alles Probleme, die nicht von den Freiheitlichen aufgeworfen wurden, sondern in der österreichischen Medienlandschaft dieses Jahres zutage getreten sind. Die Frage scheint also weitaus mehrere zu bewegen als nur das freiheitlichen Lager. Dieses Unbehagen über die unterentwickelte Demokratie im Verbändebereich dürfte sowohl unter den Sozialisten als auch unter den Repräsentanten der ÖVP vorhanden sein.

Wir Freiheitlichen nehmen zur Kenntnis, daß man im Österreichischen Gewerkschaftsbund den aus den eigenen Reihen kommenden Vorschlägen, die unter den Begriff Verrechtlichung fallen, skeptisch gegenübersteht. Es war leider nicht möglich, daß ein DDr. Rupert Gmoser die eigenen Genossen von 1969 bis 1977 von der Frage der Notwendigkeit von Reformen dieser Art zu überzeugen vermochte. Dennoch kann das uns Freiheitliche nicht abhalten, diese

Forderung und Bitte neuerdings mit allem Nachdruck an die Repräsentanten der Verbände heranzutragen.

Immer wieder muß man darauf zurückkommen, daß man im Sozialpartnerbereich wechselseitig streitet, daß man gar keine schmeichelhaften Worte an die andere Sozialpartneradresse sendet und daß die Sozialpartner gerade im Jahre 1977 eine Sprache gewählt haben, die mit einer Konsensdemokratie im Verbändebereich nicht mehr gleichzusetzen ist, die mit dieser nichts mehr gemeinsam hat.

Die SPÖ legt eine kritische Haltung gegenüber dem ÖVP-Sozialpartnerbereich an den Tag. Die ÖVP wiederum legt eine kritische Haltung gegenüber dem SPÖ-Sozialpartnerbereich an den Tag. Ich möchte an Stelle vieler Beweise nur auf jenen zeitlich verschiedenen Zweigesang der beiden Lager in Warmbad Villach verweisen. Die Sprache, die dort in Richtung der Sozialpartner gesprochen wurde, war meines Erachtens weder eine gute noch eine überzeugende Sprache.

Beklagt der ÖVP-Präsident der Arbeiterkammer in Vorarlberg, Herr Bertram Jäger, das Demokratiedefizit im Arbeiterkammerbereich (*Abg. Graf: Aber der war nicht in Villach!*), dann stimmt die „Arbeiter-Zeitung“ ein Klage lied über das Manko an Demokratie in den Landwirtschaftskammern an. So wechseln sich eben diese Vorwürfe von Zeit zu Zeit ab.

Das Demokratiedefizit ist nach unserer Meinung im gesamten Verbändebereich, in der gesamten Sozialpartnerschaft vorhanden und bedarf des Abbaues. Einer kritisiert den anderen, aber keiner der beiden Sozialpartner ist zu einer vernünftigen Sachdiskussion über

ein Mehr an Demokratie,

ein Mehr an Transparenz und

ein Mehr an Kontrolle in seinem Sozialpartner- und Verbändebereich bereit.

Wir Freiheitlichen haben den beiden anderen Parteien zu diesem Thema bisher sehr konstruktive Reformvorschläge unterbreitet. Sie wurden bis jetzt sowohl von der Sozialistischen Partei als auch von der Österreichischen Volkspartei ignoriert. Das Demokratiedefizit ist aber nicht nur im Sozialpartnerbereich an und für sich vorhanden, sondern es ist auch in ausgeprägter Form im Prüfungs-, Revisions- und Kontrollwesen des Verbändebereiches gegeben. Dieses Demokratiedefizit im Kontroll- und Revisionsbereich der Verbände bedarf meiner Meinung nach ebenso einer Bereinigung.

Geht man einmal an Reformen heran, dann bleibt an Stelle einer Reform eine Retusche

Peter

übrig, wie wir das jüngst bei der Novelle zum Arbeiterkammergesetz erlebt haben. Ich möchte auf Grund des Zeitdruckes nicht auf die Einzelheiten eingehen, aber hier sind ungeheuer viele Fragen offengeblieben. Hier wird es einer weiteren Novellierung bedürfen, damit man zum gegebenen Zeitpunkt von einer wirklichen Reform des Arbeiterkammergesetzes reden kann.

Aber auch die Reform der Bundeswirtschaftskammer ist überflüssig (*Heiterkeit bei Abg. Graf*), überfällig. Das kann auch passieren. (*Abg. Graf: Sicher!*) – Daß sie notwendig ist, hat der Präsident der Bundeswirtschaftskammer Ing. Sallinger ja selbst unter Beweis gestellt. Aber da einer der maßgeblichen Repräsentanten des Handelskammerbereiches, Herr Abgeordneter Graf, im Saal ist, möchte ich die notwendige Reform der Bundeswirtschaftskammer an deren Wahlsystem aufzeigen.

Das minderheitenfeindliche Wahlrecht, das es in ganz Österreich gibt, ist in der Bundeswirtschaftskammer vorhanden. (*Abg. Dr. Fischer: Ah so? – Zwischenruf des Abg. Graf.*) O ja. Dieses minderheitenfeindliche Wahlrecht hat einen ungeheuer erfahrenen politischen Vater, nämlich den Altbundeskanzler Ing. Julius Raab. (*Abg. Graf: Den muß man ehren, Herr Peter!*)

Ich ehre den Bundeskanzler Raab außerordentlich, meinen Respekt dem Baumeister Österreichs in der Zweiten Republik, aber keinen Respekt für jenes Erbe, das er uns bezüglich der Wahlordnung in der Bundeswirtschaftskammer hinterlassen hat. Sie wissen ja besser als ich, Herr Abgeordneter Graf, daß es in der Bundeswirtschaftskammer 1 400 Wahlkörper mit 15 000 Mandataren auf den verschiedensten Ebenen gibt. Nicht enthalten in diesen Ziffern sind die Berufsgruppenausschüsse und die Bezirksstellenausschüsse.

Nun habe ich meine Klubmitarbeiter gebeten, einmal das Handelskammerrecht auf eine Nationalratswahl zu übertragen, damit man vergleichen kann. Dabei stellte sich heraus, daß man mit ungefähr knapp 50 Prozent der Stimmen fast 100 Prozent der Macht in Händen haben kann, und zwar ohne jene Kontrolle, die im Nationalrat immerhin dann gegeben ist, wenn eine absolute Mehrheitsregierung den Oppositionsparteien gegenübersteht bzw. gegenüber sitzt.

Geht man jetzt von den 200 Unterschriften aus, die man zur Stützung eines Nationalratswahlvorschlages braucht, dann würde man, übertrüge man die Wahlordnung der Bundeswirtschaftskammer auf die Nationalratsebene, sage und schreibe im Bundesland Vorarlberg 6452 Stützungsunterschriften brauchen. In Wien

wären es sogar 47 900 Stützungsunterschriften, wobei man dann allerdings ein Mandat um 27 000 Stimmen bekommen würde.

Über diese Ungereimtheiten im Wahlrecht der Bundeswirtschaftskammer wird man allmählich energischer und intensiver reden müssen, als es bisher der Fall war. (*Abg. Dr. Fischer: Dann hätten wir ja statt dem Arbeiterkammergesetz ein anderes ändern müssen!*) Nein, beides, Herr Klubobmann Fischer, beides werden wir ändern müssen, sowohl die Bundeswirtschaftskammerwahlordnung als auch die Arbeiterkammerwahlordnung. Diese Reformnotwendigkeiten, für die ja der Bundesgesetzgeber zuständig ist, möchte ich in Erinnerung rufen. (*Abg. Meißl: Das ist eine unheilige Allianz miteinander!*) Ich hoffe, daß SPÖ und ÖVP besserungswillig sind und daß in beiden großen Lagern Einsichten Platz greifen und zum gegebenen Zeitpunkt eine entsprechende Gesprächsgrundlage vorhanden sein wird.

Ich argumentiere weiter mit Forderungen zur Reform des Verbändebereiches, die aus dem Lager der Österreichischen Volkspartei kommen. Herr Helmut Andexlinger hat dazu folgendes Forderungsprogramm vorgelegt:

ein einheitliches Kammerorganisationsgrundgesetz,

ein Gewerkschaftsorganisationsgesetz und

ein Organisationsgrundsatzgesetz für Verbände der gesellschaftlichen Selbstverwaltung.

Ich ersuche die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, einmal zu prüfen, ob dieser Forderungskatalog hinsichtlich des Verbändewesens noch eine entsprechende Aktualität hat.

Eine Forderung des Professors Klenner wieder lautet, daß die Demokratie in einer Zeit steigender Machtkonzentration und zunehmender Interessensgegensätze mehr sozialen Konsens und weniger sozialen Konflikt braucht.

Ich meine dazu, meine Damen und Herren: Je ernster und schwerer die Zeiten, je älter die bewährten Repräsentanten der Partnerschaftsbereiche werden, umso notwendiger ist die Klärung der Rechtsgrundlagen und Spielregeln für die Sozialpartnerschaft, denn sie soll ja über die heutigen bewährten Repräsentanten hinaus auch in späteren Zeiten funktionieren.

Zum Demokratiedefizit des Verbändewesens der Republik Österreich paßt ein Wort, das Bundespräsident Rudolf Kirchschläger in letzter Zeit geprägt hat, als er sagte:

„Die Demokratie ist als Prinzip in keiner Krise.“

Peter

Wo eine Krise besteht, liegt sie in der Anwendung der Demokratie.

Wo eine Krise besteht, liegt sie darin, daß die Demokratie zu formal geworden und versteinert ist, sodaß sie nur als Rechtssystem und nicht als umfassende Denk- und Lebensform aufgefaßt wird."

Man braucht diesen Worten des Herrn Bundespräsidenten nichts hinzuzufügen. Wo eine Krise der Demokratie besteht, liegt sie darin, daß sie zu formal geworden und versteinert ist.

Der Bereich der Verbände in unserer Republik ist zu formal geworden. Er ist heute versteinert. Er bedarf der Reformen. Wir Freiheitlichen hoffen, daß dieser Appell, den wir heute sowohl an die Sozialistische Partei als auch an die Österreichische Volkspartei richten, Ende der siebziger Jahre endlich an die Beseitigung des Demokratiedefizits im Sozialpartnerschaftsbereich heranzugehen, nicht neuerdings in den beiden anderen politischen Lagern verhallt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Gasperschitz.

Abgeordneter Dr. **Gasperschitz** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach diesen allgemeinen Ausführungen, nach dieser Generaldebatte, wenn ich so sagen darf, möchte ich auf eine Spezialdebatte übergehen und möchte mich mit den Fragen der Beamten beschäftigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die „Beamtenhatz“ feiert in Österreich ihre Urständ. Die Beamten sind, das werden Sie mir ja zugeben, wenn Sie Zeitungen in den letzten Wochen gelesen haben, an allem schuld. Sie fressen den Staat auf, sie widersetzen sich beabsichtigten Reformbestrebungen, reizen den Staatsbürger mit ungerechtfertigten Forderungen und sind nicht bereit, auf sogenannte Privilegien zu verzichten. Und dieser Eindruck konnte und mußte ja entstehen, wenn man im November des Jahres österreichische Tageszeitungen und Wochenmagazine, und zwar bestimmte, las.

Es hat allerdings auch Ausnahmen gegeben diesbezüglich. Da schreibt Dieter Lenhardt in der „Presse“ vom 10. November 1977 folgendes:

„Es ist in den letzten Jahren sogar eine Art Nationalprügelknabe bei uns herangezogen worden, den man wenn schon nicht für alles, so doch für vieles watschen kann: für die wachsende Staatsverdrossenheit; als Schuldträger fürs immense Budgetdefizit; als Verantwortlichen für schlechtformulierte Gesetze; als Blitz-

ableiter, wenn Bahn, Tramway, Post und Telefon nicht nach Wunsch funktionieren. Es ist der Beamte.“

Soweit die Aussage von Dieter Lenhardt in der „Presse“ unter der Überschrift „Obskure Beamtenhatz“.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Tat, es ist ja publikumswirksam, am Image der öffentlich Bediensteten zu kratzen, und es hat offenbar auch der politische Dienstgeber solchen Versuchungen nicht ganz widerstehen können. Es ist ja wirklich grotesk, wenn man etwa in Regierungserklärungen, an Gewerkschaftstagen oder etwa bei Verabschiedungen größerer Gesetzesvorlagen für diesen Berufsstand, nämlich für die öffentlich Bediensteten, überschwengliches Lob findet. Aber zwischendurch wird der Beamte zum Prügelknaben gestempelt. Es entsteht geradezu eine wahre Diffamierungskampagne. Und genüßlich freut sich die Regierung, und sie gießt manchmal ein bißchen Öl ins Feuer, damit die österreichische Bevölkerung, zumindest kurzfristig, vergißt, welche Belastungen ihr die Regierung auferlegt hat und auferlegen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kritik ist schon recht, ich bin auch für die Kritik, aber sie darf nicht unsinnig, nicht ungerechtfertigt und sie darf vor allem nicht böswillig sein. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Fischer: Das ist ja fürs Oppositionsstammbuch bestens geeignet!)* Herr Dr. Fischer, wir kommen darauf noch zu reden. *(Abg. Dr. Fischer: Das wäre fürs Oppositionsstammbuch ganz hervorragend geeignet, was Sie da gesagt haben!)* Sehr richtig. Kritik soll immer bestehen.

In dem heute bereits zitierten Artikel von Dieter Lenhardt in der „Presse“ schreibt dieser, daß man allzu gerne und geflissentlich vergißt, „daß dieser Staat dank seinem im Kern gesunden Berufsbeamtentum noch immer funktioniert wie kaum ein anderer; daß die regierende Politik, die Beamtenschaft unentwegt belastend, auf diese hin zu sündigen pflegt; daß beamtete Korruption, im Gegensatz zu anderen (auch europäischen!) Staaten der eklatante Ausnahmefall, Korrektheit und Unbestechlichkeit aber die Regel sind“.

Das Wochenmagazin „profil“ kritisiert in der Ausgabe vom 22. November des Jahres das immer teurer werdene privilegierte Heer von Staatsdienern. Es schreibt wortwörtlich unter der Überschrift „Weiter stur gegen die Generalreform“ folgendes:

„Als Bruno Kreisky höchst bescheiden anregte, die zweijährigen selbstverständlichen Gehaltsvorrückungen der Beamten in die Teue-

Dr. Gasperschitz

rungsabteilung einzubeziehen, erhielt er kalt zur Antwort: „Kommt nicht in Frage!“

Zu dieser Idee kann man ja nur den Kopf schütteln. Ich glaube, das wird auch Dr. Fischer tun. Noch nie ist es einem Beamtendienstgeber eingefallen, am System der Biennalvorrückungen zu rütteln. Im übrigen haben wir das ja auch im Bereich der Sozialversicherungen, in den Gewerkschaften, in den Kammern. Diese Konstruktion stellt nämlich einen einseitigen Vorteil für den Dienstgeber dar, weil dadurch zu einem viel späteren Zeitpunkt die tatsächlich qualitative Leistung dem Gehalts- und Lohnempfänger honoriert wird. Würde man vom Biennalsystem abgehen, müßte man einem Richter, einem Lehrer oder einem Handwerksmeister schon von Anfang an einen leistungsorientierten Bezug geben, etwa 15 000 oder 20 000 S brutto. Aber so hat heute eine Richter am Anfang seiner richterlichen Tätigkeit einen Bruttobezug von 11 011 S, und das auch erst ab 1. Jänner 1978.

Ein Lehrer an höheren Schulen, der bis zum Ende seiner Aktivitätszeit ja auch nichts anderes tut als zu unterrichten, beginnt mit einem Bruttobezug von 8 712 S – auch erst ab 1. Jänner 1978.

Ein geprüfter Handwerker im öffentlichen Dienst der Verwendungsgruppe P 3 erhält in der ersten Gehaltsstufe 5 058 S monatlich.

Es wird doch niemand bestreiten, daß diese Bezugsansätze weit entfernt von einem Leistungslohn sind und nur hingenommen werden können, weil es eben Biennalvorrückungen gibt.

Wenn also die Inflationsrate 5 Prozent beträgt und der Kanzlervorschlag auf Einrechnung der Biennalvorrückungen bei der Teuerungsabteilung Anwendung finden sollte, würde damit der Vorrückungsbetrag aufgesogen sein. Junge Menschen im öffentlichen Dienst könnten nicht erwarten, solange die Inflationsrate nicht weit unter 5 Prozent fällt, eine Erhöhung ihrer Anfangsbezüge zu erreichen. Mit diesen Ausführungen, glaube ich, ist die Absurdität der ganzen Idee wohl sehr verdeutlicht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die mit dem Besoldungssystem des öffentlichen Dienstes nicht Vertrauten – das ist ja die Masse der Bevölkerung, aber auch viele Journalisten fallen da hinein – mögen diesen Vorschlag des Bundeskanzlers momentan ganz gut finden. Aber daß dieser Vorschlag nicht realisierbar ist, weiß ja der Bundeskanzler allzu gut, da er ja selbst Beamter ist und das System der Biennalvorrückungen kennt. Er hat natürlich heute keine Biennalvorrückung, weil er schon in Pension ist, die Pension genießt, ohne daß es dort eine Biennalvorrückung gibt. Aber das sind halt so die üblichen Gags des Herrn Bundes-

kanzlers, die er von sich gibt, auch wenn es einer Berufsgruppe, die er zu verteidigen hätte, schadet. Aber eigene Publicity hat bei ihm immer Vorrang.

Nun zum Stellenplan 1978. Es ist anzuerkennen, daß man in einzelnen Bereichen zu einer Reduktion von Planstellen gekommen ist, zum Beispiel bei den Österreichischen Bundesbahnen und bei den Bundesforsten. Trotzdem kommt es im Stellenplan bei der Betrachtung der Gesamtübersicht zu einer Vermehrung um 1261 Planstellen gegenüber 1977.

Darin liegt ja das Unbehagen in der Stellenplanentwicklung, daß es nicht möglich ist, einmal zu einem Stillstand zu kommen, wenn schon nicht zu einer Postenverminderung.

Ich weiß schon, daß im Bereich verschiedener Ressorts schon 1977 Personalvermehrungen notwendig wurden, zum Beispiel im Bundesministerium für Unterricht. Ich kritisiere nur, daß es durch eine unterlassene Verwaltungs- und Betriebsreform bis heute nicht gelungen ist, die Ausweitung des Stellenplanes doch irgendwie zu verhindern.

Das wundert mich aber auch gar nicht besonders, denn zwischen der vorletzten und der letzten Sitzung der Verwaltungsreformkommission ist ein Zeitraum von 16 Monaten verstrichen. Die vorletzte Verwaltungsreformkommissionssitzung, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat am 8. Juli 1976 stattgefunden und die letzte erst am 9. November 1977. Können Sie da erwarten, daß es in dieser Zeit zu einer bescheidenen Reform in der Verwaltung und in den Betrieben kommen kann?

Das Wort, das die Regierung so gerne gebraucht: Verwaltungsreform sei ein permanentes Anliegen, ist mir erst jetzt so richtig verständlich geworden. Wir werden nämlich nie damit fertig.

Auch der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten vom November dieses Jahres hat neuerdings so wie die übrigen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ein Bekenntnis zur Mitarbeit an der Verwaltungsreform abgegeben.

Die „Wochenpresse“ hat dies als positiv und als außergewöhnlich bezeichnet für eine Gewerkschaft. Die Initiativen aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat ja der Herr Bundeskanzler als Vorsitzender der Verwaltungsreformkommission zu ergreifen, der aber noch niemals den Vorsitz dieser Verwaltungsreformkommission geführt hat, wie ich selbst feststellen konnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da 48 Prozent der öffentlich Bediensteten in

Dr. Gasperschitz

Bundesbetrieben und Monopolen beschäftigt sind und dortselbst organisatorische Maßnahmen, Management, Rationalisierung und Automation, in der wirtschaftlichen Auswirkung am wirksamsten sind, habe ich den Herrn Bundeskanzler im Ausschuß wieder einmal aufmerksam gemacht auf die Berichte des Herrn Dr. Fremuth, des Vorsitzenden des Unterausschusses für die Bundesbetriebe im Rahmen der Verwaltungsreform.

Dieser erfahrene Fachmann, der als „Vater des Aufstiegs“ der Postsparkasse bezeichnet wird, hat eine Grobanalyse über die Organisationsform der Bundesbetriebe, Rechtsform und Wirtschaftlichkeit vorgenommen. Das Untersuchungsergebnis ist geradezu niederschmetternd. Dr. Fremuth sagt in seinem Interview im „Echo“ Nr. 40/1974, daß die Reibungsverluste derzeit, nämlich im Jahre 1974, 6,5 Milliarden Schilling betragen und daß bei längerem Zuwarten die Horrorgrenze – das müßte also heute schon sein – von 10 Milliarden Schilling erreicht werden würde.

Der Herr Bundeskanzler hat im Ausschuß zu mir gesagt, dieser Bericht sei bereits längst überholt. Was heißt das, er sei schon überholt? Was hat sich denn in den Betrieben seit 1974 geändert? Ich weiß nichts von Änderungen von Organisationsformen und auch nichts davon, daß diese mehr nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden. Es ist interessant, daß immer mehr in den Gemeinden – auch in den sozialistischen Gemeinden – Betriebe in privatwirtschaftliche Hände abgegeben werden. Das ist unglaublich. Das entspricht ja gar nicht dem sozialistischen Programm. Schlachthöfe, Bestattungsunternehmungen, die werden alle abgegeben, damit die Gemeinden von den Defiziten wegkommen, und trotzdem bleiben die Tarife gleich. Sie müssen sich zu diesen Tarifen verpflichten, und trotzdem gebahren diese privatwirtschaftlichen Betriebe aktiv.

Wenn die Personalstände jährlich ansteigen und sich die Medien damit befassen, dann zeigt man von der Regierungsseite nicht die Gründe der Unterlassungen auf, dann sucht man die Schuld woanders und nicht zuletzt bei den Beamten, indem man von der mangelnden Mobilität der Beamten spricht. Sie hätten die Verpflichtung, Herr Bundeskanzler – ich glaube, er ist jetzt nicht hier –, sich schützend vor die Beamtenschaft zu stellen, wenn solche Angriffe erfolgen.

Vor kurzer Zeit hat er sich ja vor die Eisenbahner gestellt und gesagt: Ich werde eure Rechte schützen auf jeden Fall. Bei den Eisenbahnern hat er offenbar irgendwie eine politische Heimat gefunden. Der wahre Grund hiefür waren die Personalvertretungswahlen,

die vor der Türe gestanden sind. Da hat er das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit in die Waagschale geworfen, aber die Wahlen sind auch nicht so ausgefallen, wie er es sich wahrscheinlich vorgestellt hat.

Am 8. Gewerkschaftstag der öffentlich Bediensteten stand der Ausbau des Mitbestimmungsrechtes sehr stark im Vordergrund. Nicht zu verwundern, wenn man die Rechte im Arbeitsverfassungsgesetz denen im Personalvertretungsgesetz des Bundes gegenüberstellt. Ich darf daran erinnern, daß die Sozialisten der Regierungsvorlage über ein Personalvertretungsgesetz im März 1967 keine Zustimmung gegeben haben. Unter anderem wurde im sozialistischen Minderheitsbericht begehrt, daß bei Neuaufnahmen, Versetzungen und Dienstzuweisungen der Personalvertretung ein Mitwirkungsrecht eingeräumt werden muß.

Nun, meine Herren von der Linken – es sind nicht sehr viele da –, Sie hätten sieben Jahre Zeit gehabt, Ihre seinerzeitigen Vorstellungen, die Sie im Minderheitsbericht niedergelegt haben, jetzt in die Tat umzusetzen. Sie waren bis heute nicht bereit, einer solchen Novellierung des Gesetzes zuzustimmen. Der Grund ist klar. Jetzt, wo Sie die Mehrheit haben, soll Personalpolitik, insbesondere Personalaufnahmen, keinesfalls transparent gemacht werden.

Der Bundesminister für Unterricht, Dr. Sinowatz, hat einmal bei einer personalpolitischen Auseinandersetzung über Lehrerpostenbesetzungen gesagt, er meine, er dürfe doch auch im „schwarzen Meer einige rote Tupfen“ setzen. Ich habe nichts gegen rote Tupfen, aber eine gerechte und korrekte Auswahl der Bewerber für den öffentlichen Dienst müßte schon im Hinblick auf eine entsprechende Hebung des Leistungsniveaus angestrebt werden. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Folgende Vorgangsweise ist jedenfalls abzulehnen: In einer Zentralstelle werden vom Ministerbüro, nicht wie früher üblich vom Personalbüro, zwei Schreibkräfte aus einer größeren Anzahl von Bewerbern ausgesucht. Der zuständige Präsidialkanzleidirektor – man höre und staune – unterzog zuständigkeitshalber die beiden Damen einem Maschinschreibtest. Das Prüfungsergebnis war ungenügend. Der Fall wäre also in jedem Betrieb abgeschlossen gewesen, aber in diesem Ministerium nicht. Das Ministerbüro wendete ein, man hätte doch den Bewerberinnen zum Test nicht mechanische, sondern elektrische Maschinen zur Verfügung stellen müssen und die Prüfungen seien mit elektrischen Maschinen zu wiederholen. Der zweite Maschinschreibtest führte zu dem gleichen schlechten Ergebnis. Damit schien eigentlich die Angelegenheit klar zu sein, aber nicht in

Dr. Gasperschitz

diesem Ministerium. Das Ministerbüro veranlaßte eine dritte Prüfung unter Ausschluß der Ministerialkanzlei, und die beiden Bewerberinnen bestanden diese und wurden aufgenommen. Ich glaube, Kommentar ist dazu wohl überflüssig.

Jetzt wissen wir aber auch, warum wohl ein Mitwirkungsrecht bei Aufnahmen im privatwirtschaftlichen Bereich gefordert und auch durchgesetzt wurde, aber im Bereich des öffentlichen Dienstes dieselbe Forderung von den Sozialisten abgelehnt wird. Personalpolitik kann man heute nicht mehr so leicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, politisch lenken. Die Jugend reagiert zusehends immer mehr ins Negative, wenn sie sich einem sanften Zwang unterworfen fühlt.

So hat vor 14 Tagen eine Betriebsratswahl in der Versicherungsanstalt der öffentlich Bediensteten stattgefunden. Die sozialistische Fraktion hat ein Mandat verloren, und das ist an und für sich ja nicht so etwas Bemerkenswertes. Aber bemerkenswert ist die Tatsache, daß die sozialistische Fraktion nicht einmal so viel Stimmen erreichte, als sie eingeschriebene Mitglieder hat. Und das ist doch interessant.

Sehr geehrte Damen und Herren! Je länger die sozialistische Regierung im Amt ist, umso deutlicher und unverfrorener wird ihre einseitige Personalpolitik, was auch die Presse zusehends vermerkt. Aber um der Wahrheit die Ehre zu geben: es ist ressortmäßig verschieden, es gibt auch einen Minister, der in Personalfragen, wenn er auch Sozialisten fördert, doch die entsprechenden objektiven Voraussetzungen verlangt.

Der Sonntags-„Kurier“ vom 27. November des Jahres schreibt, daß ausgerechnet der sympathische Staribacher eine so unsympathische engstirnige Personalpolitik betreibt, verwundert. Ich muß sagen: jawohl, in der Tat. Staribacher bringt es zuwege, bis 1. Jänner 1978 alle fünf Sektionsleiterposten, die er hat, rot zu besetzen. Das sind nicht mehr rote Tupfen, wie der Herr Bundesminister für Unterricht geglaubt hat, das ist schon sozialistische Protektionswirtschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das Ärgste ist nämlich: Vier von den fünf Sektionschefs sind nicht aus dem Handelsministerium, sondern wurden von außen eingeschleust, obwohl für diese Sektionsleiterposten höchstqualifizierte Beamte im eigenen Ressort vorhanden gewesen wären. Sie wurden glatt übergangen; nur aus dem einen Grunde, weil sie der Sozialistischen Partei nicht nahestehen.

Staribacher erklärt dem „Kurier“, daß es eine

ungeheure Verleumdung sei, er habe keine einzige Weisung gegeben, er hätte sich in der Personalpolitik immer an die Vorschläge der Ausschreibungskommission gehalten, er wisse nicht einmal, ob die Genannten Sozialisten sind.

Ich habe das zweimal lesen müssen. Zweimal habe ich das lesen müssen! Den Mut des Ministers habe ich besonders bewundern müssen, daß er überhaupt eine solche Aussage getätigt hat. Denn was ist die Wahrheit?

Bei Besetzung von drei Sektionschefposten im Handelsministerium ha ja noch keine Ausschreibungskommission fungiert, weil zu diesem Zeitpunkt die gesetzliche Grundlage gefehlt hat. Das Dienstpostenausschreibungsgesetz war damals überhaupt noch gar nicht existent. Daher war er vollkommen allein zuständig.

Im Falle des seinerzeitigen Wiener Arbeiterkammersekretärs Otto Wanke, der nach dreieinhalb Jahren Chef der Industriesektion wurde, hat sich die Ausschreibungskommission heftigst gegen dessen Einschleusung in das Handelsministerium gewehrt. Nach Sitzungen in der Gesamtdauer von 25 Stunden hat der weisungsgebundene Vorsitzende dieser Ausschreibungskommission von seinem Dirimierungsrecht Gebrauch gemacht und Gebrauch machen müssen, um den Intentionen des Ministers Staribacher gerecht zu werden.

Das sind die Fakten, meine Herren! Nicht das, was Staribacher gegenüber dem „Kurier“ sagt.

Er sagt: Ich weiß nicht, ob die Genannten Sozialisten sind. Staribacher hätte gar nicht gewußt, ob der Wanke ein roter oder schwarzer Arbeiterkammersekretär war, wie er da eingeschleust wurde. Ich glaube, das ist wohl ein zu starker Tabak.

Nun, Staribacher suchte auch einen Präsidialisten für sein Ministerium. Es haben sich sieben Leute beworben. Davon waren sechs Nichtsozialisten und ein Sozialist. Unter den sechs Nichtsozialisten war auch Paul Twaroch, den wir alle kennen als Präsidialisten und dann als Generalsekretär des ORF. Nein! Der Sozialist hat das Rennen gemacht. Ja, das ist ja wirklich ein komischer Zufall, daß von den sieben gerade der Sozialist dieses Rennen gemacht hat.

Da hat der Herr Bundeskanzler in einer Anfrage von Abgeordneten, die gefragt haben, wie die Postenbesetzungen vorgenommen werden, erklärt, daß die politische Parteizugehörigkeit bei Postenbesetzungen, bei Aufnahmen überhaupt keine Rolle spielt.

Aber es gibt auch andere Dinge in der sozialistischen Personalpolitik, die einfach haarsträubend sind. Ein Fall aus der Polizeidirektion

Dr. Gasperschitz

Linz. Hofrat Dr. Johann Eipeldauer wurde – bitte, da muß man wirklich gut zuhören, so etwas hat es noch nie gegeben – mit Bescheid des Bundesministeriums für Inneres am 20. Mai 1974 von seiner Funktion als Vertreter des Polizeidirektors bei der Bundespolizeidirektion Linz abberufen. Diese Funktion als Polizeidirektor-Stellvertreter hatte der Genannte vier Jahre und sieben Monate inne, und ein anderer wurde mit dieser Funktion betraut. Diese überraschende Maßnahme wurde in den Linzer Tageszeitungen veröffentlicht. (Abg. Dr. Tull: Aber, Herr Kollege, ist der andere ein Sozialist?) Ja, BSA-Mitglied. (Abg. Dr. Tull: Das ist er nicht!) Diese überraschende Maßnahme wurde in Linzer Tageszeitungen veröffentlicht und stellt eine Rufschädigung dar, weil niemand glauben wollte, daß diese Abberufung grundlos geschehen ist. Aber es war ein Grund. Der Dr. Eipeldauer ... (Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.) Der einzige Grund war, daß man den schwarzen Dr. Eipeldauer als Polizeidirektor-Stellvertreter von dieser Funktion weghaben wollte. Und jetzt hören Sie zu: Auch die Gewerkschaft hat sich eingeschaltet.

Mit gewerkschaftlichem Rechtsschutz wandte sich nun Dr. Eipeldauer – und jetzt kommt es ja noch viel schöner, Sie werden schauen, was jetzt kommt – an den Verwaltungsgerichtshof. Dieser hat nun mit Erkenntnis vom 24. März 1977 diese Entscheidung des Innenministers für rechtswidrig erklärt und mit der Begründung aufgehoben, daß im gegenständlichen Fall die gesetzlichen Vorschriften verletzt wurden.

Das Rechtsbüro der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten hat nun Dr. Eipeldauer mitgeteilt, daß durch diese Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes der Rechtszustand hergestellt ist, wie er vor Erlassung des aufgehobenen Bescheides bestand.

Im Schreiben des Rechtsbüros vom 1. Juni 1977 heißt es im Schlußsatz: „Sie sind daher nach wie vor Stellvertreter des Polizeidirektors von Linz.“

Auch nach dem gesunden Menschenverstand, Herr Kollege, ist das eigentlich etwas Selbstverständliches, aber nicht selbstverständlich ist es für das Bundesministerium für Inneres. Das hätte ein Bundeskanzler Klaus machen sollen oder in der ÖVP-Regierung passieren sollen!

Auf meine schriftliche Anfrage erklärte der Innenminister, daß ein Prüfungsverfahren eingeleitet worden sei. Was heißt Prüfungsverfahren? Will man den Entscheid des Verwaltungsgerichtshofes überprüfen? Obwohl der Bescheid des Verwaltungsgerichtshofes ein halbes Jahr alt ist, verweigert das Bundesministerium für Inneres dem Dr. Eipeldauer, die Funktion des

Polizeidirektor-Stellvertreters auszuüben. Bis heute! Das ist der Respekt, den sozialistische Minister vor höchstgerichtlichen Entscheidungen haben. (Zustimmung bei der ÖVP und Zwischenrufe.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden auf dem Gebiet der Personalpolitik künftighin unsere Kontrollfunktion im Parlament ausbauen – ausbauen, ich unterstreiche das Wort! – und mehr zur Geltung bringen. (Abg. Dr. Tull: Wie ist das in Oberösterreich?) Im Land Oberösterreich kann so etwas nicht passieren.

Wir werden uns stärker aller jener annehmen, die nur deshalb von Funktionen abberufen oder bei Stellenbesetzungen übergangen werden, weil sie nicht der Sozialistischen Partei angehören oder ihr nahestehen.

Wir sehen in dieser Aufgabe nicht nur eine Verpflichtung, die wir als Opposition zu erfüllen haben, uns ist es auch ein menschliches Anliegen, jenen beizustehen und zu helfen, die durch sozialistische Machtpolitik nur wegen ihrer Gesinnung unter die Räder kommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Steyrer.

Abgeordneter Dr. **Steyrer** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die größte Wirtschaftskrise, die Österreich seit 1945 durchgemacht hat, und die eher düsteren Prognosen für die Entwicklung der Weltwirtschaft im Jahre 1978 konnten natürlich an diesem Budgetentwurf nicht spurlos vorübergehen. Obwohl Österreich nach internationalen Meinungen und internationalen Statistiken diese Krise hervorragend bewältigt hat, ist klar, daß dieses kleine Österreich nicht eine Insel der Seligen sein kann, wenn heute in der ganzen Welt diese Wirtschaft so eng verflochten ist, daß praktisch jede Krise Auswirkungen auf ein so kleines Land haben muß.

Es war natürlich daher nur selbstverständlich, daß die sozialistische Regierung verantwortungsbewußt Maßnahmen gesetzt hat, um einer weiteren Krise vorzubeugen und um Mittel bereitzustellen, die strukturellen Schwierigkeiten in Österreich zu beheben. Es ist gar kein Zweifel, daß diese Maßnahmen, wie sie im Maßnahmenpaket der Bundesregierung vorgesehen waren, dem Finanzminister und der sozialistischen Regierung die Maßnahmen in die Hand geben sollten, um mit all diesen Schwierigkeiten fertig zu werden und einen gewissen Handlungsspielraum zu geben, gleichzeitig einen bedeutenden Beitrag zur Sicherung der

6942

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Dr. Steyrer

österreichischen Wirtschaft und zur Sicherung der Arbeitsplätze zu geben.

Neuerdings bekennt sich ja die ÖVP auch zur Arbeitsplatzsicherung, aber ich glaube, sie bekennt sich nur verbal zu dieser Arbeitsplatzsicherung, wenn sie immer wieder sagt (*Widerspruch bei der ÖVP*), daß die Sozialistische Partei mit dem Schlagwort der Arbeitsplatzsicherung der Bevölkerung Maßnahmen einreden wollte, die eben aus der Schwierigkeit des Handelsbilanzdefizits zu erklären wären.

Ich möchte Ihnen eines sagen: Viktor Adler hat im Jahr 1902 bei der Eröffnung des Arbeiterheimes Favoriten folgendes erklärt: Jeder Mensch in diesem Land hat das Recht auf Arbeit, auf Bildung und Gesundheit.

Diese kurzen, prägnanten Worte ziehen sich als sozialdemokratisches Credo seit dieser Zeit durch alle Programme der Sozialistischen Partei. Und gerade die Arbeitslosigkeit der dreißiger Jahre im Gefolge der großen Weltwirtschaftskrise 1929 hatte in jedem sozialdemokratischen Funktionär ein bleibendes seelisches Trauma hinterlassen, denn nach Meinung der Sozialisten – ich glaube, auch nach Meinung vieler anderer Menschen in diesem Lande – ist die Arbeitslosigkeit etwas zutiefst Inhumanes. Sie verletzt die menschliche Würde, vor allem im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit, und ist damit auch ein Wegbereiter in den Faschismus gewesen.

Wenn heute die ÖVP sagt, sie bekennt sich zur Arbeitsplatzsicherung (*Abg. Dr. Kohlmaier: Nicht: heute, wir haben nie etwas anderes gesagt, verehrter Herr Kollege!*), muß ich Sie an die Worte Ihres Präsidenten der Handelskammer, Mitterer, erinnern, der sehr wohl von einer gesunden Arbeitslosigkeit gesprochen hat. (*Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Dr. Taus: Im Fernsehen von Dr. Kienzl gesagt worden! Ich bin selber dabei gesessen!*) Herr Dr. Taus, ich habe das damals im Fernsehen gesehen und ich war nicht Politiker in diesem Hohen Hause und habe mit Empörung diese Stellungnahme der ÖVP zur Kenntnis nehmen müssen. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Kohlmaier: Erzählen Sie keine Märchen! Mitterer hat gesagt: Vollbeschäftigung ja, Überbeschäftigung nein! Das waren seine Worte!*) Man kann das interpretieren, wie man will. (*Abg. Glaser: Die Unwahrheit darf man nicht sagen!*)

Schauen Sie, der ÖAAB versucht ja manchmal – das steht ja außer Diskussion –, verbale Attacken gegen den Wirtschaftsbund der ÖVP zu starten. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Wozu?*) Das

frage ich mich auch. (*Abg. Dr. Taus: Präsident Sallinger hat nie mit einem Wort gegen die Vollbeschäftigung geredet!*) Ich rede nicht vom Präsidenten Sallinger, sondern vom Präsidenten Mitterer, und das ist ja ein Unterschied, Herr Abgeordneter Taus. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Dieser ÖAAB versucht ab und zu, gelegentlich, Scheinattacken gegen den Unternehmerflügel in der eigenen Partei zu starten. Doch diese Scheinattacken platzen wie Seifenblasen an der harten Realität der inneren Machtstrukturen der ÖVP. Sie scheitern letzten Endes an der Dominanz des Wirtschaftsbundes und der Macht und dem Einfluß der Industrie. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Taus: Der Herr Bundeskanzler hat behauptet, der Wirtschaftsbund habe in der ÖVP überhaupt nichts zu reden! – Abg. Dr. Gradenegger: Das ist eine Diagnose, die er stellt!*)

Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem heißen Sommer viele, zum Teil kontroversielle Diskussionen in beiden Großparteien über aktuelle Fragen der Tagespolitik und über gesellschaftspolitisch relevante Themen abgeführt, von vielen Journalisten kritisch vermerkt und kommentiert. Ich glaube, hier spreche ich eine Binsenwahrheit aus, daß die pluralistische Demokratie eben von dieser Diskussion lebt, eben von dieser Auseinandersetzung und daß es durchaus legitim ist, Meinungsbildung auf diesem Weg zu erarbeiten. Gefährlich wird diese Diskussion nur dann und dort, wo Parteiinteresse vor Staatsinteresse geht.

Und hier, Herr Bundesparteiobermann Taus, möchte ich gerade in der Frage der Spitalsfinanzierung eines dieser wichtigen Diskussionsthemen ins Gespräch bringen, von dem ich glaube, daß hier gerade das Parteiwohl der ÖVP dem Staatswohl vorgezogen wurde. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Taus: Glauben Sie an den Zentralismus, Herr Kollege?*) In vielen Bereichen. Herr Kollege Taus, ich werde Ihnen dann etwas in der Frage der Spitalsfinanzierung sagen, was gerade zeigt, daß Sie im Prinzip gegen den Föderalismus sind. (*Abg. Dr. Taus: Natürlich, wenn man den Ländern Kompetenzen lassen will, ist man gegen den Zentralismus!*) Ja natürlich, ich erinnere Sie an die Gespräche.

Lassen Sie mich nur kurz vielleicht einmal dieses Spitalsthema ein bißchen ausdiskutieren. Wir wollen von einer Tatsache ausgehen. Die Frage der Spitalsfinanzierung ist eine Frage, die in die Kompetenz der Länder fällt. Die ÖVP behauptet seit Jahren, daß es eine Spitalskrise und eine Spitalsmisere gibt. Sie versucht, bei diesem gesellschaftspolitisch relevanten Thema, das jedem Menschen in diesem Land unter die Haut geht, im trüben zu fischen, wohlweislich verschweigend: eine Angelegenheit der Länder.

Dr. Steyrer

Wenn nun diese sozialistische Regierung ... *(Abg. Dr. Taus: Sie müssen die Regierungserklärungen lesen! - Abg. Dr. Leitner: Die Sozialversicherung zahlt wohl die Hälfte der Kosten! - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ich darf Ihnen nun verschiedenes sagen. Meine Damen und Herren! Wenn Sie heute sagen, es gebe eine Spitalsmisere in Österreich, so verdrehen Sie bewußt die Tatsachen. Herr Bundesparteioobmann Taus! Sie haben erklärt, es gebe eine Sanierung der Spitäler ohne neuerliche Belastung der Bevölkerung und nur mit Einsparungen. *(Abg. Dr. Taus: Das habe ich nicht gesagt!)* Eine politisch so naive Ansicht habe ich von einem Spitzenfachmann der Wirtschaft überhaupt noch nie gehört. *(Beifall bei der SPÖ.)* Informieren Sie sich bei Ihrem Kollegen Dr. Wiesinger, der wird Ihnen zeigen ... *(Abg. Dr. Taus: Wann und wo habe ich das gesagt?)* Das ist in Zeitungen gestanden, Herr Bundesparteioobmann. Sie haben das immer wieder gesagt. *(Abg. Dr. Taus: Sie müssen schon genau zitieren!)*

Informieren Sie sich bei Ihrem Kollegen Dr. Wiesinger, der wird Ihnen sagen, daß es keine Spitalsmisere gibt, daß der ungeheure Anstieg der Kosten in den Spitälern durch eine ungeheure Leistungsexplosion hervorgerufen wurde. Das ist die Realität. Gehen Sie heute in ein modernes Spital und sehen Sie, was dort geleistet wird. Wir haben vor einigen Tagen das Rudolfsptal in Wien eröffnet, eines der modernsten Spitäler in Wien. Sagen Sie und schauen Sie nach, was es dort an apparatemäßiger Ausstattung gibt, was es an medizinischer Betreuung gibt und was es letzten Endes an pharmakologischen Fortschritten gibt. Das schlägt sich zu Buche. Und es ist keine Frage einer Spitalsmisere, sondern eine gesellschaftspolitische Frage, inwieweit eine Bevölkerung bereit ist, für die Gesundheit Geld auszugeben. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Vetter: Zigarettenpreiserhöhung - da wäre schon etwas drinnen gewesen!)* Ich hoffe, Sie haben sich in der Zwischenzeit das Rauchen abgewöhnt, Herr Kollege. Sie haben nie geraucht? Sehr brav. *(Abg. Dr. Gradenegger beginnt zu jodeln. - Abg. Graf: Das war der schönste Zwischenruf, den ich je gehört habe, Herr Dr. Gradenegger!)*

Obwohl also diese Regierung keine Verantwortung für die Finanzierung der Spitäler hätte, hatte sie diese Verpflichtung freiwillig übernommen, und aus diesem großen Maßnahmenpaket, das Sie immer wieder so kritisieren, werden bedeutende Summen für diesen Spitalsfonds, für diesen zentralen Bundesspitalsfonds abgezweigt.

Ich möchte Ihnen gleich auch etwas sagen: Sie haben in der Begründung des Mißtrauensantra-

ges gegen die Frau Minister Leodolter gesagt, sie hätte zu wenig Kompetenzen in diesem Ministerium, und kaum geht es einmal so wie bei diesem zentralen Fonds um eine geringe Ausweitung der Kompetenzen des Gesundheitsministeriums, sind Sie die ersten, die dagegen stimmen.

Ich möchte überhaupt sagen, als Sie - und das ist vielleicht der bedeutendste Beitrag für den Föderalismus, den Sie geleistet haben - sich bemüht haben, die Initiativen der Landeshauptleute, die ja realistisch denken, die ja letzten Endes Politik machen müssen für die Menschen in ihrem Lande, diese Länderpolitik abzublocken im Interesse der ÖVP, weil Sie eben erklärt haben, es dürfte nicht mehr kosten, erinnerten Sie mich - da darf ich ein Beispiel aus der heute so populären Fußballwelt gebrauchen - an einen Tormann, der sich vergeblich streckt, um die Eigentore, die ihm seine eigenen Leute schießen, zu parieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ganz kurz die medizinische Diagnose für Ihre Partei: Schizoide Verhaltensweise mit partiellem Gedächtnisverlust - ich erinnere an den Verlust der Haselgruber- und der Müllner-Millionen - und Autoaggressionstendenzen, ein medizinischer Ausdruck, der besagt, daß im eigenen Körper Abwehrstoffe gegen körpereigene Organe und eigene Zellen gebildet werden. Das trifft doch, das kann man mit ruhigem Gewissen sagen, bei dieser ÖVP bei Gott zu. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie haben sich Eigentore geschossen und haben sich bemüht, solche Eigentore zu verhindern. Ganz besonders wurden Sie attackiert von dem Präsidenten der Österreichischen Ärztekammer, immerhin ÖVP-Landtagsabgeordneter in der Steiermark, der Sie verbal attackiert hat, Herr Bundesparteioobmann Taus, Sie aber in Wirklichkeit entlasten und Ratzenböck schlagen wollte, der als Ländervertreter gegen die Länderinteressen agiert hat.

Diesem Präsidenten Piaty ist es gelungen, den Nationalfeiertag aller Österreicher zu einer politischen Kundgebung eines Teiles der österreichischen Ärzteschaft umzufunktionieren - ich sage bewußt: eines Teiles der österreichischen Ärzteschaft - und zu einer politischen Kundgebung, denn durch eine Einladung zu dieser Veranstaltung, die ich Ihnen hier zeigen darf *(Redner weist die Einladung vor)*, von der Vereinigung österreichischer Ärzte, dem ärztlichen Appendix der Österreichischen Volkspartei, dem ärztlichen Anhängsel, wurden diesem Nationalfeiertag unter der Tarnung der Überparteilichkeit politische Akzente einer einzelnen Ärztegruppe aufgesetzt.

Es ist bemerkenswert, was dieser Präsident Piaty, immerhin Präsident einer Kammer öffent-

6944

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Dr. Steyrer

lichen Rechtes, dort in seiner langen Rede mitgeteilt hat. Ich darf Ihnen hier mit Erlaubnis des Präsidenten einige sehr kennzeichnende Stellen aus dieser Rede zitieren. Er hat über dieses Abgabenänderungsgesetz und über die Belastungen, die für die Freiberufler daraus erwachsen, gesprochen und hat vorgeschlagen, man sollte doch von der Regierungsseite Sparmaßnahmen ins Auge fassen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Richtig!)* Richtig! Herr Abgeordneter Kohlmaier, aber jetzt hören Sie ein bißchen zu, Sie werden mir dann auf meine Fragen Bescheid geben. Ich habe einige spezielle Fragen auch an Sie.

Dieser Präsident Piaty hat also erklärt: Hier wäre ein weites Feld zu sparen, etwa die 12,5 Milliarden Schilling Subventionen, die Gratisschulbücher, die Schülerfreifahrten, die Prämien für Eheschließung und Geburt für alle und jedermann, ob bedürftig oder nicht bedürftig, nach dem Gießkannenprinzip und so weiter, und so weiter. Eine unbezähmbare Sucht von Spitzenpolitikern bis zu Lokalgrößen nach Prestige und Nachrufpalästen.

Präsident Piaty, ÖVP-Landtagsabgeordneter, hat weiter in einer offiziellen Funktion gesagt: Wir betreiben keine Geschäfte irgendeiner Partei, auch nicht der Opposition. – Niemals wurde der Mantel der Überparteilichkeit dreister und unverschämter ausgenützt als bei dieser Rede.

Wir haben weiter gehört: Wir werden Maßnahmen konzipieren – hat Piaty gesagt –, die die staatliche Verwaltung in nicht zu bewältigende Schwierigkeiten bringen werden. – Er hat dann gesagt: Wir werden alle Möglichkeiten im Rahmen des Legalen bis hin zum Steuerstreik prüfen und auch das Unerträgliche dieser Politik zum Ausdruck bringen. Und wir werden – das ist vielleicht das Schönste und Beste an diesem Elaborat – uns außerkameral, außerhalb der Ärztekammer, überkameral und überparteilich eine Organisationsform schaffen, die unseren Widerstand artikuliert, motiviert, organisiert und durchführt.

Erklärungen eines ÖVP-Landtagsabgeordneten, mithin auch Erklärungen einer ÖVP.

Ich frage Sie, Herr Abgeordneter Dr. Koren, was sagen Sie als ehemaliger ÖVP-Finanzminister zur Aufforderung eines Präsidenten der Österreichischen Ärztekammer zum Steuerstreik? *(Ruf bei der SPO: Er hat einen Eid geschworen!)*

Zweitens: Ich frage den Herrn Abgeordneten Dr. Gruber als Schulsprecher der ÖVP: Was sagt er zur Streichung der Freifahrten für Schüler, zur Streichung der Schulbuchaktion?

Ich frage den Herrn Abgeordneten Dr. Neisser: Was sagt er zu dieser Passage: Wir werden Maßnahmen konzipieren, die die staatliche Verwaltung in nicht zu bewältigende Schwierigkeiten bringen wird?

Ich frage die Frau Abgeordnete Hubinek, die Abgeordneten Kohlmaier und Wiesinger: Was sagen Sie zur Streichung sämtlicher Ehebeihilfen und Geburtenbeihilfen? Nur ganz kurz eine einzige Erinnerung: Im Gefolge dieser Geburtenbeihilfen ist die Säuglingssterblichkeit in Österreich durch den Erfolg dieser flankierenden Maßnahmen um 35 Prozent zurückgegangen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich frage die Herren Vertreter der Landwirtschaft in der Österreichischen Volkspartei, was sie zur Streichung der 12,5 Milliarden Subventionen sagen *(Zwischenrufe bei der ÖVP – Präsident Probst gibt das Glockenzeichen)*, den Herrn Fachleutner und vielleicht auch den Herrn Lanner, wenn er noch ein bißerl Bauer ist. Da sind ja diese Subventionen mit inkorporiert. Die sollen nach Meinung des Herrn Piaty ersatzlos gestrichen werden. *(Abg. Dr. Eduard Moser: Das ist unerhört!)*

Ja, das ist unerhört, meine Damen und Herren, was Sie hier als ÖVP von sich geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte noch ganz kurz, weil ich den Abgeordneten Steinbauer hier stehen sehe, eine Frage an ihn richten. *(Abg. Dr. Eduard Moser: Sie zitieren falsch, das ist unerhört!)*

Das ist wortwörtlich, Herr Kollege. Wie können Sie sagen, daß das falsch zitiert ist? Ich stelle Ihnen das zur Verfügung. Das ist die „Österreichische Ärztezeitung“, das offizielle Organ der österreichischen Ärzteschaft. Ich habe nichts falsch zitiert. Lesen Sie sich das bitte durch. *(Andauernde Zwischenrufe bei der ÖVP. – Abg. Höchtl: Weiterlesen! – Präsident Probst gibt neuerlich das Glockenzeichen.)* Ich darf bitten, daß diese Rede den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei in Reinschrift zur Verfügung gestellt wird. Ich glaube, das müßte möglich sein.

Den Kollegen Steinbauer möchte ich folgendes fragen: Wir haben gestern eine Debatte über den Terrorismus in Österreich abgeführt. Hier darf man eines nicht übersehen: Hinter der rhetorischen Brillanz eines Busek und eines Steinbauer – das möchte ich ohne weiteres zugeben – verbirgt sich in Wirklichkeit ein provinzieller Konservatismus *(Abg. Graf: Aber!)*, der gefährliche Relationen herstellen will. Er möchte das Demokratieverständnis der Sozialdemokratischen Partei in Frage stellen.

Da darf ich Ihnen eines in Erinnerung

Dr. Steyrer

bringen: Diese Sozialdemokratische Partei hat noch nie jemanden wegen seiner Gesinnung ins Gefängnis gebracht. Ich will nicht in Ihrer Vergangenheit forschen, in der Vergangenheit Ihrer Vorgängerpartei. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.)* Kollege Schwimmer, ich werde noch ein bißchen auf die Situation der ÖVP eingehen.

Ich habe gesagt, diese ÖVP leidet an schizoider Verhaltensweise. Es ist ja gar keine Frage, daß ich hier, wenn ich die Situation Ihres Bundesparteiobermannes analysiere, von tiefem Bedauern für einen Bundesparteiobermann erfüllt bin, der eine hervorragende Karriere als anerkannter Bankfachmann aufgegeben hat - zweifellos unter dem Druck seiner Partei - und jetzt die Aufgabe hat, eine Partei zu führen, die das System der permanenten Selbstzerstörung zu einer perfekten Meisterschaft entwickelt hat. *(Abg. Dr. Taus: Übersteigern Sie sich nicht, Herr Kollege!)* Das ist gar keine Frage, Herr Parteiobermann Taus. Man müßte Nestroy sein, um all das beschreiben zu können, was in dieser Partei vorgeht.

Sie kommen mir manchmal vor wie der Fährmann Charon, der das Schiffelein der ÖVP über den Fluß des Vergessens direkt in den Orkus der politischen Bedeutungslosigkeit steuert. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Steuern ist da viel zuviel gesagt bei dem Zickzackkurs, den diese ÖVP nimmt. Aber es wäre ungerecht zu sagen, Herr Dr. Taus, daß Sie derjenige wären, der die Verantwortung für diese Partei alleine trägt. Es sind ja viele Ruderer, die dieses Schiffchen in verschiedene Richtungen rudern und steuern. *(Abg. Libal: Paddler sind es!)*

Ich bin mir klar, daß Sie als Abgeordnete diese Fragen, die ich Ihnen hier konkret im Gefolge der Rede des Dr. Piaty gestellt habe, nicht beantworten werden, nicht beantworten wollen, nicht beantworten können. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Fragen Sie ihn selber!)* Ich werde ihn fragen, Kollege Kohlmaier, aber es wäre ja viel rascher und viel besser, wenn Sie Ihren eigenen Parteifreund fragen würden. Sie haben ja einen stärkeren und direkteren Draht als ich. Ich habe mit Piaty nicht die Verbindung, die Sie vielleicht haben. Es trennt mich manches von einem Piaty. Aber ich bin überzeugt, es trennt auch Sie manches von Piaty. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Machen Sie sich Ihre Standespolitik selber aus!)*

Das ist keine Standespolitik. Wenn Sie heute diese relevanten Maßnahmen, die Bildungspolitik, die Sozialpolitik und die Gesundheitspolitik der Sozialistischen Partei in Frage stellen, dann ist das keine Standespolitik, dann ist das eine

echte Gesellschaftspolitik, und Sie werden nicht umhin kommen, auf diese Fragen Antwort zu geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber ich habe zuerst gesprochen vom provinziellen Konservatismus. Diese ÖVP geht direkt, verschmitzt, mit Huemer und „prettieren“ in den Provinzialismus der Spießbürgerlichkeit. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Bitte lachen!)* - Da vergeht einem das Lachen, das muß ich Ihnen sagen.

Aber wenn Sie keine Antwort auf diese Fragen geben können, kann ich Ihnen zum Abschluß eines sagen: Die Sozialisten, die Sozialisten in der Regierung, die Sozialisten als Abgeordnete, aber letzten Endes auch die österreichischen Wähler werden Ihnen eine deutliche Antwort auf diese Bestrebungen geben; eine deutliche Antwort, die Sie im Burgenland und bei den Eisenbahner-Wahlen bereits bekommen haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte auch im Rahmen dieser Generaldebatte, die ja, glaube ich, noch nicht geschlossen ist, einige Worte sagen zu gewissen Grundsätzen in diesem Budget.

Dieses Budget ist uns in der Budgetrede des Herrn Finanzministers als ein Sparbudget vorgelegt worden. Das Wort „Sparen“, meine Damen und Herren, hat die ganze Budgetrede des Herrn Bundesministers für Finanzen, des Herrn Vizekanzlers, durchzogen; es ist überhaupt jetzt in der Budgetpolitik der Bundesregierung groß in Mode. Man kann aber nur sagen: Wenn's wirklich wahr wäre! Wenn es wirklich Realität würde, so würden wir Freiheitlichen uns sehr freuen, denn wir sind immer und seitdem wir hier wirken für eine sparsame Politik eingetreten. Wir meinen, daß man die Methode, Defizite der Haushalte abzubauen, nicht einseitig von der Einnahmenseite her durchführen kann, sondern daß man auch auf der Ausgabenseite - und jetzt in dieser Situation vor allem auf der Ausgabenseite - versuchen muß, Ausgaben abzubauen, weil die Erschließung neuer Geldquellen, der Versuch, von der Einnahmenseite her an das Budgetdefizit heranzugehen, zwar ein bequemer, aber kein zielführender Weg ist.

Es ist einfach nicht zielführend und nicht aussichtsreich zu versuchen, Budgetschwierigkeiten durch Steuererhöhungen zu mildern, und es ist zum Beispiel auch nicht sehr zielführend oder aussichtsreich, auf dem Gesundheitssektor die ganze Misere der Spitalsfinanzierung wieder

Dr. Schmidt

durch eine direkte oder eine indirekte Belastung der Versicherten und Steuerzahler in den Griff bekommen zu wollen, anstatt zu versuchen, durch Einsparung diesen Dingen abzuweichen. Gerade wir Freiheitlichen haben durch unseren Gesundheitssprecher Dr. Scrinzi eine ganze Reihe von solchen Vorschlägen, von solchen Rationalisierungsvorschlägen gemacht; sie sind leider in der Öffentlichkeit nicht sehr beachtet worden. Man hat sich immer wieder nur auf die große Frage, auf die großen Verhandlungen, die schließlich zu einem Fonds führen sollen – der Fonds muß ja wieder durch Beiträge und Einnahmen gesteuert werden –, festgelegt. Von Einsparungen auf der Ausgabenseite war wenig die Rede.

Aber man braucht kein großer Prophet zu sein, um zu sagen, daß alle diese Versuche, die jetzt gemacht werden mit Luxussteuer, mit Beitrags-erhöhungen, mit Steuererhöhungen, um die Defizite wenigstens etwas zu mildern, sicherlich ein Schlag ins Wasser sein werden, wenn man nicht auch die andere Seite, die Ausgabenseite, ernsthaft in Erwägung zieht, wenn man nicht ernsthaft versucht, die ständig expandierenden Ausgaben zu drosseln.

Ich möchte die Frage aufwerfen, warum eigentlich der Finanzminister mit seinem Budget so in Schwierigkeiten ist, so in der Bredouille ist, wie man sagt, warum es hinten und vorne nicht zusammengeht. Die Antwort ist eigentlich recht einfach: Weil man eben in den Jahren der günstigen Wirtschaftslage, in den Jahren der Prosperität, dem Grundsatz, den jede einigermaßen gut wirtschaftende Hausfrau befolgen muß, nicht gehuldigt hat, dem Grundsatz, der da heißt: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not! In der Zeit der günstigen Wirtschaftslage ist nicht gespart worden, sind keine Reserven angelegt worden, und daher haben wir heute ein Defizit von 50 Milliarden und haben heute eine Staatsverschuldung wie noch nie.

Und jetzt auf einmal, wo das Wasser bis zum Hals steht, jetzt durchzieht der Sparappell die Reden der verantwortlichen Finanzpolitiker, nach all den Jahren der Verschwendung, nach all den Jahren, in denen die Regierung über ihre und natürlich auch über unsere Verhältnisse gelebt hat, nach all den Jahren, ich möchte sagen, der Gigantomanie, in denen man Millionen und Milliarden verplant, verbaut, hinausgeworfen hat. Ich denke nur an das Planungschaos zum Beispiel beim Allgemeinen Krankenhaus, wo auch der Bund zu 50 Prozent beteiligt ist und das heute durch die vielen Fehlplanungen schon ein Vielfaches von dem kostet, was ursprünglich angenommen worden ist. Ich denke an die monströse UNO-City, wo wir heute noch nicht wissen, wie man die

überflüssigen Bürotrakte belegen soll und mit wem.

Jetzt aber wird lauthals vom Sparen gesprochen. Und eine ganze Passage seiner Budgetrede hat der Herr Vizekanzler der Aufzählung ganz konkreter Sparmaßnahmen gewidmet. Ich darf vielleicht gleich anfangen.

Er hat gesagt: einjährige Sperre für Ankäufe neuer Kraftfahrzeuge – mit notwendigen Ausnahmen, zum Beispiel Polizeieinsatz oder Postzustellfahrzeuge; diese werden nur mit Regierungsbeschluß genehmigt. – Das hört sich wunderbar an, das ist sehr schön, das kann man sehr gut propagandistisch verkaufen, das ist wirkungsvoll.

Aber ich bitte Sie, meine Damen und Herren: Was geschieht in Wahrheit – mein Fraktionskollege Broesigke hat heute schon mit wenigen Worten dieses Problem gestreift –, was geschieht in Wahrheit mit diesem Budget, mit diesen 50 Milliarden Defizit?

Da sind 46 neue Dienstautos der Kategorie III und II a, das sind die höchsten Kategorien, die größten Wagen, im gesamten Budget mit vollen Ansätzen für den Ankauf vorgesehen. Das sind ganze 4,2 Millionen für die Anschaffung neuer Dienstwagen.

Wir haben dem Herrn Finanzminister das in der Fragestunde vorgehalten, wir haben das jedem einzelnen Ressortminister in den diversen Ausschusssitzungen des Finanz- und Budgetausschusses vorgehalten. Der Minister hat gesagt: Ja, aber bei jedem einzelnen Ankauf muß vorher ein Ministerratsbeschluß her!

Hohes Haus! Das sagt unserer Meinung nach gar nichts. Für fast alle Ausgaben, die getätigt werden, die hier ihre Ansätze haben im Budget, müssen vorher Beschlüsse gefaßt werden, um sie zu realisieren. Tatsache und von Bedeutung ist, daß der Ankauf von 46 Dienstwagen der höchsten Kategorien hier budgetmäßig vorgesehen ist, und der Herr Finanzminister sagt: Na ja, das muß vorgesehen sein, denn es können ja besondere Fälle eintreten, es kann ein Wagen einen Totalschaden erleiden. Er hat in der Fragestunde das Argument mit dem Totalschaden dreimal verwendet, als ob man im kommenden Jahr mit 46 Totalschäden rechnen würde.

Auch dieses Argument, darf ich mir zu sagen erlauben, ist nicht stichhältig, denn wenn man wirklich die Auswechslung, die Neuanschaffung von 46 Dienstwagen vorsichtshalber budgetieren muß, dann kann man das mit Verrechnungsansätzen machen, dann kann man das mit 1 000 S-Ansätzen machen, und wenn dann wirklich ein solcher Fall eintritt, kann man im Wege eines Budgetüberschreitungsgesetzes

Dr. Schmidt

immer wieder unter dem Titel „unvorhergesehene Ausgabe“ dieses Geld bekommen.

Meine Damen und Herren! Das ist also kein Argument dafür, daß man 4½ Millionen im Budget vorsehen muß. Man hätte also wirklich mit Verrechnungsansätzen arbeiten können. Tatsache bleibt, man hat 46 Neuanschaffungen um 4,2 Millionen budgetiert, und mein Fraktionskollege Broesigke hat in richtiger Konsequenz unserer Kritik im Finanz- und Budgetausschuß einen Abänderungsantrag auf Streichung von elf Budgetposten gestellt, aber leider, gegen den Willen der beiden großen Parteien konnte er nicht durchdringen. So schaut also die Spargesinnung aus, die man öffentlich so plakatiert hat.

Meine Damen und Herren! Ich hätte das nicht gebracht, und wir Freiheitlichen sind auch nicht kleinlich, wir wissen schon, daß der Bundeskanzler, daß die Minister nicht mit der Straßenbahn fahren können und daß sie auch nicht Taxis benützen können, obwohl das vor Jahren ein Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers war, Taxis zu nehmen anstelle von Dienstwagen. Wir wissen das. Und wir sind auch nicht kleinlich. Aber wenn man schon von Regierungsseite so groß dieses Sparprogramm, so groß die Sparerrungenschaft hinausposaunt, so gestatten Sie auch, daß wir uns hier doch etwas näher mit diesem Propagandagag: Ankaufstopp neuer Dienstwagen, beschäftigen. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Es leuchtet also aus diesem Budget die echte Absicht hervor, 46 Dienstwagen anzuschaffen, das ist ganz deutlich, und – das muß man sagen und feststellen – diese Absicht steht im diametralen Gegensatz zu den großen Beteuerungen in der Budgetrede. Auch im Budget des Bundeskanzleramtes sind drei Dienstwagen der Kategorie III zur Anschaffung vorgesehen; ich höre laut Auskunft, zwei für Landeshauptleute – ich möchte das ganz objektiv sagen – und einer für den Staatssekretär.

In diesem Zusammenhang auch etwas für uns sehr Unverständliches: Das kleine Österreich kann sich den Luxus leisten, daß jeder seiner Landeshauptmänner zwei Dienstwagen zur Verfügung hat; einen bekommt er von seinem Bundesland, offensichtlich für Obliegenheiten, wenn er in der Landesverwaltung zu tun hat oder für die Landesverwaltung tätig wird, und einen bekommt er vom Bund, weil er ja auch Träger der mittelbaren Bundesverwaltung ist. Er hat bekanntlich eine Doppelfunktion, der Herr Landeshauptmann. Ich weiß, daß das rechtlich, verfassungsrechtlich gedeckt ist, daß es verbrieft und besiegelt ist, also sozusagen in Ordnung geht.

Aber ich frage mich – und ich glaube, es fragt sich jeder Österreicher, der von der Staatsver-

schuldung täglich hört, die die höchste ist, die wir jemals gehabt haben, der von dem Staatsdefizit, dem Budgetdefizit von 50 Milliarden hört, der ab 1. Jänner 1978 viel mehr Steuern zahlen muß, der einem Steuerdruck unterliegt wie nie zuvor, es fragt sich der Selbständige, der Arzt, der Freiberufler, dem nur ein 105 000 S-Wagen steuerlich zuerkannt wird, es fragen alle –: Bitte schön, können wir uns hier in Österreich so etwas leisten?

Man fragt sich eigentlich auch weiter: Ist keinem Landeshauptmann – außer dem Wiener Landeshauptmann, das soll objektiverweise gesagt werden – je die Idee gekommen zu sagen: Na bitte, ich stelle einen der Dienstwagen zurück, ich brauche nur einen, sparen wir den einen ein!, obwohl er ein Recht darauf hätte? Ist noch niemandem diese Idee gekommen außer dem Bürgermeister von Wien?

Ich stelle nämlich diese Frage auch deshalb nicht so von ungefähr, weil es doch Landeshauptleute gibt, die, ich möchte sagen, so federführend, so bahnbrechend sind, wenn es gilt, Sparvorschläge zu erstatten; allerdings Sparvorschläge bei anderen, nicht bei sich selbst. Ich denke da zum Beispiel an den Salzburger Landeshauptmann, den Herrn Dr. Haslauer, der zwar sein Büro, nachdem er angefangen hatte als Landeshauptmann, um 5 Millionen großzügig umbauen ließ, um dort eine kleine Residenz zu schaffen, und der dort gleichsam wie ein König residiert – ich habe mir das berichten lassen –, der mit den Räumlichkeiten des Herrn Altlandeshauptmannes Lechner nicht zufrieden war, der da sehr großzügig war, was seinen Bereich betrifft, der aber, wenn es sich darum dreht, nun Sparvorschläge für andere Kategorien, zum Beispiel für Abgeordnete, zu erstatten, groß hinausposaunt in die Öffentlichkeit und beträchtliche Ideen entwickelt. Daß der zum Beispiel auf den Gedanken käme: Ich brauche nur einen Dienstwagen!, ich glaube, das kann man ihm gar nicht zumuten.

Ich möchte also sagen: Bevor man sich als politischer Sparefroh betätigt, müßte man zuerst selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Aber das nur so nebenbei.

Wie schaut es sonst mit der Spargesinnung in diesem Budget aus? – Es ist nicht weit her mit ihr. Ich glaube, wenn der Nestroy leben würde, er würde sagen: Es ist alles net wahr, es ist alles net wahr!

Wo kann man denn eigentlich noch einsparen? Da heißt es wieder in der Androsch-Rede: Weitere Einschränkung bei Auslandsreisen.

Ich finde im Budgetkapitel Bundeskanzleramt eine Steigerung dieses Ansatzpostens um 5,6

Dr. Schmidt

Prozent. Also auch hier sind die Einsparungen nicht überzeugend.

Die verschwenderische Schulbuchaktion müßte doch auch eigentlich einmal in den Griff bekommen werden. Wir hören immer wieder, daß man Versuche macht, daß endlich diese Aktion organisiert wird, rationalisiert wird, daß sie abgelöst wird durch ein ordentliches rationelles Verteilungssystem. Das verspricht uns der Unterrichtsminister alle Augenblicke seit Jahren, nur: Geschehen tut nichts. Aber auch diese weiteren Einsparungen bei der Schulbuchaktion stehen auf dem Programm, füllen die Rede des Herrn Vizekanzlers.

Wissen Sie, wieviel Einsparungen in diesem Budget vorgesehen sind? - Von 990 Millionen auf 980 Millionen, ganze 10 Millionen Schilling. Ich muß sagen: Es ist direkt ein Witz!

Anstatt daß man ein Verleihsystem organisiert, um gut erhaltene Schulbücher nach Gebrauch wieder anderen Schülern zur Verfügung zu stellen und so die Anschaffung neuer Wegwerfbücher zu ersparen und damit auch wegzukommen von dieser Wegwerfgesinnung, um die Jugend wieder hinzuführen zu einer Gesinnung, in der man das Eigentum achtet, bewahrt, schont, anstatt daß man das tut, ernstlich darangeht, kann man sich offensichtlich von der Geschenkeverteilungspolitik nicht trennen.

Herr Kollege Fischer hat heute vormittag gesagt, als er auch auf dieses Thema zu sprechen kam: Na bitte, wenn man das alles zusammenrechnet, sind es, glaube ich, 450 Millionen, die man mit diesen kleinen Dingen einsparen kann; was sind schon 450 Millionen Schilling bei einem Ausgabenrahmen von rund 270 Milliarden im Budget?

Bitte, der Herr Bundeskanzler hat vor nicht allzulanger Zeit gesagt, es kommt auf jeden Hunderter und auf jeden Tausender einzusparen an. Es kommt also auch auf die 450 Millionen Schilling an. Und ich möchte sagen: Wenn es darauf nicht ankäme, Herr Kollege Fischer, dann hätte auch der Herr Finanzminister diese Punkte des Sparprogramms nicht so groß hinausstellen dürfen, und er muß es sich also gefallen lassen, daß wir das nun im einzelnen beleuchten: Was steckt wirklich dahinter? Was ist die Realität?

Vielleicht durchforstet man dann auch die Subventionslisten. Auch das ist hier angekündigt worden: Weitere Reduktion der Subventionen durch eine Durchforstung der Subventionsausgaben und monatliche Berichterstattung an die Bundesregierung.

Wir werden genau verfolgen, wie das ausschaut. Vielleicht durchforstet man und viel-

leicht überlegt man sich auch einmal, ob man gewisse Zeitschriften - auch das ist heute schon besprochen worden: Pornozeitschriften, Pornofilme, die subventioniert werden, Machwerke wie die „Staatsoperette“, die man heute schon zitiert hat -, ob man diese Dinge unbedingt mit Steuergeldern füttern muß.

Meine Damen und Herren! Nichts - und das möchte ich noch einmal auch gleich im Anhang an die gestrige Debatte betonen, weil da so Vorwürfe gekommen sind -, nichts gegen die Freiheit des Geistes und nichts gegen die Freiheit des Schaffens, des kulturellen Schaffens, und nichts gegen die Freiheit der Gedanken! Aber dort, wo man nicht das eigene, nicht das persönliche Geld hineinsteckt, sondern wo man mit anvertrauten Geldern, mit Steuermitteln, operieren muß, ich glaube, dort muß man schon einen kritischen Maßstab anlegen.

Und ich möchte gleich sagen: Wir haben gar nichts dagegen - auch das im Zusammenhang mit der gestrigen Debatte -, daß Unrecht aufgezeigt werden darf, wie es der Herr Präsident Schnell hier vom Rednerpult sagt. Er hat zwar die Distanzierung vom Terrorismus vorgenommen, aber er hat doch immer wieder ein Wenn dazugelegt und ein Aber. Wir lehnen es ab, hat er gesagt, aber Unrecht darf man aufzeigen.

Und ich bedaure, daß auch mein Vorredner diesen Antiterrorismus-Standpunkt seiner Partei ein bißchen aufgeweicht hat. Die These ist gefährlich, die man da gebracht hat, daß das Aufzeigen und der Widerstand als Provinzialismus bezeichnet wird; also daß man gestern die Debatte hier geführt hat, ist etwas Provinzielles.

Ich glaube, auch das kann man so nicht sagen, denn man muß doch die Dinge, bitte, aufzeigen.

Der Herr Kollege Fischer hat heute gesagt, auch er bedauert die Debatte. Er hat vom Sympathisantenkreis gesprochen und hat gesagt: Ja nicht viel reden darüber, man muß diese Leute nicht zitieren - Nennung hat er genannt, Topsy Küppers und Kreisler, daß die zitiert worden sind, ist nicht notwendig -, man soll sie nicht nennen, man soll sie isolieren. - Na ja, ich weiß nicht.

Er hat auch noch gesagt - ich habe es mitgeschrieben -: Man darf nicht so tun, als wenn sie schon in den Redaktionen saßen.

Ja bitte, der Herr Nennung sitzt ja in der Redaktion, er ist nicht irgendwer. (Abg. Dr. Schranz: Ist das ein Terrorist?) Nein, nein, wir reden nicht von Terroristen, sondern von Sympathisanten, nicht wahr? (Abg. Dr. Schranz: Wieso sagen Sie, das ist ein Sympathisant? Das ist eine Diffamierung!) Ich

Dr. Schmidt

weiß es nicht. Aber es wurde nicht von mir der Name genannt, sondern von Fischer. Es wurde von Fischer der Name genannt. Topsy Küppers, Nenning. Lesen Sie nach im Protokoll!

Nenning ist ein häufiger Moderator im „Club 2“. Die Topsy Küppers ist eine bekannte Kabarettistin und hat Zugang und tritt auf im ORF. Also bitte schön. Und dann natürlich Herr Schily, Pastor Ensslin, Frau Haag: Sie werden nicht isoliert behandelt, sondern sie werden vom Rundfunk einem Millionenpublikum vorgestellt. Also hier wird gerade das Gegenteil von dem getan, was Fischer sagt, sie werden in der Öffentlichkeit vorgestellt.

Herr Kollege Schranz, Sie haben gestern gesagt: keine Zensur! Sicherlich, niemand denkt daran, auch wir denken an keine Zensur, solange nicht gesetzliche Schranken überschritten werden. Bitte schön, aber Kritik an ungerechten Zuständen, das Aufzeigen von Unrecht darf doch nicht mit der Aufforderung zu Mord und Totschlag verbunden werden! Ich glaube, da sind Sie meiner Meinung.

Aber das Aber und das Wenn hat immer so etwas aufweichend geklungen. Ich glaube, da gibt es keine Diskussion, und ich glaube, da gibt es auch keine Entschuldigung.

Wenn es zum Beispiel heute chaotische Zustände auf unseren Hochschulen, auf unseren Universitäten gibt, wenn in gewissen Studienrichtungen, möchte ich sagen, weil eine Minderheit zum Beispiel, eine extreme Minderheit den Vorlesungsbetrieb stört, der Vorlesende lächerlich gemacht wird, die Vorlesung zur politischen Versammlung umfunktioniert wird, so sind das Zustände, die doch, meine Damen und Herren, in diesem linksextremen Klima entstanden sind, das auch die Zeitungen vom Schlage eines „Neuen Forum“ verursachen.

Ich höre, daß zum Beispiel der uns allen bekannte Professor Bruckmann eine Vorlesung hält und auf die Tafel etwas schreibt, irgendeine Formel, und dann kommt ein linksextremer Student, wischt das weg und sagt: Jetzt machen wir keine Vorlesung, sondern jetzt machen wir eine Versammlung, jetzt reden wir, weiß ich, über Chile oder irgend etwas! Professor Bruckmann wagt etwas dagegen zu sagen, und da wird ihm gesagt: Sie können sich dann zum Wort melden, Sie haben jetzt ruhig zu sein! – Und dann geht eine Versammlung vor sich.

Ja das sind doch Zustände, und ich muß fragen: Wollen Sie das? Es kann hier niemand einschreiten, die Hochschule ist ja sozusagen immun.

Aber ich meine, das sind doch alles Dinge, die man aufzeigen muß, wo man nicht sagen kann:

Reden wir nichts darüber, die soll man isolieren! Wir können die Hochschulen nicht isolieren, sondern ich glaube, wir sollten aufzeigen, und wir sollten zeigen, was hier eine sicherlich kleine extreme Minderheit tut, die der schweigenden Mehrheit ihren Willen aufzwingt, ihre Methoden aufzwingt, einer Mehrheit, die also, wie gesagt, schweigt und die sich auch nicht wehrt, weil – und das muß man auch sagen, meine Damen und Herren – jeder Ruf nach Ordnung, nach Herstellung geordneter Verhältnisse sofort suspekt wird, sofort suspekt gemacht wird, verdächtigt wird und als faschistoid hier hingestellt wird.

Das haben die Linksextremen nicht nur bei uns in Österreich, sondern vor allem in der Bundesrepublik Deutschland so herrlich zustande gebracht, daß jeder Ruf nach Herstellung geordneter Verhältnisse sofort verdächtigt wird. Nach der Diktion der Terroristen ist ja die Bundesrepublik ein kapitalistisch-faschistischer Staat. Und dieselbe Diktion herrscht ja auch in diesem linksextremen Lager auf den Hochschulen.

Es ist völlig unverständlich, daß Zeitschriften, die den geistigen Boden für eine solche Entwicklung bereiten, noch mit öffentlichen Geldern gefördert werden, wie zum Beispiel das „Neue Forum“, aber auch der linksextreme „rennbahn-expreß“. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Der wird auch gefördert. Wissen Sie das nicht? Dann schauen Sie sich, bitte, die Listen an.

Meine Damen und Herren! Sparen – auch das ... (Abg. Blecha: Das ist eine Märchenstunde!) Das ist gar keine Märchenstunde! (Abg. Peter: Der „rennbahn-expreß“ stimmt!) Glauben Sie nicht, daß er gefördert wird? – Sie können bei mir dann die Liste einsehen. (Abg. Hatzl: Alles, was nicht so schreibt, wie Sie es gerne lesen, ist links!) Nein, o nein! Die Fächerung der Zeitschriften ist sehr groß. Aber ich habe mir nur die extremsten Beispiele herausgeholt.

Meine Damen und Herren! Wo kann man noch sparen? – Bleibt also eigentlich die öffentliche Verwaltung, wo man noch sparen kann. Der Herr Kollege Gasperschitz hat auch darauf heute schon in einem Beitrag Bezug genommen.

Ich bitte, mir also zu sagen: Wie steht es mit dieser sagenhaften Verwaltungsreform? Denn es ist ganz klar, das wissen wir alle, daß durch diese Reform noch Kapazitäten freigemacht werden können. In der Verwaltung steckt sicherlich noch ein Reservoir, wo man einsparen kann.

Ich bin nicht der Meinung des Kollegen

6950

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Dr. Schmidt

Thalhammer, der einmal bei einer Ausschußsitzung gesagt hat: Verwaltungsreform heißt nicht weniger Schreibtische, weniger Beamte. Das wäre eine Fehlinterpretation, sagte Thalhammer. (*Abg. Thalhammer: Nicht nur, habe ich gesagt! Bitte richtig zitieren!*) Also gut, er schränkt hier ein, bitte. Aber Sie haben sich in dieser Richtung geäußert.

Ich glaube, es steckt noch sehr viel drin, ich glaube, hier bestehen noch sehr viele Chancen, durch Vereinfachung und durch Rationalisierung einzusparen.

Aber wie, bitte, schaut es damit aus? – Da gibt es also seit Jahren die Verwaltungsreformkommission, vom Herrn Bundeskanzler ins Leben gerufen und mit namhaften Fachleuten beschickt, sie ist aber seit sehr langer Zeit nicht zusammengetreten, oder sagen wir besser: Sie tritt nur sehr sporadisch zusammen.

Ja, meine Damen und Herren, was soll man davon halten? Das heißt doch, daß die Reformtätigkeit eigentlich seit dem letzten Bericht, den wir hier bekommen haben – und das war, muß ich sagen, leider ein sehr magerer Bericht –, daß die Reformtätigkeit auf diesem Sektor einfach zum Stillstand gekommen ist.

Wir haben also 1975 diesen mageren Bericht zur Kenntnis genommen, und das einzige – das hat auch Gasperschitz heute schon gesagt –, was sehr gut war und was wertvoll war, war dieser Bericht des Herrn Dr. Fremuth über die Reform der Bundesbetriebe. Das war das Wertvollste, was da drinnen war, und seither ist nichts geschehen.

Der Herr Bundeskanzler hat auch keine richtige Auskunft geben können im Budgetausschuß, ob da jetzt Konsequenzen gezogen werden aus diesem Bericht, oder ob er in einer Schreibtischlade vergammelt, verschimmelt. Eher fürchte ich, das letztere ist der Fall.

Wir hören immer, Verwaltungsreform ist ein ständiger Prozeß. Jawohl. Das setzt aber doch voraus, daß man sich ständig damit beschäftigt. Und gerade in einem so komplexen und traditionsreichen Bereich wie der öffentlichen Verwaltung ist es sicherlich schwer, strukturelle Veränderungen vorzunehmen.

Was bis jetzt dort geschehen ist, das war, daß kleine Verbesserungen und kleine Vereinfachungen innerhalb des Verwaltungssystems vorgeschlagen wurden. Das ist sicherlich auch sehr wichtig. Aber Verwaltungsreform, wie wir es sehen, würde die Neuordnung des gesamten Systems bedeuten. Ich habe Zweifel, daß das beabsichtigt ist und daß das überhaupt geschehen soll.

Hat sich denn zum Beispiel jemand schon

darüber Gedanken gemacht, welche Aufgaben überhaupt grundsätzlich durch die öffentliche Hand zu besorgen sind? Welche Aufgabe überhaupt für die öffentliche Hand notwendig sind, daß sie durch sie besorgt werden? Gibt es Untersuchungen darüber, welche Aufgaben vom Staat direkt oder welche besser von Ländern und Gemeinden besorgt werden sollten oder von privaten Institutionen?

Denn, meine Damen und Herren, gerade im unkontrollierten Anwachsen des Aufgabenspektrums liegt ja die Ursache der bedrohlichen Kosten- und Personalexpllosion, die dem Finanzminister solche Schwierigkeiten machen. Dieser Kompetenzdschungel, die mangelnden Informationen, die Kompetenzüberschneidungen, die haben dazu geführt, daß der verunsicherte Bürger die Verwaltung vielfach gar nicht als Hilfe, sondern als Bedrohung ansieht, und das ist letzten Endes ja auch sicherlich der Grund für die da und dort wie die Schwammerln aus dem Boden schießenden Bürgerinitiativen. Die fachliche Zersplitterung mancher Aufgabenbereiche in eine Vielzahl von sich in den Agenden überschneidenden Ämtern macht eben den Behördenbesuch für den einzelnen Staatsbürger mühsam und aufwendig.

Und dazu kommt, daß innerhalb der öffentlichen Verwaltung das Management nach wie vor gekennzeichnet ist durch mangelndes Kostenbewußtsein – das muß man leider feststellen –, durch eine unklare Aufgaben- und Projektdefinition und durch mangelnde Delegationsbereitschaft. Und die Folgen sind mangelnde Entscheidungsfreudigkeit, Verunsicherung des Beamten, Passivität, Mangel an Initiative. Ich glaube, es wäre nicht gut, wenn man darüber hinwegsehen würde.

All das zu untersuchen, glaube ich, wäre Aufgabe der Verwaltungsreformkommission. Aber sie tritt nur sehr sporadisch zusammen, wie gesagt, und es besteht also wenig Hoffnung, daß hier etwas Entscheidendes herauskommt, das vor allem den Staat und auch die Haushalte entlasten könnte.

Lassen Sie mich bitte noch ein paar Worte zu den Beamtenproblemen sagen, die auch der Herr Kollege Gasperschitz hier angeschnitten hat. Gasperschitz hat mit Recht auf die schlechte Nachrede hingewiesen, die hier sozusagen schon zur Mode geworden ist, daß man den öffentlichen Dienst sozusagen als Selbstbedienungsladen präpotenter Beamter hinstellt.

Und diese, ich möchte sagen, üble Nachrede ist kürzlich noch verstärkt worden durch das Ergebnis des Linzer Meinungsforschungsinstitutes, das besagt hat: Beamte sind faul, aber selbstbewußt und wenig karrierebewußt und

Dr. Schmidt

zufrieden mit dem Beruf, also ein Quodlibet von Eigenschaften. Ich will das gar nicht näher erläutern, denn es spricht sowieso in der Qualität gegen sich.

Aber ich hätte nur eines gerne gehabt und habe das leider vermißt: daß vom Dienstgeber her, vom obersten Dienstgeber her doch dazu irgendwie etwas gesagt wird, weil ja immerhin der Dienstgeber beim pragmatisierten Bediensteten eine Art Schutzfunktion hat; es ist ein gewisses Treueverhältnis zwischen dem öffentlich Bediensteten und seinem Dienstgeber. Diese Schutzrolle hätte doch auch, glaube ich, erwarten lassen, daß man von seiten des Dienstgebers irgend etwas zu diesen Dingen sagt, aber leider war das nicht der Fall. Die Beamten haben sicherlich darauf gewartet, daß der Herr Bundeskanzler oder irgendein anderer hoher Funktionär des Staates zu diesem Ergebnis Stellung nimmt und dieses Ergebnis in die Schranken weist.

Ich verkenne eines nicht: daß das Leistungsprinzip im öffentlichen Dienst zweifellos forciert werden muß, daß in unserem Besoldungssystem Leistungsanreize fehlen. Die Besoldungsreform läßt leider auf sich warten, die Besoldung der Bundesbeamten ist leider von der aller öffentlich Bediensteten die schlechteste. Es ist so: Man kann hier Besoldungsvereinbarungen treffen auf allen Ebenen; kaum ist eine solche Vereinbarung getroffen, wissen wir ganz genau, daß die Länder und die Gemeinden mit ihren Bezügen den Bezügen der Bundesbeamten davoneilen. Also im Bundesdienst ist es so ziemlich am schlechtesten.

Und wenn es zu Gehaltsverhandlungen kommt – auch das muß kritisch vermerkt werden –, ist es immer Taktik der Bundesregierung, die vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes irgendwie auseinanderzudividieren. Da wird einer Gewerkschaft – meistens sind es die Eisenbahner – ein besonderes Zuckerl gegeben, dann scheren die aus dem Verhandlungsergebnis aus, und das, was zurückbleibt, muß nolens volens das vorgeschriebene Ergebnis akzeptieren.

Der Herr Kollege Gasperschitz hat auch Kritik an der Personalpolitik geübt. Ich muß sagen, hier klang seine Entrüstung nicht sehr echt. Herr Kollege, es soll die einseitige Personalpolitik gar nicht bestritten werden, aber sie hat verschiedene Seiten. Sie ist auf der einen Seite rot: dort, wo also eine sozialistische Mehrheit ist; sie ist aber auf der anderen Seite natürlich auch einseitig schwarz: dort, wo eine schwarze Mehrheit ist; und es gibt auch eine Personalpolitik, die schwarz-rot ist oder rot-schwarz, wo Sie sich beide gegen alle anderen, gegen Freiheitli-

che, gegen Angehörige der Blutgruppe Null, völlig einig sind.

Ich sage nur: Lehrerernennung in Wien. Da ist es völlig ausgeschlossen, daß ein Freiheitlicher eine Direktorstelle bekommt.

Ich glaube fast, meine Damen und Herren von der ÖVP, in diesem Klima fühlen Sie sich am wohlsten. Es kam ja auch auf Ihrem Gewerkschaftskongreß so richtig zum Ausdruck bei der Rede des Herrn Kollegen Gassner, der dort gesagt hat: Also wir Christlichen und die Sozialistischen, wir sind hier vereint, damit ist die Demokratie gerettet, und die anderen spielen überhaupt keine Rolle. Das war also die richtige Gewerkschaftsgesinnung, eine Gesinnung, die auch mein Klubobmann heute hier einer Kritik unterzogen hat.

Und es ist ja auch so in der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten, daß dort Urwahlen gescheut werden. Es ist seit 1945 nicht gewählt worden in dieser Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten. Die Funktionäre setzen sich dort nach dem unheiligen Proporz zusammen. Die Organe werden aus diesen Funktionären schwarz-rot besetzt nach irgendeinem Schlüssel, und andere haben keine Chance.

Also ich glaube, wenn man sich hier so entrüstet über Personalpolitik im öffentlichen Dienst, dann kann man das nur machen, wenn man selbst nicht im Glashaus sitzt. Wenn man aber selbst im Glashaus sitzt – und wir haben Erfahrungen im Bundesheer und in anderen Bereichen, wo auch Dienstgeber und wo auch Personalvertreter, die dieser Coleur angehören, genau dasselbe machen, was Gasperschitz bei dieser Seite kritisiert hat –, dann, meine Damen und Herren, muß man schon etwas vorsichtig sein.

Meine Damen und Herren! Wir sind daher auf Grund der Ausführungen unserer Redner und unserer Standpunkte nicht in der Lage, dem Budgetkapitel Bundeskanzleramt die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Als nächster kommt zum Wort der Herr Abgeordnete Steinbauer.

Abgeordneter **Steinbauer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn man die heutige Budgetdebatte verfolgt, dann hat man zuerst einmal den sozialistischen Klubobmann Heinz Fischer erlebt; der hat sich heute hingestellt und hat aus der Verlegenheit, über das Budget und über die SPÖ-Wirtschaftspolitik zu reden und womöglich vom Arbeitsplatzkonzept des Josef Taus zu reden, den Versuch gemacht, unseren Bundesparteibobmann anzuschütten. Nun, ich kann ihm versichern, das wird an Josef Taus abrinnen.

Steinbauer

Dann hat sich der Abgeordnete Steyrer hingestellt und hat auch versucht, vom Budget und von der Wirtschaftspolitik abzulenken. Es war schon nur mehr die Taschenbuchausgabe: Der hat versucht, den Präsidenten Piaty anzuschütten. Ich würde dem Kollegen Steyrer raten, diese Dinge in der Standesvertretung, bei den Auseinandersetzungen in der Ärztekammer zu besprechen oder sich das nächste Mal nicht im Tag zu irren und vielleicht morgen zur Gesundheitspolitik darüber zu reden und nicht hier beim Kapitel Bundeskanzleramt.

Ich will mich nicht mit dem Budgetkapitel Bundeskanzleramt beschäftigen, möchte aber doch auf Grund der Zwischenrufe noch einmal auf den Kollegen Steyrer zurückkommen. – Er ist leider nicht hier, aber vielleicht kann man es ihm ausrichten, er hat mich mißverstanden bezüglich der Sozialdemokratie. Aber ich will es ihm gerne erklären.

Er soll einmal die Eisenbahner-Wahlergebnisse nehmen und dann schauen: Wo kommt denn der Gewinn der SPÖ bei den Eisenbahner-Wahlergebnissen her? Sie können das ja sogar nachweisen in der Personalvertretungsstelle Wien et cetera. Das sind ja die kommunistischen Stimmen, die Sie hier aufgesogen haben. *(Abg. Thalhammer: Das ist doch eine Verdrehung der Ergebnisse, Herr Steinbauer!)*

Sie können das von Ort zu Ort sogar nachweisen. Reden Sie doch einmal mit Ihren Gewerkschaftsfreunden, die werden Ihnen die Details erzählen. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Thalhammer: Sie haben doch die ein Prozent von den Kommunisten bekommen!)* Das glauben Sie ja selber nicht, Herr Kollege Thalhammer!

Und dem Kollegen Steyrer möchte ich noch etwas erklären, weil er das mit der Sozialdemokratie, glaube ich, mißverstanden hat. Wissen Sie, Ihnen droht folgende Gefahr – und ich versuchte gestern, Sozialdemokraten in den sozialistischen Reihen zu suchen und sie zu folgender Überlegung anzuregen –, Ihnen droht die Gefahr, daß am Fransenrand des Königsmantels des regierenden Bundeskanzlers halt das Linksetümmel radikaler und aggressiver Art gewachsen ist und sich dort tummelt. Ich wollte Sie nur aufmerksam machen, Sie, meine Damen und Herren von den Sozialisten: Schauen Sie einmal auf diesen Fransenrand und schauen Sie, was dort herumwimmelt! Lassen Sie nicht alles vom Mantel des Sonnenkönigs verdeckt. Das ist auf die Dauer für Ihre Partei wahrscheinlich besser, als wenn Sie sich nicht darum kümmern und verzweifelt hier schreien, wir würden irgend jemanden geistig oder sonstwie verfol-

gen. Schauen Sie Ihren Fransenrand nach links einmal an. *(Abg. Dr. Gruber: Der ist nicht mehr sauber!)*

Aber ich wollte mich mit dem Kapitel Bundeskanzleramt einmal befassen, weil hier doch an fünf Kennziffern sehr Deutliches abzulesen ist, und das ist viel deutlicher als all das, was der Kollege Steyrer hier in den wirtschaftspolitischen, medizinischen oder sonstigen Raum gestellt hat. Es gibt da fünf Kennziffern, mit denen ich mich auseinandersetzen möchte: eine Minusziffer, eine Wucherziffer, eine Dunkelziffer, eine Lärmziffer und eine Nullziffer. Fünf Kennziffern aus dem dicken Buch Kapitel Bundeskanzleramt.

Bevor man sich aber damit beschäftigt, muß man sich eines verdeutlichen: daß natürlich auch im Kapitel Bundeskanzleramt und in dem ganzen Budget eine ganz große Spekulation drinnen ist. Die Spekulation heißt: Über „Zeit im Bild“, über die Medien werden wir die Leute mit einfachen Sätzen anreden, in einer langsamen Sprache, und da werden sie dann die Details und die Ziffernwerke eines Budgetkapitels oder von Wirtschaftspolitik gar nicht wahrnehmen.

In diesem Sinn hat ja einmal der Bundeskanzler langsam gesagt – und zwar vom Kahlenberg herunter im Jahre 1976 –, er hat gesagt, angesprochen, wie man sparen soll: „Eine halbe Milliarde kann man nirgends einsparen. Man muß halt kleinweis sparen.“ – Und die Österreicher haben dann wahrscheinlich genickt. – Und er hat dann noch gesagt, damit es ihnen leichter verständlich ist: „Da einen Hunderter ... dort einen Tausender“.

Nun, gehen wir das einmal an im Kapitel Bundeskanzleramt, wo der Herr Bundeskanzler sich nicht ausreden kann, daß das ein dickes Werk ist, das ihn nichts angeht, sondern das ist sein eigenes Ressort. Und gehen wir es an, so wie er es den Österreichern empfohlen hat nach Dr. Kreiskys Sparrezept: Da einen Hunderter, dort einen Tausender.

Schauen wir uns die erste Ziffer an, die Minusziffer. Da braucht man sicherlich nicht zu sparen, da hat der Herr Bundeskanzler schon selber gespart, nämlich bei der Entwicklungshilfe bei der Projektförderung, also jenem Kern der Entwicklungshilfe, die darüber Auskunft gibt, ob Entwicklungshilfe in diesem Lande einen politischen Stellenwert hat oder nicht; jenem Kernwert von Entwicklungshilfe, an dem wir gemessen werden auch von den Drittländern, und jenem Kernwert, wo wir große Versprechungen abgegeben haben.

Sie hätten den Herrn Bundeskanzler hören sollen vor einigen Wochen in Graz. Da hat er vor jungen Entwicklungshelfern die Träume wieder

Steinbauer

ein bißchen in Bewegung gesetzt. Er hat ihnen allerdings verschwiegen, daß er das Budget gekürzt hat. Und Sie hätten miterleben sollen, wie der Außenminister im Ausschuß ein bißchen unruhig war, als man ihn nach dem großen Afrikaplan fragte, den der Bundeskanzler im Ausland andeutungsweise in jener berühmten façon de parler in die Welt setzte, wo man Großes vermuten konnte.

Dr. Kreisky hat auch im Ausland nichts davon gesagt – nichts davon gesagt! –, was die wirklichen Fakten sind. Eine Minusziffer bitte, die Ziffer heißt: 1975 Ansatz 126 Millionen, 1976 Ansatz 126 Millionen, 1977 Ansatz 120 Millionen, 1978 Ansatz 120 Millionen. Bitte, eine Minusziffer.

Was sagt diese Minusziffer aus, verglichen mit den Äußerungen in Graz, verglichen mit den Äußerungen in der Welt? Die sagt doch nur aus, daß mit dem Idealismus der Menschen in Graz doch ein recht verschleiernendes Spiel gespielt wurde. Man hat sie angeheizt, aber man hat ihnen nicht dazugesagt, daß man in der Parallelaktion, in der Doppelstrategie die tatsächlichen Mittel gekürzt hat.

Und man hat mit der Minusziffer wahrscheinlich nicht nur Idealismus ruiniert, sondern man hat wahrscheinlich auch – und das soll man auch festhalten – auf lange Sicht einen staatspolitischen Fehler erster Ordnung gemacht.

Aber schauen wir die zweite Kennziffer an, eine Ziffer der Wucherung. Der engere Dienst um den Bundeskanzler und die Staatssekretäre, um nicht zu sagen der Hof, umfaßte 1970, als man dies übernahm – bitte die Auskünfte sind alle authentische von Staatssekretär Lausecker und Nachfolger –, 29 Dienstposten – 29! Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, Sie werden sich vielleicht nicht damit befaßt haben, wie das gewachsen ist. Wir halten jetzt in einer regelmäßigen jährlichen Wucherung in diesem engeren Dienst um die Person des Bundeskanzlers und um die Personen der Staatssekretäre bei 46 Dienstposten. Bitte, das ist Wucherung.

Aber nach außen hin – nach außen hin – wird vom Sparen geredet. Nach außen hin wird von Einschränkung geredet und nach außen hin wird überhaupt nicht dargelegt, daß man sogar im engsten Bereich weiterwuchern läßt.

Und wenn Sie sagen, das kommt von den Staatssekretären, dann wäre es ja auch gar nicht so von der Hand zu weisen, einmal da oder dort einen Staatssekretär nicht nur auszuwechseln, sondern überhaupt einzusparen. Es soll welche geben, die die Leute gar nicht kennen, und es soll welche geben, die man nicht einmal hier im Parlament so richtig noch wahrgenommen hat.

(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Keimel: Und solche, die falsche Aussagen machen! – Abg. Dr. Kohlmaier: Hammelspezialist, der Herr Schober!)

Lassen Sie mich die dritte Kennziffer im Kapitel Bundeskanzleramt des Staatshaushaltes 1978 anschauen, die Kennziffer, die ich nicht als Freßziffer bezeichnen möchte, die ich bezeichnen möchte als Verdunklungsziffer, weil sie nämlich systematisch und regelmäßig aus Gründen der Kosmetik verdunkelt, kosmetisch bearbeitet wird im Staatshaushalt: das sind die Repräsentationsausgaben.

Hier spielt sich Jahr um Jahr – Jahr um Jahr! – in dieser Regierung, die von Transparenz gesprochen hat, in dieser Regierung, die von Offenlegung und dergleichen nach außen redet, etwas ab: daß ganz einfach nur die Hälfte dessen im Budget aufscheint, was dann tatsächlich ausgegeben wird. Bitte, das ist eine Verdunkelung und das ist natürlich ein ganz einfacher Trick, in der Hoffnung, wenn es dann zwei Jahre später im Rechnungshof hochkommt, da werden es die Leute dann halt hinnehmen, daß es so geschehen ist. Bitte, das ist ein ganz einfacher, Jahr für Jahr kultivierter Vorgang der Verdunkelung. Jetzt sind wir im offiziellen Papier bei 3,6 Millionen Schilling; 1974 waren wir schon bei 3,5 Millionen Schilling; nur ausgegeben haben wir schon weit über 6 Millionen Schilling; und wahrscheinlich werden wir dann am Ende 1978 etwa beim Doppelten, so ungefähr bei 8 Millionen Schilling, sein.

Das war die Verdunklungsziffer. Das bitte angesichts der Transparenz, der Offenheit und all dessen, was da immer geradezu als Standardrede hier verlesen wird vom Offenlegen und vom sozialistischen Transparenzgetue. Ich glaube, das glaubt ja nicht einmal mehr der Medizinalrat Steyrer, der da ja auch so ein paar Sätze davon verwendet hat.

Die nächste Ziffer, die Lärmziffer. Das ist nur der schlichte Ansatz 1/10008, die Post 4572, das sind die Druckwerke des Pressedienstes. Bitte schön: Das hat ja eine ganz seltsame Entwicklung. Sie können, wenn Sie das über Jahre betrachten, den Rhythmus der Druckwerke ganz einfach sehen, wie das immer in einem Vorwahljahr und in einem Wahljahr dann plötzlich ansteigt und jedesmal drastisch unterbudgetiert ist. Auch jetzt haben wir diesen Vorgang wieder: Für 1978 haben wir 5,5 Millionen Schilling budgetiert. Insgesamt werden für diesen Pressedienst bereits – damit wir eine Größenordnung haben – etwa 16 Millionen Schilling budgetiert. Die 5,5 Millionen Schilling werden für den Vorwahlkampf eingesetzt – 1978 werden schon 5,5 Millionen Schilling budgetiert –, für diese Propagandaschriften, für diese

6954

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Steinbauer

Lärmmachschriften werden dann im Rechnungsabschluß 1978 10 Millionen Schilling sein.

Ich glaube, daß auch das ganz einfach ein Mangel an Transparenz ist und daß man einmal überlegen sollte, wenn man so von Demokratie und dergleichen spricht, ob wirklich eine Regierung soviel in Propagandamaterial hineinstecken soll. Ich glaube, Herr Bundeskanzler: Nein, es sollte nicht sein. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und eine letzte Ziffer, die Nullziffer – die Nullziffer; nicht die Nullenziffer, sondern die Nullziffer –: Der Ansatz für die Rundfunkkommission beträgt nur 150 000 S. Ich glaube, Herr Bundeskanzler, man könnte, man sollte, man müßte diesen Ansatz auf null reduzieren. Ich begründe: Herr Bundeskanzler! Als in das sozialistische Rundfunkgesetz hineinoperiert wurde, eine Kommission zu schaffen, gemischt aus Richtern und sonstigen Vertretern, da hatten Sie vielleicht noch Vorstellungen, es könne etwas daraus werden. Besetzt ist sie dann sozialistisch dominiert worden. Das ist leider inzwischen eindeutig. Es wurde kein Gremium, an das man sich wenden kann. Entweder sind zu wenig Richter drinnen, oder es sind gar zu viel Sozialisten drinnen. Das hat jedenfalls nicht so funktioniert. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Prüfen Sie, Herr Bundeskanzler, ob Sie nicht die 150 000 S unter der Devise „da einen Hunderter, dort einen Tausender“ wirklich auf Null reduzieren könnten. Prüfen Sie an drei Fällen.

Da war die Frage: Oberhammer Generalintendant – ja oder nein? – Bitte: Prüfen Sie die Judikatur, lesen Sie dann die Begründung. Bitte schön: Das war eben ein zu schweres politisches Problem. Das konnte die sozialistische Dominanz in dieser Kommission gar nicht durchlassen, es war ja „der Staat selbst“, die Regierungsmehrheit selbst in Frage gestellt. Sie war schlicht ein untaugliches Mittel für einen solchen politischen Brocken.

Oder schauen Sie den zweiten Fall an – ich glaube, er wird in den nächsten Tagen negativ entschieden –, den Fall Twaroch. Bitte: Bei allen anderen, die sich damit befassen, müßte der Fall Twaroch glatt akzeptiert und positiv erledigt werden. Auch hier: Das ist zu schwergewichtig; diese Kommission schafft es nicht, einem Bürger zu seinem Recht zu verhelfen. Schaffen wir die Kommission ab. So geht es jedenfalls nicht.

Oder schauen Sie einen dritten Fall an – falls Sie das gesehen haben, Herr Bundeskanzler –; Gestern die „Staatsoperette“ mit der ganzen Schmähung, mit der ganzen Verhöhnung gemeinsamer österreichischer Geschichte, mit dem ganzen unterschwelligem Tonfall von

Kirchenkampf. Ich frage Sie: Glauben Sie, daß Ihre Rundfunkkommission dieses sogenannte Kunstwerk wirklich beurteilen kann? – Auch da würde sie doch versagen, würde man sie vor ein solches Problem stellen.

Ich rate Ihnen daher: Schaffen Sie diese sozialistisch dominierte Rundfunkkommission ab – die es übrigens gar nicht gern hat, wenn man über sie im Parlament spricht, als ob man nicht über alles oder jedes im Parlament reden könnte –, schaffen Sie diese Kommission ab, novellieren Sie das Gesetz, sie hat sich nicht bewährt, sie ist zwar ein sozialistischer Machtpunkt in der Medienlandschaft, aber sie kostet 150 000 S zu viel. Und es geht ja darum, da einen Hunderter und dort einen Tausender und womöglich 150 000 S einzusparen.

Ich bin nur an fünf Ziffern gegangen. Ich will kurz einmal mit dem Kamm addieren, zusammenkratzen, was da an Geld drinnen ist, damit es die Österreicher erfahren, die in „Zeit im Bild“ gehört haben, wie Sie vom Kahlenberg gesagt haben: Man muß eben sparen; die halbe Milliarde ist nirgends drinnen; aber da einen Hunderter, dort einen Tausender.

Wenn Sie in Ihrem eigenen Bereich bei der Personalausweitung der Dienstposten, im Bereich der Staatssekretäre und des Bundeskanzleramtes, nur zehn Dienstposten – es waren einmal 29, jetzt sind es 46; nur zehn Dienstposten; vielleicht unter Opferung sogar eines Staatssekretärs selbst –, nur zehn durchschnittliche Dienstposten à 100 000 Seinsparten, wäre das nicht nur „da ein Hunderter und dort ein Tausender“, sondern einmal eine glatte runde Million.

Wenn Sie die Verdunkelungsziffer nur ernst nehmen würden, wenn Sie bei Repräsentationsausgaben nur das ausgeben würden, was Sie tatsächlich budgetiert haben, dann wären das weitere nicht Hunderter oder Tausender, sondern zusätzliche 3,6 Millionen Schilling, wenn Sie sich nur an das halten, was Sie in die Unterlagen hineinschreiben, die Sie im Parlament zur Beschlußfassung feierlich übergeben. Wenn Sie statt verdunkeln hier daraus Wahrheit machen würden, Herr Bundeskanzler: Es wären 3,6 Millionen Schilling.

Wenn Sie unter den Druckwerken des Pressedienstes einmal forsten und auch hier sich an den Voranschlag halten würden und nicht die übliche Erfolgsrate hätten, die bei den Druckwerken eine Verdoppelung heißt und die in einem Vorwahljahr natürlich kräftig ausfällt, weil ja da die Regierung plötzlich ein ungeheures – ein ungeheures! – Informationsbedürfnis hat, wenn Sie diese Lärmziffer auf den wirklichen Stand bringen würden, Herr Bundes-

Steinbauer

kanzler, wären auch noch da 5 Millionen Schilling drinnen.

Das sind schon über 9 Millionen Schilling, fast 10 Millionen Schilling. Das würde sogar den Österreicher beeindrucken, wenn Sie nicht vom Kahlenberg herunter sagen würden: Da ein Hunderter und dort ein Tausender!, sondern wenn Sie berichten könnten: 10 Millionen Schilling gespart, 10 Millionen Schilling echt in meinem eigenen Umkreis eingespart.

Sie könnten wahrscheinlich in der bekannt einfachen, ruhigen, langsamen Sprachweise sogar den Österreichern deutlich machen, daß 10 Millionen Schilling gar keine kleine Summe sind – gar keine kleine Summe! –, wenn man sie nur beim Durchblättern eines Budgetkapitels herausbekommt. Ich biete mich an, mit Ihnen das Budgetkapitel auf weitere 10 Millionen Schilling durchzugehen; die stecken auch noch drinnen.

Aber mir kommt es darauf an, zu diesen 10 Millionen Schilling noch bitte die 150 000 S dazuzulegen. Das wären die schönsten Hunderter und Tausender, die Sie einsparen würden. Man könnte ja überlegen, ob die Beträge nicht gleich vom SPÖ-Sekretariat überwiesen werden, als Durchlaufpost vielleicht weitergegeben werden können.

Ich glaube, daß solche konkrete Einsparungsmaßnahmen mehr bringen – und damit bin ich schon am Schluß – als das Rundherumschlagen des Abgeordneten Steyrer, der vor mir gesprochen hat. Es wäre sinnvoller – auch als Überlegung für die sozialistische Fraktion –, nicht nur den Androsch jetzt in einem ersten Schritt mehr unter Kontrolle zu nehmen, sondern auch sich selbst zu ermannen, selbst als Regierungsfraktion bei den nächsten Budgetfraktionssitzungen und bei den nächsten Budgetausschußsitzungen und bei der nächsten Budgetbeschlußfassung nicht nur vom Sparen zu reden, sondern Ihren Parteivorsitzenden, den Bundeskanzler, beim Wort zu nehmen: Da einen Hunderter, dort einen Tausender! Es wäre sinnvoller, ihn an die „Zeit im Bild“ zu erinnern und ihn daran zu erinnern, daß das die Leute draußen ja von ihm gehört haben, als er es vom Kahlenberg, von der großen Sparklausur aus verkauft hat, und daß man eigentlich die Leute durch Taten überzeugen mußte und nicht für dumm verkaufen sollte.

Deswegen bitte ich Sie: Gehen Sie zumindest im nächsten Budget schon als Bundeskanzler, als verantwortlicher Ressortchef, aber dann auch als Regierungspartei nicht ans Pult und reden Sie nicht vom Sparen, ohne auch nur einen Hunderter oder einen Tausender tatsächlich eingespart zu haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächste zum Wort kommt die Frau Abgeordnete Dr. Eypeltauer.

Abgeordnete Dr. Beatrix Eypeltauer (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst ein paar Worte zu meinem Vorredner, dem Herrn Abgeordneten Steinbauer. Er wollte uns die, wie ich glaube, sehr berechtigte Freude am Ergebnis der gestrigen Personalvertretungswahlen unserer Eisenbahner nehmen, indem er darauf hingewiesen hat, unser Stimmenzuwachs komme von den Kommunisten. Herr Kollege Steinbauer, abgesehen davon, daß die Stimmen keine Mascherl haben, möchte ich Ihnen doch etwas sagen, was schon im Evangelium geschrieben steht *(Oh-Rufe bei der ÖVP)*, und zwar heißt es dort: Es ist mehr Freude im Himmel über einen reuigen Sünder als über 99 Gerechte. *(Beifall bei der SPÖ und Heiterkeit im Haus. – Abg. Dr. Gruber: Über die Sozialisten können wir uns auch einmal freuen! – Zwischenruf des Abg. Dr. Busek.)* Bitte, Sie können sich freuen, Herr Kollege Gruber! Es freut mich, wenn Sie sich über mich freuen. *(Abg. Dr. Gruber: Womit ich nicht gesagt haben will, daß Sie eine Sünderin sind! – Neuerliche Heiterkeit.)*

Ich wollte auch dem Vorredner Dr. Gasper-schitz etwas sagen. Ich möchte sozusagen eine Art tatsächlicher Berichtigung hier vorbringen. Er hat nämlich gemeint, es sei der neue Linzer Polizeidirektor Hofrat Dr. Koller ein Mitglied meiner Partei oder zumindest ein BSA-Mitglied. Ich kann ihn beruhigen, ich weiß es ganz genau: Er ist weder das eine noch das andere, er ist nicht einmal ein Sympathisant, wenn ich ein modern gewordenes Wort hier in anderem Zusammenhang gebrauchen darf. *(Abg. Dr. Gruber: Für die Terrorszene sicherlich nicht!)*

Zu Professor Frühwirth möchte ich auch noch etwas sagen. Er hat heute einen Zwischenruf getan. Ich habe es gar nicht für möglich gehalten, daß ein Universitätsprofessor einen solchen Zwischenruf zu machen imstande ist. *(Beifall bei der SPÖ.)* Er hat, wenn ich Sie daran erinnern darf, im Zuge der Diskussion über den Terrorismus gerufen: Warum gab es unter Adenauer keine Terroristen?

Ich war sehr versucht – aber die weite Entfernung hat es mir unmöglich gemacht – zurückzurufen, Herr Kollege Frühwirth: Das ist etwa so, wie wenn man sagen würde: Was war die Regierung Raab für eine schlechte Regierung! Damals waren wir besetzt von vier fremden Mächten! Wie gut ist die Regierung Kreisky, wir sind ein freies Land! *(Beifall bei der SPÖ.)* – So ungefähr kommt mir Ihre Argumentation, der ich mich nicht anschließen möchte, vor.

6956

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Dr. Beatrix Eypeltauer

(*Abg. Dr. Gruber: ... auch einen besseren Vergleich! - Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Zum Budget: Ich bin mir dessen bewußt, daß es weitaus angenehmere Dinge gibt als die Erstellung eines Budgets. Das wissen wir alle, die wir jemals an den schwierigen Vorarbeiten und Verhandlungen teilgenommen haben, als deren Ergebnis dann der Voranschlag einer Gebietskörperschaft für das jeweils kommende Jahr vorliegt.

Dies, meine Damen und Herren, gilt umso mehr in einer Zeit, die so voller wirtschaftlicher Probleme ist wie die jetzige. „Düstere Wolken über dem Wirtschaftshimmel der westlichen Industrienationen“, „Ungebrochene Arbeitslosigkeit läßt viele Länder am Sinn der Inflationsbekämpfung zweifeln“, „Anhaltender Stillstand in der Konjunkturentwicklung“, „Revidierte Wachstumserwartungen“: Dies sind nur einige wenige Schlagzeilen aus angesehenen Zeitungen verschiedenster europäischer Länder.

Es ist uns in der Vergangenheit gelungen, durch eine vorausschauende Budget- und Wirtschaftspolitik die negativen Auswirkungen der weltweiten Entwicklungen weitgehend zu entschärfen, wie beispielsweise bei der Inflationsbekämpfung, oder überhaupt zu verhindern, wie auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik. Wir haben in den vergangenen Jahren bewiesen und wir beweisen es durch dieses Budget neuerlich, daß für uns österreichische Sozialisten die Vermeidung der Arbeitslosigkeit nicht bloßes Lippenbekenntnis, sondern erstrangiges Ziel unserer Wirtschaftspolitik überhaupt ist.

Es liegt in der Natur der Sache, meine Damen und Herren, daß den Oppositionsparteien dieses Budget genausowenig gefällt, wie ihnen die vorhergegangenen sieben Budgets gefallen haben. Ich kann mir vorstellen, daß es jedesmal ein frustrierendes Erlebnis für Oppositionspolitiker sein muß, wenn sie sehen, wie sich ihre Schwarzmalerei, ihre düsteren Prophezeiungen, ihre Theorien von unmittelbar bevorstehenden Katastrophen nicht bestätigen. (*Ruf bei der ÖVP: Dr. Kreisky ist anderer Meinung!*) Sie bestätigen sich nicht durch die nüchternen Zahlen, wie sie Wirtschaftsforschungsinstitute in aller Welt veröffentlichen (*Zwischenruf bei der ÖVP*), Zahlen, die Aufschluß über die Entwicklung der Bruttonationalprodukte geben, über die Industrieproduktion, über die Lohnkosten je Arbeitsstunde in der Industrie, über die Arbeitslosigkeit, über die Belastung eines durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushaltes mit Steuern und Sozialabgaben, über Preisanstiege und über vieles andere mehr. Ich könnte Ihnen eine Reihe solcher Zahlen hier nennen. Einige wurden ja heute schon genannt, und viele werden im Zuge dieser Budgetdebatte noch konkret genannt werden.

Ich glaube, heute in dieser Generaldebatte würde uns das zu weit führen.

Die Prophezeiungen der Oppositionsparteien bestätigen sich aber auch dort nicht, wo es sie besonders hart trifft, nämlich bei der Entscheidung der Bevölkerung in den freien und demokratischen Wahlen in unserem Lande über die bisherige Politik der Regierungspartei.

Auf den Tag genau heute vor einem Jahr hat der Abgeordnete Glaser in diesem Hause dem Herrn Bundeskanzler vorgeworfen, der Herr Bundeskanzler verstehe es nicht mehr, das Ohr an den Pulsschlag des Volkes zu halten und dem Volk – wie er sagte – aufs Maul zu schauen. Mit Ohren und Augen – so meinte der Herr Abgeordnete Glaser also damals – habe der Herr Bundeskanzler versagt.

Und wie sieht es in Wirklichkeit aus? (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Eben dieses angeblich so unverstandene Volk hat dem Bundeskanzler, der Bundesregierung und der Mehrheitspartei gerade in den letzten Wochen und Tagen bei zahlreichen Betriebsratswahlen, bei den schon mehrfach erwähnten Personalvertretungswahlen der ÖBB, besonders aber bei den Landtags- und Gemeindewahlen im Burgenland in überwältigender Weise das Vertrauen ausgesprochen, wofür ich heute noch einmal besonders danken möchte. (*Ruf bei der ÖVP: Erst 1979 ...!*)

Ich weiß nicht, ob Sie, meine Damen und Herren von der großen Oppositionspartei, Ihre Ohren und Augen dort haben, wo die Bevölkerung ihre wahre Meinung äußert. Dann müßten Sie nämlich wissen, daß das Maßnahmenpaket der Bundesregierung (*Zwischenruf des Abg. Steiner*), gegen das Sie hier im Hohen Haus gar nicht oft genug und nicht hart genug ins Gericht gehen können, bei dieser Bevölkerung weitgehend Verständnis findet.

Die meisten Menschen in unserem Land haben erkannt, daß sie Europalöhne und ein Maximum an sozialer Sicherheit erreicht haben. Sie haben aber auch erkannt, daß es in schwierigen Zeiten – und in solchen befinden wir uns zweifellos – ohne gewisse Opfer nicht gehen kann, soll nicht das Erreichte aufs Spiel gesetzt werden.

Ich bin daher überzeugt, daß die überwiegende Mehrheit der Österreicher und Österreicherinnen für ein Budget wie das vorliegende mit einer Ausgabensteigerung von nur 7 Prozent und einer Einnahmensteigerung von 11 Prozent volles Verständnis hat, zumal es sich um ein Budget handelt, das 26,6 Prozent seiner Ausgaben für soziale Wohlfahrt und für Gesundheit vorsieht, und das sind nicht weniger als 71 Milliarden Schilling.

Dr. Beatrix Eypeltauer

Wenn ich meine, wir befinden uns in schwierigen Zeiten, so denke ich nicht nur an die augenblickliche Wirtschaftsflaute, an das hoffentlich vorübergehende Phänomen des Terrorismus und an eine bedauerliche Demokratieverdrossenheit. Ich denke darüber hinaus an all die noch völlig ungelösten Probleme, die mit dem ungeheuren Tempo zusammenhängen, mit dem sich die Menschheit vermehrt, mit dem sich neue Technologien teils zur Vernichtung und teils zum angeblichen oder wirklichen Nutzen der Menschheit entwickeln und mit dem unersetzliche Rohstoffe und Energieträger bedenkenlos verbraucht werden.

Wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte vollziehen sich tiefgreifende Umwälzungen in sehr überschaubaren Zeiträumen, lassen sich diese Umwälzungen sogar durch Computermodelle bis zu einem gewissen Grad vorherberechnen.

All das, meine Damen und Herren, verpflichtet, heute schon Entscheidungen für morgen zu treffen, längerfristig als bisher zu planen und alle gutwilligen demokratischen Kräfte – das möchte ich besonders betonen – daran teilnehmen zu lassen.

Bezogen auf unser Budget heißt dies, die für Österreich bestehenden speziellen Strukturprobleme in den Griff zu bekommen, wofür vielversprechende Ansätze vorhanden sind, was aber einen vieljährigen, zum Teil schmerzlichen Prozeß, wie wir alle wissen, bedeutet.

Leider ist es um die konstruktive Mitarbeit der großen Oppositionspartei nicht allzu gut bestellt. Es fehlt zwar nicht an verbalen Bekenntnissen zur Zusammenarbeit. Allgemeine Angebote haben wir in den vergangenen Jahren bei den verschiedensten Gelegenheiten immer wieder zu hören bekommen. Sobald aber die Dinge konkret wurden, bekam man stets das Gefühl, Gesamtinteressen hätten bei der ÖVP gegenüber Parteiinteressen keine Chance.

Kaum gibt es einen Politiker bei der großen Oppositionspartei, der im Interesse aller den vernünftigen Konsens sucht, bekommt er auch schon die größten Schwierigkeiten mit seinen sogenannten Parteifreunden bis hinauf zur Parteispitze. Es gibt in der jüngsten Vergangenheit zumindest zwei äußerst markante und bezeichnende Beispiele hiefür.

Am 27. Oktober hat ein sogenannter Spitalsgipfel stattgefunden, dessen Ergebnis der oberösterreichische Landeshauptmann und Landesfinanzreferent Dr. Ratzenböck als mögliche Verhandlungsgrundlage bezeichnete. Bereits am nächsten Tag wurde er, wenn man dem „Kurier“ glauben darf, von Gesundheitssprecher

Dr. Wiesinger schärfstens zurechtgewiesen. Aber es kam noch wesentlich bunter.

Nach neuerlichen Verhandlungen am 2. November erklärte Dr. Ratzenböck – und bezeichnenderweise tat er dies als Landeshauptmann und nicht als hoher Funktionär seiner Partei –, er sei im Interesse einer Einigung für die Annahme des angebotenen Kompromisses. Er wurde sofort vom Bundesparteiohmann Dr. Taus vergattert. Es dürfe keinen Kompromiß, es dürfe nur einen sogenannten Kreisky-Vorschlag geben.

„Jetzt ist alles wieder offen“, schreibt sogar die „Presse“ am 8. November enttäuscht. „Eine Lust, die ÖVP zu führen“, amüsiert sich eine andere, keineswegs ÖVP-ferne Zeitung.

Nun das zweite Beispiel, Ihnen allen sicherlich noch in frischer Erinnerung.

Der Bundesvorstand des ÖGB beschloß am 9. November einstimmig, also auch mit der Stimme des Vorsitzenden der Fraktion Christlicher Gewerkschafter, Gassner, eine Resolution an die Bundesregierung, in der unter anderem eine Steuerreform für den 1. Jänner 1979, wenn die wirtschaftliche Lage es zulasse, gefordert und überdies das sogenannte Maßnahmenpaket der Bundesregierung als vertretbar erklärt wird.

Der Herr Abgeordnete Gassner war mit seiner Zustimmung einer langjährigen Tradition im ÖGB gefolgt. Er hatte die Interessen der Gesamtheit der Arbeitnehmer wahrgenommen und auf parteipolitische Taktik verzichtet.

Was folgte, ist bekannt: Es gab „harte Bandagen“ für Gassner, wie es die „Presse“ ausdrückte, es gab eine „ernste Diskussion in ernster Sache“, wie dies Generalsekretär Dr. Lanner formulierte, und es gab herbe Kritik durch Bundesparteiohmann Dr. Taus.

Fast schien es, als sei wegen einer pflichtbehafteten Haltung eines ÖVP-Mandatars die bewährte Überparteilichkeit des ÖGB in Gefahr geraten, als sei, was überaus zu bedauern wäre, eine Weiche zu Richtungsgewerkschaften gestellt worden. Wie wir wissen, ist die Kontroverse darüber innerhalb der Fraktion Christlicher Gewerkschafter bis heute noch nicht endgültig abgeschlossen.

Ich möchte aber, da wir in dieser Debatte über die Obersten Organe diskutieren, noch auf eine andere gefährliche Entwicklung zu sprechen kommen.

Da ist zu Beginn des Monats Oktober, drei Monate, bevor er ohnehin wegen Erreichung der Altersgrenze in Pension gegangen wäre, der 70jährige Präsident des Verfassungsgerichtshofes

Dr. Beatrix Eypeltauer

fes, der allseits geschätzte Professor Antonioli, zurückgetreten.

Seine persönlichen Gründe, die er „schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten mit der Mehrheit der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes“ nannte, sind selbstverständlich zu akzeptieren. Wie in Fällen überraschender Rücktritte allgemein üblich, beschäftigten sich die Zeitungen ein paar Tage lang mit der Frage, ob es andere Gründe gegeben haben könnte beziehungsweise was unter den „schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten“ wohl zu verstehen gewesen sei. Auch das ist durchaus legitim.

Viele Journalisten schienen sich der Tatsache bewußt zu sein, daß der oberste Hüter unserer Bundesverfassung, der Verfassungsgerichtshof, aus vielerlei Gründen eine behutsame Behandlung verdient, daß Kritik hier besonders gut überlegt werden muß, noch bevor sie geäußert wird, und daß jede Art von Spekulation zu vermeiden ist.

Die in einzelnen Zeitungen geäußerten Vermutungen, es werde nun wohl von der Regierung ein ihr nahestehender Präsident nominiert werden, erwiesen sich sehr rasch als falsch.

Was ich persönlich sehr bedauere und mit mir wohl alle, die gerade den Verfassungsgerichtshof nicht zum Gegenstand öffentlicher und tagespolitischer Diskussion machen wollen, ist folgender Umstand: Unmittelbar nach Antonioli's Rücktritt hat Professor Ermacora, Mitglied dieses Hauses und selbst Verfassungsrechtler, gemeint, der Rücktritt sei eine Warnung davor, daß der Verfassungsgerichtshof mehr und mehr in gesellschaftspolitischen Fragen zum Anpassungsgerichtshof wird.

Meine Damen und Herren, ich halte das für eine höchst bedenkliche Formulierung, die mir geeignet erscheint, das Vertrauen der Bevölkerung in den Verfassungsgerichtshof zu untergraben. Ich würde den Herrn Professor Ermacora gerne fragen, wenn er hier wäre, ob er bereit sei, die Verantwortung für eine solche Entwicklung zu übernehmen. Ich kann es mir nicht vorstellen.

Daß diese Äußerungen fortwirken, läßt sich aber beweisen. Da wird in der Oktober-Nummer einer Monatszeitschrift, die sich „Burgenländische Wirtschaft“ nennt, ein Ton angeschlagen, der leider – ich muß das sagen – an die frühen dreißiger Jahre erinnert. Da wird nicht weniger behauptet, als daß die Mehrheit der Senatsmitglieder entgegen den Bestimmungen der Verfassung nicht nach dem Gesetz urteilt, sondern im politischen Auftrag ihrer Partei.

Ihrer Partei, meine Damen und Herren – man unterstellt, daß sich unabhängige Verfassungs-

richter ganz selbstverständlich einer Partei verpflichtet fühlen und daß politische Parteien Weisungen an die indirekt von ihnen nominierten Richter geben, obwohl hiefür nicht einmal die Spur eines Beweises vorliegen kann, weil derartige Weisungen zumindest seitens der SPÖ niemals gegeben wurden. Eine Reihe von Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofes würde wohl nicht einmal sagen können, wer ihre Partei sei, geschweige denn, daß es auch nur ein einziges Mitglied geben würde, das politische Weisungen entgegennimmt. Ich getraue mich zu behaupten, daß dies auch für jene Mitglieder gilt, die in der ÖVP ihre Partei sehen.

Wer aber, könnte man fragen, liest schon die „Burgenländische Wirtschaft“. Nun hat aber nach Professor Ermacora ein zweiter Universitätsprofessor, nämlich Dr. Waldstein von der juristischen Fakultät der Salzburger Universität, einen neuerlichen bedauerlichen Beitrag zu diesem Thema geleistet – im „Neuen Volksblatt“ vom 22. November als „Massive Angriffe gegen den Verfassungsgerichtshof“ in großen Lettern überschrieben. Professor Waldstein hat auf einer Pressekonferenz der Katholischen Hochschulgemeinde Wien gemeint, der Verfassungsgerichtshof orientiere sich bei politisch relevanten Fragen nicht mehr nach den Wertordnungen der Verfassung, sondern nach der einfachen Parlamentsmehrheit.

Professor Waldstein meinte weiter, er könne diesen Vorwurf an Hand des Fristenlösserkenntnisses beweisen. Der Verfassungsgerichtshof habe die Fristenlösung als verfassungskonform bezeichnet, obwohl, so behauptet Professor Waldstein, das ungeborene Leben durch die Europäische Menschenrechtskonvention, die in Österreich bekanntlich Verfassungsrang besitzt, geschützt sei.

Nun, entweder hat Professor Waldstein das zitierte Erkenntnis gar nicht oder zu flüchtig gelesen, oder er will die Begründung absichtlich nicht verstehen.

Ich habe das Erkenntnis, das nicht weniger als 113 Seiten umfaßt, hier. Überaus sorgfältig hat sich der Verfassungsgerichtshof mit der Frage auseinandergesetzt, ob Artikel 2 Abs. 1 der Menschenrechtskonvention auch für das ungeborene Leben gilt. Diese Bestimmung lautet: „Das Recht jedes Menschen auf das Leben wird gesetzlich geschützt.“ Der Verfassungsgerichtshof ist nach gründlicher und gewissenhafter Prüfung zu der Erkenntnis gekommen, daß sich dieser Satz nur auf das geborene Leben bezieht. Der Verfassungsgerichtshof als ganzes, meine Damen und Herren, hat so entschieden, nicht etwa eine der Regierungspartei nahestehende Mehrheit, wie das offenbar konstruiert werden soll. Wir haben ja in Österreich nicht das System

Dr. Beatrix Eypeltauer

der dissenting opinions, also der schriftlich festgehaltenen abweichenden Meinungen einzelner Mitglieder. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Es gab keine einhellige Meinung!)* Es weiß daher niemand in Österreich, welches Mitglied tatsächlich für oder gegen eine Entscheidung gestimmt hat, und das ist wohl gut so. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wir wissen, daß es nicht eine Meinung war!)* Wenn Sie meinen, Herr Abgeordneter Kohlmaier, daß es keine einheitliche Meinung gab, so mag das stimmen, aber ich möchte Sie daran erinnern, daß sehr viele Erkenntnisse unseres Verfassungsgerichtshofes auch einstimmig zustande kommen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Dieses nicht! Sie haben gesagt, es war eine einhellige Auffassung!)* Es ist nach außen hin, habe ich gesagt, Herr Abgeordneter Kohlmaier, das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes als solchen und nicht die Meinung einer etwaigen Mehrheit. Das wollte ich damit gesagt haben.

Meine Damen und Herren! Ich darf heute den dringenden Appell an die große Oppositionspartei richten, im Interesse unseres Gemeinwesens und unserer Demokratie die geschilderte Vorgangsweise einzelner nicht gutzuheißen, sondern sich davon zu distanzieren. Wir brauchen nichts weniger als eine permanente Diskussion über den Verfassungsgerichtshof, was gleichbedeutend wäre mit einer ständigen Infragestellung dieser so überaus wichtigen und bewährten Institution. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wer hat das Wort vom Justizputsch einmal verwendet? Der Mann wurde sogar Justizminister!)*

Ich würde Ihnen raten, Herr Abgeordneter Kohlmaier, an den denkwürdigen 23. Mai des Jahres 1933 zurückzudenken *(Abg. Dr. Kohlmaier: Da war ich noch nicht auf der Welt, Frau Eypeltauer!)*, Sie kennen die Zeitgeschichte zweifellos gut genug, um das zu wissen. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.)* Versetzen Sie sich zurück in diese Zeit. Sie werden mir zugeben, daß die Abberufung der von ihr entsandten Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes durch die nichtdemokratische Regierung damals den Verfassungsgerichtshof de facto lahmlegte und so den Weg in Bürgerkrieg und Faschismus einleitete. Wir sollten – das wollen wir alle gemeinsam – aus der Geschichte, besonders aus der Geschichte unseres eigenen Landes lernen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Aber es hat einmal ein Mann Justizputsch gesagt, der wurde dann Justizminister in Österreich!)* Es hat sich überhaupt nicht um den Verfassungsgerichtshof *(Abg. Dr. Kohlmaier: Den Verwaltungsgerichtshof!)*, von dem ich hier spreche, gehandelt. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Die Entscheidung Habsburg! Heute zeigt sich der Dr. Kreisky mit dem Herrn Habsburg, damals war es ein Justizputsch!)* Herr

Abgeordneter Kohlmaier, ich bin jedenfalls der Meinung, daß der Verfassungsgerichtshof und seine Rechtsprechung Ruhe haben sollten vor tagespolitischen Überlegungen und vor Angriffen, die von solchen Überlegungen und von nichts anderem geleitet werden. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Nun zurück zum Budget: Hier sind wir Sozialisten durchaus damit einverstanden, daß die Vollziehung des Budgets, daß die einzelnen Maßnahmen des Finanzministers sehr wohl tagespolitischer Kritik und Überprüfung unterzogen werden. Wir haben daher am 24. November im Finanzausschuß den heute schon mehrfach erwähnten Antrag eingebracht, und künftighin wird sich der Hauptausschuß des Nationalrates vierteljährlich mit gewissen budgetären Maßnahmen des Finanzministers auseinandersetzen.

Wir kommen damit zweifellos der Ansicht des Herrn Dr. Taus entgegen, der heute hier gemeint hat, Demokratie sei mit Kontrolle untrennbar verbunden. Wir stimmen ihm zu. Er hat weiter gemeint, das Budget sei nun bereits so unübersichtlich geworden, daß keine Kontrolle mehr gegeben sei. Wir kommen dem entgegen und bringen einen entsprechenden Antrag ein. Nun heißt es aber, das sei ein Ausdruck schlechten Gewissens. Wie ich gehört habe, hat der Herr Abgeordnete Suppan im Finanzausschuß dazu gesagt, unser Antrag sei eine Bankrotterklärung. Man kann machen, was man will, von seiten der großen Oppositionspartei wird nichts anerkannt. *(Ruf bei der ÖVP: Ihr habt es nicht leicht!)* Ich glaube, ein Kommentar erübrigt sich.

Wir stehen selbstverständlich zu diesem Antrag. Wir stehen zu diesem Mehr an Kontrolle für die Oppositionsparteien, zu diesem Mehr an Transparenz für die Öffentlichkeit. Wir wollen damit wieder einmal den Beweis erbringen, wie ehrlich wir es mit unserem Grundsatz der Demokratisierung aller Bereiche meinen. Auch wenn es die Oppositionsparteien nicht wahrhaben wollen, meine Damen und Herren, die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung wird diesen Akt freiwilliger Selbstkontrolle ebenso anerkennen, wie sie – und davon bin ich fest überzeugt – diesem vorliegenden Budget ihre Zustimmung nicht versagen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Gorton.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn heute unter dem Kapitel Bundeskanzleramt das vorletzte Budget der Auslaufperiode der sozialistischen Alleinregierung auch im Rahmen einer Generaldebatte

6960

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Dkfm. Gorton

als Ganzes diskutiert wird, so stehen zweifellos die Wirtschaftsfragen in dieser – ich möchte sagen – Verwirtschaftungsregierungsphase im Vordergrund. In vielen Aktionen haben in letzter Zeit verschiedenste Bevölkerungsgruppen immer wieder versucht, durch Vorsprachen, Demonstrationen und auch andere Aktionen die Regierung auf den falschen Weg, auf dem sie sich befindet, aufmerksam zu machen.

Am stärksten mitbetroffen ist bei allen falschen oder fehlenden Maßnahmen dieser Bundesregierung zweifellos die Wirtschaft, deren Anstrengungen und Bemühungen es bislang zu danken ist, daß der Großteil unserer Arbeitsplätze gehalten und erhalten werden konnte. Es muß einen immer wieder verwundern, wie diese Regierung auf Veränderungen der wirtschaftlichen Prosperität reagiert. Geht es auf der einen Seite gut, dann steckt sie sich natürlich die Lorbeeren auf den Hut, nimmt auch die vermehrt einfließenden Steuern und glaubt, noch mehr als dieselben ausgeben zu können, ohne für allenfalls vorhersehbare und auch schon eingetretene Rückschläge entsprechend Vorsorge zu treffen oder getroffen zu haben. Geht es aber einmal schlechter, dann werden nicht nur keine, sondern auch konträre Maßnahmen gesetzt. Die Schuld daran trägt natürlich nicht die Regierung, sondern allein meist das für die Unternehmungen verantwortliche Management oder alle anderen, aber sicherlich nie die Regierung mit ihren Maßnahmen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte im Klartext sagen, jahrelang hat die Regierung als Vorzugsschüler liberaler Importpolitik auch nicht verlangte hemmende Schleusen geöffnet. Trotz ständigem Handelsbilanzdefizit ist sie auf jedem Höhenflug der benachbarten D-Mark mitgesegelt und hat dadurch zweifellos die Importe weiter erleichtert und die Exporte immer mehr erschwert. Die Unternehmungen wurden so gezwungen, die Rentabilitätszonen weitgehend zu verlassen, um die Arbeitsplätze noch zu erhalten, und praktisch vom Kapital und den Rücklagen zu zehren.

Meine Damen und Herren! Wenn sich der Herr Bundeskanzler als Beweis dafür die Bilanzen 1976, aber sicherlich noch mehr die Halbjahresrechnungen 1977 der ihm zugeordneten verstaatlichten Unternehmungen vorlegen läßt, so wird er selbst feststellen können, daß leider nur mehr die Österreichische Mineralölverwaltung, die Elin AG und die Simmering-Graz-Pauker AG mit wirklich positiven Ergebnissen, also mit Gewinnen, aufwarten können und alle anderen einst so stolzen Gesellschaften mehr und mehr in Verlustzonen segeln. Und das, meine sehr geschätzten Damen und Herren, nicht nur deshalb oder vielleicht nur deshalb,

weil da und dort oder vereinzelt ein Management fehl am Platz war oder die internationale Lage sich so verschlechtert hätte. Die abgleitenden Unternehmensergebnisse und damit die Gefährdung der Arbeitsplätze sind zum Gutteil von der sozialistischen Regierung dadurch mitverschuldet, daß man eben auch – nur als Beispiel – den unverminderten D-Mark-Höhenmitflug in den letzten Jahren für die österreichische Wirtschaft auf dem Export- und Binnenmarkt mitgemacht, dadurch diese Erschwernisse gebracht und die schwierige Entwicklung noch mit einem gewaltigen negativen Verschärfereffekt versehen hat. Erst jetzt, seit einigen Monaten, gibt der Herr Bundeskanzler Erklärungen ab, daß man eben weitere Höhenflüge nicht mehr mitmachen wolle. Hätte man rechtzeitig eine vorsichtiger Politik auch hier geübt, wäre die Gefahr, sich vielleicht durch einen „Fallschirmabsprung“ später noch retten zu müssen, nicht entstanden.

Wenn uns aber bisher der D-Mark-Höhenmitflug von der Regierung aufgezwungen wurde, dann hätte man jüngst auch dieselben Schritte wie der westdeutsche Hartwährungspartner setzen müssen, und zwar durch steuerliche Entlastungsmaßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und Unternehmungen zu erhöhen und dadurch in weiterer Folge automatisch auch die Steuerleistungskraft der Unternehmungen zu stärken; der Finanzminister hätte dann natürlich auch an den Erfolgen mitpartizipieren können.

Aber gerade den umgekehrten und völlig falschen Weg geht die sozialistische Regierung hier in Österreich. Durch das Paket mit dem 2. Abgabenänderungsgesetz werden den Unternehmungen gewaltige zusätzliche Lasten aufgezwungen, wird die ohnehin schwache Eigenkapitalbasis weiter unterhöhlt, die Kostenlage verschärft und die Konkurrenzfähigkeit und damit die Arbeitsplätze ernstlich gefährdet.

Meine Damen und Herren! Allein die Verschlechterung der steuerlichen Bestimmungen für das sogenannte betriebliche Sozialkapital wird es gerade in den verstaatlichten Unternehmungen auch künftig nicht nur sehr schwer oder wahrscheinlich unmöglich machen, Betriebspensionszusagen zu geben, sondern bringt darüber hinaus auch diesem zweifellos kapitalhungrigen Bereich jährliche Zusatzbelastungen von zirka einer halben Milliarde Schilling.

Aber, sehr geschätzte Anwesende, die sozialistische Politik denkt ja nicht an real notwendige Maßnahmen für die Erhaltung und den Ausbau unserer notwendigen Exportmöglichkeiten, sondern sie versucht zudem, ihre schlechte Wirtschaftspolitik im „Blaudunst“ zweifelhafter Großprojekte zu tarnen.

Dkfm. Gorton

Des Herrn Bundeskanzlers vor sechs Jahren heimgeholter Stahlexperte Dr. Geist hat in dem ihm anvertrauten ÖIAG-Bereich in letzter Zeit zu wenig Auslastung gefunden. Er, glaube ich, hatte ja die Idee des Austro-Porsche, für den zunächst eine fast vier Millionen teure Studie in Auftrag gegeben wurde. Der Herr Bundeskanzler verhielt sich zunächst eher skeptisch. Vor guter Jahresfrist antwortete er mir auf eine diesbezügliche mündliche Anfrage hier im Haus noch äußerst zurückhaltend und vorsichtig. Inzwischen bastelte Dr. Geist weiter an seinem Projekt, und im ORF-Journal am 17. Dezember des vergangenen Jahres erklärte er über dieses Auto, daß es hier drei Varianten geben würde, die in Untersuchung sind, ein stahlkarossiertes Auto, ein aluminiumkarossiertes Auto und ein Auto, welches teilweise eine Stahlkarosserie mit Aluminiumteilen haben sollte. Also hier studierte man weiter.

Mit zunehmend wachsenden Schwierigkeiten auf allen Gebieten gewann der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky immer mehr Sympathien für den Ballon dieses Autoprojektes, unter dessen publizistischer Auswertung sich ja zweifellos eine Fülle von oft echten Problemen verbergen ließ.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Heuer im Frühjahr, wieder anlässlich einer mündlichen Anfrage, strahlte der Herr Kanzler bereits Optimismus aus, und am 26. April sagte der Herr Bundeskanzler laut „Arbeiter-Zeitung“, die Entscheidung werde noch vor dem Sommer fallen. Der Austro-Porsche wurde mehr und mehr zum Paradepony sozialistischer „Erfolgspolitik“ – unter Anführungszeichen – hochgezügelt. Da halfen auch nicht die warnenden Stimmen in den eigenen Reihen, das Auto mußte her.

Ich darf also auch hier wieder einige Hinweise des Herrn Bundeskanzlers bringen, die er nach den Ministerratssitzungen machte. Am 7. Juni dieses Jahres Dr. Kreisky zum Austro-Porsche: „Eine der besten Ideen der letzten Zeit.“ Oder am 28. Juni dieses Jahres ebenfalls eine Aussage vom Herrn Bundeskanzler über das Autoprojekt in positiver Art und Weise, die Entscheidung würde jetzt bald fallen, der Sommer stand ja schon fast vor der Tür. Und am 28. Juni sagte der Herr Bundeskanzler wörtlich: „Das war ein Volltreffer.“

In der Zwischenzeit ritt Herr Dr. Geist auf seinem Steckenpony umso leichter, da der Bundeskanzler ja auf den Sattel mit aufgesprungen war und die Sporen gab.

Die Krönung aber sollte wohl der Ritt mit dem Charter-Jet nach Stuttgart am 11. August dieses Jahres bringen, an dem sich der Herr Bundes-

kanzler, begleitet von seinem Vizekanzler, und der Herr Gewerkschaftsbundpräsident beteiligten.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Man muß sich hier nochmals die kraftvollen Aussagen des Herrn Kanzlers im Hartwährungspartnerland Deutschland vor Augen führen, um die ganze Entwicklung nochmals zu begutachten.

Dort wurde am 11. August 1977 gesagt: „In spätestens zwei Monaten wird die Entscheidung fallen, ob in Österreich eine Automobilproduktion aufgebaut wird...“ Das hat der Herr Bundeskanzler erklärt.

Der Herr Bundeskanzler hat aber weiter gesagt – und das war auch am nächsten Tag in den Zeitungen zu lesen –: „Das Geld“ für dieses Projekt „ist da, weil es auch für andere riesige Vorhaben“ immer „dagewesen ist...“ Die weiteren Aussagen waren: „Die einzig offene Frage sei noch der Vertrieb.“ Und: „Wenn uns die US-Dealer sagen, es ist anzubringen, dann geht das glatt...“

Ich möchte aber auch noch daran erinnern, daß die Äußerung gemacht wurde: „Das Auto machen wir.“ Selbst der Herr Gewerkschaftsbundpräsident Benya hat in Stuttgart am 11. August 1977 gesagt: „Es gibt kein Argument gegen den Bau eines österreichischen Automobils.“ Und: „Für mich ist das Rennen gelaufen.“ So die Situation im August dieses Jahres.

Meine Damen und Herren! Die Widersprüchlichkeiten, die in diesem Zusammenhang aufgetaucht sind, gehen auch daraus hervor, daß auf der einen Seite der Herr Bundeskanzler im Mai gesagt hat: „Es hat aber nur einen Sinn, in eine Lücke, eine Nische“ mit diesem Autoprojekt „hineinzustoßen“, und auf der anderen Seite, ebenfalls im Mai, einige Tage danach, Herr Dr. Geist wörtlich sagte: „Ich kann das Wort Marktnische gar nicht mehr hören.“

Meine Damen und Herren! Ich zeige das nur deshalb auf, um die Widersprüchlichkeit sozialistischer Wirtschafts- und Investitionspolitik vor Augen zu führen.

Bei allen diesen Widersprüchlichkeiten und Ungeklärtheiten scheint zweifellos der in Stuttgart vom Kanzler, vom Vizekanzler und vom Gewerkschaftsbundpräsidenten zur Schau getragene Optimismus den sicherlich real denkenden langjährigen ÖGB-Wirtschaftsexperten Dr. Lachs zu dem sarkastisch verzweifelten Ausspruch veranlaßt zu haben, der am 27. August 1977 im Wirtschafts magazin der „Kronen-Zeitung“ zu lesen war. Herr Dr. Lachs sagte nämlich damals: „Ich kenne drei Wahnsinnsprojekte, die praktisch gelaufen sind: der

Dkfm. Gorton

Austro-Porsche, das Zellstoffprojekt und die Ölmühle."

Nun, nachdem der oftmals schon hinausgeschobene Entscheidungstermin, der am 11. August in Stuttgart letztmalig mit zwei Monaten genannt wurde und am 11. Oktober sozusagen abgelaufen ist, vom Kanzler festgelegt wurde und dann auch wieder verstrichen ist, kam es doch anders, als selbst Dr. Lachs befürchtet hatte: Am 8. November erklärte ein befugter Vertreter des Hauses Porsche, daß aus dem Projekt nichts werden könne.

Der Herr Bundeskanzler schüttelte sich davon mit der Behauptung ab, daß sein Liebling nunmehr das Opfer eines Familienstreites im Hause Porsche geworden wäre.

Meine Damen und Herren! Wir können uns bei Gott nicht freuen über einen solchen Mißerfolg, der weitgehend vorauszusehen war. Wir sind bestürzt und auch empört darüber, mit welchem wirtschaftlichen Dilettantismus diese heutige Regierung Phantomen nachjagt, die sie anscheinend nur dazu benötigt, um die wahren Probleme zu vernebeln.

Glauben Sie doch nicht, daß man mit den immer neu erfundenen Belastungen in Österreich das Investitionsklima verbessern kann. Meine Damen und Herren Sozialisten, Sie zerstören ja systematisch jeden Anreiz zu realen Projekten, geschweige denn natürlich zu Phantomen, wie es das Austro-Porsche-Projekt war. Dieses Projekt ist geplatzt. Der Herr Bundeskanzler und sein Dr. Geist wenden sich nun wieder realen Problemen der Verstaatlichten zu, und derer gibt es ja leider doch mehr als genug.

Der Herr Bundeskanzler spricht also nun am steirischen sozialistischen Parteitag von einem langfristigen Stahlplan, ich glaube, in der Größenordnung von 16 Milliarden Schilling, obwohl er seit Jahren nicht in der Lage war und ist, dem VÖEST-Alpine-Konzern die längst überfällige Zwei-Milliarden-Fusions-Morgengabe an Eigenkapital voll zuzuführen.

Meine Damen und Herren! Auch wieder: Versprochen - nicht gehalten.

Herr Dr. Geist möchte vor seiner Pensionierung anscheinend noch ein neues „Paradeponi“ aufzäumen, mit dem er schon einmal spekulieren wollte: die ÖIAG als planwirtschaftliche Zentralstelle für die gesamte verstaatlichte Industrie, die nicht nur auf die Dividendenausüttung ihrer „Töchter“ angewiesen sein soll, die sie ohnehin mit einer Sonderumlage noch auffettet, nein, diese ÖIAG soll nach den Plänen des Herrn Dr. Geist den gesamten Cash-flow aller verstaatlichten Unternehmungen einstreichen

und über alle finanziellen und sonstigen Entscheidungen praktisch zentral verfügen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Ideen des Herrn Dr. Geist erinnern wirklich an oststaatliche Methoden und Systeme, wobei ich mich aber auch fragen muß: Was hat ihn bisher daran gehindert, Planungen durchzuführen und mit seinen Vorstellungen an die Öffentlichkeit zu treten, außer daß er eben mehr Macht will?

Die Sozialisten rühmen sich doch, die branchenweise Zusammenführung innerhalb der verstaatlichten Unternehmungen durchzuführen und zweifellos damit zum Teil unnötige Konkurrenzen auf den Exportmärkten für unsere verstaatlichten Unternehmungen ausgeschaltet zu haben.

Die gesamte Stahl- und großteils auch Anlagenindustrie wurde vor Jahren schon durch Fusionen zusammengeführt, unvorbereitete Fusionen, die noch immer nicht verdaut sind. Aber gerade die neuerlichen Geist-Ideen zeigen ja, daß mit diesen Fusionen anscheinend Schiffbruch erlitten wurde.

Ich möchte jetzt nicht nur beim Stahlsektor daran erinnern: Im petrochemischen Sektor hat der Herr Exstaatssekretär Veselsky, als er noch hier auf der Regierungsbank und auch in den Ausschüssen den Herrn Bundeskanzler bezüglich der Fragen der verstaatlichten Unternehmungen vertreten hat, uns x-mal gesagt, daß mit den gemeinsamen Beteiligungen der ÖMV und der Chemie Linz an der Petrochemie Schwechat und den Danubia Olefinwerken die ideale Lösung am Petrochemiesektor bereits gefunden sei.

Wenn die in den Vereinigten Metallwerken Ranshofen-Berndorf fusionierte Nichteisen-Metallindustrie unter dem neuen Generaldirektor nunmehr mit einem Dosenprojekt die Zukunft bewältigen wird, während auf der anderen Seite der Herr Handelsminister an einem Antidosen-gesetz bastelt und jetzt der Herr Generaldirektor Geist für alle zusammen zentral planen und jeden von den Unternehmungen erarbeiteten Schilling zuerst kassieren und dann befinden will, wie er ausgegeben werden soll, dann, muß ich nur sagen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, fahren Sie auf diesem verstaatlichten Sektor anscheinend mit einer „geplanten Planlosigkeit“ dahin, die zweifellos nicht zum Vorteil der verstaatlichten Unternehmungen und damit auch nicht zum Vorteil für die gesamte österreichische Wirtschaft sein kann.

Meine Damen und Herren! Wir können nur feststellen: Bemühen Sie sich darum, Ihre bisherigen Fusionsschritte endlich einmal zum Vorteil der Unternehmungen zu bewältigen.

Dkfm. Gorton

Einen aus Machthunger geborenen Geist- oder Geister-Plan, möchte ich sagen, kann man sicherlich nur schlicht und klar ablehnen.

Aber wie bei Ihnen, Herr Bundeskanzler und meine Damen und Herren, die Probleme gelöst werden, haben wir in Kärnten in jüngster Zeit auch am Beispiel Hüttenberg sehen können.

Ich spreche jetzt nicht von den Versprechungen Ihrer Herren Veselsky oder Fabricius seinerzeit in den vergangenen Jahren, als man den Abbau der Erzlagerstätte Waitschach praktisch schon fix zugesagt hatte. Die Entwicklung kann die Realisierung solcher Überlegungen erschweren oder nicht mehr möglich erscheinen lassen. Zickzackkurse sind wir von Ihnen ja zweifellos schon gewöhnt, und die sollen uns auch weiter nicht überraschen, so schmerzlich sie zweifellos für die Betroffenen sind. Wenn man hier andere Notwendigkeiten sieht oder Ideen verfolgt, dann arbeitet man eben mit Gutachten, die solche Umkehrentschlüsse zu erhärten haben.

In Hüttenberg ist die Bevölkerung seit eineinhalb Jahren der Meinung, daß man zur Urteilsfindung über das Waitschacher Erzvorkommen seinerzeit schlechte Proben genommen und zugrunde gelegt hat, die keinesfalls einem repräsentativen Querschnitt des Vorkommens entsprechen würden.

Auf unser Drängen hat der Herr Bundeskanzler – und das sei zu seiner Ehre gesagt – einen Auftrag für ein neues Gutachten gegeben. Man hätte selbstverständlich annehmen können, daß sich die neuen Gutachter, Professoren, selbst auch die Unterlagen für ein solches Gutachten holen, also sich selbst die entsprechenden Proben an Ort und Stelle oder vor Ort nehmen, zumal ja in Hüttenberg solche Proben aus dem Versuchsstollen Waitschach reichlich vorhanden sind. Ich glaube, 600 Tonnen Haufwerksprobe sollen dort noch lagern. Das hat man aber bewußt nicht getan.

Das weitere Gutachten, das jetzt sozusagen den Schlußstrich unter Hüttenberg setzen soll, führt daher in der Einleitung ausführlich aus – ich zitiere wörtlich –:

„Für die Ausarbeitung dieses Gutachtens wurden von der VÖEST-Alpine AG alle Informationen über Analysen der Einsatzstoffe, Verbräuche an Mengen und Zeiten sowie Preise zur Verfügung gestellt. Eine Überprüfung dieser Daten durch eigene Untersuchungen“ – also durch Untersuchungen der Professoren, die eben das Gutachten zu machen hatten – „erfolgte im Einvernehmen mit der VÖEST-Alpine AG nicht. Die Ergebnisse dieses Gutachtens basieren somit auf diesen zur Verfügung gestellten Informationen.“

Herr Bundeskanzler! Wir hätten gehofft, daß ein solches Gutachten endgültige Klärung bringen kann. Ich habe Ihnen dieser Tage auch in einem Brief meine Auffassung dazu mitgeteilt. Ich bedaure es, daß man den neuen Gutachtern nicht Gelegenheit gegeben hat, diese Proben zu nehmen, weil das ohneweiters möglich gewesen wäre. Ich kann dazu nur feststellen: Das Gutachten kann daher dem Zweck, den es letzten Endes hätte erfüllen sollen, keineswegs gerecht werden. Es ist schade um das Geld, das letzten Endes dafür ausgegeben wurde, weil es unserer Auffassung nach nicht unter wirklich objektiven Voraussetzungen erstellt wurde.

Meine Damen und Herren! Die Verstaatlichte war also nicht in der Lage, in Hüttenberg Arbeitsplatzersatz zu schaffen. Das obere Görttschitztal wird zweifellos einem nicht aufzuhaltenden Entsiedlungsprozeß ausgesetzt sein.

Wir kennen aber auch die Sorgen, die der Grenzlandbetrieb Kestag in Ferlach für die Zukunft hat. Ein Konjunktorgespräch in der Handelskammer vorige Woche hat uns gezeigt, wie schwierig die Situation allgemein in unserer Exportwirtschaft ist, aber selbstverständlich ganz besonders auch in unserem Grenzlandbetrieb, der Kestag. Wenn man von dem groß geplanten Investitionsprogramm der VÖEST-Alpine, soweit ich mich bisher informieren konnte, nur etwas mehr als vielleicht ein Fünftelprozent oder nur ein Fünftelprozent für die Kestag aufwenden können, dann glaube ich, daß die Investitionszukunft für diesen letzten VÖEST-Alpine-Betrieb in Kärnten keineswegs rosig erscheint.

Der Herr Landeshauptmann Wagner richtete am vergangenen Samstag bei einer Jubilarehrung einen besonderen Appell an den Herrn Bundeskanzler, währenddem der Herr Bundeskanzler gleichzeitig in Graz am Parteitag über das Riesenstahlprogramm gesprochen hat. Ich kann nur hoffen, daß sich der Herr Landeshauptmann Wagner beim Herrn Bundeskanzler und bei der VÖEST-Alpine in diesen Fragen besser durchzusetzen vermag, als er es in der Frage Hüttenberg vermochte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Das Austro-Porsche-Phantom ist weg, die nackten Probleme sind geblieben. Die Wirtschaftsforscher sagen für 1978 steigende Arbeitslosenzahlen voraus. Sie scheinen mit Ihrer geplanten Planlosigkeit aber gerade auch am verstaatlichten Sektor mehr oder weniger am Ende zu sein.

Herr Bundeskanzler! Wir und unser Parteiobmann haben in gründlicher Studiumsvorbereitung ein Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze erarbeitet. Sie haben diesen Taus-Plan

Dkfm. Gorton

von vornherein abgelehnt. Wir haben ihn hier. Sie kennen ihn auch. Wir können Ihnen nur empfehlen: Studieren Sie diesen Plan, sprechen Sie mit uns, um auf Grund auch der Vorschläge in diesem Taus-Plan zur Sicherung der Arbeitsplätze beizutragen, und verhandeln Sie darüber mit uns. Herr Bundeskanzler! Österreich wird es uns sicherlich gemeinsam danken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Wuganigg.

Abgeordneter **Wuganigg** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte den Kollegen Steinbauer dahin gehend beruhigen, daß es nicht meine Absicht ist, vom Budget abzulenken, wenn ich nun nach der mehr als sechsständigen Diskussion sage, daß ich volles Verständnis dafür habe, wenn die Redner der Oppositionsparteien hier immer wieder den Versuch unternehmen, die Erfolge der Bundesregierung zu bestreiten, umso mehr als ich weiß, daß die österreichische Bevölkerung sehr gut zu unterscheiden weiß zwischen einer erfolgreichen Regierungspolitik und einer unehrlichen Propaganda der Opposition. Dafür haben die Wahlen im Burgenland einen nicht nur untrüglichen – man kann es Ihnen ja nicht oft genug sagen –, sondern für die Opposition sogar einen schlagenden Beweis erbracht. *(Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Breiteneder: Die nächsten Wahlen!)* Da können Sie sich darauf verlassen. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Da waren schon viele seit 1970!)* Immer wieder „die nächsten Wahlen“ haben Sie gesagt in diesem Hohen Hause, und immer wieder haben Sie noch mehr verloren.

Aber noch ein Wort zu Dr. Taus, der sich während seiner Rede scheinbar in einem Traumzustand befunden hat, als er den Bundeskanzler als Amateure in der Industriepolitik bezeichnete. Ja weiß denn dieser Dr. Taus nicht, wie erfolgreich die Wirtschaftspolitik dieses „Amateurs“ Dr. Kreisky gewesen ist, ohne daß ich jetzt auf irgendwelche Details eingehe? Die sind ja schon längst hier gebracht worden. Die ganze Welt weiß es, nur nicht Dr. Taus! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Der Wuganigg weiß es auch!)* Er weiß es, sicher.

Aber wenn sich Dr. Taus so weit verirrt zu sagen *(Abg. Dr. Gruber: Nach Weiz?)* – war er sogar, es hat ihm gut gefallen –, Schuldenkanzler zu sein ist nicht angenehm, dann muß ich sagen: Wie schlecht muß es denn um diesen Bundesobmann Dr. Taus bestellt sein, der bei all den Wertungen, die Meinungsforscher in den letzten Jahren anstellten, so tief unter dem „Schuldenkanzler“ liegt?

Ich werde nunmehr zu einigen Aktivitäten,

die im Bereich des Bundeskanzleramtes vollzogen werden und, ich sage dazu, erfolgreich vollzogen werden, Stellung nehmen.

Ich beginne mit der Feststellung, daß bei Antritt der Bundesregierung im Jahre 1970 auch Raumplanung und Regionalpolitik neue und starke Impulse erfahren haben. Schon wenige Monate später, im Jänner/Februar 1971, wurde auf Initiative des Bundeskanzlers die Österreichische Raumordnungskonferenz gegründet. Die Regierung hat es sich auch hier zur Aufgabe gemacht, gegen die regionale Inegalität, gegen die regionale Armut in den einzelnen Bereichen anzukämpfen, und dazu zählen die Gebiete entlang der österreichischen Ostgrenze, zählen die alten Industriegebiete, die in Struktur-schwierigkeiten geraten sind, und die Berggebiete. Regionale Ungleichheiten der Lebensbedingungen treffen vor allen Dingen die sozial schwächeren Bevölkerungsschichten, die sich deren Folgen entweder überhaupt nicht oder nur sehr schwer entziehen können.

Es ist unbestritten, daß es noch immer große regionale Disparitäten gibt. Dennoch möchte ich hinzufügen, daß sich auch hier in den letzten Jahren sehr viel geändert hat und die Bundesregierung in ihrem Bemühen, regionale Ungleichheiten zu beseitigen, große Erfolge errungen hat, vor allen Dingen auf dem Bildungssektor. Noch nie wurden so viele Schulen auch in ländlichen Gebieten gebaut wie in den vergangenen sieben Jahren. Die Kostenfreiheit der Schulfahrten, die Gratisschulbücher und die Heimbeihilfen, all das trägt dazu bei, die Inegalität abzubauen, die Chancengleichheit herzustellen und die Begabungsreserven auszu-schöpfen und zu mobilisieren.

Zur Entwicklung der östlichen Grenzgebiete hat die Bundesregierung eine Reihe von Sofortprogrammen beschlossen. Allein zur Schaffung industrieller Arbeitsplätze wurden in den Jahren 1973 bis 1976 618 Millionen Schilling an ERP-Sonderkrediten vergeben und dadurch 3 000 industrielle Arbeitsplätze neu geschaffen und Tausende bereits bestehende Arbeitsplätze gesichert.

Einen Sonderfall stellt das Entwicklungsprogramm Aichfeld-Murboden dar. Hier wurde in einem alten Industriegebiet, das in Struktur-schwierigkeiten geraten ist, ein Projekt für die Restrukturierung ähnlicher Gebiete geplant, durchgeführt und erprobt, und das alles mit voller Rücksichtnahme auf die Menschen dieses Gebietes. Das Projekt Aichfeld-Murboden hat inzwischen auch die Anerkennung der OECD gefunden. Es wird bei ähnlichen Vorhaben als Muster dienen, vor allen Dingen bei der Erstellung des Regionalprogramms Köflach-Voitsberg.

Wuganigg

Damit, meine Damen und Herren, hat sich der Gedanke durchgesetzt, daß eine sinnvolle und planende Gestaltung notwendig ist, um den Lebensraum der Menschen zu sichern und zu verbessern, und darum wäre es falsch, den Gedanken der Planwirtschaft einfach über Bord zu werfen. *(Beifall bei der SPÖ.)* So hat die Bundesregierung in vielen Fällen die entscheidenden Impulse zur Lösung dieser Probleme gegeben.

Ich will hier nur auf einige Beispiele aus meiner engeren Heimat, der Steiermark, verweisen: die Förderung des weststeirischen Braunkohlenprojektes Oberdorf, das Kraftwerk Voitsberg III, wo vor wenigen Wochen der Spatenstich zu Österreichs größtem Dampfkraftwerk vorgenommen wurde. Allein in diesem Gebiet werden Hunderte und Tausende Arbeitskräfte einen gesicherten Arbeitsplatz finden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich denke hier an den so dringend benötigten Ausbau der Pyhrn- und Süd Autobahn, der sich nun rascher als ursprünglich erwartet vollziehen wird. *(Abg. Dr. Gruber: Dank ÖVP-Landeshauptleuten!)* Ich will in Erinnerung rufen, daß der Ausbau der Aspangbahn vor einigen Jahren, zu dem die Regierung so entscheidend beigetragen hat, überhaupt zur Voraussetzung für das weitere Bestehen des größten Werkes der österreichischen Elektroindustrie wurde, ein Werk, das heute zu den am besten beschäftigten unseres Landes zählt und ein Gebiet wirtschaftlich befruchtet, das ansonsten auch zu den Stiefkindern Österreichs zählte. Und ich denke daran, daß schon in wenigen Monaten in die leeren und kahlen Hallen des Junior-Werkes in Gleisdorf neues Leben einziehen wird, daß dort wieder gearbeitet werden kann und daß in den kommenden Jahren – und wir wollen es nur hoffen – wieder Hunderte Arbeiter einen gesicherten Arbeitsplatz finden werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das, meine Damen und Herren, danken wir vor allen Dingen unserem Bundeskanzler, durch dessen Vermittlung Renault nach Gleisdorf kommen wird und dem ich hier für sein Eintreten namens der Menschen dieses Gebietes den allerherzlichsten Dank aussprechen darf. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese Tätigkeit der Bundesregierung wurde nicht nur von der OECD anerkannt. Der Europarat hat die Einladung der österreichischen Bundesregierung zur Veranstaltung der Europäischen Raumordnungs-Ministerkonferenz, welche im kommenden Jahr in Wien stattfinden wird, angenommen. Ich glaube, auch das ist eine Anerkennung. Alles, was die Bundesregierung geplant hat, ist nicht auf dem

Papier geblieben, sondern zur Realität geworden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Bundesregierung wird auch weiterhin die sozialen Interessen der Menschen in diesen wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten im größtmöglichen Ausmaß wahrnehmen. Es gilt nicht nur, neue und teils bessere Arbeitsplätze zu schaffen, sondern es gilt auch, Schulen zu bauen und Straßen und Wohnungen, um damit den Menschen in diesen Gebieten das Gefühl der Sicherheit zu geben, denn hier darf nicht nur an die derzeit Betroffenen gedacht werden, sondern auch an deren Kinder, die ebenfalls in der Zukunft Arbeit finden sollen und damit eine gesicherte Existenz.

Nur noch rasch zu einem zweiten Thema, EDV im Bundesbereich. Ich glaube, daß es keinen Zweifel daran geben kann, daß auch hier bedeutende Erfolge erzielt werden konnten. Das alles ist ja aus den jeweiligen EDV-Berichten zu entnehmen, nur kommen sie in diesem Hohen Hause nicht zur Sprache, weil man darüber zur Geisterstunde diskutieren müßte.

Ich verweise auf den EDV-Plan, der bereits dem Hohen Hause vorliegt, der nicht nur eine Bestandsaufnahme der EDV im Bundesbereich, sondern ebenso auch eine Zielsetzung für kommende Jahre darstellt und – und das möchte ich ganz besonders betonen – der keinerlei Gegenstück in einem anderen Lande aufzuweisen hat, den es also nur in Österreich gibt.

Dahinter steckt in beiden Fällen ein gutes Stück Arbeit, die man anerkennen muß.

Ich spreche vom Erfolg, weil ich der Ansicht bin, daß in den vergangenen sieben Jahren auf diesem Sektor eine Aufbauarbeit geleistet wurde, die sehr beachtlich war. Ich sage Aufbauarbeit, weil das, was vorher bestanden hat, kaum nennenswert ist. Jetzt gibt es eine Koordinationstätigkeit, die sich über alle Ebenen erstreckt. Bei Neuanschaffungen wird absolute Firmenneutralität bewahrt, es gibt die kostensparenden Überlegungen der „mixed hardware“, und die Steuermillionen fliegen nicht mehr zum Fenster hinaus, wie man früher immer behauptet hat.

Die Konzentration der großen Rechenanlagen in einigen Schwerpunkten hat sich bewährt. Eine Vermehrung von Großrechenzentren, die sehr kostspielig sind, konnte vermieden werden, und es ist gelungen, einen Kapazitätsausgleich herbeizuführen. Ohne EDV wären viele Abwicklungen im Bundesbereich einfach nicht mehr möglich. Ich denke an das zusätzliche Service dem Staatsbürger gegenüber ebenso wie daran, daß eine moderne Forschung ohne Computer undenkbar und undurchführbar wäre. Darum spreche ich vom Erfolg der Bundesregierung und

6966

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Wuganigg

sage, daß es eine gute Leistung ist, die hier vollbracht wurde.

Nun noch einige Worte zum Datenschutzgesetz. Nach drei Entwürfen, wovon der erste Entwurf bereits am 20. Feber 1973 erstellt war, also nach umfangreichen Vorarbeiten, wurde das Datenschutzgesetz als Regierungsvorlage am 18. Dezember 1974 dem Hohen Hause übermittelt. (*Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Ich erinnere mich an ein Gespräch, das ich zu diesem Zeitpunkt mit Kollegen Dr. Ermacora über diese Materie geführt habe. Wir waren damals beide der Meinung, daß dieses Gesetz nach einigen Sitzungen beschlossen werden könnte. Seither sind drei Jahre vergangen, und wir sind noch immer nicht weitergekommen. An der Bundesregierung und der damit befaßten Arbeitsgruppe Datenschutz hat es nicht gelegen. Wenn dieses Gesetz bisher nicht beschlossen werden konnte, dann liegt die Schuld bei denen, die entweder nicht konnten oder nicht wollten. Hier bin ich mit dem Abgeordneten Dr. Schmidt einer Meinung, der in einer Abhandlung über Datenschutz, die am 30. Juli dieses Jahres erschienen ist, auf die internen Schwierigkeiten in der großen Oppositionspartei hingewiesen hat.

Einmal, und das sage jetzt ich und nicht Kollege Schmidt, weil sich die große Oppositionspartei mit sich selbst darüber nicht einig ist, was sie will, und weil sie, beseelt vom Geiste der Bundeswirtschaftskammer, bei allen ihren Anträgen immer wieder Angst vor der eigenen Courage bekommt und es dann wieder anders haben will. Dann auch, weil sie von einem zum anderen Mal vergißt, was sie seinerzeit beantragt hat. Und schließlich geht es der großen Oppositionspartei auf dem privaten Sektor um Privilegien, und die stehen ihr zweifellos näher als die Interessen von Millionen österreichischer Staatsbürger, die ein Anrecht auf den Schutz ihrer Privatsphäre haben.

Ja, in den Zeitungen liest man es anders. Da klagen Sie die Regierung an, da fordern Sie das Datenschutzgesetz, da schreiben Sie, der Staatsbürger ist in Gefahr, und die Regierung tut nichts. Diese Art von Stellungnahme ist zu alt, um darauf noch eingehen zu müssen. Daß Sie auch hier Opposition um jeden Preis spielen wollen, das ist mir eigentlich unverständlich.

Es ist bereits „sehr spät“ geworden, es ist später als fünf vor zwölf. Die Daten jedes einzelnen Staatsbürgers sind heute schon vielfach gespeichert. Immer mehr personenbezogene Daten werden in den öffentlichen und privaten Datenbanken gesammelt. Noch können Verknüpfungen vorgenommen werden, noch kann mit den Daten alles geschehen, in wenigen

Sekunden können die Daten jedes einzelnen Staatsbürgers bis tief in sein Privatleben hinein erfaßt werden und zur Verwendung stehen, auch zur mißbräuchlichen Verwendung.

Es liegt mir völlig fern zu übertreiben. Ich habe nicht die Absicht, das Orwellsche Gespenst „1984“ zu beschwören. Aber ich sage, Datenschutz ist in einem modernen Staat eine der grundlegendsten Voraussetzungen für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft, weil ohne Datenschutz die Gefahr droht, daß die Menschen den Wert ihrer Persönlichkeit verlieren können. Information ist zu einer beherrschenden Macht geworden, die unkontrolliert zu einer drohenden Gefahr werden kann. Die Technik schreitet weiter, wir stehen bei der Nanosekunde, und auf der Größe eines Fingernagels kann heute der Inhalt eines ganzen Lebens erfaßt werden.

Bis jetzt steht der Staatsbürger dieser Entwicklung völlig recht- und schutzlos gegenüber und, was noch viel schlimmer ist, in den meisten Fällen auch völlig ahnungslos. Wir brauchen also das Datenschutzgesetz, und wir brauchen dieses Gesetz sehr rasch. Es wäre falsch, weiterhin Grundsatzdiskussionen zu führen, nur um perfektionistisch zu sein, während die Entwicklung unseren Händen entgleitet.

In der Philosophie der Datenschutzgesetzgebung ist eine Kodifikation einfach nicht möglich. Es ist unmöglich, ein Gesetz zu schaffen, das alles erfassen könnte, nicht nur weil es zu umfangreich wäre, sondern auch weil es von der technischen Entwicklung immer wieder überholt werden würde. Was wir brauchen, ist eine Rahmengesetzgebung, die den Datenschutz in den einzelnen Bereichen regelt, ohne dabei zu sehr ins Detail zu gehen, weil erst die praktische Anwendung des Gesetzes zeigen wird, wo die Schwächen und Lücken vorhanden sind. Man kann dieses Problem nicht mehr vom Tische fegen. Die Entwicklung geht weiter und wird nicht mehr zum Stillstand kommen.

Die Tendenz, hier noch abzuwarten, ist falsch. Wir müssen das Problem lösen, bevor es noch akut wird. Wer dieses Gesetz aber noch weiterhin verschleppen will, der muß sich dessen bewußt sein, daß er irreversible Schäden zu verantworten hat.

Der Vorsprung, den Österreich in dieser Materie hatte, ist inzwischen verlorengegangen. International gesehen haben nach Schweden die USA, Kanada, die Bundesrepublik Deutschland und in diesem Jahr auch Frankreich ein Datenschutzgesetz beschlossen. In allen anderen Staaten der OECD wird an einem Datenschutzgesetz gearbeitet. In unmittelbarer Zukunft werden Datenschutzgesetze in Belgien,

Wuganigg

Norwegen, Finnland, Luxemburg, Spanien und Dänemark beschlossen werden.

Und darum, meine Damen und Herren, möchte ich sagen: Wir brauchen das Datenschutzgesetz, um die Freiheitssphäre eines jeden einzelnen Staatsbürgers zu schützen, um den Staatsbürger vor jedem Druck auf den Knopf zu schützen, der ihn seiner Intimsphäre berauben kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Wimmersberger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Wimmersberger** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Am 8. Juli 1977 richteten Abgeordneter Thalhammer und Genossen an den Bundeskanzler eine Anfrage mit dem Wortlaut: „Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Beantwortung dieser Anfrage eine Zusammenstellung der wichtigsten Maßnahmen der einzelnen Ressorts während der ersten Hälfte der XIV. Legislaturperiode vorzulegen, die für das Land Oberösterreich von Bedeutung sind?“

Zu meiner größten Verwunderung werden auf Seite 6 der Beantwortung unter der Überschrift „Verstaatlichte Industrie“ beziehungsweise „VÖEST“ – aber auch die übrigen oberösterreichischen verstaatlichten Betriebe werden aufgeführt – die in den vergangenen zwei Jahren fertiggestellten Investitionsprojekte aufgezählt, unter anderem Erweiterung der Rohstahlkapazität 585 Millionen Schilling, Modernisierung der Erzaufbereitung Sinteranlage, neues Stahlwerk LD III 1204 Millionen Schilling, Umbau der Breitbandstraße 868 Millionen Schilling, Bau eines weiteren Kaltwalzwerks 1644 Millionen Schilling und der Großraumhochofen mit 2829 Millionen Schilling, zusammen 7,1 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Daß die sozialistische Bundesregierung diese Investitionen als ihren Erfolg darstellt, ist für alle Mitarbeiter der VÖEST-Alpine eine Verhöhnung, denn in Wirklichkeit hat die Regierung dazu nichts beigetragen.

Ich zitiere dazu Generaldirektor Apfalter, der in einer Zentralbetriebsratssitzung am 29. 9. 1977 ausführte: „... und bezeichnet das Vermögen der VÖEST von 41 Milliarden Schilling als unser gemeinsames Werk, zu dem wir von niemandem einen Schilling erhalten haben, sondern wir selbst erarbeitete.“

Ich glaube, diese Feststellung ist wichtig, denn immer wieder gibt es die Meinung vom „Steuerschilling“, der zur Erhaltung oder zum Ausbau der VÖEST-Alpine verwendet wurde. In

Wirklichkeit hat, wie gesagt, die VÖEST-Alpine noch keinen Groschen bekommen.

„Wir wollen auch nicht“ – führte Generaldirektor Apfalter aus – „ein Budgetposten wie die Bundesbahn werden.“

Wir wollen keine Beamten werden, und wir wollen für unsere verstaatlichte Industrie keine Sonderstellung, sondern sie ist ein Teil der österreichischen Wirtschaft. Die VÖEST-Alpine hat im Gegenteil seit ihrem Bestehen an die rund 30 Milliarden Schilling an Steuern, Abgaben und Dividenden bezahlt.

Die ehemalige Alpine Montangesellschaft mußte jahrelang zu Spottpreisen den heimischen Markt beliefern und die unrentablen Bergbaue mitschleppen. In den Jahren 1973 und 1974 mußte die VÖEST-Alpine unter politischem Druck – Indexkosmetik, ich habe das in der letzten Rede schon einmal ausgeführt – auf 1,8 Milliarden verzichten.

Die übereilte und nicht genügend vorbereitete Fusion der VÖEST-Alpine 1973 ist lediglich ein Erfolg für den Eigentümer, sprich österreichischer Staat, repräsentiert durch die Bundesregierung, die damit das für sie unangenehme Problem der Eisen- und Stahlindustrie vom Tisch wischte.

Dazu Bundeskanzler Dr. Kreisky im Finanz- und Budgetausschuß am 9. November 1976: „Udenkbar der Gedanke, was bei der schweren Eisenkrise im steirischen Raum passiert wäre.“

Oder aus dem „profil“ vom 27. 9. 1977: „Ohne die Fusion 1973 und den folgenden Investitionsschub wäre die Alpine vermutlich längst zusammengebrochen.“

Wie bekannt, kostet jede Fusion Geld, und so wurde auch 1972 die Zuführung von zwei Milliarden versprochen.

Ein Zitat aus dem Brief von Bundeskanzler Kreisky an die ÖAAB-Betriebsgruppe der VÖEST vom 20. 6. 1972: „Im Falle einer Fusion der beiden Unternehmen wird auch die unterschiedliche Ausstattung mit Sozialkapital einer Lösung durch Aufstockung zugeführt werden. Was die Erfolgsprämien betrifft...“ Darauf will ich heute nicht eingehen, denn die Zeiten der Prämienzahlungen sind leider vorbei.

Der Bundeskanzler meinte auf einer anlässlich der Vorbereitung der Fusion abgehaltenen Betriebsrätekonferenz hier in Wien so leichthin: „Dann wird man halt die zwei Milliarden aufnehmen.“

Was sind die Tatsachen? Die VÖEST-Alpine erhielt 1974/75 rund eine Milliarde, von der rund 600 Millionen netto verblieben und rund 400

6968

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Wimmersberger

Millionen an die VEW weitergegeben wurden. Nachdem die Zuführung dieser einen Milliarde rund vier Jahre brauchte, kann man sich vorstellen, wie lange es dauern wird, bis die VÖEST-Alpine die notwendigen vier Milliarden Kapitalaufstockung erhält. Wenn eine Milliarde vier Jahre braucht, dann müssen vier Milliarden, wenn die Regierung das Tempo hält, 16 Jahre brauchen; falls sie noch amtiert, möchte ich dazu sagen, was wir von der VÖEST-Alpine aber nicht hoffen.

Da diese Kapitalzufuhr mit einer dreiprozentigen Dividendengarantie auf das Gesamtkapital verbunden wurde, entspricht dies einer 15prozentigen Verzinsung. Ich habe das schon einmal als Wucherzinsen bezeichnet, da, wenn die VÖEST-Alpine selbst Kredite aufnimmt, diese maximal zehn Prozent kosten. Der Bundeskanzler und die Regierung haben, wie man aus dem bisher Gesagten sieht, die VÖEST-Alpine im Stich gelassen. Dabei wäre es 1972/73 sicherlich leichter gewesen, der VÖEST-Alpine Kapital zuzuführen. Statt Versprechen zu erfüllen, gibt es immer nur Ausreden und vage Andeutungen, zum Beispiel im Finanz- und Budgetausschuß vom 9. 11. 1976 der Herr Bundeskanzler: „Über weitere Kapitalzuführungen muß in nächster Zeit entschieden werden.“ Hier erhebt sich die Frage: Was versteht der Herr Bundeskanzler unter „nächster Zeit“?

Aber nun noch einmal Bundeskanzler Dr. Kreisky in der Fragestunde am 3. November 1977 in der Beantwortung einer Anfrage des Kollegen Burger:

„Was die Eisen- und Stahlindustrie betrifft, so hat sie einen gewaltigen Investitionsbedarf und leidet gleichzeitig unter den Auswirkungen der Krise auf dem Eisen- und Stahlweltmarkt. Sie wissen, Herr Abgeordneter, sicher sehr genau, daß andere große Werke, wie etwa in der Bundesrepublik Deutschland, in Luxemburg, in gleichem Maße, wenn nicht noch stärker davon betroffen sind.

Sicherlich ist es richtig, daß die Eisen- und Stahlindustrie in den nächsten Jahren der Kapitalzufuhr bedürfen wird. Es sind auch im Augenblick Verhandlungen und Besprechungen im Gange, in welcher Weise das erfolgen soll. Es gibt – was ich Ihnen nicht verheimlichen will – auf der einen Seite die Auffassung, daß das der Eigentümer zu besorgen hat; nicht nur weil dies der Staat ist, sondern weil das eine primäre Aufgabe des Eigentümers sein könnte. Zweitens wird darauf verwiesen, daß auch in den Ländern, in denen die Eisen- und Stahlindustrie in Privatbesitz ist, der Staat der Eisen- und Stahlindustrie große Beträge zur Verfügung gestellt hat.

Ich persönlich neige zu der Auffassung, daß möglicherweise auf Grund der Struktur, die es bei uns gibt, ein anderer Weg gewählt werden müssen. Ich kann aber im Augenblick darüber nicht mehr sagen, als daß Verhandlungen im Gange sind.“

Noch einmal Bundeskanzler Kreisky im Finanz- und Budgetausschuß am 8. November 1977:

„Die Möglichkeiten einer Kapitalzuführung an die VÖEST-Alpine werden gegenwärtig überlegt. Dabei neige ich jener Gruppe zu, die der Meinung ist, daß das nicht aus dem Budget erfolgen sollte. Dies schon aus psychologischen Gründen, weil nicht zu Unrecht jene Argumentation wieder belebt werden soll, wonach die Steuerzahler die Verstaatlichte Industrie erhalten, denn das war auch bisher nicht der Fall.“

Daß das bisher nicht der Fall war, hat der Herr Bundeskanzler bestätigt; das ist erfreulich. Hier sind wir aber bei einer grundsätzlichen Frage angelangt. Jeder private Unternehmer steckt Geld in seine Firma in der Hoffnung, daß es sich verzinst beziehungsweise Dividende bringt. Er trägt jedoch das Risiko, daß sich daraus auch einmal Verluste ergeben. Die ÖIAG beziehungsweise der österreichische Staat als Eigentümer ist verpflichtet, seine Betriebe mit dem nötigen Risikokapital auszustatten. Dies kann aber nicht an gewisse Forderungen gebunden werden.

Der Unterschied zu einem Kredit besteht ja darin, daß man bei einem Kredit zu einer Bank geht und Zinsen zahlt, je nach Bonität verschieden. Die Kapitalzufuhr ist nicht zum Ausgleich der Verluste da, sondern die Vergrößerung des Risikokapitals ist notwendig aus Gründen der Expansion, verbunden mit Rationalisierungsmaßnahmen beziehungsweise Umstrukturierungen. Wir erwarten daher zur Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze, daß die noch offene Milliarde aus der Fusionsmorgengabe und die weiteren notwendigen vier Milliarden ehestens dem Konzern zugeführt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf dazu Generaldirektor Apfalter zitieren, der am 21. 10. 1977 in einem Vortrag an der Linzer Universität sagte: „Voraussetzung für eine ausgewogene Politik der kurzfristigen Arbeitsplatzsicherung und der langfristigen Arbeitsplatzsicherung ist eine ausreichende Kapitaldecke.“

Dazu auch bitte das „profil“ vom 27. 9. 1977: „Bei uns hält sich ÖIAG-General Franz Geist die Antwort offen (Darüber wird zur Zeit beraten), während Finanzminister Hannes Androsch bereits kalt abwinkte. Im Budget sei für den Konzern nichts drin, eröffnete er Apfalter zur Begrüßung. Die VÖEST-Alpine hätte in den

Wimmersberger

letzten Jahren eben besser wirtschaften sollen. Der überhöhte Personalstand habe den Konzern Hunderte Millionen Schilling gekostet."

Es ist eine Frechheit, meine Damen und Herren, wenn man nun der VÖEST-Alpine derartige Vorwürfe macht, und es zeigt von der Präpotenz des Finanzministers, der im Zusammenhang mit der Kapitalzuführung geäußert haben soll: „Da kann ja jeder kommen.“ Die Kolleginnen und Kollegen der VÖEST-Alpine werden sich das gut merken!

Und nun einige Worte zur Schulung im VÖEST-Alpine-Konzern. Im Finanz- und Budgetausschuß am 8. November 1977 gab mir der Herr Bundeskanzler auf meine Frage nach der Effizienz der derzeitigen Schulungsmaßnahmen recht, daß diese nur vorübergehend sein könnten und man sich eine andere Art der Schulung beziehungsweise, ich glaube, er sagte, ein anderes System überlegen müßte. Laut „Parlamentskorrespondenz“ meinte der Herr Bundeskanzler:

„Zur Frage Kurzarbeit oder Umschulung bei einzelnen Betrieben der verstaatlichten Industrie: Die Arbeitsmarktverwaltung verfügt über beide Instrumente, zu beiden hat sie einen Beitrag zu leisten. Man hat sich für die Umschulung entschieden. Dabei handelt es sich nur um einen kleinen Prozentsatz. An der gegenwärtigen Situation trifft die VÖEST-Alpine keine Schuld, auf dem Stahlsektor handelt es sich um eine weltweite Entwicklung.“

Von einem „kleinen Prozentsatz“ kann man leider nicht sprechen, da letztlich rund 15 000 davon betroffen sind. Meine persönliche Meinung ist die, daß man diese 100 bis 110 Millionen Schilling besser dazu verwendet hätte, einer alten Forderung des ÖAAB nachzukommen, für Schwerstarbeiter in Schichtbetrieben – im besonderen ist ja die Hütte betroffen mit ihren Warmbetrieben – ein In-Pension-Gehen ohne finanziellen Verlust vor dem 60. Lebensjahr zu ermöglichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist erfreulich, daß im Gegensatz zum Herrn Finanzminister der Herr Bundeskanzler feststellt, daß an der gegenwärtigen Situation die VÖEST keine Schuld trifft. Auf dem Stahlsektor handle es sich um eine weltweite Entwicklung. Nur muß man den Herrn Bundeskanzler und die sozialistische Regierung daran erinnern, daß in Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Italien und selbst in Deutschland die Regierungen im Gegensatz zu Österreich ihrer Stahlindustrie mit zweistelligen Milliardenbeträgen unter die Arme greifen. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Die Steuerzahler!)*

Meine Damen und Herren! Ich komme zum

Schluß und möchte noch einmal kurz zusammenfassen, was die sozialistische Regierung zum Erfolg der VÖEST-Alpine beigetragen hat.

Von den zwei Milliarden Fusionsstützung wurde nur eine Milliarde zugeführt.

Milliardengewinnentgang durch Indexkosmetik während der Hochkonjunktur.

Laut Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage von Kollegen Burger und mir „allein in den Jahren 1973 bis 1975 zirka 1,7 Milliarden Schilling Verlust durch den Wegfall der Exportvergütung“.

Nicht genügend Eigenmittelzuführung und damit Probleme bei der Strukturbereinigung trotz enormer Steuerleistungen der VÖEST-Alpine AG.

Auch sonst im Gegensatz zu den bereits angeführten Ländern keinerlei Stützung der Stahlindustrie und damit Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit.

Exporterschwernis durch die Währungspolitik, durch die Belastungswellen und ihre Tarif- und Gebührenerhöhungen sowie durch das 2. Abgabenänderungsgesetz, das in seinem ersten Entwurf – auch hier zitiere ich wieder unseren Generaldirektor – „uninteressant und indiskutabel“ war. Es hätte, wenn ich darauf aufmerksam machen darf, auflaufend bis Ende 1988 rund zwölf Milliarden Schilling geringere Mittel für die Unternehmensfinanzierung aus dem Titel Sozialkapital zur Verfügung gestellt.

Auch der jetzt beschlossene Entwurf bedeutet eine große Belastung und wird bei besserer Ertragslage mit voller Wucht das Unternehmen treffen. Allein die jährliche Mehrbelastung an Vermögen- und Gewerbesteuer beträgt über 40 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren! Exstaatssekretär Veselsky hat mit seinem Ausspruch „Aus nichts wird nichts“ sicherlich recht. Wir erwarten jedoch vom Eigentümer, daß er seinen Verpflichtungen nach Kapitalzuführung nachkommt. Hier muß sich der Eigentümer etwas einfallen lassen, wobei Aussagen des Herrn Bundeskanzlers Kreisky auf der Klubklausur in Villach bezüglich eines zehnjährigen Investitionsprogramms sehr problematisch sind. Laut „Wiener Zeitung“ vom 22. 10. 1977 zitiere ich: „Die VÖEST-Alpine werde zusammen mit privaten Unternehmungen einen umfassenden Plan für die Errichtung zusätzlicher Seilbahnen und Schlepplifte ausarbeiten.“ Wenn die Hilfe so aussieht, dann, meine Damen und Herren, wissen wir, was uns erwartet. Hier lobe ich mir das Arbeitsplatzsicherungskonzept unseres Bundesparteiobermanns Dr. Taus, das wirklich gute und durchführbare Vorschläge beinhaltet.

6970

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Wimmersberger

Zu Geists neuem Anspruch auf Machtausweitung der ÖIAG möchte ich nur feststellen: Die ÖIAG soll ihrer Aufgabe der Kapitalzuführung nachkommen, ansonsten aber die Betriebe in Ruhe arbeiten lassen. Wir sind seiner Meinung – hier zitiere ich –: „Wenn man keine Machtausweitung für die Verstaatlichtenholding ÖIAG wünsche, müsse man die Gesellschaft auflösen.“ Die VÖEST-Alpine hätte sich damit rund 30 Millionen Schilling jährlich erspart.

Abschließend möchte ich feststellen: Die Arbeitsplätze im VÖEST-Alpine-Konzern sichert niemand anderer als nur die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen der VÖEST-Alpine selbst, hier im besonderen in voller Solidarität die Kollegen und Kolleginnen aus Linz, und darauf bin ich besonders stolz. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hatzl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Hatzl** (SPÖ): Hohes Haus! Wenn mein Vorredner davon gesprochen hat, daß es eine Reihe von Leistungen im Rahmen der verstaatlichten Industrie gibt und besonders die Leistungen der Beschäftigten in den einzelnen Werken hervorgehoben hat, so ist das ein sehr richtiger Ausspruch. Jedoch hängt die Leistung des einzelnen in den Werken sehr eng zusammen mit den Maßnahmen, die die Verantwortlichen setzen, um auch diesen Menschen Sicherheiten zu geben, diese Leistungen erfüllen zu können. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Der große Bruder!)* Daher ist in diesem Zusammenhang sicherlich, wie in manchen Teilen seiner Ausführungen, zur Hälfte eine richtige Behauptung gebracht worden, zur anderen Hälfte ein falscher oder ein nicht vollendeter Schluß dargestellt worden.

Gerade die verstaatlichte Industrie hat einen hohen Anteil ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch eine Reihe von Maßnahmen, die durch eine sozialistische Bundesregierung gesetzt wurden, erreicht, sei es mit der branchenweisen Zusammenführung, mit der Beteiligung an großen internationalen Projekten, die die einzelnen Minister und der Herr Bundeskanzler in diesem Zusammenhang bringen konnten, oder durch die Investitionspolitik, die betrieben wurde.

Wenn man sich diese Situation ansieht, so kann man eigentlich annehmen, wenn der Vorredner diese Überlegungen angestellt und zum Teil bestätigt hat, daß es zumindest hier nunmehr bei der Österreichischen Volkspartei in Kürze beim 2. Abgabenänderungsgesetz einen Einbruch geben wird, daß hier für die sozialistische Fraktion bereits eine zusätzliche

Stimme aus Ihren Reihen zu erwarten ist. Denn wenn er das alles verlangt und meint, daß das weiter gesichert werden muß, dann gehört natürlich auch dazu, daß man entsprechend reagiert und dieser Regierung für ihre Vorschläge auch die entsprechende stimmliche Unterstützung in diesem Haus gibt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, daß man diese Hoffnung dennoch haben kann, auch wenn man am Schluß in dem letzten Teil erkennen konnte, daß er offensichtlich das Opfer der Propaganda seiner eigenen Partei geworden ist und Dinge vorgetragen hat, die wahrlich nicht stimmen.

In diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung, die dazupast, weil es gerade im Bereich der Wirtschaft darum geht, für die Zukunft mehr Möglichkeiten durch verbesserte Einnahmen des Staatshaushaltes und durch Einsparmaßnahmen zu schaffen.

Wenn dann der Abgeordnete Steinbauer in bekannter Form meint, es gibt ja nichts, wo eingespart wird, so übersieht er, daß auch er beim 2. Abgabenänderungsgesetz zustimmen müßte, denn wenn man sich die Struktur dieser Vorlage ansieht, wird man draufkommen, daß durch Minderausgaben von fast 8 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 6,5 Milliarden Schilling in Wirklichkeit dieses Budget 1978 um 14,5 Milliarden Schilling strukturell verbessert werden soll. Das ist sehr wohl ein Beitrag zum Sparen und sehr wohl ein Beitrag zur verbesserten Lebensfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Tatsache ist doch, daß man seit längerer Zeit bemerkt, daß sich die Opposition nicht nur hier, sondern auch draußen in ihren Reden in einer Reihe unsachlicher Vorwürfe, zum Teil auch oftmals arger Beschimpfungen der Regierungspartei und ihrer Funktionäre dienlich macht. Es vergehen kaum Tage oder Reden, wo man nicht als Sozialist als Täuscher, Räuber, Vorgaukler, Dilettant, Verschwender und anderes mehr beschimpft wird – alles eine Auswahl seit dem Sommer an Zitierungen, die getroffen wurden und wo man unsere Politik zum Beispiel als wirtschaftsfeindlich, konsumentenfeindlich, familienfeindlich, pensionistenfeindlich, jugendfeindlich und in ähnlichen Fortsetzungen bezeichnet. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Bitte, Sie bestätigen mit Ihrem Zwischenruf, daß das stimmt, dann muß man sicher natürlich auch sehr genau ansehen, wenn man diese Behauptungen ernst nehmen soll, wie sachlich oder wie richtig sie sind. Man soll sie auf ihre Berechtigung untersuchen und praktisch Bilanz ziehen.

Hatzl

Diese Bilanz gibt es gerade jetzt in einem besonderen Maße, da wir doch mit diesem Budget in die zweite Hälfte der Legislaturperiode eintreten und damit Bilanz ziehen können über die geleistete Arbeit.

Ich frage Sie: Kann man unsere Politik zum Beispiel als familienfeindlich bezeichnen, wenn man weiß, daß es noch niemals so viel für die Familien in Österreich gegeben hat wie in diesen siebziger Jahren? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich behaupte aber nicht nur, sondern versuche in Form nackter Tatsachen es zu beweisen.

Tatsache 1: Im Jahr 1970 waren es knapp über 6 000 S, die im Rahmen der Familienförderung pro Kind zur Verfügung standen; 1978 werden es mehr als 13 000 S sein.

Tatsache 2: Bisher hat es rund 300 000 Familien in Österreich gegeben, die den steuerlichen Absetzbetrag nicht oder nicht zur Gänze ausschöpfen konnten; mit Beginn 1978 wird es hier eine grundlegende Änderung geben, und dieses Unrecht wird für 300 000 Familien in Österreich beseitigt werden. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Thalhammer: Und die ÖVP ist dagegen!)*

Tatsache 3: Die Familienbeihilfe wurde seit 1970 um fast 120 Prozent erhöht. Der Verbraucherpreisindex - das sind ja immer Ihre Zwischenrufe - erhöhte sich im gleichen Zeitraum um knapp 60 Prozent, also um die Hälfte. Das Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer stieg um knapp 100 Prozent. Das heißt also, daß die Familienbeihilfen stärker als die allgemeinen Lohn- und Preisentwicklungen angestiegen sind. Auch hier ein Beweis, was man von ÖVP-Äußerungen zur Familienpolitik halten kann. Es zeigt sich, daß diese falschen VP-Behauptungen offensichtlich nur deswegen erfunden wurden, um möglicherweise als Schlagwort billig an die Öffentlichkeit gebracht zu werden.

Ich bin aber überzeugt, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß Sie jene Dummen, die Sie in der Bevölkerung suchen, nicht finden können, die Ihnen noch im gewünschten Ausmaß das glauben, was Sie ihnen vorsprechen.

Es wird aber bei diesen Überlegungen und Wünschen noch besser: Wenn man sich ansieht, was Sie in der Vergangenheit verlangt haben, dann kommt man darauf, daß gerade die Konservativen mehrmals die Dynamisierung der Familienbeihilfe verlangt haben. Hätten wir Sozialisten das erfüllt, was Sie sich vorgestellt haben, wäre es im Vergleich zur Preisentwicklung, wie ich schon feststellen konnte, dann eigentlich um die Hälfte weniger gewesen, was die Familien erhalten hätten.

Das heißt, Sie hätten bewußt eine Verschlechterung für die Familien herbeigeführt. Es wäre daher eine sehr feine Sache, wenn man der Österreichischen Volkspartei die Familienpolitik überlassen würde. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Hafner.)*

Sie können es sich nachrechnen, ich zeige Ihnen die Zahlen. Ich verstehe aber schon, daß Sie große Schwierigkeiten im Verstehen haben, denn Ihre Äußerungen in der Vergangenheit haben ja bewiesen, daß Sie offensichtlich manches nicht verstehen können.

Und weil man so großartig redet: Natürlich haben Sie auch Veränderungen vorgenommen; Sie haben während Ihrer Regierungszeit um 40 S den Familien mehr gegeben; von einer Ausweitung oder besonderen Abgeltung der damaligen Inflationsrate kann überhaupt nicht die Rede sein.

Eine Gruppe bei Ihnen aber war sicherlich während Ihrer Regierungszeit besser gestellt, das waren jene, die über ein höheres Einkommen verfügten, weil ja bei der Einkommensteuerreform 1967 damals ein besonderes Augenmerk darauf gelenkt wurde, daß die Spitzenverdiener bei den Familienförderungen besser abschneiden als der normal sterbliche Bürger in diesem Lande.

Daher ist verständlich, wenn in der letzten Zeit ein Herr Kohlmaier oder eine Frau Hubinek als Familienpolitiker in der Öffentlichkeit im Namen weniger sachlich so wenig zu bieten haben und nur durch lautes Schreien statt Verhandeln oder durch Lizitieren reagieren.

Das ist ja das Interessante, daß man sich auch die internationale Presse dabei ansehen kann und daß sich die Menschen im Ausland sehr darüber wundern, wie wenig Informationen österreichische Politiker offensichtlich über österreichische Familienpolitik besitzen.

Tatsache 6 kann ich auch erwähnen, nur im Detail wäre es sicherlich zu lange. Man müßte unter diesem Bereich all jene Leistungen einbeziehen, die noch aus dem Familienlastenausgleichsfonds vorgenommen werden, und sie aufzeigen. Ein Teil dieser Maßnahmen wird ja von Ihnen noch immer aufs heftigste und wesentlichste bestritten. Es hat auch heute hier Beispiele gegeben, nicht nur bei der Österreichischen Volkspartei, auch der Kollege Schmidt hat heute in dieser Richtung von den Freiheitlichen aus agiert.

Dabei ist interessant, daß er die Frage der Schulbücher angeschnitten hat. Denn obwohl man weiß, daß die Anzahl der Schüler zum Beispiel an den mittleren und höheren Schulen bis 1979 noch ansteigt und angestiegen ist,

6972

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Hatzl

obwohl man weiß, daß die Erzeugung der Bücher teurer geworden ist, daß es aber dennoch um 10 Millionen weniger bei den Schulbüchern sind und daß man sich bemüht, noch weiter einzusparen, ist das für den Kollegen Schmidt nichts gewesen, unbedeutend gewesen, kein Beitrag zur Verbesserung der Situation.

Wenn man so hineinhört in diese Gedankenwelt, dann kann man nur zu dem Schluß kommen, daß er offensichtlich meint, es wäre besser, wenn weiterhin jede Familie mit durchschnittlich fast 700 S pro Schüler belastet wird, um die Eigenleistung aufzubringen. Das wäre wieder ein Schlag, vor allem gegen jene, die die Einkommenschwächeren sind, und ein Vorteil sicherlich für jene, die zu den Einkommensstärkeren gehören. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein besonderer Schwerpunkt, meine Damen und Herren, im Bereich des Bundeskanzleramtes sind auch die Förderungsmaßnahmen der Familienberatungsstellen. Es ist erfreulich, daß die Frequenz der Familienberatungsstellen sich im Steigen befindet. Mehr als 30 000 Fälle im ersten Halbjahr des heurigen Jahres bezeugen dies, wobei es gar nicht darum geht, in der Frage der Abtreibung oder der Familienplanung entsprechende Beratungshilfe zu geben, sondern vielmehr um die Ausübung der Tätigkeit in den einzelnen Familienberatungsstellen.

Ich glaube, daß all die Maßnahmen auf diesem Sektor ein sehr deutlicher Beweis sind, wie erfolgreich auch die Frau Staatssekretär Karl namens der Bundesregierung Maßnahmen gesetzt hat, die Ihnen unangenehm sind. Warum, verstehen wir alle nicht, aber offensichtlich nur aus politischer Kurzsichtigkeit. Inserate, Plakate, Broschüren, anerkannte Fernsehspots und Filme beweisen dies.

Wir werden sicherlich, spätestens voraussichtlich 1979, wie wir im Budgetausschuß gehört haben, die Gelegenheit haben, wieder einen umfassenden Familienbericht zu erhalten, um dazu Stellung zu nehmen und zu erkennen, was sich alles, vor allem seit 1970 zum Wohle der österreichischen Familien verändert hat. Das wird dann mit noch größerer Deutlichkeit all das beweisen, was Sie bisher behauptet haben und was nicht zutrifft.

Man wird noch etwas in diesem Zusammenhang feststellen müssen: daß all diese Aussagen, die Sie in letzter Zeit getroffen haben, daß das Maßnahmenpaket zur Minderung der Leistungen an die Familien führt, völlig falsch und unrichtig sind und nicht den Tatsachen entsprechen.

Wenn man also diesen Fragenbereich Familienpolitik zusammenfaßt, dann ist es meines Erachtens eine bewußte Lüge, die man in die

Welt setzen möchte, wenn man Gerüchte in Umlauf setzt, die von einer familienfeindlichen Politik der Sozialisten sprechen. Das ist eine Methode, meine Damen und Herren von der konservativen Seite, die wir Ihnen nicht durchgehen lassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber im Gerüchteerfinden haben Sie ja eine große Praxis, das ist unbestritten. Sie sind vor allem in den letzten Monaten da besonders großartig gewesen. Das Gerücht der Abwertung des Schillings im „Volksblatt“ vom 24. September, Wahrheitsgehalt: überhaupt keiner. Der Schilling gehört weiterhin zu den härtesten Währungen der Welt. Aber der Schaden für Österreich war gegeben, denn durch diese Spekulation sind Milliardenbeträge ins Ausland abgeflossen, und der, der den Schaden hatte, war die österreichische Wirtschaft, die österreichische Bevölkerung.

Das Gerücht Nr. 2: die besondere Steuer für jene Konten, die über 50 000 S haben; das war die steirische ÖVP-Zeitung „Südost-Tagespost“ vom 15. Oktober. Auch hier Wahrheitsgehalt des Gerüchtes: keiner. Eine solche Maßnahme war nie ins Auge gefaßt; der Schaden für Österreich war international gesehen wieder beträchtlich durch diese Art der Methode, in diesem Land Politik zugunsten der ÖVP zu machen. *(Abg. Westreicher: Und der Schaden, den der Bundeskanzler in Kärnten angerichtet hat?)*

Das Gerücht Nr. 3: die Auszahlung der Beihilfen ist ab 1979 nicht mehr gewährleistet. Das war damals die Frau Abgeordnete Hubinek, obwohl sie es besser wissen mußte und obwohl gerade hier diese Sicherheit gegeben ist.

Und als wir Ihnen all das vorgehalten haben, sind Sie gekommen und haben gemeint, so ähnlich wie jetzt in den Zwischenrufen: Das sind ja andere gewesen, das ist bei uns begonnen worden, und man hat im „Volksblatt“ oder in der steirischen ÖVP-Zeitung nur etwas wiederholt, was knapp vorher der Herr Bundeskanzler gesagt haben soll. Darf ich zitieren: Am 1. Dezember 1976 hat der Herr Abgeordnete Taus bei der Diskussion hier im Plenum gesagt:

„Sie haben nichts getan, Herr Bundeskanzler! Im Gegenteil: Sie verteidigen diesen Belastungskurs. Das aber paßt doch nicht zu Ihrer pessimistischen Lageeinschätzung. Das ist einfach ein unlösbarer Widerspruch.“

Wenn Sie die Lage so pessimistisch einschätzen, Herr Bundeskanzler, dann hätten Sie gegen die Politik Ihres Finanzministers auftreten müssen, der unsere Wirtschaft sowohl steuer-, gebühren- und tarifpolitisch als auch währungspolitisch in die Zange nimmt.“ Und dann kommt es: „Wie lange noch“ – so Taus – „werden wir denn unsere Währungspolitik, unsere Wechsel-

Hatzl

kurspolitik aushalten können, die nun langsam aber sicher den Export und somit wiederum Arbeitsplätze gefährdet?"

Soll ich Ihnen sagen, was das damals war? Eine erste Aussage, die mit einer gehörigen Verspätung gerüchtemäßig dann Ihre ÖVP-Zeitungen ein dreiviertel Jahr später aufs neue wieder geholt haben, als Sie offensichtlich nicht weitergewußt haben im Diffamieren dieser Bundesregierung und der wirtschaftlichen Leistungen.

Dann kommt eine Partei, nämlich die ÖVP, die meint, von einer „Wirtschaftsfeindlichkeit“ der Sozialisten sprechen zu können. Und das sagt eine Partei, die oftmals behauptet, eine staatsbewußte Partei zu sein. In Wirklichkeit muß man doch solche Gerüchteerfindungen und die Art dieser Umsetzungen einer solchen Politik als skandalös und schädigend für dieses Land Österreich und für das österreichische Ansehen bezeichnen. Eigentlich ist, wenn man es genau beurteilt, diese Politik, die Sie mit Ihren Gerüchten erzeugen, jene, die wirtschaftsgefährdend für Österreich ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben in diesem Haus, meine Damen und Herren, bereits mehrmals unsere Beweise vorgelegt, wie wir bewußt eine fördernde und sich entwickelnde Wirtschaftspolitik betreiben. Wir haben ein noch nie dagewesenes Höchstmaß an Beschäftigten in Österreich. Es gibt bei uns praktisch keine Arbeitslosigkeit, wir können auf eine erfolgreiche Inflationsbekämpfung verweisen. Es gelang uns, eine gute Anzahl neuer Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Es gibt ein steigendes Einkommen und mehr Wohlstand für die österreichischen Bürger. Es gibt mehr Aufträge aus öffentlicher Hand an die österreichische Wirtschaft. In einem hohen Grad sind aber gerade jene Aufträge solche, die ein besonderes Maß auch zur Vollbeschäftigung oder zu diesem Höchstmaß an Beschäftigung beitragen, zum Teil auch jene wirtschaftlichen Impulse, die Sie auf das heftigste bekämpfen oder kritisieren, verleumden, diffamieren: U-Bahn, UNO-City, Allgemeines Krankenhaus und anderes sind solche Beispiele.

Es ist auch noch etwas Zweites, was außerordentlich interessant ist. Sie sind jene, die meinen, man muß manches leisten und neues finden, daß in diesem Land ein Mehr an Arbeitsplätzen gesichert ist. Und Sie schreien danach, daß es hier eine Initiative geben muß, neue Produktionszweige zu finden. Und dann kommt Ihr Parteivorsitzender, wie er es auch heute in der Früh getan hat und sagt, wenn wir Großprojekte gedanklich vorlegen, verhandeln und vorbereiten und hoffen, daß man sie durchführen kann: Diese Großprojekte führen zu

nichts anderem als zu gewaltigen Aufwendungen der öffentlichen Hand aus Steuergeldern für höchst ungewisse Unternehmungen. Wenn wir aber diese neuen Produktionszweige schaffen wollen – das hat man in den letzten Wochen und Monaten ganz deutlich in Österreich erkennen können –, dann sind gerade Sie die ersten, die sich dafür einsetzen, daß man es nicht schafft, um ausländische Interessen in Österreich weiter zu wahren. Gerade bei der Autoindustrie; das ist ein Beispiel für Ihre Politik, die wir ablehnen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Dies alles, meine Damen und Herren von der ÖVP, qualifizieren Sie als unwichtig und unrichtig ab, weil es nicht in Ihre politischen Zielvorstellungen hineinpaßt. Jeder, der auch nur einen Hauch an Anerkennung für Leistungen der sozialistischen Bundesregierung zeigt oder versucht, nur eine Spur neutral zu beobachten oder zu betrachten, der hat dann die große Rüge der Bundesparteilung der Österreichischen Volkspartei vor sich und wird in der Öffentlichkeit gerügt, herabgesetzt. Die Ereignisse – auch der letzten Tage – können Sie ja nicht ungeschehen machen. Diese „Parteigipfelerügen“ haben sich ja in einem Maße gehäuft – und das ist ja das Bedauerliche –, Sie haben nämlich dabei den Blick für die Sachlichkeit und die Wirklichkeit verloren.

Auch hier sieht man, daß es nur eine in der VP-Gerüchteküche zusammengebraute „Wirtschaftsfeindlichkeit“ der Sozialisten gibt, außer Sie bewerten unser Nicht-Mit-Ziehen bei Ihrer unverantwortlichen Lizitationspolitik als wirtschaftsfeindlich. Lassen Sie mich sehr deutlich sagen: Wenn Vernunft und Verantwortung in Ihren Augen wirtschaftsfeindlich sind, ist das ein Vorwurf, den wir gerne einstecken, weil er quasi eine Auszeichnung für uns bedeutet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber, meine Damen und Herren, für uns ist das nicht schwer, uns in Ihre Rollen hineinzudenken, denn offensichtlich haben Sie sich schon auf diese Lizitations-, Verdrehungs- und Täuschungspolitik eingestellt, weil Sie anscheinend genau wissen und es der Ausdruck Ihrer tiefen Hoffnungslosigkeit ist, jemals wieder Verantwortung an erster Stelle für diesen Staat zu tragen. Anders kann man das psychologisch gar nicht mehr erklären.

Nun zum Vorwurf der Jugendfeindlichkeit. Ich möchte gar nicht die lange Liste von Leistungen seit 1970 anführen, sowohl sozialpolitisch als auch wirtschaftspolitisch, die es auf diesem Bereich gegeben hat. Ich möchte ein bißchen, weil Sie auch heute so oft von Ihrem Konzept gesprochen haben, auf die Kernfrage der Jugendbeschäftigung eingehen. Für uns Sozialisten – das möchte ich gleich von Haus aus

6974

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Hatzl

sagen – gilt es – das wird und muß dieser Bundesregierung auch weiter gelingen –, die in anderen Staaten bereits bedrohlich große Jugendarbeitslosigkeit erfolgreich zu verhindern.

Wenn Sie in Ihrem Konzept von Prämien zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen für die jungen Leute sprechen, von der Bedingung der Beschäftigung einer bestimmten Zahl von Jugendlichen und Betriebsneugründungen, von Heimbeihilfen und Fahrtkostenzuschüssen für Lehrlinge, so ist eigentlich hier eine Reihe von Forderungen aufgestellt worden, die man in Wirklichkeit gar nicht mehr verlangen müßte, weil sie nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz bereits Wirklichkeit sind. Eine hervorragende Abschreibübung, aber kein neues Konzept zur Durchsetzung neuer Initiativen. Aber wir sind froh, daß Sie wenigstens akzeptieren, daß es etwas gibt, was wir geleistet haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber Ihre Jugendfreundlichkeit unter Beweis stellen können Sie ja sehr bald. Auch Kollege Höchtl, Sie im besonderen Maße, auch wenn ich nach der letzten Bundesjugendring-Vollversammlung wenig Hoffnung habe, aber Sie haben ja bald Gelegenheit, sich hier bei der Frage des Berufsausbildungsgesetzes zu engagieren. Da gibt es noch einige wichtige offene Punkte, die Sie noch nicht akzeptiert haben, die sehr gezielte Vorstellungen der Gewerkschaftsbewegung sind. Ich lade Sie sehr gerne ein, entscheidend mitzuhelfen. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Höchtl.)*

Kollege Höchtl! Der Bundesjugendplan ist genauso wesentlich und wichtig. Aber die Frage der Förderung von Jugendorganisationen, mit der Entscheidung der Verbesserung der Ausbildung der jungen Menschen im beruflichen Leben werden Sie doch bitte nicht auf die gleiche Stufe der Wichtigkeit stellen. Wenn man sich für das Wichtige entscheidet, wird es ausgesprochen leichter sein, in diesem Zusammenhang auch dafür einzutreten. Ich bin sehr gespannt, wie dann die Verhandlungen laufen werden, wenn wir dieses Gesetz dann zu beraten haben.

Ich kann nur wiederholen: Man wird auch in Zukunft jener politischen Kraft in Österreich in der Öffentlichkeit das Vertrauen schenken, auch unter den jungen Menschen, die beweisen kann, daß sie es ernst meint mit der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Und das wird zweifellos – davon bin ich überzeugt – jene politische Kraft sein, die bisher bewiesen hat, wie erfolgreich sie hier die Jugendbeschäftigung auch sichern kann.

Es ist ja bei all diesen Fragen außerordentlich interessant, daß man auch zu anderen Bereichen Äußerungen und Sätze findet, die überhaupt nicht stimmen und die, aus dem Zusammenhang gerissen, ein völlig falsches Bild projektieren.

Der Herr Abgeordnete Steinbauer hat zum Beispiel bei der Entwicklungshilfe, und das möchte ich nur sehr kurz sagen, kritisiert, wie schlecht das jetzt wird, wie katastrophal das 1978 aussieht. Ich darf Ihnen sagen, die Entwicklungshilfe sieht eigentlich so aus:

Im Jahre 1977 waren es an Finanzhilfen 494 Millionen, 1978 sind es 497 Millionen; technische Hilfe: 302 Millionen, nächstes Jahr 350 Millionen; mittelbare technische Hilfe: 252 Millionen, nächstes Jahr 280 Millionen. Summe: 1 055 Millionen 1977, 1 127 Millionen 1978. Und wenn man die Zollbegünstigungen noch dazu-rechnet, die 1977 1 150 Millionen und 1978 1 200 Millionen betragen, dann möchte ich gerne wissen, wo der Abgeordnete Steinbauer hier Verschlechterungen findet, außer er hält das Buch und das Budget verkehrt in der Hand und kann nicht richtig lesen.

Aber das ist vielleicht ein Symptom. Er hat ja zum Teil heute jene Sätze wiederholt, die er gestern gesagt hat, praktisch den gleichen Unsinn von gestern, wobei er annimmt – und das darf man sagen –, daß man vielleicht am Donnerstag offensichtlich mehr Verständnis für falsche Behauptungen aufbringt als an einem Mittwoch.

Ich kann Ihnen sagen: So kann man hier nicht herauskommen und argumentieren, und in Wirklichkeit trieft die ganze Rede von schlecht versteckter Gehässigkeit gegen all jenes, was die Sozialisten in Österreich tun, in den einzelnen Sachgebieten genauso wie in der Gesamtpolitik. *(Ruf bei der ÖVP: Wehleidig auch noch!)* Das ist nicht eine Frage der Wehleidigkeit, sondern das ist die Frage, wie ein sogenannter Mediensprecher der Österreichischen Volkspartei versucht, Verdrehungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Dagegen muß man sich wehren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Bei den Beratungen soll man aber in diesem Zusammenhang auch auf die ständigen Irrtümer verschiedener Oppositionspolitiker eingehen – zum Teil tat ich es bereits –, im besonderen aber auf die Irrtümer des Herrn Josef Taus, gerade weil es Halbzeit in dieser Legislaturperiode ist.

Taus spricht von einer strukturell falschen Politik. Er hat in seinen Ausführungen dargelegt: Diese Politik, die die Sozialisten betreiben, ist strukturell falsch.

Wollen Sie, daß man diese Aussage ernst

Hatzl

nimmt? Wenn Sie das wollen, kann es doch nur heißen, eine andere Politik zu betreiben. Eine andere Politik zu betreiben heißt, statt einem Höchstmaß an Beschäftigten keine gesicherten Arbeitsplätze, statt einer harten Währung einen schwachen Schilling, statt Sozialleistungen soziale Unsicherheiten, statt Jugendförderung eine ungewisse Zukunft für diese Menschen, statt verbesserter Familienleistungen einen Familienförderungsstopp. Das sind nämlich die Formen einer anderen strukturellen Politik, die man in Österreich nach den Vorstellungen des Herrn Parteivorsitzenden betreiben soll. Eine solche Politik lehnen wir ab, und die Österreicher haben bisher auch sehr deutlich gezeigt, daß sie von einer solchen geänderten Strukturpolitik nichts wissen wollen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ihre Prophezeiungen und Aussagen stimmen ja nicht. Der Abgeordnete Taus hat ja im vorigen Jahr als harten Kern seiner Aussagen gehabt: Sie lassen zu – und der Kollege Dr. Fischer hat das bereits auch angeschnitten –, meinte er voriges Jahr, Sie lassen zu – zum Bundeskanzler gewandt –, daß die Inflationsrate in Österreich nicht sinkt. Tatsache: Die Inflationsrate ist gesunken. Das ist unbestritten, nachweisbar und nachzulesen.

Er sagte: Sie lassen zu, daß die Armen noch ärmer werden. Tatsache ist: Die Pensionen wurden stärker erhöht als das Pro-Kopf-Einkommen. Tatsache ist, daß der Anteil der Ausgleichszulagenbesitzer geringer geworden ist. Das ist doch keine Pensionistenfeindlichkeit der Sozialisten, das ist doch in Wirklichkeit wieder nur eine falsche Behauptung.

Und übrigens kennen Sie ja wahrscheinlich viel besser als ich die Aussagen und die Meinungen Ihrer Herren Abgeordneten Mussil und Sallinger, wo festgestellt wurde, daß 1978 ihrer Meinung nach auf keinen Fall Lohnerhöhungen über der Inflationsrate sein dürfen, ja sie sollen darunter liegen. Ich habe noch keinen einzigen ÖAAB-Redner heute gehört, der sich gegen diese Vorstellungen des Wirtschaftsbandes gewandt hat.

Das ist doch etwas, was erst am 25. November oder am 11. November dieses Jahres ausgesprochen wurde. Sehen Sie nur immer die Fiktion Ihrer Angriffe gegen uns und übersehen Sie dabei diese gefährliche Politik in Ihren eigenen Reihen gegen die Interessen der Arbeitnehmer in Österreich? Das ist doch auch etwas, wo Sie einmal die Augen öffnen müßten.

Und dann war da eine Aussage von Taus im vergangenen Jahr: Sie lassen zu, daß die Spitäler in ernste Schwierigkeiten geraten. Tatsache hingegen ist: Sie haben angekündigt –

und haben es ja getan –, gegen das Maßnahmenpaket zu sprechen und zu stimmen, und wissen, daß dabei ein Teil der finanziellen Lösung der Spitäler mit beinhaltet ist, und daß die Landespolitiker, die sich hier engagieren wollen, von Ihrer Seite aus dann zurückgerufen werden.

Taus meinte weiter: Sie lassen es zu, daß eine katastrophale Wirtschafts- und Finanzpolitik betrieben wird. Tatsache ist: Wenn es darum geht, die notwendigen Mittel für die Finanz- und Wirtschaftspolitik dieses Staates aufzubringen, stimmen immer nur Sie von der rechten Seite des Hauses dagegen. Sie geben niemals eine echte Unterstützung für das, was notwendig ist. Es gibt höchstens Forderungen, daß die Balken krachen. Das ist dann eine Aufgabe speziell für den ÖAAB als Ersatzlösung für die Nichtangriffsmöglichkeit gegen den eigenen Wirtschaftsband.

Ich bitte Sie, so blind kann man doch nicht sein in Ihren Reihen, um das alles nicht erkennen zu können. Man kann doch nicht so schwerfällig im Verstehen sein für all das, was seit 1970 geleistet wurde.

Hier gibt es Beispiele in Hülle und Fülle, die man aufzeigen kann. Bei allen diesen Beispielen, wenn man sie betrachtet, erweist sich daher erneut: Falschen, besonders selbsternannten Wahrsagern soll man nicht Glauben schenken, sonst büßt man später einmal schwer für diese Leichtgläubigkeit. Anders ausgedrückt: Wer dem Parteivorsitzenden Taus glaubt, ist selbst schuld daran, wenn er später einmal leiden muß. Das ist offensichtlich etwas, was man aussprechen muß. Aber wir haben dennoch als Sozialisten die Hoffnung, weil wir an das Gute im Menschen glauben, daß nicht jeder, der daran glaubt, auch schon hoffnungslos verloren ist. Es gibt noch immer Möglichkeiten, sich besser zu informieren, eine Umkehrpolitik zu betreiben, auf den richtigen Weg zurückzukommen.

Unsere Maßnahmen, die wir setzen, sind in Wirklichkeit die Fortsetzung der bisherigen Politik, die besonders erfolgreich war, die Sicherheit und gesteigerten Lebensstandard den Österreichern und der österreichischen Wirtschaft gebracht hat. Dieser Politik vertrauen die Österreicher in hohem Maße.

Ich darf daher in diesem Zusammenhang feststellen: Dieses Budget für 1978 reiht sich besonders würdig an jene, die vom Finanzminister Androsch begonnen wurden. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)* Sehen Sie, das ist schon der erste Lernprozeß der Hoffnung, von der ich gesprochen habe. – Dieses Budget ist erneut ein Ausdruck der Vorsorge der Sozialisten für eine

6976

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Hatzl

gesicherte Zukunft der Österreicherinnen und Österreicher. Dieses Budget wird genauso Ausdruck des Möglichen sein, wie die früheren Budgets, Krisensituationen erfolgreich bekämpfen zu wollen und den Bürgern dieses Landes jene Zuversicht zu geben, die in einer Welt voll wirtschaftlicher Schwierigkeiten notwendig ist, um bestehen zu können.

Und da können Sie gegen dieses Budget noch so sehr Stellung nehmen: Es zeigt sich durch die Leistungen der Vergangenheit, daß alles das, was wir gestern geschaffen haben, der Ausgangspunkt für die gesicherte Zukunft von morgen ist.

Daß dieses Budget ein weiterer wichtiger Schritt für diese gesicherte Zukunft ist, erweist sich in vielen Gesprächen, die man mit der Bevölkerung führen kann, die sehr wohl zwischen einer sozialen Partei und einer Verschwenderpartei unterscheiden kann. Aus diesem Grund auch unser überzeugtes Ja für diese Notwendigkeiten, die hier für Österreich und für die Menschen in diesem Lande als vorherrschend und dringlich zu erfüllen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vetter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Vetter** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Kollege Hatzl hat sehr laut und mit großem Selbstbewußtsein seine Argumente vorgebracht. Aber, meine Damen und Herren, deswegen werden sie nicht richtiger und nicht überzeugender. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Kollege Hatzl sprach dauernd von ÖVP-Gerüchten, von Panikmache, die ÖVP mache die Bevölkerung nervös, das sei ja alles nicht wahr, die Regierung sei ohnehin so gut, es sei alles in bester Ordnung, auf diese Regierung sei Verlaß.

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hatzl vor allem! Wenn wir als Österreichische Volkspartei, als Mandatäre das Ergebnis, das traurige Ergebnis und das dicke Ende dieser sozialistischen Wirtschaftspolitik darlegen und versuchen, der Bevölkerung glaubhaft zu machen, dann sprechen Sie von Gerüchten. Das verstehen wir, weil es für Sie unangenehm ist.

Oder ist es Lizitationspolitik, ist es Täuschungspolitik, meine Damen und Herren? Es ist doch ein alter Hut, den wir seit sieben Jahren immer wieder von Ihnen hören. Ist es Lizitation, ist es Panikmache, wenn Sie für 1978 ein mögliches Defizit von 57 Milliarden Schilling im Budget haben? Ist es Panikmache, wenn wir aufzeigen, daß wir im Jahre 1978 31 Milliarden Schilling nur für Schulden und Zinsen zurückzahlen? Das sind 85 Millionen Schilling täglich. Der Wert von 85 Einfamilienhäusern, alle Tage.

Ist es Panikmache, wenn Sie heute wieder in der Zeitung den Ausspruch von Generaldirektor Geist lesen, daß für 15 000 Mitarbeiter der VÖEST Kurzarbeit bereits beschlossen worden ist?

Meine Damen und Herren! Das ist die Realität, und die ist traurig. Und wenn wir das der Bevölkerung klarmachen, dann sagen Sie, das ist Panikmache. Sie werden doch wirklich niemanden, Herr Kollege Hatzl, in ganz Österreich finden, der solchen Argumenten Glauben schenken kann! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie haben es natürlich wieder einmal nicht lassen können, über das ÖVP-Konzept zu reden. Herr Kollege Hatzl, ich weiß, das tut Ihnen weh, Sie haben keines. Ihre ehemaligen 1 400 Fachleute dürften alle an einer Seuche dahingerafft worden sein, und die bestens vorbereitete Regierung, wie es seinerzeit geheißen hat, hat auch bis heute kein Konzept gefunden.

Und wenn Sie, Herr Dr. Hatzl – ich will jetzt nicht überheblich sein –, auf die sogenannten Irrtümer des Dr. Josef Taus, unseres Bundesparteibornes, so polemisch, so aggressiv und so unsachlich eingehen, dann möchte ich Ihnen einen Rat geben: Rein von der Sache her ist dieses Problem für Sie um einige Schuhnummern zu groß. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie sprechen von falschen Propheten und sagen, man möge den falschen Propheten nicht Glauben schenken: Herr Kollege Hatzl, ich erinnere Sie an den Wahlkampf 1975: Große Plakate mit blauem Himmel und weißen Wölkchen. Ich kann mich noch sehr genau erinnern. Darunter stand: Für Sicherheit und für vier weitere gute Jahre – wählt SPÖ.

Gestern und heute, Herr Kollege Hatzl, wenn Sie einigermaßen aufgepaßt hätten, wurde beides widerlegt, wurde bewiesen, daß beides eben von einem falschen Propheten, von Ihrem Parteivorsitzenden Bruno Kreisky, stammt. Und wenn Sie es in den letzten beiden Tagen nicht begriffen haben, dann noch einmal ein guter Rat: Passen Sie bis zum letzten Plenartag im Dezember, bis 17. Dezember, gut auf, dann wird auch Ihnen die Erkenntnis kommen, daß das dicke Ende dieser Regierung bereits gekommen ist! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun zu Sachlicherem. *(Abg. Dr. Gradenegger: Burgenland!)* Herr Kollege! Sie reden vom Burgenland. Auch hier kann ich Ihnen als Niederösterreicher ein Beispiel bringen: Fast die gesamte Regierung war im Kremser Gemeinderatswahlkampf eingesetzt, der Bundeskanzler, viele Minister. Und die ÖVP hat dort mit einem völlig unbekannten jungen Mandatar das beste Ergebnis seit dem Jahre 1945, nämlich die

Vetter

absolute Mehrheit, erreicht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich kann Ihnen nur einen Rat geben: Schicken Sie die ganze Mannschaft öfter in solche Gemeinderatswahlkämpfe; wir sind Ihnen sehr dankbar. *(Abg. Hatzl: Das war aber der einzige Wahlkampf!)* Bitte, Tirol und Salzburg waren auch nicht schlecht für uns, Herr Kollege Hatzl! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber, Hohes Haus, meine Damen und Herren, zum vorliegenden Budget. Ich möchte mich mit einigen Äußerungen von Frau Staatssekretär Karl beschäftigen, die mir im Budgetausschuß auf meine Frage, welche Schwerpunkte für 1978 zu erwarten wären, mitteilte, ein Schwerpunkt sei bereits gesetzt, nämlich die Umwandlung der Absetzbeträge in direkte Maßnahmen. Dies brächte den Familien 1,8 Milliarden Schilling.

Diese Feststellung, Frau Staatssekretär, ist zunächst sicherlich ziffernmäßig richtig; nur mit der Einschränkung, daß sie nicht allen Familien zusammen 1,8 Milliarden Schilling bringt, sondern nur einem prozentmäßig gesehen geringeren Teil, und daß alle anderen Familien Österreichs von den beschlossenen, ab 1. Jänner 1978 gültigen Maßnahmen keinen Groschen echt mehr dazubekommen, sondern nur durch eine Umgestaltung der Auszahlung der Familienbeihilfen, durch Abgang vom Rhythmus 14mal auf 12mal, optisch mehr bekommen, aber ansonsten nicht mehr, um bei der vollen Wahrheit zu bleiben.

Aber Sie haben auch vergessen, einiges dazuzusagen. Diese Regelung beseitigt für immer und ewig die steuerrechtliche Beachtung der Leistung der Familien in Österreich. Und das ist eine grundsätzliche Frage. Wir können hier nicht einer Meinung mit Ihnen sein, weil wir der Auffassung sind, rein vom Steuerrecht her gesehen, daß auch im Steuerrecht die Leistung der Familien in Österreich für Staat und Gesellschaft anerkannt werden müßte. Nach unserer Meinung ist diese Mißachtung im Steuerrecht eine familienfeindliche Haltung. Man kann über gute, über bessere steuerrechtliche Rücksichtnahmen jederzeit diskutieren. Aber die Familie ist im Steuerrecht einfach nicht mehr drinnen.

Zweitens, Frau Staatssekretär: Durch diese und andere Maßnahmen - Sie weisen es ja im Budget aus - gibt es im Familienlastenausgleich einen Abgang - erstmals im Jahre 1978 - von 5 534 Millionen Schilling im Jahre 1978, im Jahre 1979 und so alljährlich, selbst wenn Sie um keinen Groschen die Leistungen für die Familien in Österreich erhöhen. Und was ist dann, Frau Staatssekretär? Nach Adam Riese müßte in eineinhalb Jahren, spätestens in zwei

Jahren der Familienlastenausgleichsfonds leer sein, pleite sein. Dank Ihrer Politik!

Noch etwas trifft in zwei Jahren zu: Die Wahlen sind vorbei. Das zeigt - an diesem konkreten Beispiel kann man Ihnen das beweisen -, daß Sie nur mehr über die Runden kommen wollen, nur mehr bis zum nächsten Wahltag denken. Und das, diese Handlungsweise, ist verantwortungslos für eine Regierungspartei und kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Bei Ausräumung dieses Familienlastenausgleichsfonds liegt es klar auf der Hand. Das kann jeder, Herr Kollege Hatzl, mit der Rechenmaschine, mit den Kugeln nachrechnen, daß in zwei Jahren spätestens die Leistungen für die Familien, alle, aus Mitteln des Budgets finanziert werden müssen, aus zusätzlichen Mitteln.

Daher ist die Frage auch an den Herrn Bundeskanzler oder an Sie, Frau Staatssekretär: Was ist mit dem nächsten Belastungspaket? Mit welchen Mitteln wird dieses Loch, das hier entsteht, gedeckt? Woher nehmen Sie die Milliarden aus dem Budget? Wann kommen die nächsten Steuererhöhungen? Ich glaube, daß Sie hier vor dem Hohen Haus diese Antwort den Familien einfach schuldig sind.

Der Herr Kollege Hatzl ist auch auf das Maßnahmen-, ich würde eher sagen Belastungspaket eingegangen und hat gesagt, es bringt keine Minderung der Leistungen. Herr Kollege Hatzl, ich glaube, daß Sie im Hinblick auf meine letzten Sätze und Worte verstehen, daß aufgrund dieser Beschlüsse die Leistungen zumindest gefährdet sind, wenn nicht zusätzliche Budgetmittel herangezogen werden.

Aber nun möchte ich mich mit der Grenzlandpolitik, mit den Entwicklungsmaßnahmen der Bundesregierung für die Grenzgebiete beschäftigen und mit einigen Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers beginnen. Der Herr Bundeskanzler wurde heute schon sehr oft strapaziert mit seinen Äußerungen. Auch ich kann mir das nicht ersparen.

Im Jahre 1970 stellte der Herr Bundeskanzler im Wahlkampf fest: „Wir werden einen breiten Gürtel des Wohlstandes entlang der Grenzen schaffen.“ Im Jahre 1972 meinte er vor der Österreichischen Raumordnungskonferenz: „Für die Lösung der Probleme in den zurückgeblieben Gebieten an der geschlossenen Grenze muß energisch eine Strategie der aktiven Raumordnungspolitik betrieben werden.“

Im Jahre 1973, in einer Regierungserklärung, sprach er wiederum davon, die Lebens- und Einkommensbedingungen auf das durchschnitt-

6978

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Vetter

liche Niveau in Österreich anzuheben, und er versprach ein konkretes Entwicklungsprogramm des Bundes, welches in Ausarbeitung sei.

Ebenso sprach er in einer Regierungserklärung am 24. Jänner 1974 wiederum von der aktiven Raumordnungspolitik, deren Ziel es sein muß, die räumlichen Voraussetzungen für annähernd gleiche Erwerbs- und Lebensbedingungen zu schaffen.

Meine Damen und Herren! Rund 400 km Eiserner Vorhang säumen das nördliche Wald- und Weinviertel, eben das von mir gemeinte Grenzland Niederösterreichs. Dieser undurchlässige Vorhang, der sich zwischen diesem Gebiet und unserem Nachbarstaat gesenkt hat, droht diese Grenzregion wirtschaftlich und kulturell auszutrocknen. Der belebende Grenzverkehr der Wirtschaft, des Handels, des Fremdenverkehrs und der persönlichen Beziehungen, wie wir das an den westlichen Grenzen kennen, weicht bei den östlichen Grenzgebieten oft einem lähmenden Dornröschenschlaf.

Ich möchte den Herrn Bundeskanzler fragen, ob er dieses oder ähnliches in ähnlichen Worten auch beim vergangenen Staatsbesuch mit allem Ernst zum Ausdruck gebracht hat. Ich will nicht behaupten, daß überhaupt nichts geschehen sei, daß keine Versuche unternommen worden wären, die Situation an der Grenze zu ändern.

Ich habe auch eine diesbezügliche Frage im Ausschuß gestellt. Der Herr Bundeskanzler hat mir die Antwort schriftlich zukommen lassen. Ich bedanke mich bei den Beamten für die ausführliche Ausarbeitung. Ich möchte nur dazu in einigen Sätzen Stellung nehmen.

Es wird mir mitgeteilt, daß aus dem ERP-Grenzland-Sonderprogramm 103 Millionen Schilling in den Jahren 1973 bis 1977 ausgegeben worden sind. In vier Jahren also rund 100 Millionen Schilling. Das sind 25 Millionen Schilling pro Jahr für das gesamte Waldviertel. Ich würde mir gern die Frage an den Herrn Bundeskanzler erlauben, ob er tatsächlich meint, daß dieser Betrag ausreicht, einen wirklich breiten Gürtel des Wohlstandes entlang der Grenze zu schaffen. Ich glaube, daß er diese Frage auch persönlich nicht mit Ja beantworten kann.

Er schreibt mir auch von der Grenzlandförderungsgesellschaft in Niederösterreich, deren Leistung ich selbstverständlich auch positiv beurteile, und von anderen Maßnahmen, die sicherlich Versuche darstellen, die Situation zu bessern.

Auf eine Frage bekam ich keine Antwort. Laut „Parlamentskorrespondenz“ fragte ich den Herrn Bundeskanzler, ob an besondere Maßnah-

men für die Textilindustrie gedacht sei, die unter den Billigstimporten besonders zu leiden habe. Ich habe bis heute keine Antwort erhalten.

Ich meine feststellen zu können, daß alle Maßnahmen zusammen nicht die erwartete Wirkung gezeigt haben, die man erwartet hat. Denn heute, fünf Jahre danach, schaut die Realität ganz anders aus. Wir haben weiterhin überdurchschnittliche Abwanderungsquoten, wir haben weiterhin unterdurchschnittliche Einkommensverhältnisse im nichtlandwirtschaftlichen wie auch im landwirtschaftlichen Bereich, wir haben weiterhin unterdurchschnittliche Gemeindesteueraufkommen mit allen negativen Auswirkungen auf die gesamte Bevölkerung dieser Regionen, wir haben durch verminderte Exportchancen und durch vermehrte Billigstimporte größte Unsicherheit in der heimischen Industrie und damit eine nie weichende Arbeitsplatzverunsicherung.

Wir spüren an der Grenze die Folgen und Auswirkungen der Stagnation und der Rezession im industriellen und gewerblichen Bereich am allerdeutlichsten. Die Bevölkerung, die unterdurchschnittliche Einkommenbezüge hat, hat an der steuerlichen Belastung mehr zu leiden als anderswo. Wenn ich daran denke, daß die Regierung ab Juli 1978 die Transportsteuer oder Straßenverkehrsbenutzungssteuer, wie Sie sie nennen, einzuführen gedenkt, dann ist das eine neuerliche zusätzliche Belastung, die uns ungerechtfertigt erscheint, weil alle jene, die weit weg von den Ballungszentren wohnen, wirtschaften und arbeiten müssen, dadurch stärker belastet werden als andere.

Zur Bewältigung dieser Maßnahmen und Probleme ist sicherlich eine Vielzahl von Maßnahmen notwendig, die auf regionalpolitische, raumordnungspolitische und strukturpolitische Aspekte Rücksicht nehmen sollten.

Das Land Niederösterreich hat als erstes Land bereits im Jahre 1968 ein modernes Raumordnungsgesetz erlassen. Die darauf fußenden Raumordnungsprogramme geben eine Stütze und schaffen Möglichkeiten, der negativen Entwicklung entgegenzuwirken. (*Zwischenruf des Abg. Haas.*) Herr Kollege Haas! Sie kennen die Situation selbst; jetzt brauchen Sie nur ein bisserl aufzupassen in der nächsten Viertelstunde.

Das Land fördert das Gewerbe, es fördert die Industrie und es fördert die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Jetzt wird drüben im Landtag verhandelt, und die Beträge werden erhöht, Herr Kollege Haas. Sie wissen das genauso gut wie ich. Was nützt es aber, wenn diese Betriebe keine Erleichterungen für die notwendigen Investitionen mehr haben, wenn durch Billigst-

Vetter

importe und zu geringe Exportförderung die Konkurrenzfähigkeit nicht mehr gegeben ist?

Ein Wort zu den Billigstimporten. Es ist sicherlich bekannt, daß die Textilindustrie unter Billigstimporten leidet. Vor allem die Feinstrumpfindustrie des Waldviertels, meines Wahlkreises, hat ganz besonders darunter zu leiden. Es sind Arbeitsplätze echt gefährdet. Und was macht der Herr Handelsminister? – Er weigert sich oder er sieht sich außerstande, die Niedrigstpreisverordnung – wenigstens ein Behelf bisher – zu verlängern. Es ist Realität, daß der Herr Handelsminister einem Vertrag zugestimmt hat, der Maschinen einer österreichischen Fabrik, eines österreichischen Konzerns nach Rumänien verkaufte; wir haben dort eine Fabrikation errichtet mit unseren Maschinen und uns gleichzeitig vertraglich verpflichtet, 7 Millionen Einheiten von Strumpfhosen jährlich nach Österreich einzuführen. Kann das vernünftig sein? Wenn wir dauernd in Österreich von der Sicherung der Arbeitsplätze reden, aber gleichzeitig die Arbeitsplätze im Ausland sichern: Kann das noch eine vernünftige Handels- und Wirtschaftspolitik sein?

Meine Damen und Herren! Die Feinstrumpfindustrie des Waldviertels und die dort beschäftigten Mitarbeiter wollen keine Ausnahmen, wollen keine Geschenke. Sie wollen nur die Beseitigung dieser Marktstörung und sie wollen die Wiederherstellung der Chancengleichheit in diesem Konkurrenzkampf. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Was nützt es, wenn das Land Niederösterreich durch die Verbesserung der Kommunalstruktur die Zwerggemeinden unseres Landes beseitigt hat und leistungsfähige, lebensfähige Gemeinden geschaffen hat, wenn die Benachteiligung dieser Landgemeinden im Finanzausgleich weiterhin bestehen bleibt, denn der Herr Finanzminister sagt: Auch in Zukunft ist gar nicht an eine Besserung zu denken.

Dieser schlechte Finanzausgleich ist die Ursache, daß unseren zentralen Orten der finanzielle Hintergrund fehlt. Was nützt ein Raumordnungsprogramm für das Verkehrswesen, Herr Kollege Haas, wenn der Bundesstraßenausbau stagniert oder nur ganz zögernd fortgesetzt werden kann, wenn der Ausbau der Bundesstraße von St. Pölten über Krems ins Waldviertel und der Ausbau der Bundesstraße vom Waldviertel nach Linz – in das zweite Ballungszentrum – stagniert und kaum mehr fortgesetzt wird? Was nützen die Mittel aus der Arbeitsmarktförderung, was nützen alle ERP-Mittel, die zweifelsohne gegeben worden sind, wenn es an zusätzlichen

Maßnahmen mangelt, die Industrie lebensfähig und konkurrenzfähig zu erhalten?

Was nützt es vor allem, wenn gleichzeitig immer wieder davon gesprochen und darüber diskutiert wird, im Grenzland öffentliche Einrichtungen aufzulassen und damit die Lebensqualität wesentlich zu verschlechtern? Die Bevölkerung im Grenzland braucht öffentliche Unterstützung zum Ausgleich der Nachteile. Nirgends ist der Kampf um Arbeitsplätze, ja selbst um die Erhaltung der Bevölkerung, so schwierig wie in unseren Bezirken.

Völlig widersinnig erachte ich es jedoch, wenn man einerseits kostspielige Förderungsmaßnahmen finanziert, andererseits aber in dem geförderten Gebiet die Infrastruktur dadurch verschlechtert, daß weitere öffentliche Einrichtungen und Behörden und damit Arbeitsplätze und wirtschaftliches Potential entzogen wird. Für die Bevölkerung stellen diese Einrichtungen Dienstleistungsunternehmen dar. Je näher sie sich beim Volk befinden, umso wirkungsvoller können diese Einrichtungen sein. Zentralisierungsmaßnahmen verschlechtern dort, wo es um Dienstleistungen am einzelnen Staatsbürger geht, die Lebensqualität der Bürger. Der Sozialstaat kann meiner Meinung nach seiner Verpflichtung zur Betreuung des Menschen nicht bloß dadurch nachkommen, daß er einige wenige bestausgerüstete und mit hochqualifizierten Fachkräften bestückte Institutionen in den Ballungszentren schafft. Ich vertrete die Meinung, daß der Staat verpflichtet wäre, ein breites Netz an solchen Dienstleistungen zu erstellen.

Unter dem Vorwand, rationalisieren zu müssen, eine moderne Verwaltung schaffen zu müssen, leistungsfähige Zentralstellen schaffen zu wollen, wird vieles in Frage gestellt, was wir so wie andere einfach nicht missen wollen, was wir zur Lebensqualität brauchen und was gleichzeitig allen anderen Grenzlandförderungsmaßnahmen entgegensteht.

Ich meine erstens die nie verstummen wollende Debatte über die Einstellung der Nebenbahnen, beziehungsweise meine ich das, was heute praktiziert wird, nämlich die Aushungerung dieser Linien durch die nicht vorgenommenen, aber längst fälligen Investitionen.

Ich meine zweitens die mögliche Schließung von Postämtern.

Drittens: Ich meine die Androhung und den Versuch, Druck auf Schließung der Bezirksbauernkammern auszuüben.

Ich beziehe mich viertens auf die Schließung von Gendarmerieposten.

6980

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Vetter

Ich verweise fünftens auf die beabsichtigte Auflassung von Bezirksgerichten.

Und ich fürchte sechstens die Debatte über eine Reorganisation im Zollwesen und die mögliche Schließung von Zollwachdienststellen.

Isoliert betrachtet – das räume ich ohne weiteres ein – sehen viele dieser Maßnahmen vernünftig, fortschrittlich, geradezu unvermeidlich aus. Das Fatale daran ist aber, daß die in der Summe, in der sie auf diese Region hereinzubrechen drohen, statt zu ermutigen, statt die notwendigen Initiativen zu fördern, den Lebensnerv dieser Region angreifen, und ich meine einfach: Diese Grenzregionen im ländlichen Raum werden allzusehr mit städtischen Maßstäben gemessen.

Wer an die Zukunft denkt, dem kann es einfach nicht gleichgültig sein, ob sich ganze Regionen entleeren, ob die Städte noch mehr belastet werden, ob wirtschaftliche Reserven brach liegen bleiben.

Wir können auch so tun, als ob es keine Entwicklungsgebiete gäbe. Wir können die Entwicklung des ländlichen Raumes sich selbst überlassen. Das wäre zweifellos bequemer, als sich den Problemen zu stellen und auch an jene Menschen dieses Raumes zu denken, die unter schwierigsten Bedingungen leben müssen.

Daher mein Appell und meine Forderung zum Schluß:

Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Land ist auf vielen Gebieten der Grenzlandförderung vorhanden. Sie existiert, sie ist positiv zu beurteilen. Ich glaube auch, daß sie ausgeweitet werden könnte auf diese Gebiete, die ich genannt habe. In der Anfragebeantwortung durch den Herrn Bundeskanzler werden ja Gespräche angedeutet. Mein Wunsch wäre, daß sie möglichst rasch stattfinden sollten.

Ein allumfassendes Grenzlandkonzept – eine Forderung meiner Partei und ein Versprechen des Herrn Bundeskanzlers; ich habe es heute schon erwähnt – könnte der gesamten Bevölkerung die Beruhigung verleihen, daß der Staat sich seiner Verantwortung voll bewußt ist, alle Bereiche unter dem Aspekt einer echt verstandenen Grenzlandpolitik zu lösen, nämlich zu lösen und zu erkennen, daß es Mindestvoraussetzungen gibt, und zwar eine möglichst gleichwertige Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen, auch mit öffentlichen. Genauso wie anderswo.

Sichere Arbeitsplätze mit annähernd gleichem Einkommensniveau wie anderswo in unserem Lande.

Und finanzstarke Gemeinden mit gleicher Leistungskraft wie anderswo im Lande.

Das sind Mindestvoraussetzungen dafür, daß man auch im Grenzland gerne arbeiten und leben kann, um seinen Beitrag für Staat und Gesellschaft zu leisten.

Der im Wahlkampf 1970 versprochene breite Gürtel des Wohlstandes entlang der Grenze ist eine Utopie, wird ewig ein nie erfüllbares Wahlversprechen von Herrn Dr. Bruno Kreisky bleiben, denn die von der extremen Lage her gegebenen Nachteile dieser Regionen werden leider wahrscheinlich immer aufrechtbleiben. Die Menschen dort werden immer härter arbeiten und wirtschaften müssen als ihre Mitmenschen anderswo, aber sie werden es gerne tun, wenn sie das Gefühl haben könnten, die Bundesregierung ist sich der Verantwortung bewußt, zeigt Verständnis für die besondere Situation und setzt hier allumfassende Maßnahmen.

Dies ist derzeit nicht der Fall. Es wird aber höchste Zeit, solche Maßnahmen zu setzen, um noch eine Wende herbeiführen zu können.

Die Enttäuschung der Bevölkerung dieser Regionen ist groß. Die Hoffnung – und das ist die Stärke dieser Grenzlandbevölkerung – wollen wir aber selbst bei dieser Bundesregierung nicht aufgeben. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Brauneis. Ich erteile es ihm. *(Ruf bei der ÖVP: Kurzarbeiter!)*

Abgeordneter Brauneis (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Bundesparteiobermann Dr. Taus und der Abgeordnete Wimmersberger haben in ihren Ausführungen an den Tag legen wollen, daß die Sozialistische Partei an der derzeitigen Stahlsituation maßgeblich schuld sei.

Eingangs meiner Rede möchte ich gleich feststellen: Wenn es nicht so eine große, starke Sozialistische Partei gäbe in diesem Land, gäbe es keine verstaatlichte Industrie mehr. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Fachleutner.)*

Der Abgeordnete Dr. Koren lacht, aber ich muß es ihm sagen, denn unter dem Abgeordneten Withalm, der im 14er- und 15er-Ausschuß tätig war, hat die Österreichische Volkspartei begonnen, Anträge zu stellen, Aktien der verstaatlichten Industrie zu verkaufen, um für ihre Finanzminister Budgetlöcher zu decken. Wo wären wir hingekommen, wenn wir Aktien verkauft hätten, um das Geld zur Deckung von Budgetlöchern zu verwenden? Die verstaatlichte Industrie hätte weiter verkaufen müssen und

Brauneis

wäre heute in ausländischen Händen, weil in Österreich niemand vorhanden gewesen wäre, der diese Aktien hätte kaufen können, und wir wären heute ein Spielball der internationalen Multis. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Eduard Moser.)* Herr Abgeordneter Moser, ich weiß, daß Sie ein guter Fachmann auf Ihrem Gebiet sind, aber von der Stahlindustrie verstehen Sie wahrlich sehr wenig. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Kollege Wimmersberger vergißt, daß er in mir einen Gegenpartner hat, der dreißig Jahre Betriebsrat ist, von den Anfängen in der verstaatlichten Industrie dabeigewesen ist, und ich habe Delegationen nach Wien geführt, als Krauland als zuständiger Minister den Ausbau unserer Betriebe verhindern wollte, der sogar so weit gegangen ist, einen öffentlichen Verwalter, der sich letzten Endes von einem sozialistischen technischen Direktor überzeugen ließ, in Linz einen zweiten Hochofen anzublasen, unter fadenscheinigen Argumenten einfach abzulösen.

Es ist angefahren worden, und daß, wie der Abgeordnete Taus sagt, Kreisky 1970 so eine fundierte verstaatlichte Industrie vorgefunden hat, ist in Wahrheit dem Nachfolger von Krauland, Minister Waldbrunner, zu verdanken, der echt einen Investitionsplan, einen Aufbauplan erstellt hat und es diesen Betrieben erst ermöglicht hat, wirtschaftlich zu arbeiten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dabei ist es ihm nicht voll gelungen. Denn in jenen Betrieben, in denen die Volkspartei durch den Generaldirektor das Dirimierungsrecht gehabt hat, wie zum Beispiel in der Alpine, hat man verhindert, den nötigen Ausbau der Hütte und den nötigen Ausbau der Weiterverarbeitung genauso voranzutreiben, wie das wir in der VÖEST unter sozialistischer Führung des Vorstandes gemacht haben. Und heute meint der Kollege Wimmersberger, er sei dankbar, daß die VÖEST-Arbeiter so solidarisch sind. Er müßte aber im gleichen Atemzug sagen: Es war die Schuld seiner Parteifreunde, die es dazu kommen ließen, daß die Alpine heute einen schlechteren technischen Stand hat. Denn die Arbeiter und Angestellten bei der Alpine leisten genau dieselbe Arbeit wie überall woanders auch in der VÖEST. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und wenn heute von der schlechten Situation gesprochen wird, dann darf ich sagen, daß gerade hier die Regierung sehr maßgeblich mitgeholfen hat, diese Schwierigkeiten bis heute zu meistern. Wenn ich nur daran denke: Durch die Exportförderungen, durch die Haftungsübernahmen war es ja dem großen Konzern VÖEST-Alpine erst möglich, große Aufträge als Generalunternehmen in Milliar-

denhöhe aufzunehmen und anzunehmen und hier ihre Finalindustrie weiter auszubauen.

Der Herr Bundesparteiohmann meint, wir haben versäumt. Wir haben gar nichts versäumt. Ich habe es hier schon einmal gesagt. Wir haben 1945 Mostpressen gebaut, Eggen und Pflüge. Wir sind heute in der Lage, die technisch hochwertigsten Atomreaktoren zu bauen, eine gigantische Entwicklung, ein laufendes Anpassen an die Technik, ein laufendes Anpassen an den Fortschritt, den wir nicht versäumt haben. *(Zwischenruf.)*

Nur: Die Situation derzeit kann von Österreich allein gar nicht gemeistert werden. Ich lese es nicht vor: Ich habe internationale Auszüge aus Zeitungen über die Stahlindustrie der ganzen westlichen Welt. Wenn Sie das lesen, es ist wie ein Kriminalroman: Entlassungen, Sperren, Kurzarbeiten, Defizite, die weit höher sind als bei uns. Eine Auslastung der Stahlindustrie in den OECD-Ländern von 60 Prozent.

Ich möchte hier nicht sagen, wie wir noch ausgelastet sind. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Das wäre für mich müßig, da kann ich denen gleich einen Brief schreiben, wie wir noch arbeiten. Defizite von 600 Millionen Schilling, die wir gemacht haben bis jetzt, im Jahr 1975, konnten wir auch deshalb abdecken, weil es uns gelungen ist – und hier wurden wir von der bürgerlichen Presse immer bekämpft und angefeindet –, so hohe soziale Rücklagen zu machen, da wir unsere Abschreibungen voll ausnützen, da wir freie Rücklagen machen. Es hat uns keine sozialistische Zeitung bekämpft und geschrieben, daß unsere Arbeiter Gras zupfen. Wir haben auch noch nicht Gras gezupft, sondern wir haben bis jetzt im Rahmen des Möglichen produziert, nicht schlecht produziert. *(Zwischenruf des Abg. Hietl.)* Ja ich komme noch darauf zurück: umschulen. Ich komme noch auf die Umschulungen zurück. Wir haben letzten Endes in der gesamten verstaatlichten Industrie, in der Stahlindustrie bis jetzt – der Kollege Wimmersberger hat es ja gesagt – 30 Milliarden Schilling investiert, doch nicht deswegen, weil wir von den Sozialisten bekämpft wurden, sondern weil wir von den Sozialisten in diesem Staat die beste Unterstützung gehabt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Kollege Hietl, du kannst auch lachen und zweifeln daran. Eines kann ich dir sagen: Der Vizekanzler Pittermann hat einen verzweiferten Kampf im 14er- und 15er-Ausschuß geführt, um Verbesserungen zu erreichen gegen die ÖVP, die nicht bereit war zuzustimmen. Als die IBV gegründet wurde, war die erste Maßnahme des damaligen Vorsitzenden des Aufsichtsrates, daß er bei der VÖEST-Alpine und der Alpine – wir müssen unsere Kokskohle einführen, wir haben

6982

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Brauneis

das bis dahin selbst gemacht – sofort den Antrag gestellt hat, über Händler einzuführen und nicht mehr selbst einzukaufen. Das hätte eine Verteuerung für uns ergeben. Es ist uns wieder gelungen, ihn von dem Gedanken abzubringen. Wir konnten weiterhin unsere Kohle selbst importieren, was meist auf Grund von Gegengeschäften sogar gemacht wurde und nicht bezahlt worden ist.

Ich darf dazu noch sagen, daß im Jahr 1975 gerade die Stahlindustrie in der bürgerlichen Presse einer heftigen Kritik ausgesetzt worden ist. (*Abg. Hietl: Was ist die bürgerliche Presse?*) Man hat immer gelesen: 2 500 Menschen werden nur, damit den Sozialisten die Vollbeschäftigung gelingt, unnütz in diesen Betrieben behalten. Sie machen keine Arbeit. Auch hier möchte ich einmal aufklären, und wenn der Kollege Wimmersberger ehrlich ist, wird er mit das bestätigen müssen, ebenso wie der Kollege Burger, der vielleicht hinter mir noch reden wird.

Wir hatten im Jahr 1974 eine Produktion, die weit über 100 Prozent hinausgegangen ist. Wir hatten zwischen 1 000 und 2 000 Menschen zuwenig im Betrieb. Wir haben von unseren Kollegen Überstunden und Überstunden verlangt, daß sie schon mürrisch geworden sind. Das Jahr 1975 hat einen Einbruch gebracht. Wir haben nicht entlassen, weil wir die Überstunden gestrichen haben, und das waren Überstunden für über 1 000 bis fast 2 000 Menschen. Wir haben dann noch dazu eine Lösung gefunden, den natürlichen Abgang nicht zu ersetzen.

Wir sind nur heute auf Grund der Situation gezwungen, einige Tage Schulungen in unserem Betrieb durchzuführen. Heute greift man uns deshalb wieder an. Wir machen nichts anderes als das ausnützen, wozu der Gesetzgeber seine Zustimmung gegeben hat. Aber eine Bevorzugung, Kollege Hietl ... (*Zwischenrufe bei der ÖVP. – Abg. Dr. Blenk: Es gibt keine Privatfirma, die das in Anspruch nehmen kann so wie Sie!*)

Kollege Blenk! Eine Privatfirma kann das selbstverständlich nicht in demselben Rahmen in Anspruch nehmen. Es geht nicht, daß wir 8 000 Leute in den Betrieb hineinholen, weil wir den Platz nicht haben, hier Schulungen zu machen. Wir machen das in einer anderen Art. (*Abg. Dr. Blenk: Aber Sie schulen doch nicht!*) Herr Kollege Blenk, ich möchte mich dagegen verwahren, daß wir nicht schulen. Wir haben alles vorbereitet, anständige Schulungsmaßnahmen in unserem Betrieb durchzuführen. Kollege Blenk, es ist von Ihnen sehr vermessen, daß Sie heute behaupten, daß wir hier eine Form finden, die eine „Augenauswischerei“ ist. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ich habe als Landesobmann meiner Gewerkschaft beim Sozialminister unendliche Vorsprachen gehabt, daß Schulungsmaßnahmen oder andere Maßnahmen in der privaten Wirtschaft genauso durchgeführt werden. (*Abg. Dr. Blenk: Ein Privater muß es kündigen!*) Nein, ein Privater hat gar nicht gekündigt, ein Privater hat genau dieselben Schulungsmaßnahmen gemacht. Was sind Sie für ein Sekretär der Industriellenvereinigung? Sie haben keine Ahnung, Herr Abgeordneter. (*Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich möchte Sie nur aufmerksam machen, daß die verstaatlichte Industrie Millionenbeträge an Beiträgen an die Handelskammern zahlt. Die VÖEST hat über 121 Millionen Schilling bezahlt. Sie haben eine Berechtigung, auch die verstaatlichte Industrie hier zu vertreten, nicht immer nur gegen die verstaatlichte zu hetzen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Über 121 Millionen Schilling haben die Handelskammern von uns bekommen, und Sie schimpfen nur auf die verstaatlichte Industrie! (*Rufe bei der SPÖ: Keine Ahnung! Restlos daneben! – Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.*) Wir haben auch als verstaatlichte Industrie unsere Steuern pünktlich bezahlt. Daß die Steuerbezahlung abhängig ist vom Verdienst, ist auch jedem klar. Aber auch der Kollege Wimmersberger – ich weiß ja nicht, ob der vor ein Schiedsgericht bei Ihnen kommt ... (*Abg. Dr. Blenk: Das wissen wir beide, na und der Sekanina weiß das auch!*)

Kollege Blenk, ich weiß nicht, ob der Kollege Wimmersberger nicht bei Ihnen vor ein Schiedsgericht kommt. Sie behaupten immer, wir leben von Steuergeldern. Sogar er mußte Ihnen nachweisen, daß wir heute als VÖEST-Alpine schon 25 Milliarden Schilling an Steuern an diesen Staat abgeführt haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hier ist eine Gesellschaft dazwischengeschaltet zwischen Regierung und verstaatlichte Betriebe. Wir sind Töchter der ÖIAG, und die Mutter ist verpflichtet, hier etwas zu tun. Die ÖIAG hat einen Kreditrahmen von der Regierung zugestanden bekommen, Kollege Gorton. (*Ruf bei der ÖVP: Die Mutter will er gleich entmündigen! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Die Mutter will nicht kündigen. Es ist nur tragisch, daß dieselbe Situation in der ÖIAG vorhanden ist, daß Sie dort Leute haben, die absolut nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß die ÖIAG Mutter ist und nicht die Regierung. Und die ÖIAG wird etwas machen, es scheitert aber an Ihrem Widerstand. (*Abg. Dkfm. Gorton: Sind Sie für den Geist-Plan?*) Kollege

Brauneis

Gorton, der Generaldirektor Geist ist bereit, im Rahmen der ÖIAG Geld aufzubringen und das uns zuzuführen. Es scheitert bis jetzt am Einspruch des Herrn Dr. Derdak, und der gehört Ihrer Fraktion an. *(Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP. - Abg. Dr. Schwimmer: Hat er kein Dirimierungsrecht, der Geist?)*

Kollege Schwimmer, ich weiß schon, Sie wollen hetzen. Natürlich hat er ein Dirimierungsrecht. Aber wenn Sie den Generaldirektor Geist kennen, dann wissen Sie, daß er an und für sich ein konzilianter Mensch ist und versucht, Sie zu überzeugen. Es wird ihm nur nicht gelingen. Ich darf Ihnen aber auch sagen: In einem Gespräch mit ihm hat er gesagt, daß das so nicht weitergehen kann, wenn Sie nicht bereit sind, dann wird er dirimieren. Und wir werden ihm zu Dank verpflichtet sein, auch der Kollege Wimmersberger. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Generaldirektor Geist weiß, was er zu tun hat, nur Sie blockieren es. Sie werden ihn zum Dirimieren zwingen. Ja, dann werden wir es ohne Sie machen. Sie werden dann wieder hergehen und sagen: Der Kreisky ist schuld, wenn etwas irgendwo nicht so paßt. Sie sind ein Hemmschuh, seit es das Verstaatlichungsgesetz gibt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Kollege Schwimmer, wenn ich nicht die Situation so gut kennen würde, wenn ich heute hier nicht etwas ausreden möchte, was den Kollegen Hellwagner betrifft. Leute von Ihnen arbeiten völlig verantwortungslos in den Betrieben, Leute, die abgelöst gehören, wie Ihr Vorsitzender des Aufsichtsrates in Ranshofen. - *(Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich diffamiere, Herr Kollege, nicht *(Abg. Dr. Schwimmer: O ja!)*, ich sage Ihnen das ins Gesicht. Es gibt noch andere. *(Ruf bei der ÖVP: Wer hat denn die Verantwortung?)*

Ich sage Ihnen, daß jeder Arbeiter und Angestellte, wenn er etwas anstellt, zur Verantwortung gezogen wird. Ich habe an den Bundeskanzler schon einmal appelliert, daß wenn leitende Angestellte glauben, sie können tun, was sie wollen, ohne Rücksicht auf Verluste, auch diese Menschen Konsequenzen ziehen müssen. Ich erinnere nur an die Schwierigkeiten, die wir mit Ihnen hatten, als ein Generaldirektor die Simmering-Graz-Pauker in einen konkursreifen Zustand gebracht hatte, von Ihnen aber einfach aus Bestemm nicht abgelöst wurde. Das zeigt Ihr Verhalten der Verstaatlichten gegenüber. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich kann Ihnen nur eines sagen und den Kollegen Wimmersberger beruhigen: Solange es eine sozialistische Regierung gibt und eine so große, starke Sozialistische Partei, brauchen wir

um die Verstaatlichte keine Angst zu haben. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist dem Herrn Bundesparteibeamten Dr. Taus auf seine Feststellungen, wonach ein überdurchschnittlich großer Teil des Nationalprodukts der öffentlichen Hand zufließt, schon eine Antwort zuteil geworden, und zwar, wie ich glaube, in einer durchaus richtigen Weise. Man muß nämlich, wenn man Steuern zahlt und Abgaben entrichtet, immer wieder dem auch entgegenhalten, was seitens der öffentlichen Hand geleistet wird.

Es ist dabei auch zu erwähnen, daß mit diesen Steuern und Abgaben ja nicht nur der Bundeshaushalt finanziert wird, sondern auch die Haushalte der Länder und Gemeinden. Es ist dem weiters entgegenzuhalten, daß hier entsprechende Leistungen vollbracht werden, von denen viele von einer Art sind, daß ganz einfach nur sie die ganze Wirtschaft im Gange zu erhalten in der Lage sind, etwa das Verkehrswesen, der Straßenbau und *(Ruf: Bundestheater!)* schließlich auch die Bundestheater; das gehört mit zu dem kulturellen Image und zu dem kulturellen Bestand Österreichs.

Die Defizite sind bedauerlicherweise sehr groß, und was ich seinerzeit einmal gesagt habe, war, daß ich das hohe Defizit infolge auch hoher Honorare in Zusammenhang gebracht habe mit der schlechten Bezahlung der Universitätsassistenten, ein Umstand, der sich Gott sei Dank in den letzten Jahren wesentlich verbessert hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Schließlich und endlich erbringt die öffentliche Hand einen gigantischen Beitrag zum Gesundheitswesen. Wir wissen ja, wie das in Ländern ist, in denen die Gesundheitspolitik anders aussieht als bei uns. So könnte ich noch viele andere Beispiele bringen, die die ganze Haltlosigkeit dieser Behauptung beleuchten, jedenfalls aber ihre extreme Einseitigkeit. *(Abg. Dr. Blenk: Da loben wir Sie, wie zweiseitig Sie sind!)*

Ich sehe meistens die zwei Seiten eines Problems, ich bemühe mich jedenfalls darum. Sie helfen mir nur nicht immer, denn Ihre Behauptungen sind ja meistens so einseitig, so daß ich wirklich beim besten Willen nicht in der Lage bin, mir das richtige Bild von einer Sache zu machen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun zu der an mich gerichteten neuerlichen Frage, ob ich bereit bin, hier eine Erklärung

6984

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Bundeskanzler Dr. Kreisky

abzugeben, daß es in dieser Legislaturperiode keine weiteren Belastungen geben wird.

Ich wäre im höchsten Maße leichtfertig, Ihnen hier irgendein Versprechen abgeben zu wollen. (*Abg. Kern: Aha!*) Hören Sie mir nur zu. Ich kann aber die Erklärung abgeben, daß die Bundesregierung alles in ihrer Kraft Stehende tun wird, um weitere Belastungen der Bevölkerung zu vermeiden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich kann Ihnen weiter die Zusicherung machen, daß die Bundesregierung so wie bisher alles in ihrer Kraft Stehende tun wird, um eine Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die ein hohes Beschäftigungsniveau gewährleistet. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Es wurde Ihnen heute schon gesagt, daß wir bisher jedenfalls das einzige Land in Westeuropa sind, dem es gelungen ist, die Vollbeschäftigung zu erhalten, wenngleich ich auch diesbezüglich keine Garantien für die Zukunft abzugeben in der Lage bin. Es wird unzufolge schwieriger werden, und es wird noch größerer Anstrengungen bedürfen als die, die bisher gemacht wurden, um diese hohe Beschäftigungsrate zu erhalten.

Und alles gepaart mit einer signifikanten Reduzierung der Teuerungsrate, die wesentlich niedriger ist als der Durchschnitt der europäischen OECD-Staaten. Das ist Ihnen ja heute schon vom Herrn Abgeordneten Fischer gesagt worden.

Was nun die Industriekommission betrifft, so bin ich nicht bereit, diese Industriekommission aufzulösen, weil ich darin ein sehr wichtiges Kontaktorgan der Regierung mit den Vertretern der Wirtschaftssparten erblicke, der die Fachmänner aus dem Bankwesen, aus dem Kreditapparat und auch Wissenschaftler zugezogen werden. Die Industriekommission ist einberufen worden, sie wird die Berichte erhalten, die sie selber verlangt hat, und ich werde außerdem auch in der Industriekommission gewisse Richtlinien für das Investitionsprogramm und für die Beschäftigungspolitik darlegen. (*Abg. Dr. Blenk: Aber Kompetenzen hat sie keine!*) Sie macht keine Politik, aber sie ist eine Möglichkeit der Aussprache, des Meinungsaustausches und damit auch einer gewissen Mitbestimmung.

Daß in diesem Zusammenhang verschiedentlich das Austro-Porsche-Projekt erwähnt wurde, verstehe ich. Der Abgeordnete Dkfm. Gorton hat eine richtige Darstellung der Geschichte des Projektes und seines Ursprungs gegeben. Ich will hier noch einmal betonen, wenn von der Verbesserung unserer Zahlungsbilanz und der Verbesserung der Beschäftigungssituation vor allem in Zukunft gesprochen wird, daß wir uns um die Erzeugung jener Waren zu bemühen

haben, die in hohem Maße importiert werden: Fahrzeuge und Automobile gehören eben zu jenen Waren, die die höchste Ausgabenpost in unserer Zahlungsbilanz darstellen. Es handelt sich um ungefähr 15 Milliarden, wenn es auch heuer mehr sein werden.

Wenn wir 15 Milliarden Schilling für Automobileinkäufe aus dem Ausland brauchen, dann finde ich es logisch und legitim, daß man Überlegungen anstellt, in welcher Weise man sich wenigstens einen Teil dieser Ausgaben ersparen kann.

Nun kam eine der weltberühmtesten Automobilfabriken, einer der weltberühmtesten Automobilkonstrukteure und stellte uns ein Projekt vor, in dem ein Produkt dargestellt wird, das im wesentlichen auf Grundsätzen für schon sehr leicht verkäufliche Produkte dieses Unternehmens beruht; es sind die gleichen Grundlagen, um die es sich dabei handelt. Es handelt sich um ein Porsche-Modell mit gewissen Abwandlungen, die durchaus dem Zug der Zeit und ungefähr den Anforderungen entsprechen, die für die achtziger Jahre auf dem amerikanischen Automobilmarkt verlangt werden. Das sind die Tatsachen.

Sogar der Chef jener Abteilung, die sich an der Technischen Universität mit Verbrennungsmotoren beschäftigt, hat sich im höchsten Maße positiv über dieses Projekt und über dieses Produkt ausgesprochen und neben ihm noch viele andere Fachleute.

Es ist gar keine Frage, daß dieses Projekt aber nur zu verwirklichen wäre – das habe ich immer wieder gesagt –, wenn zwei Vorbedingungen erfüllt werden können: nämlich daß dieses Automobil den Namen des Konstrukteurs trägt, was von den verantwortlichen Männern des Unternehmens von Anfang an nicht ausgeschlossen wurde, und zweitens, wenn ein weltweiter Verteilungsapparat zur Verfügung steht, denn ohne diesen weltweiten Verteilungsapparat hätte es keine Sicherheit für den Verkauf gegeben.

Nun hat sich herausgestellt, daß die Firma Porsche nicht in der Lage ist, ein so weitgehendes Engagement, wie man ursprünglich angenommen hat, zu übernehmen, und zwar aus Rücksichten auf ihre Partner in einem anderen Bereich.

Zum zweiten sind die Voraussetzungen dafür, daß ein weltweiter Verteilungsapparat gefunden wird, im Augenblick nicht gegeben. Wenn auch die Untersuchungen weitergeführt werden, so möchte ich jedenfalls heute in aller Form erklären, daß ich diesbezüglich gewisse Zweifel habe, weil die dafür in Betracht kommenden Unternehmungen sich selber vielfach mit dem

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Gedanken tragen, ein ähnliches Modell herzustellen.

Es war ja auch die Einstellung einer großen deutschen Automobilfabrik die, daß sie das Modell an sich nicht abgelehnt hat, das Produkt auch nicht, aber eingewendet hat, daß sie selber mit einem Produkt herauskommt, das durch diesen Porsche konkurrenziert werden würde und daß sie sich das eben nicht leisten könne. Das ist die Situation.

Aber ich sage Ihnen eines in aller Offenheit: Durch die Diskussion über den Austro-Porsche – das hat auch in einem Leitartikel unlängst seinen Niederschlag gefunden – ist überhaupt diese ganze Frage aktualisiert worden. Es gibt heute Gespräche mit zahlreichen Automobilfabriken, die ihrerseits bereit sind, entweder in Österreich gewisse Vorprodukte zu erzeugen oder gewisse Lieferungen in verstärktem Ausmaße zu beziehen. Jedenfalls ist diese Frage nun aktualisiert worden, da ja Österreich einer der großen Autokäufer Europas ist. Ich habe das Gefühl und die feste Überzeugung, daß wir am Ende dieser Debatte jedenfalls das Ziel erreichen werden, das wir uns gesetzt haben: daß von den 15 Milliarden ein größerer Teil auf die österreichische Produktion entfällt, als es gegenwärtig der Fall ist. Die Anfangsverhandlungen mit einer französischen Firma sind jedenfalls bisher positiv verlaufen, und es sieht so aus, wie wenn mit diesem Unternehmen ein Anfang, wenn auch ein kleiner, gemacht werden kann, aber diese Vereinbarungen haben eben Modellcharakter.

Ich halte also die Ansicht für richtig und die Idee für gut, daß wir bei einer Ware, die in so gigantischen Mengen gekauft wird, die einen so großen Betrag an Schillingen ins Ausland bringt, unseren Anteil verstärken müßten, und ich bin auch zuversichtlich, daß das schließlich gelinden wird.

Das alles ist aber nur durch die starke Publicity und unsere Vorgangsweise in dieser Frage herbeigeführt worden.

Es ist nun heftige Kritik an der verstaatlichten Industrie geübt worden, und ich habe die alten Töne wieder erkannt. Herr Abgeordneter Brauneis hat ja dazu schon einiges gesagt.

Meine Damen und Herren im Hohen Haus! Es gibt in der verstaatlichten Industrie nur dort, wo es weltweit Krisensymptome gibt, Probleme. Lange genug konnte auch die verstaatlichte Industrie vor dem Hereinwirken dieser Krisenfolgen bewahrt werden. Ich muß zur Ehre der VÖEST sagen, die heute schwer betroffen ist durch die Krise auf dem Weltstahlmarkt (*Abg. Dkfm. Gorton: Auch durch die Handelspolitik der Regierung!*), daß sie in besonderer Weise

nicht zuletzt durch die Handelspolitik sich hervorragend in dieser Situation bewährt hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Daß es eine Krise auf dem Weltstahlmarkt gibt, das können Sie allein schon daran erkennen, daß die große Bethlehem-Steel riesige Annoncen in den amerikanischen Zeitungen veröffentlicht, in denen sie die Amerikaner auffordert, ihre Abgeordneten zu mahnen, alles zu tun, um den amerikanischen Stahlmarkt vor Importen aus anderen Ländern, vor allem aus Japan und aus Europa, zu schützen. Sie verlangt, daß die amerikanischen Staatsbürger ihre Regierung zwingen sollen, Maßnahmen zu ergreifen, um den amerikanischen Stahlmarkt abzuschirmen, weil es eben solche große Schwierigkeiten und Probleme gibt.

Dasselbe gilt für Deutschland, dasselbe gilt für die französische Stahlindustrie und für die Stahlindustrie in der ganzen Welt.

Ich möchte nun an zwei Beispielen zeigen, wie sehr sich gerade die VÖEST-Alpine bewährt hat. Aber ehe ich das tue, möchte ich neuerlich feststellen, wie richtig es war, daß wir die Fusion der beiden großen Stahl- und Hüttenwerke in einer Zeit durchgeführt haben, in der es noch eine Hochkonjunktur gab. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, heute würden wir das nicht mehr zusammenbringen, und die Folgen wären unabsehbar in der Steiermark geworden, denn wir wissen ganz genau, wo die notleidenden Betriebe sind, und ich bin froh, daß diese große Unternehmung auch geglückt ist.

Meine Damen und Herren, ein zweites möchte ich sagen: Die österreichische Eisen- und Stahlindustrie hat dem österreichischen Eisen- und Stahlmarkt während vieler Jahre Produkte zu den billigsten Preisen geliefert. Das hat zur Folge gehabt, als wir zur Vereinbarung mit der Montanunion kamen, daß man von uns verlangt hat, daß wir diese billigen Preise, die wir auf dem Inlandsmarkt geben, auch im Export halten müssen. Und so hat die VÖEST-Alpine während vieler Jahre durch ihre österreichische Preispolitik sich um gigantische Einnahmen auf den Weltmärkten gebracht. Das war eine wahrhaft große Leistung für die österreichische Wirtschaft, vor allem für die österreichischen Mittelbetriebe, die ja die Bezieher dieser Waren gewesen sind. (*Abg. Dr. Blenk: Die haben österreichischen Stahl billiger in der Schweiz gekauft, Herr Bundeskanzler!*)

Zum zweiten: Die VÖEST-Alpine hat sich im Unterschied zu vielen großen Eisen- und Stahlgesellschaften sehr früh gegen die von Ihnen vertretenen Thesen, daß man nicht in die Finalproduktion gehen darf, um den Anlagenbau gekümmert. Es hat seinerzeit viel Spott hier

6986

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Bundeskanzler Dr. Kreisky

gegeben; heute ist der Anlagenbau einer der großen Aktivposten der VÖEST-Alpine, und der Anlagenbau hat der VÖEST-Alpine geholfen, einen großen Teil der Verluste hereinzubringen, die sich im Hüttensektor ergeben haben.

Im Jahre 1970, als wir die politische Verantwortung und auch die Verantwortung für die verstaatlichte Industrie übernommen haben, hat der Industrieanlagenbau bei der VÖEST 6,4 Prozent des Gesamtumsatzes betragen. Im Jahre 1976 betrug er 25 Prozent, das sind 7,3 Milliarden vom Gesamtumsatz von 28,7 Milliarden.

Es tut mir nur leid, daß der Herr Bundesparteibeamann Dr. Taus nicht da ist. Ich hatte unlängst eine Diskussion mit ihm über den Anlagenbau. Da meinte er in der Art, in der er immer seine Weisheiten kundtut: „Na ja, was ist das schon? Das sind 20 Prozent österreichischer Anteil!“

Ich glaube, der Vizkanzler war dabei und hat dieses Gespräch mitangehört. Ich habe das sofort bestritten und gesagt, das stimmt ja gar nicht, das ist ja wesentlich mehr. Ich kann jetzt den Prozentsatz nicht genau sagen, aber wesentlich mehr. Ich habe mir nun die Zahlen geben lassen, es sind nicht 20 Prozent, es sind 70 bis 80 Prozent österreichischer Lieferanteil, das ist ein ganz schöner Unterschied, und die Eigenleistung der VÖEST beträgt 50 Prozent dabei. Das nur zur Verlässlichkeit der Angaben, die in solchen Diskussionen gelegentlich gemacht werden.

Ich habe damit hinlänglich bewiesen, wie sehr die VÖEST-Alpine, die nun in eine schwierige Situation gekommen ist, sich in den vergangenen Jahren durch ihre Unternehmenspolitik bewährt hat, wie sehr sie die Zeichen der Zeit früh erkannt hat. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren! Was nun die Milliarden betrifft, die hier urgieren werden: Es ist sicher richtig, ich bestreite es gar nicht, daß ich anlässlich der Fusion zugesagt habe, daß wir seitens der Regierung, seitens des Eigentümers alles unternehmen werden, um in geeigneter und zweckmäßiger Form der neuen VÖEST-Alpine 2 Milliarden Schilling zuzuführen. Es kann ja nicht bestritten werden, daß der VÖEST-Alpine 1,016 Milliarden schon zugeführt wurden. *(Ruf bei der ÖVP: Ja, aus Steuermitteln!)*

Erst urgieren Sie, daß der Staat mehr tun muß für die Verstaatlichte, und jetzt kommen Sie wieder mit den Steuermitteln. *(Beifall bei der SPÖ.)* Sie werden sich schon untereinander einigen müssen, was Sie sagen, Sie werden ja nicht zwei widersprüchliche Aussagen in ein und derselben Sitzung zu ein und derselben Debatte machen. *(Zwischenrufe der Abg. Blenk und Dkfm. Gorton.)*

Die Hälfte ist erfüllt, die zweite Hälfte wird

erfüllt werden, und es wird sogar mehr als das sein, nur werden wir uns erst darüber unterhalten können, Herr Abgeordneter Gorton, bis die Investitionspläne der VÖEST-Alpine vorliegen. Die werden jetzt behandelt und beschlossen. Bis sie überprüft sind in der ÖIAG, wenn das dann alles klar ist und man weiß, was damit geschehen soll, dann wird das Geld da sein, so wie es immer in der Vergangenheit für die verstaatlichte Industrie dagewesen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)* Sie können sicher sein, daß wir so wie in den ersten 30 Jahren der Zweiten Republik der verstaatlichten Industrie unsere große Aufmerksamkeit widmen werden.

Nun könnten Sie zu dem Schluß kommen, daß wir nicht genug für die Kleinen tun. Darf ich Ihnen hier nur ein paar Zahlen nennen, die zeigen, wie sehr wir uns in unserer Wirtschaftspolitik auch um die kleineren und mittleren Unternehmungen bemüht haben. Ich werde das auch dem Herrn Professor Klenner zuschicken, damit er hierüber auch die entsprechenden Unterlagen bekommt, weil Sie ihn ja zitiert haben.

Wir haben im Zusammenhang mit der Beschäftigungspolitik der Bundesregierung über ERP in den letzten drei Wirtschaftsjahren von 1974/1975, 1975/1976, 1976/1977 insgesamt ERP-Kredite in der Höhe von 4,8 Milliarden vergeben und damit nach den mir zur Verfügung stehenden Informationen Gesamtinvestitionen in der Höhe von 32,7 Milliarden in Bewegung gesetzt. Und wir haben davon allein in der Industrie 510 Fälle gehabt mit 3 Milliarden und einem Investitionsvolumen von 15 Milliarden. Insgesamt sind 1 065 Fälle gefördert worden. Da kann man nicht hergehen und sagen, diese Regierung hat nichts für die Mittleren und Kleinen getan. Das sind die Mittel, die im höchsten Maße den mittleren und kleineren Unternehmungen zugute gekommen sind.

Dabei ist das gar nicht alles. Durch eine Sonderkreditaktion im Jahre 1976, als es galt, die ersten Stöße der Depression, die ersten Folgen der Krise abzuwehren, sind weitere 185 Fälle durch Kredite in der Höhe von insgesamt 1,4 Milliarden gefördert worden. Das wieder hat eine Gesamtinvestition in der Höhe von 5,1 Milliarden ermöglicht. Ich könnte also weitere Zahlen anführen für zinsengestützte Kredite und damit ermöglichte Investitionen usw.

Wenn ich auch die Fähigkeit und Tüchtigkeit der Unternehmensleitungen, auch der kleineren und mittleren, nicht geringschätzen möchte, ihre Bedeutung für die Bekämpfung der Krise auch an dieser Stelle würdigen möchte, so ist doch vieles von dem, was in diesen Jahren geschehen ist, nur geschehen, weil es diese massive Förderung im Investitionsbereich sei-

Bundeskanzler Dr. Kreisky

tens der Bundesregierung gegeben hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Auf die Frage, ob ich für das bin, was der Herr Generaldirektor Dr. Geist gestern oder wann vorgeschlagen hat, kann ich nur sagen, ich werde mich gründlicher informieren, weil ich ja nur einiges aus den Zeitungen entnehmen konnte. Sollte es aber sein Konzept sein, daß eine ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Ja, dank dem Umstand, daß wir ja eine Gesetzgebung haben, die dem Eigentümer eine so starke Einflußnahme gar nicht erlaubt, Herr Generalsekretär, das wissen Sie ja. *(Abg. Dr. Blenk: Wer ist der Eigentümer?)* Der Bund.

Darf ich Ihnen also dazu sagen: Sollte es seine Absicht sein, die ÖIAG in einen Großkonzern zu verwandeln, mit absoluter Disposition über den Cash flow usw., dann sage ich Ihnen heute schon, daß ich dafür nicht bin. *(Abg. Dr. Mussil: Ich auch nicht!)* Ich freue mich immer, Herr Generalsekretär, wenn wir einer Meinung sind – leider sind wir es ja meistens nur im kleinen Raum; im großen treten die Gegensätze allzu deutlich zutage. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte noch einmal sagen ... *(Zwischenruf des Abg. Dkfm. Gorton.)* Das ist richtig, da teile ich Ihre Ansicht, Herr Abgeordneter Gorton, daß man solche Dinge vorher vielleicht noch überlegen und beraten muß, ehe man sie losläßt.

Nun möchte ich auch den Eindruck nicht entstehen lassen, daß die Gesamtheit der verstaatlichten Industrie sich in einer schweren Krise befindet. Das ist nicht richtig. Es gibt die Eisen- und Stahlkrise – die hat die VÖEST-Alpine getroffen –, und es gibt Probleme bei Edelstahl. Dort gibt es aber noch eine volle Auslastung der Betriebe, wenn auch die Gewinnsituation nicht gut ist, und daneben gibt es eine Reihe von Betrieben, die sich in ausgesprochen guter Situation befinden, so zum Beispiel die Elin, die ÖMV, ... *(Abg. Dr. Mussil: Die ÖMV!)* ja, die habe ich schon erwähnt, die ÖMV und die Simmering-Graz-Pauker, die ja eine hervorragende Entwicklung gerade in den letzten Jahren durchgemacht hat, nachdem Veränderungen in der Leitung möglich geworden sind.

Es ist also nicht so, daß die verstaatlichte Industrie ein einziges Problem darstellt, sondern ganz im Gegenteil, es gibt in der verstaatlichten Industrie ungefähr die gleichen Probleme, wie es sie in der gesamten Wirtschaft Europas heute gibt.

Ich will Sie nicht mit weiteren Zahlen behelligen, die zeigen würden, welche Bedeutung die verstaatlichte Industrie für die österreichische Wirtschaft in den letzten Jahren gehabt

hat. Ich will Ihnen auch nicht die Zahlen der Steuerleistungen und alles andere anführen.

Zu Hüttenberg noch ein Wort: Herr Abgeordneter Dkfm. Gorton, ich kann nicht annehmen, daß ehrenwerte Männer, wie die, die für Hüttenberg verantwortlich sind – den Konzern –, Material zur Untersuchung geschickt hätten, das nicht adäquat ist den Verhältnissen, die in Hüttenberg existieren. Ich kann das nicht glauben. Ich glaube das nicht, ich glaube, daß man hier korrekt vorgegangen ist, ich wüßte auch nicht, warum man das nicht hätte tun sollen.

Aber wichtiger als alles andere ist, daß wir alles getan haben, um mitzuhelfen, daß es einen Ersatzbetrieb gibt. Wir wissen heute, daß es für Hüttenberg Ersatzarbeitsplätze für mindestens 120 Beschäftigte gibt. Wenn man die Beschäftigten noch dazurechnet, die durch den Sozialplan erfaßt werden, wird auch dort jene politische und wirtschaftliche Praxis eingehalten werden, wie sie in der Vergangenheit bei Stilllegungen von Bergwerken immer beobachtet wurde.

Herr Abgeordneter Gorton! Ich sage Ihnen nur eines: Wenn Sie in der Lage sind, einen Industriebetrieb nach Hüttenberg zu bringen, verpflichte ich mich, alles in meiner Kraft Stehende zu tun, daß diesem Betrieb ein Maximum an Förderung durch die Bundesregierung zuteil wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Bundesparteibeamtete Taus hat mich gefragt: Wo ist Ihr Arbeitsmarktkonzept? Darauf möchte ich nur sagen: Wir benötigen ja kein neues Papier; wir haben ja dem ganzen Land bewiesen, daß wir Beschäftigungspolitik machen können, sonst hätte es ja diese Resultate nicht gegeben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Abgeordnete Wimmersberger, dem ich nicht schaden will, indem ich ihn lobe – aber ich glaube, der Herr Abgeordnete Brauneis wird mir nicht verübeln, wenn ich das sage –, hat eigentlich recht gehabt, als er mir mitgeteilt hat, daß man der VÖEST-Alpine während vieler Jahre seitens der ÖVP unrecht getan hat. Er hat nicht gesagt, daß es die ÖVP ist, aber er hat das Faktum dargestellt. Und jeder hat gewußt, von wem man redet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und jetzt noch ein paar Fragen, die zusätzlich an mich gerichtet wurden.

Zur Frage der Verwaltungsreformkommission hat der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt eine Frage gestellt. Die letzte Sitzung war am 9. November, und es sind bei dieser Sitzung konkrete Projekte in Aussicht genommen worden, so vor allem die Vorbereitung eines Handbuchs für die Verwaltungsführung des

6988

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Bundes. Sie soll auf praktische Verwaltungsvereinfachung hinauslaufen.

Es ist sicher richtig, daß eine gewisse Stagnation auf dem Gebiet der Verwaltungsreform eingetreten ist. Ich glaube aber, daß durch die effektive Geschäftsführung dieser Reformkommission die Stagnation wird überwunden werden können.

Das personelle Problem, das sich hier gestellt hat, ist mittlerweile gelöst worden.

Im übrigen nehmen an der Verwaltungsreformkommission Vertreter auch der im Parlament vertretenen Parteien teil, die jederzeit in der Lage sind, Ihnen die Informationen zu geben, die Sie im Detail auch haben wollen.

Auf die Frage des Herrn Abgeordneten Vetter bezüglich der niederösterreichischen Grenzgebiete ist zu sagen, daß diese Förderung ihre Fortsetzung finden wird. Sie ist halt nur vor allem aus einem Grund etwas problematisch: In die niederösterreichischen Grenzgebiete sind in den vergangenen Jahren vielfach Betriebe gegangen, die die dortige Lohnsituation hingelockt hat. In dem Maße aber, als sich das geändert hat, ist für viele Betriebe eine für sie wichtige Voraussetzung weggefallen.

Dazu kommt, daß dort Waren erzeugt werden, die aus dem Ausland billiger geliefert werden können. Wir bemühen uns aber, auch dort, wo es Aussichten gibt, daß die Betriebe ... (Abg. Dr. Mussil: Spät! Sehr spät!)

Nein, vom ersten Augenblick an, Herr Generalsekretär, und Sie wissen es sehr genau. Ich brauche Ihnen ja nicht zu sagen, daß gerade das Programm, das wir in Niederösterreich, gemeinsam mit dem Land Niederösterreich entwickelt haben, nach gründlichen Besprechungen zustande kam. Schließlich mußte auch der Herr Landeshauptmann Maurer seine Anerkennung für die Ausarbeitung, für die Verwirklichung dieses Planes ausdrücken. Der beste Beweis dafür ist, daß er mir unlängst geschrieben hat, daß er auf eine Fortsetzung und eine weitere Ausweitung dieses Planes größten Wert legt.

Nun möchte ich gerne zur Frage der Repräsentation etwas sagen. Aber vorher muß ich doch noch zu der Behauptung, wonach beim Kapitel Bundespressedienst Propagandaschriften finanziert werden, Stellung nehmen. Ich möchte Ihnen sagen, welche Art von „Propagandaschriften“ dort finanziert werden.

Der täglich erscheinende „Österreich-Bericht“ wird redaktionell so gemacht, daß jede Gewähr dafür besteht, daß es keine einseitige Auswahl der Artikel aus der österreichischen Presse gibt. Ich habe jedenfalls niemals

Beschwerden gehört. Höchstens aus meiner eigenen Partei.

„Informationen aus Österreich“ gehen ins Ausland. Das „Österreichische Jahrbuch“, das gibt es seit eh und je, das ist keine Erfindung dieser Regierung. Es gibt dann ein Bulletin für Lateinamerika, für Afrika. Es gibt dann das Kleine Handbüchlein „Österreich: Tatsachen und Zahlen“ in verschiedenen Sprachen. Im letzten Jahr russisch erschienen, arabisch, japanisch, schwedisch, indonesisch, portugiesisch.

Es gibt einen Faltprospekt Österreich „Land im Herzen Europas“, worauf man die Österreicher jedenfalls nicht aufmerksam machen mußte, sondern offenbar die Ausländer. „Sonderhefte zu aktuellen Themen“ vor allem für das Ausland.

Ich kann Ihnen alle Druckschriften, die dort erzeugt werden, in einer Sammlung zur Verfügung stellen und werde gerne bereit sein, mit Ihnen zu prüfen, inwieweit hier Parteipropaganda gemacht wird.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Jedenfalls hat es niemals eine Plakataktion gegeben, die vom Bund zur Förderung der Regierungspolitik angeschlagen wurde. (Abg. Dr. Gruber: „Die Mehrwertsteuer ist keine Mehrsteuer!“) Aufklärungsarbeit ist gemacht worden. Ja, Sie wollen doch wahrscheinlich auch haben, daß der Staatsbürger über den Inhalt von Gesetzen informiert wird. Das ist doch ganz klar.

Nun bitte zur Frage der Repräsentation. Ich bin gerne bereit, die Art, die Struktur der in meinem Amt durchgeführten Repräsentation und die Ausgaben, die es in diesem Zusammenhang gegeben hat, mit der Struktur der Repräsentationsausgaben meines Vorgängers zu vergleichen. Erstens einmal gibt es in zehn Jahren auch Veränderungen in den Preisen und ... (Abg. Dr. Kohlmaier: Das wohl!)

Ja, das hat es auch bei Ihnen gegeben, bei Ihnen sogar relativ höhere als bei uns. Aber es gibt also diese Veränderungen, und es gibt sicher ein höheres Maß an außenpolitischer Aktivität.

Jetzt werde ich Ihnen sagen, was es ... (Zwischenruf bei der ÖVP.) Es gibt keinerlei Quittungen – damit ich das klarstelle –, die ich dem Bund übergeben habe, also Ausgaben, die ich persönlich als Repräsentationsausgaben gemacht habe und dem Bund zur Verrechnung übergeben hätte, sondern nur die offiziellsten Anlässe wurden dabei berücksichtigt.

Ich lese Ihnen die ganze Liste vor, und sagen Sie mir, was Sie gestrichen hätten. Der Besuch des Regierungschefs des Fürstentums Liechtenstein. Der Besuch des Ministerpräsidenten der

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Republik Portugal, die österreichische Wirtschaftskonferenz, Besuch des Vorsitzenden des Staatsrates der Volksrepublik Polen, Besuch des Ministerpräsidenten, des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien, Besuch des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Ungarn, Besuch des Königs von Jordanien, Besuch des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Besuch des Premierministers der Republik Rumänien, Besuch des Bayerischen Ministerpräsidenten, Besuch des Ministerpräsidenten von Griechenland, Besuch des Ersten Sekretärs der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei.

Das waren die Besuche, die wir gehabt haben. Das sind die Leute, die bei uns gewesen sind und deren Aufenthalt finanziert werden mußte.

Meine Besuchsreisen im Ausland waren im Jahre 1976 zwei; eine in die Tschechoslowakei und eine nach Frankreich. Ich stelle gerne diese Kosten dieser Reisen in Vergleich zu den Kosten der Reisen des Bundeskanzlers Klaus in einem Jahr, zum Beispiel nach USA und Japan.

Ich will nur sagen: Das hätte wenig Sinn. Das sind ja Reisen, die notwendig waren, die sich für uns als nützlich erwiesen haben.

Dann gab es Veranstaltungen, die der Bundeskanzler durchgeführt hat oder einer seiner Stellvertreter: Besuch des Ministers Bahr in Wien, Mittagessen für Bankfachleute, Besuch ungarischer Parlamentarier über Ersuchen des Parlaments, Empfang aus Anlaß der 6. Europäischen Konferenz für Bodenmechanik und Grundbau, Verleihung von österreichischen Ehrenzeichen an in- und ausländische Persönlichkeiten aus Anlaß der OPEC-Geiselnahme – eine kühne Summe von 3 000 S –, 13. Weltkongreß der Internationalen Journalistenförderung, Empfang aus Anlaß der 200-Jahr-Feier der Vereinigten Staaten von Amerika, Tagung der Österreichischen Raumordnungskonferenz, Empfang der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Besuch des Schweizer Bundesrates Graber und des Vorstehers des Eidgenössischen Politischen Departements Brugger, internationales Pressegespräch, Jahreskonferenz des Internationalen Institutes für strategische Studien, 10. ordentlicher Weltkongreß des Internationalen Schauspielerverbandes, 30jähriger Bestand der Austria-Presse-Agentur, Österreichische Familienplanung – Exekutivkomitee, Aufwendungen anläßlich der XII. Olympischen Winterspiele, einmal die Jugendkonfrontation, UNIDO-Konferenz über internationale industrielle Zusammenarbeit, internationales Kolloquium für Informationsfreiheit, Katholischer Familienverband. Dann gab es eine Repräsentationsausgabe, die mit der Bundeswirtschaftskammer besprochen wurde, und Ehrenpreise in

der Höhe von 500 000 S. Und dazu sage ich Ihnen ganz offen: Da wird genau untersucht, ob es sich um bundesweite Veranstaltungen handelt, denn wenn es keine bundesweiten sind, werden vom Bund keine Ehrenpreise zur Verfügung gestellt, wenn es sich um politische Organisationen, die mir nahestehen, handelt, werden sie über das Bundbudget nicht verrechnet. Das dazu.

Ich möchte Ihnen also nochmals sagen, daß die gesamte Repräsentation des Bundeskanzlers wesentlich geringer ist als die der österreichischen Bundesländer. Obwohl ich das auch für berechtigt ansehe. (*Abg. Dr. Blenk: Wenn Sie Wien aber ausklammern!*) Auch wenn ich Wien ausklammere, ist sie wesentlich größer als die des Bundeskanzlers, der schließlich jenen Teil der Staatsrepräsentation, soweit es die Bundesregierung betrifft, durchzuführen hat. – Sie betrug im Jahre 1969 0,0132, sie betrug im Jahre 1976 0,0136 der Haushaltsausgaben im gesamten. Die Repräsentationen der Bundesländer betrugen 0,045 der Haushaltsausgaben, sind also wesentlich höher. (*Abg. Dr. Blenk: Wieviel sind die von Wien? Das wäre interessant!*)

Wien hat von 42,4 Millionen 19 Millionen. (*Bewegung bei der ÖVP.*) Moment! Ziehen Sie in Betracht, daß es sich hier um ein großes Bundesland und um die Bundeshauptstadt handelt und daß Wien außerdem ein wichtiger Anziehungspunkt für einen besonderen Fremdenverkehr ist.

Daraus ergibt sich, daß die Steigerung der Repräsentationsausgaben zwischen 1968 und 1969, im letzten Jahr Ihrer Regierungstätigkeit, 28 Prozent war, von 1975 auf 1976 nur 20,8 Prozent. Daraus können Sie erkennen, daß ich mich sehr bemühe, diese Ausgaben so niedrig als möglich zu halten.

Und daß diese Ausgaben notwendig waren, geht daraus hervor, daß auch die Herren der Opposition dadurch, daß sie an fast allen Veranstaltungen teilgenommen haben, dargetan haben, daß sie diese Anlässe für gegeben erachten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Zum Worte kommt der Herr Abgeordnete Bürger.

Abgeordneter **Bürger** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bundeskanzler! Ich möchte mit wenigen Worten auf Ihre Ausführungen eingehen.

Als Sie das von Ihrer Regierung der Bevölkerung auferlegte Belastungspaket besprochen haben, meinten Sie, Sie werden ja dafür Leistungen erbringen, die Vollbeschäftigung, und Sie haben versprochen, Straßen zu bauen.

6990

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Burger

Nun, Herr Bundeskanzler, das erwarten wir ja von jeder Regierung. Sie werden doch mit diesen 27 Milliarden Schilling, mit denen die Bevölkerung belastet wurde, nicht etwa Budgetlöcher stopfen! (*Abg. Dr. Blenk: Na net!*) Das erwarten wir nicht, daß Sie das tun werden. (*Rufe bei der ÖVP: Oh doch!*) Wir werden sicher Gelegenheit nehmen, im Laufe der Legislaturperiode dazu noch Anfragen zu stellen.

Aber es ist merkwürdig, wie man verschieden reagiert. Herr Bundeskanzler! Am 27. Juni 1968 hat der heutige Finanzminister, als damals geringfügige Belastungen der Bevölkerung aufgelegt wurden, gesagt:

„Nach dem Rezept „Man nehme . . .“ hat man ein Stück Einkommen, ein Stück Lohn, ein Scheibchen Vermögen, einige Spritzer Alkohol nebst anderen Zutaten genommen, mit Familienlastenausgleich garniert, um der Familie Österreicher neuerdings eine höchst unbekömmliche Kost zu servieren. Dabei ist das Ganze gar nicht so billig: Obwohl der genaue Preis nicht feststeht, wird es jedenfalls mit wenigstens 3,8 Milliarden Schilling beziffert.“ Und so weiter, und so weiter.

Ja, haben denn diese Dinge heute keine Gültigkeit mehr? Wo die Belastungen ein Vielfaches dessen sind, was Sie damals unter eine solche Kritik gestellt haben! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich darf ein paar Worte auch zum Kollegen Brauneis sagen. Kollege Brauneis bestritt, daß die SPÖ die Schuld trage an der Lage der verstaatlichten Industrie. Das ist hier nicht behauptet worden, daß die SPÖ schuld sei, sondern die Regierung trage Mitschuld an der Lage in der verstaatlichten Industrie. Ich werde mit erlauben, das dann unter Beweis zu stellen.

Wobei ich in der Lage bin, mit Genehmigung des Herrn Präsidenten sofort ein Zitat hier zu bringen, und zwar ein Zitat vom Pressechef der VÖEST-Alpine Franz Summer; es heißt hier:

„Die VÖEST-Alpine, die 55 Prozent ihres Umsatzes von 44,8 Milliarden Schilling im Hüttenbereich verarbeitet, ist auf die heimischen Kunden entsprechend sauer. Im Boomjahr 1974“ – hören Sie! – „mußte sie unter politischem Druck ihren Stahl unter dem Weltmarktpreis vermehrt im Inland abgeben, wodurch ihr 1,8 Milliarden Schilling Erträge durch die Lappen gingen. Nun lassen sogar halbstaatliche Autobahngesellschaften die ‚Muttersau der Nation‘ (VÖEST-Alpine-Sprecher Franz Summer) links liegen und kaufen billigen Importstahl.“

Hier trägt die Regierung eine große Schuld an der Lage der verstaatlichten Industrie. Ich werde

dann noch darauf zu sprechen kommen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und wenn Kollege Brauneis meint, daß die ÖVP den Ausbau der verstaatlichten Industrie oder überhaupt die Verstaatlichung verhindert hätte (*Abg. Steininger: Behindert!*), dann sei mir erlaubt zu sagen, daß im 1. und 2. Verstaatlichungsgesetz diese Gesetze einstimmig in diesem Haus beschlossen worden sind, und ich darf Sie erinnern, daß damals die ÖVP die absolute Mehrheit hatte. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Man macht der früheren Alpine zum Vorwurf, daß sie es verabsäumt hat, in die Finalindustrie zu gehen, und gibt hier wieder der ÖVP die Schuld beziehungsweise den damals der ÖVP zugehörigen Generaldirektoren. Ich darf hier sagen und auch einmal feststellen, daß nach 1945 ein gewaltiger Aufbau in Österreich vollzogen werden mußte. Die Alpine Montangesellschaft – es war dies ihr historischer Auftrag – hat den Inlandsmarkt mit Billigstpreisen beliefert und darüber hinaus auch noch die Kohlengruben erhalten, die jetzt geschlossen werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Daß eine solche Firma nicht jene Vorteile haben kann wie eine exportorientierte VÖEST, die sich in Linz eben dem Export, dem Finalbetrieb und dem Anlagenbau widmen konnte, versteht sich von selbst, aber man soll daraus nicht dreißig Jahre später noch Vorwürfe hier in diesem Haus machen. Erstens ist es unwahr, und zweitens sind wir frühere Alpine-Leute stolz auf unsere Aufbauleistung in unserer Heimat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich habe heute vorgehabt, sachlich zu den Problemen der verstaatlichten Industrie Stellung zu nehmen. Ich werde nun abschließend zu diesem Kapitel, ich bin der letzte Redner, den Versuch machen, einige Erläuterungen zu geben.

Wir haben die Probleme der verstaatlichten Industrie nicht nur ausgiebig im Finanzausschuß im Parlament behandelt, sondern es vergeht kaum eine Sitzung im Österreichischen Gewerkschaftsbund oder in den Arbeiterkammern, wo wir nicht über diese Probleme sprechen, über diese Probleme reden, weil es unsere gemeinsamen Probleme sind. Wir beraten in allen Fraktionen gemeinsam über unpopuläre Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um über die Runden zu kommen. Und es bringt uns die Belegschaft wider Erwarten Verständnis entgegen, wobei ich hier anmerken möchte, daß die Angst um den Arbeitsplatz die Kollegen in den Betrieben schweigsam und gefügig macht.

Sie erwarten von uns, sei es von den Betriebsräten oder Abgeordneten, vor allem aber von der Bundesregierung Maßnahmen, die

Burger

ihnen die Sorge um den Arbeitsplatz nehmen. Wer soll ihnen denn diese Sorge abnehmen als die Vertreter der Belegschaft und die Bundesregierung, die einfach die Verantwortung in diesen Dingen zu tragen hat? Wer die absolute Mehrheit hat, hat die absolute Verantwortung.

Ich stimme persönlich auch gerne allen Maßnahmen, die im Betrieb getroffen werden, zu, die angetan sind, den Belegschaftsstand zu halten, sei es jetzt – wenn ich einige Dinge aufzählen darf – die Einstellung jeglicher Überstunden, die früher das Einkommen unserer Arbeitskollegen aufgebessert haben, sei es die Einführung von betrieblichen Schulungstagen für besonders betroffene Betriebe oder Betriebsabteilungen, sei es die Pensionierung mit Erreichung des 60. Lebensjahres, sei es aber auch die Aufnahmesperre für unsere Jugend, die wir besonders schmerzlich empfinden, weil die Angehörigen unserer Mitarbeiter vor den Toren bleiben oder abwandern. So muß man feststellen, daß die Betriebsräte oder Belegschaftsvertreter in hohem Maße die Mitverantwortung in den Betrieben übernehmen und sich nicht scheuen, auch einschneidende Maßnahmen zu treffen, wenn es gilt, die bestehenden Arbeitsplätze zu erhalten.

Nun haben wir Betriebsräte und vor allem wir, die wir auch als Abgeordnete im Haus sind, aus diesen Gründen das Recht zu erfahren, Herr Bundeskanzler, welche Maßnahmen getroffen werden, um die betroffenen Betriebe innerhalb der verstaatlichten Industrie aus der jetzigen Situation herauszuführen. Wir haben auch ein Recht darauf, ohne Umschreibung und Ausreden zu erfahren, weshalb wir in eine solche Situation hineingeschlittert sind und wie wir wieder herauskommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und die Worte „weltweit“ – Herr Bundeskanzler, ich lese noch mehr als die Zeitung –, die Schlagworte „weltweit“ und „abhängig vom Ausland“ scheinen mir persönlich zu wenig zu sein, weil uns mit diesen Schlagworten auch nicht geholfen ist, mag es auch richtig sein, daß unsere nationale Wirtschaft mit der internationalen eng verflochten ist. Das haben wir von der Österreichischen Volkspartei schon immer gewußt, nur hat die SPÖ in den Jahren 1966 bis 1970 eine andere Meinung zutage getragen.

Bei der letzten und sicher nicht so scharfen Krise der Jahre 1967, 1968 wurde das überall gelehrt und gepredigt. Und ich darf wiederum ein Zitat des Herrn Finanzministers bringen, wiederum vom 27. Juni 1968, der damals – Herr Bundeskanzler, Sie haben hinter meinem Rücken gesagt: Lesen Sie keine Zeitung? Ich lese sie. Sicher liest jeder Zeitung – gesagt hat:

„Es geht nicht darum, daß man auf die

Probleme anderer Länder verweist, sondern es geht einzig und allein darum, daß sich eine österreichische Bundesregierung mit den Problemen dieses Landes auseinandersetzt und dafür Lösungen vorschlägt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, daß auch diese Bundesregierung verpflichtet ist, sich mit der Lage der Verstaatlichten auseinanderzusetzen, und nicht als erstes behaupten darf – das spielt sicher auch eine Rolle, ich gebe das ja zu, daß die Wirtschaft aller Länder eng miteinander verbunden ist –, daß das Ausland schuld ist. Denn wenn es wieder besser wird, bin ich der Überzeugung, werden Sie sagen: Nicht durch das Ausland ist es wieder besser geworden, sondern das war das Verdienst der Bundesregierung. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Androsch: Kollege Burger! Wir haben nie etwas gegen die verstaatlichte Industrie gehabt! Bei Ihrer Partei war das immer anders!)*

Ich möchte überhaupt nicht darauf eingehen, weil ich seit der Heimkehr eben in der Verstaatlichten tätig bin und andere Dinge erfahren habe: Unterstützungen, Hilfsbereitschaft. Und den Aufbau haben wir letzten Endes alle miterlebt in der Zeit der ÖVP-Regierung. *(Beifall bei der ÖVP.)* Die damalige ÖVP-Alleinregierung, das darf ich jetzt sagen, hat in dieser Krise und in Krisenzeiten offensichtlich anders gehandelt. Sie hat damals den Koren-Plan vorgelegt, und man darf sagen, daß die Auswirkung dieses Koren-Planes von Mitte 1968 bis Mitte 1975 in unverminderter Stärke konjunkturrell angehalten hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die ÖVP hat auch heute wieder ein Konzept der Vollbeschäftigung. Und kein Geringerer als Klenner hat im Fernsehen vorgestern zugegeben, daß in diesem Konzept brauchbare Vorschläge enthalten sind und daß das Konzept ernst zu nehmen sei. *(Abg. Hatzl: Alles das, was Sie abgeschrieben haben!)*

Das wird ja wohl wieder kommen, wenn man brauchbare Dinge sieht, daß man sagt, das haben Sie jetzt wieder von uns abgeschrieben. Gott sei Dank – das dürfen Sie zur Kenntnis nehmen –: Wir werden landauf und landab fahren, je schlechter es wird, und wir werden dort sagen: Wir haben ein Konzept, wählt die Volkspartei, es wird dann wieder anders werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich kann nicht umhin – und ich habe dies eingangs meiner Ausführungen gesagt – zu sagen, daß die Bundesregierung an der finanziellen Situation unserer Unternehmen, besonders der exportorientierten Betriebe, nicht unwesentlich mitschuld ist. Und ich gestatte mir, das jetzt zu beweisen.

6992

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Bürger

Auf meine schriftliche Anfrage vom 16. 2. 1976 betreffend „Einstellung der Exportvergütung“, Herr Finanzminister, hat mir der Herr Bundeskanzler folgendes geantwortet: Ab dem 1. 1. 1973 – ich bringe bei Referaten oder Wortmeldungen nicht gerne Ziffern, aber ich muß sie jetzt bringen – kam es, aufgegliedert in die Sparten Eisen und Stahl, Nichteisen und Metall, Maschinen und Schiffsbau, Elektroindustrie, Öl und Chemie – ich fasse jetzt die Zahlen insgesamt zusammen –, im Jahre 1973 zu einer Einkommensverminderung von 565 Millionen Schilling, im Jahre 1974 waren es 822 Millionen Schilling und im Jahre 1975 877 Millionen Schilling. Das sind 2,264 Milliarden Schilling. Wenn man jetzt 1976 und 1977 mit je 900 Millionen Schilling dazurechnen würde – ich habe die Ziffer nicht, aber ich werde eine Anfrage stellen –, dann haben wir, Herr Bundeskanzler, Herr Finanzminister, einen durch den Ausfall der Rückvergütung entstandenen Schaden von 4,060 Milliarden Schilling, wenn man das zusammenzählt. Und das ist genau das Geld, das wir brauchen würden, um unseren Betrieben zu helfen. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Androsch: Wollen Sie bitte den Vorsteuerabzug dem gegenüberstellen, damit Sie eine sinnvolle Aussage machen können!)*

Die Aussage ist sinnvoll genug, wenn es um solche Beträge geht. Die Vorsteuerabzüge können niemals solche Beträge ausmachen. Und von dem Ausfall der Exportvergütung ist ja nicht nur die verstaatlichte, sondern die gesamte österreichische Exportindustrie betroffen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Deshalb habe ich die Behauptung aufgestellt, daß die Bundesregierung mitschuld ist an unserer finanziellen Situation. Ich habe nicht gesagt, daß sie alleine schuld ist. Diese Aussage würde ebenfalls nicht stimmen, sondern: mitschuld ist. Ich drücke mich deshalb so aus, weil ich der Hoffnung bin, daß man doch in der jetzigen Situation diese Dinge abstellen kann.

Das 2. Abgabenänderungsgesetz ist hier eine unsichtbare Belastung, aber ich glaube – auch hier wird man Anfragen zu stellen haben –, daß es die österreichische VÖEST-Alpine Montangesellschaft schwer trifft, zumindest im Bereich der früheren Rücklagen.

Meine Damen und Herren! Eine gesunde verstaatlichte Industrie hat gesunde Klein- und Mittelbetriebe zur Folge. Schon aus dieser Sicht sollten Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, nicht länger zusehen, wie die Unternehmen der verstaatlichten Industrie langsam und sicher ihre durch Jahrzehnte erarbeiteten Rücklagen aufbrauchen.

Jetzt ein Wort zur betrieblichen Schulung. Wir

bekommen Mittel aus der Arbeitsmarktförderung, 107 Millionen Schilling sind für heuer von Sozialministerium genehmigt, 40 Millionen Schilling haben wir 1975 verbraucht. Jetzt wäre ernstlich, meine sehr verehrten Kollegen und Betriebsräte in diesem Hause, die Frage zu stellen, ob diese Gelder, die wir jetzt so sehr benötigen in dieser Zeit der Schulungswochen und Schulungstage, wirklich sinnvoll angebracht sind. Sinnvoll wäre es, wenn wir dieses Geld zu Umschulungszwecken verwenden könnten, nämlich zu Umschulungen von gefährdeten auf sichere Arbeitsplätze. Dort wäre es sinnvoll verwendet! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Eine zweite Möglichkeit wäre folgende – ich schlage hier vor, daß man nachdenkt darüber –: Ich habe bereits an den Sozialminister die Anfrage gestellt, ob er bereit wäre, den Schicht- und Schwerstarbeitern den früheren Pensions Eintritt zu ermöglichen. Ich habe damals zur Antwort bekommen, daß diese Frage geprüft werde. Aber es scheitert dies am finanziellen Problem. Aus diesem Grunde haben weder die Gewerkschaft noch die Arbeiterkammer diesbezügliche Anträge gestellt, obwohl in den Arbeiterkammern schon vor Jahresfrist diese Resolutionen hätten angenommen und weitergeleitet werden sollen. Diese Resolutionen sind rein für den Papierkorb geschrieben worden, was ich sehr bedaure.

Ich könnte mir vorstellen, daß man diese 107 Millionen Schilling unter anderem zum Pensionsausgleich für das 58. und 59. Lebensjahr für die Schicht- und Schwerstarbeiter verwendet, daß man sie auszahlt und sie in Vollpension gehen könnten. Das hätte zweierlei Auswirkungen: Einmal würde sich auf sehr natürliche Art der Belegschaftsstand vermindern, und zweitens könnten die ausgerackerten, gedienten Arbeiter in den wohlverdienten Ruhestand treten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich von Belegschaftsverminderung rede, so bin ich als Betriebsrat sehr erstaunt, daß es hier eine Liste von der ÖIAG gibt, die ganz offen schreibt, wie viele Kollegen abgebaut werden müßten, damit es wieder zu einem ausgeglichenen finanziellen Ergebnis käme. Ich werde die Zahlen hier nicht verlesen, weil ich keinen Wert darauf lege, daß das in die Öffentlichkeit kommt. Wer Einblick haben will, kann diesen Einblick bei mir nehmen. Deshalb glaube ich, daß über diese 107 Millionen Schilling in Verhandlung mit dem Sozialminister und mit allen jenen, wo verhandelt werden müßte, auch mit den Unternehmen – bei den Frühpensionen – gesprochen werden müßte, daß man diese Gelder nämlich viel, viel sinnvoller anlegen müßte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben zum Abschluß noch ein Problem.

Burger

Wir klagen laufend über die Konkurrenz, die vom Ausland kommt, wir wissen, daß dies so ist, aber gibt es hier keine Möglichkeit, Maßnahmen zu treffen, daß man bei öffentlichen Ausschreibungen, sei es von Gemeinden, Ländern oder vom Bund den Firmen, die diese Aufträge bekommen, die bindende Verpflichtung auferlegt, zum Beispiel heimisches Eisen zu verwenden? Ich komme jetzt wieder auf die 107 Millionen Schilling zurück. Ich kann mir vorstellen, daß man den heimischen Firmen – weil vielleicht das inländische Eisen teurer ist, dafür aber in der Güte besser – eine Vergütung gibt, um die eigene heimische Eisenindustrie, vor allem was Torstahl und Walzdraht anlangt, anzukurbeln. (*Abg. Dr. Kreisky: Das alles um die 107 Millionen?*)

Das klingt fast so, als ob Sie meinen: aha, der will vielleicht sogar Gelder zuschießen. Das meine ich nicht, sondern es wäre eine edle und ehrenvolle Aufgabe, auch ein echter nationaler Geist, heimische Erzeugnisse zu nehmen und diesen den Vorzug vor anderen zu geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir stehen vor Betriebsschließungen. In den nächsten fünf Jahren werden wir laufend Betriebsschließungen haben. Da ist zum Beispiel die WTK in Oberösterreich, die 1982 geschlossen wird. Ich muß die Gelegenheit, Herr Bundeskanzler, wahrnehmen, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß es heute schon an der Zeit ist, in diesem Raum neue Arbeitsplätze zu schaffen, um das Hausruckviertel nicht einer gänzlichen Abwanderung auszusetzen. Man muß zumindest jenen, die Betriebe gründen wollen, bevorzugte Mittel geben.

Wir werden Hüttenberg schließen – das Problem wurde heute schon besprochen –; wir werden Fohnsdorf schließen, der Schließungstermin ist bekannt, wir werden den Erzbergbau Radmer schließen und die österreichische Erzeugung von 4 200 000 Tonnen auf 2 700 000 Tonnen reduzieren, was für den Erzberg mit dem jetzigen Belegschaftsstand ständige Kurzarbeit bedeuten würde.

Wenn das Unternehmen aus Rentabilitätsgründen nicht andere Wege beschreiten kann, als eben besseres Erz, vielleicht auch billigeres Erz einzuführen, dann werde ich im Interesse des Unternehmens nicht dagegen sein, obwohl ich auch sage: Was hätte man vor acht Jahren gesagt, wenn man heimische Erz- und Kohlengruben geschlossen hätte (*Abg. Dr. Kreisky: Das ist geschehen!*) und zur gleichen Zeit in Amerika und Brasilien solches gekauft hätte? Es wäre hier wahrscheinlich zu furchtbaren Szenen gekommen.

Aber ich sehe es im Interesse des Unterneh-

mens ein, daß dies so geht, aber es muß hier die Forderung erhoben werden: die Region Eisenerz, Hieflau, Radmer muß heute schon mit voller Verantwortlichkeit betreut werden, weil wir möglicherweise die Kollegen vom Bergbau Radmer am Erzberg nicht übernehmen werden können. Wir haben bis dorthin noch Zeit. Nützen wir sie!

Die verstaatlichte Industrie hat nach dem Zweiten Weltkrieg für den Wiederaufbau unseres Landes – ich habe das schon erwähnt – einen außerordentlich großen Beitrag geleistet. Jetzt ist diese Bundesregierung an der Reihe, einen außerordentlich großen Beitrag für die verstaatlichte Industrie zu leisten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Herren Spezialberichterstatter das Schlußwort? – Kein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages 1978 abstimmen. Es sind dies die Kapitel 01 bis 06 in 631 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die in der Beratungsgruppe II zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages 1978. Es sind dies die Kapitel 10 und 70 samt dem zu Kapitel 70 gehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 631 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Beratungsgruppe III**Kapitel 20: Äußeres**

Präsident **Probst**: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe III.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Heinz. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Heinz**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zur Beratungsgruppe III: Kapitel 20: Äußeres.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 20 des Bundesvoranschlages für das Jahr 1978 am 9. November 1977 in Verhandlung gezogen.

6994

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Heinz

Im vorliegenden Entwurf zum Bundesfinanzgesetz 1978 sind beim Kapitel 20 „Äußeres“ Gesamtausgaben in Höhe von 1 048,307 Millionen Schilling und Einnahmen von 30,570 Millionen Schilling vorgesehen. Dies bedeutet gegenüber den Ansätzen 1977 eine Steigerung der Ausgaben um 51,226 Millionen Schilling oder 5,14 Prozent und der Einnahmen um 2,666 Millionen Schilling oder 9,55 Prozent.

Die Ausgabensteigerung verteilt sich auf die einzelnen Gebarungsgruppen wie folgt:

1. Für die gesetzlichen Verpflichtungen, und zwar für den

a) Personalaufwand wurden um 20,212 Millionen Schilling oder 7,58 Prozent mehr veranschlagt. Diese Erhöhung ist auf die allgemeine Bezugsregelung sowie auf die Vermehrung des Personalstandes um zehn Planstellen zurückzuführen.

b) Bei den Internationalen Beitragszahlungen Österreichs mußten um 5,311 Millionen Schilling oder 3,35 Prozent mehr budgetiert werden. Betragsmäßig zu erwähnen sind nachstehend angeführte Beitragserhöhungen: zum Budget der UN um 3,800 Millionen Schilling, zur UNESCO um 2,012 Millionen Schilling, übrige um 0,772 Millionen Schilling. Neu veranschlagt wurden die Beiträge für den „UN-Fonds für die Frauendekade“ 0,255 Millionen Schilling, für das „Internationale Forschungs- und Trainingsinstitut für die Weiterbildung von Frauen“ 0,170 Millionen Schilling, für das „UN-Hilfsprogramm für Mozambique“ 0,100 Millionen Schilling, und für das „UN-Hilfsprogramm für Hilfsexperten“ 1,000 Millionen Schilling. Infolge der günstigen Kursentwicklung konnten die Posten 7804 „UN-Sonderaktionen“ um 0,350 Millionen Schilling, 7806 „UN-Nahostkontingent“ um 1,960 Millionen Schilling, 7811-001 „Beitrag zum Europarat“ um 0,488 Millionen Schilling niedriger als 1977 veranschlagt werden.

c) Die Erhöhung bei den übrigen gesetzlichen Verpflichtungen ist in erster Linie durch die Neuregelung der Familienbeihilfen mit 1. Jänner 1978 bedingt, wodurch sich eine Steigerung um 5,315 Millionen Schilling ergibt.

2. Die im Sachaufwand des Kapitels 20 veranschlagten Ermessenskredite erfuhren eine Erhöhung um netto 20,388 Millionen Schilling oder 3,64 Prozent.

Über den für die Veranschlagung der Ermessenskredite festgesetzten Rahmen hinaus mußte für folgende Aufwendungen zusätzlich Vorsorge getroffen werden:

Für den eigentlichen Verwaltungsaufwand (Aufwendungen) der Zentrale des Bundesmini-

steriums für Auswärtige Angelegenheiten (Ansatz 1/20008) wurden um 7,311 Millionen Schilling mehr als 1977 veranschlagt. Der Mehrbedarf ist vor allem auf erhöhte Kosten für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter (+0,512 Millionen Schilling), auf unbedingt notwendige Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie sonstige Instandhaltungen (+0,650 Millionen Schilling), auf die steigenden Kosten für Entgelte an Unternehmungen sowie an die Staatsdruckerei (+1,460 Millionen Schilling) zurückzuführen. Für weitere publizistische Maßnahmen im Zusammenhang mit dem IAKW wurden 1,200 Millionen Schilling vorgesehen.

Der Mehrbedarf bei den Aufwendungen der Vertretungsbehörden (Ansatz 1/20108) beträgt 14,591 Millionen Schilling. Hievon entfallen für die hier veranschlagten Auslandszulagen 11,000 Millionen Schilling. Weitere größere Unterschiede ergeben sich bei den Übersiedlungskosten und Auslandsreisen (+5,179 Millionen Schilling), bei den Energiebezügen (+0,500 Millionen Schilling) und bei den Entgelten an Unternehmungen (+1,804 Millionen Schilling). Der letztere Mehrbedarf ist für den weiteren Ausbau zum Schutze der Vertretungsbehörden erforderlich.

Dagegen konnten die Posten für „Geringwertige Gebrauchsgüter“ (–1,000 Millionen Schilling), „Zeitungen und Zeitschriften“ (–0,800 Millionen Schilling), „Behebungsdifferenzen“ (–1,000 Millionen Schilling), „Kursdifferenzen“ (–3,600 Millionen Schilling) und „Mieten“ (–0,500 Millionen Schilling) niedriger veranschlagt werden.

Die bei den übrigen Posten des Ansatzes höher veranschlagten Beträge halten sich im Rahmen der allgemeinen Richtlinien für die Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes 1978 und dienen dazu, Preissteigerungen abzudecken.

3. Der bei den Kulturinstituten veranschlagte Mehrbedarf bei den Aufwendungen (Ansatz 1/20308) hält sich ebenfalls im Rahmen der allgemeinen Richtlinien.

4. Die bei den Anlagen (Ansätze 1/20003, 1/20103, 1/20203 und 1/20303) gegenüber 1977 niedrigere Veranschlagung hält sich im Rahmen der allgemeinen Richtlinien für die Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes für 1978.

5. Ein größeres Mehrerfordernis beim Ansatz 1/20048 „Internationale Konferenzen in Österreich“ von 4,652 Millionen Schilling sichert die Abhaltung weiterer zusätzlicher internationaler Konferenzen im kommenden Jahr.

Die übrigen Mehrerfordernisse bei den Aufwendungen halten sich im Rahmen der gegebenen Richtlinien.

Heinz

6. Auf Grund entsprechender Zusagen der Länder konnte seitens des Bundes für 1978 eine Erhöhung des Beitrages für den „Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland“ (Ansatz 1/20106) von 2,600 Millionen Schilling auf 3,100 Millionen Schilling vorgenommen werden. Auch wurden die Unterstützungen für im Ausland in Not geratene österreichische Staatsbürger um 0,400 Millionen Schilling erhöht.

Beim Ansatz 1/20006 wurde für das Auslandsösterreicherwerk gegenüber 1977 um 0,640 Millionen Schilling mehr veranschlagt.

Die Erhöhung der Einnahmen um 2,666 Millionen Schilling ist auf zu erwartende Mehreinnahmen aus den Kostenersätzen für Miet- und Pachtzinse, für die Schutzmachtbüros und auf Mehreinnahmen aus Kursbeiträgen zurückzuführen.

An der Debatte beteiligten sich außer dem Spezialberichterstatte die Abgeordneten Dr. Fiedler, Dr. Scrinzi, Luptowits, Dr. Karasek, Anneliese Albrecht, Dr. Ermacora, DDr. Hesele, DDr. König, Dr. Ettmayer, Suppan, Steinbauer und Dr. Mock.

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Pahr nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung am 24. November 1977 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe III unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 20: Äußeres

des Bundesvoranschlages für das Jahr 1978 (631 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Präsident **Probst**: Ich danke dem Berichterstatte.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Fiedler. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Fiedler** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie so oft in diesem Haus kommt die Außenpolitik leider erst in den späten Abendstunden zur Beratung. Nach fast elfstündigen Beratungen über die Budgetgruppen I und II ist nun, wie ich aus der Rednerliste ersehen habe, eine Eintragung von neun Wortmeldungen für die Beratungsgruppe III erfolgt.

Ich möchte deshalb avisieren, daß ich mich heute einer besonderen Kürze befleißigen werde.

Meine Damen und Herren! Diese Debatte über das Budgetkapitel Äußeres fällt in eine Periode, in der sich gerade sagen läßt, daß die Außenpolitik der Bundesregierung mit einigen Ausnahmen recht und schlecht funktioniert.

Warum dies besonders betont werden muß? Zur Erklärung möchte ich, wenn Sie erlauben, ganz kurz mich selbst zitieren.

Bei der Debatte über den Außenpolitischen Bericht 1976 am 1. Juli dieses Jahres hatte ich einige Fehltritte des Bundesministers Dr. Pahr aufgezeigt und in Abwandlung des Faustschen Zitats meine Ausführungen geschlossen mit: „Es hofft der Mensch, solange er lebt.“

Dr. Pahr scheint dieses Zitat beherzigt zu haben. Ja ich wage zu behaupten, daß der Verlauf der damaligen Debatte, ich verweise etwa auf den Vergleich mit dem berühmten Elefanten im Porzellanladen – Sie, Herr Abgeordneter Czernetz, haben gemeint, es war ein kleiner, sanfter Elefant, die Meinungen gingen da sehr auseinander –, wirklich eine heilsame Lehre für ihn war.

Eine genaue und kritische Beobachtung bringt das Ergebnis: Seit jener Debatte hat er seine Pflichten als Außenminister ohne gravierende Fehler erfüllt. Die Hoffnung, mehr Einfluß auf die Außenpolitik Österreichs nehmen zu können, dürfte ihn dabei besonders gelehrt haben.

Meine Damen und Herren! Dr. Pahr's Hoffnung hat sich bisher aber kaum erfüllt. Dies ist auch der Grund dafür, daß ich eingangs davon sprach, die Außenpolitik funktioniere schlecht und recht.

Denn der Herr Bundeskanzler hat seither keineswegs aufgehört, die wichtigsten Äußerungen zu außenpolitischen Fragen ohne Absprache mit dem Bundesminister für Äußeres zu tun und Entscheidungen unter Umgehung nicht nur Dr. Pahr's, sondern auch des Parlaments zu treffen. Daß sein einst sorgsam aufgebauter – von der Volkspartei stets als übertrieben angesehener – Ruf als großer Staatsmann längst zerstört ist, kann Dr. Kreisky getrost auf seine unbedacht-same Art zurückführen, zu Problemen Stellung zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Es wäre müßig, an dieser Stelle neuerlich – zum wievielten Male eigentlich? – auf voreilige Äußerungen des Bundeskanzlers einzugehen. Bloß zur Illustration und weil das Ausmaß des Irrtums sowohl besonders groß als auch besonders peinlich für Österreich ist, möchte ich die jüngste Nahost-Erklärung Dr. Kreiskys rekapitulieren.

Der Herr Bundeskanzler als Leiter von Delegationen der Sozialistischen Internationale,

6996

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Dr. Fiedler

nach seiner Meinung zur israelisch-arabischen Problematik befragt, belehrte am 14. November in- und ausländische Journalisten, daß es nicht zu einem Treffen des ägyptischen Staatschefs Sadat mit Israels Ministerpräsident Begin kommen könne. Derartige Berichte seien „Spiegel-fechtere!“.

Oder meinte Dr. Kreisky gar die offenbar bereits heranreifende Entscheidung beider Staaten zu diesem historischen Schritt?

Wie auch immer: Er schloß eine Israelreise Sadats aus und gab den Beteiligten den Rat, bei der Genfer Friedenskonferenz ihre Meinungen auszutauschen.

Am 18. November, als also Sadats Besuch unmittelbar bevorstand, war jener Dr. Kreisky, der dies ausgeschlossen hatte, einer der aufrichtigsten Bewunderer des Präsidenten. In der „Zeit im Bild 2“ des österreichischen Fernsehens meinte der österreichische Kanzler: „Das ist ein großartiger, ein einmaliger Versuch, hier einen Durchbruch zu erreichen und offenbar dem israelischen Partner Vertrauen einzuflößen.“

Hohes Haus! Muß derartiges sein? Ich glaube nicht, daß Äußerungen des Bundeskanzlers, die dieser vier Tage später vom Tisch wischt und durch völlig gegensätzliche ersetzt, dem Image Österreichs zuträglich sind.

Selbst wenn Dr. Kreisky sich aufgrund einiger Nahostreisen – wie er immer wieder betont hat, in seiner Funktion als Vertreter der Sozialistischen Internationale und nicht als österreichischer Bundeskanzler –, wenn sich also Dr. Kreisky als Nahostexperte fühlt, sollte er sich mit derart falschen Prognosen und Ratschlägen eher zurückhalten, was ihm aber zweifellos schwerfallen wird.

Zur Abwechslung möchte ich dem Herrn Bundeskanzler einen Rat geben: Sollte es ihn neuerlich auf der Zunge jucken, dann möge er bitte wenigstens seinen Äußerungen anfügen, in welcher Funktion er sie gemacht hat.

Wir wären ihm dafür wirklich sehr dankbar, und ich glaube, daß ich diese Feststellung auch für viele Österreicher treffen kann. Aber auch er würde sich vielleicht manche bisher berechtigterweise erfolgte Kritik ersparen.

Und was sich nun hier der ORF als österreichischer Regierungsrundfunk wieder einmal leistete, war eindeutig. Der ORF sprach Dr. Kreisky im Zusammenhang mit dem Treffen Sadat-Begin auf seine seinerzeitige Vermittlungs- und Sondierungsgespräche in Nahost an. Eine einmalige Delikatesse war in diesem Zusammenhang folgende Frage an ihn:

„Das heißt, Herr Bundeskanzler, die Reise

Sadats nach Jerusalem kann Sie eigentlich nicht so überrascht haben, wie es die Menschen, die von diesen Verhandlungen und diesen Sondierungen nicht so viel gewußt haben, überrascht hat.“

Dies war wieder einmal eine weitere Bestätigung des ORF als Regierungsrundfunk, wobei noch zusätzlich das liebedienerische Weihrauchfaß kräftig geschwungen wurde.

Und noch etwas im Zusammenhang mit Nahost. Herr Bundeskanzler – ich hoffe, er wird am Lautsprecher diese meine Ausführungen hören –, könnten Sie das Hohe Haus darüber aufklären, was es mit einem Artikel Ihres Parteiorgans vom 25. November dieses Jahres auf sich hat? Die „Arbeiter-Zeitung“ von diesem Tag schrieb:

„Der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO) Arafat hat seine Bereitschaft angedeutet, Bundeskanzler Kreisky als Vermittler zwischen Araber und Israelis zu akzeptieren. Dies berichtet Donnerstag ein führender spanischer Sozialist, Enrique Mugica, nach der Rückkehr von einer Nahostmission.“ Ende des Zitats aus der „Arbeiter-Zeitung“.

Herr Bundeskanzler! Ich stelle hier die berechnete Frage: Worauf führen Sie diese Bereitschaft des einst ob seiner Radikalität verfeimten PLO-Chefs zurück? Haben Sie mit ihm in jüngster Zeit geheim verhandelt? Oder stehen Sie bloß so hoch in seiner Achtung, daß er nicht umhin kann, Sie als Vermittler zu akzeptieren? Der Fragen wären viele, antworten müßte Herr Dr. Kreisky!

Mit diesem Beispiel etwas seltsam anmutender Diplomatie seitens des Herrn Bundeskanzlers möchte ich mich heute begnügen. Die Sorglosigkeit, mit der Dr. Kreisky Prognosen abgibt, hat auch auf dem Ballhausplatz die Zahl der Skeptiker wesentlich erhöht. Dies muß ganz offen gesagt werden!

Daß wir von der Volkspartei schon längst zu diesen gehören, daran braucht der Bundeskanzler angesichts unserer Erfahrungen mit seiner Art, Außenpolitik zu betreiben, nicht einen Augenblick zu zweifeln. Doch wir sind geduldige Menschen: Wir warten weiter auf den Beweis seiner staatsmännischen Fähigkeiten. Was natürlich nicht bedeutet, daß wir gewillt sind, über solche und ähnliche Fehlleistungen den Mantel des Schweigens zu breiten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Meine kurzen Ausführungen erheben beileibe nicht Anspruch auf Originalität. Diese – mit außenpolitischen Luftballons und Seifenblasen – zu genießen, müßte man wohl Dr. Kreisky heißen. Was ich aber mit

Dr. Fiedler

meinem heutigen Diskussionsbeitrag wieder zum Ausdruck bringen wollte, ist, daß trotz wiederholter Kritik Dr. Kreisky nicht bereit ist, auf die ständige Düpierung seines eigenen Außenministers zu verzichten. Daß er sich hiebei häufig selbst austrickst, ist des Herrn Bundeskanzlers eigenes Problem. Was aber gesagt werden muß: Wir von der Volkspartei lassen uns nicht gern auf der Nase herumtanzen! Dies ist einer der entscheidenden Gründe, weshalb wir dem Budgetkapitel „Äußeres“ die Zustimmung verweigern.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind von einer gemeinsamen Außenpolitik noch weit entfernt. Im Interesse unseres Staates wäre es wirklich notwendig – dies wurde von unserer Seite immer wieder erklärt und betont –, die für unser neutrales Land so wichtigen Fragen der Außenpolitik aus dem tagespolitischen Streit auszunehmen. Aber bedauerlicherweise wird uns dies durch immer wieder vorkommende Umstände unmöglich gemacht.

Wenn in der Außenpolitik von Seite der Bundesregierung – in erster Linie vom Vorsitzenden dieser Bundesregierung – kein Anlaß mehr zu einer innenpolitischen Auseinandersetzung gegeben würde, könnte dies nur im Interesse des internationalen Ansehens unseres Landes sein.

Wir von der ÖVP sind jedenfalls äußerst daran interessiert, daß eine Ausklammerung der Außenpolitik aus der innenpolitischen Auseinandersetzung unser gemeinsames Anliegen sein soll. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir könnten so jedenfalls unserer Rolle einer konstruktiven Neutralität mehr als bisher gerecht werden. Denn, meine Damen und Herren, kaum ein anderer Staat in Europa und nur ganz wenige Staaten in der Welt haben eine annähernd günstige Chance wie Österreich; die Chance, auf dem Gebiet der Außenpolitik einen konstruktiven Beitrag zur Völkerverständigung, zum notwendigen Ausgleich von Interessensgegensätzen und damit einen echten Fortschritt der Menschheit beizutragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Czernetz.

Abgeordneter **Czernetz** (SPÖ): Hohes Haus! Nach dem ersten Kontraredner zu diesem Kapitel spreche ich als Proredner. *(Abg. Dr. Gruber: Wie Sie das betonen!)* Natürlich. Wenn ich es nicht betonen würde, würden Sie es kritisieren. Ich möchte die Gelegenheit benützen ... *(Abg. Dr. Gruber: Herr Kollege, ich hätte gedacht, daß das aus den Ausführungen*

herauszuhören wäre!) Nicht am Anfang, deshalb habe ich es gleich am Anfang gesagt. Ich möchte betonen, daß wir allen Grund haben, besonders nach der erfolgreichen „pädagogischen“ Tätigkeit des Kollegen Fiedler – er ist sehr stolz darauf, daß er mit seinen Belehrungen den Außenminister seit dem 1. Juli gewonnen hat –, dem Außenminister Dank auszusprechen, auch den Beamten des Außenamtes und den Diplomaten. Ich glaube, alle, die als Mitglieder dieses Hauses mit der Außenpolitik praktisch zu tun haben, wissen, in welchem hohem Maße wir uns auf die, ich möchte sagen, kollegiale Hilfe und Unterstützung des Bundesministers, der Beamten und der Diplomaten verlassen können.

Was wir alle bedauern, ist, daß wir immer noch viel zu geringe Mittel für die Außenpolitik zur Verfügung haben. Aber es ist müßig, darüber jetzt zu diskutieren. Man könnte sehr leicht sagen: Bitte, machen Sie entsprechende Vorschläge. Wo sparen wir das Geld ein? Das ist auch im Ausschuß nicht gesagt worden. Das können wir uns jetzt ruhig erlassen. *(Abg. Dr. Gruber: Das ist gut, daß das nicht ein ÖVP-Redner sagt, sonst hätte der Kollege Fischer gesagt, wir verlangten zusätzlich Geld!)* Ja eben.

Ich würde sagen, daß wir in außenpolitischen Debatten nicht jedesmal ... *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Wollen Sie einen griechischen Chor spielen und dauernd dazwischenreden? *(Abg. Dr. Gruber: Nein! Nein!)* Gut! Ich möchte feststellen, daß es nicht notwendig ist, bei außenpolitischen Debatten jedesmal feierliche Glaubensbekenntnisse abzulegen. Das ist kein Vorwurf, den ich jetzt ... *(Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.)* Bitte, das ist so wichtig – können Sie es wiederholen? *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Das ist so eine schlechte Präsenz bei Ihrer Fraktion bei einer so wichtigen Sache!)* Na, gehen Sie doch rüber und werben Sie ein wenig!

Das muß ich jetzt wiederholen, nach Ihren lichtvollen Darlegungen. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, jedesmal in außenpolitischen Debatten feierliche Glaubensbekenntnisse abzulegen. Das war keine Kritik an Kollegen Fiedler; er hat das nicht getan. Aber ich möchte das auch jetzt nicht in die Länge ziehen, um immer wieder zu wiederholen, wie wir für Freiheit, parlamentarische Demokratie, Menschenrechte, Neutralität und so weiter sind. Das ist unbestritten.

Ich glaube gar nicht, daß wir von gemeinsamer Außenpolitik so weit entfernt sind. Wenn man es in der Praxis erlebt, mag es natürlich Nuancen geben, auch Nuancen in jeder Partei, was durchaus klar ist. Aber wenn Sie nach der Tätigkeit österreichischer Parlamentarier in

6998

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Czernetz

internationalen Körperschaften Ausländer befragen würden, ob sie da so große Unterschiede feststellen können, dann werden Sie finden, daß das nicht so einfach festzustellen ist. Nein, wir sind gar nicht so weit davon entfernt, aber es ist natürlich das Recht der Opposition, dagegenzustimmen und ihre Gegenerklärungen abzugeben.

Daß der Abgeordnete Fiedler mit seinen „pädagogischen“ Bemühungen beim Bundeskanzler keinen Erfolg hatte, ist sehr schade. Daß er nur den Außenminister Pahr belehren und gewinnen konnte, aber den Kanzler nicht, ist wirklich bedauerlich.

Ich muß jedenfalls ein Geständnis ablegen, Herr Dr. Fiedler. Es ist nicht nur für den Bundeskanzler so gewesen, daß er sich in bezug auf die Nahost-Politik geirrt hat. Ich gestehe es für mich, und ein paar andere werden es auch gestehen: Es war fast für alle unerwartet, was da geschehen ist. Der Entschluß zu dem Treffen in Jerusalem war bewundernswert. Er war völlig neuartig, ohne daß jemand sagen kann, was das Ergebnis sein wird. Ich würde meinen, daß man große Zweifel haben kann, ob bei diesem Karussell der internationalen Nahost-Konferenzen ein allgemeiner Nahost-Frieden zustande kommen wird.

Ich habe auch nicht die Absicht zu prophezeien, ob Sadat es wagen wird, einen Separatfrieden abzuschließen, was er bisher abgelehnt hat. Aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir dreißig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg noch keinen Friedensvertrag der kriegführenden Mächte mit Deutschland haben, daß es keinen Friedensvertrag der Sowjetunion mit Japan gibt. Das heißt, wir leben überhaupt in einem Zeitalter, in dem Kriege nicht mehr in aller Form erklärt, aber auch nicht immer formell mit einem Friedensvertrag abgeschlossen werden. Es kann die verschiedensten Arten von Verträgen über Zusammenarbeit geben. Die Europäische Sicherheitskonferenz ist überhaupt nicht mit einem Vertrag, sondern mit der Schlußakte von Helsinki, einer bloßen Absichtserklärung abgeschlossen worden.

Wenn alles gut geht, kann ich mir sehr gut vorstellen, daß sich stufenweise auf verschiedenen Ebenen im Nahen Osten Zusammenarbeitsverträge zwischen Israel und arabischen Staaten entwickeln.

Aber noch eines: Man soll auch nicht vergessen – das war mein erster Gedanke, als ich die Nachricht von der Reise Sadats nach Jerusalem vernahm –, wenn das die vorherige Regierung gemacht hätte, dann hätte Begin alles in seiner Macht Stehende getan, um es zu verhindern. Wir finden hier eine der interessan-

ten „Mechaniken“, die wir auch im Algerienkrieg erlebt haben. Weder Guy Mollet noch Mendès France hat mit Algerien Frieden machen können. Das hat erst der Vertreter der konservativen Rechten, General de Gaulle, können. Er konnte Frieden machen, denn er hatte keine Opposition der Linken zu befürchten, und die Opposition der rebellischen Generäle konnte er unter Kontrolle bekommen. Ich will gar nicht über Details sprechen, die wir aus Straßburg kennen. Der Großteil der französischen Regimenter in Algerien kam aus dem Elsaß. Die Soldaten hatten direkt die Befehle de Gaulles mit kleinen Transistorradios empfangen und daraufhin den rebellischen Generälen nicht mehr gefolgt.

Aber das Interessante ist in jedem Fall, daß der Friede nicht von der Linken, sondern immer nur von der nationalen und konservativen Rechten geschlossen werden kann. Was kein Grund ist, dagegen zu sein, sondern man kann die Friedensbemühungen nur begrüßen; und man kann auch im Falle des Nahen Ostens nur die Hoffnung ausdrücken, daß mindestens stufenweise vernünftige Lösungen der Kooperation zustande kommen.

Hohes Haus! Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß die Rolle und der Einfluß eines kleinen Staates in der Außenpolitik begrenzt ist, begrenzt sein muß, aber daß dort, wo es möglich ist, der größte Einsatz einer aktiven Außenpolitik am Platz ist. Aber wenn wir die beiden Hauptprobleme unserer Zeit kurz ins Auge fassen, dann sehen wir gleich, wie wir diesen Erscheinungen völlig machtlos und einflußlos gegenüberstehen. Die beiden Problemkreise sind erstens die Bevölkerungsexplosion und die wachsenden materiellen Mangelerscheinungen und zweitens der internationale Rüstungswettlauf.

Man hört jetzt stärker als in den letzten Jahren wieder von der drohenden Bevölkerungsexplosion und gleichzeitig vom wachsenden Hunger, vom Rohstoff- und Energiemangel, vom wachsenden Analphabetismus und der wachsenden Zerstörung der Biosphäre.

Das ist nicht irgendwer, der das sagt. Heuer im April hat McNamara, der Präsident der Weltbank, besonders auf die Frage der Bevölkerungsexplosion aufmerksam gemacht und gezeigt, wie die Verdoppelungszeit der Erdbevölkerung verkürzt wird. Noch im Jahre 1900 betrug bei einer Rate der Vermehrung von 0,48 Prozent die Verdoppelungszeit 150 Jahre. Im Jahre 1970 bereits bei 3,6 Milliarden Menschen und einer durchschnittlichen Vermehrungsrate von ein Prozent beträgt die Verdoppelungszeit der Erdbevölkerung 70 Jahre. Für das Jahr 2000 mit einer Bevölkerung von 6,3 Mil-

Czernetz

liarden und einer durchschnittlichen Vermehrungsrate von zwei Prozent rechnet man mit 35 Jahren für die Verdoppelung der Erdbevölkerung.

Man muß daran erinnern, daß die vor einigen Jahren veröffentlichten Warnungen des Club of Rome damals heruntergespielt wurden: „Es wird gar nicht so arg sein.“ Jetzt spüren wir aber, wie richtig das war. Es kommt nicht auf die Details der Berechnungen an, sondern darauf, daß die Meinungen der Männer des Club of Rome richtig waren, die sagten: auf allen Gebieten – die ich vorher erwähnt habe – wird es schlimmer werden, wenn man nicht bewußt eingreift und die Dinge regelt.

Ich will es Ihnen ersparen, jetzt weitere Zahlen über Bevölkerungsentwicklung wiederzugeben und möchte zeigen, wie sehr die Frage des wachsenden Hungers aktuell ist. Täglich sterben auf der Welt 35 000 Kleinkinder. Und der „Killer“ ist Mangel an richtiger Ernährung und Fehlen hygienisch einwandfreien Trinkwassers. Eineinhalb Milliarden Menschen auf der Erde haben kein einwandfreies Trinkwasser und keine ausreichende Abfallbeseitigung. Das sind Probleme, die durchaus auf der Linie liegen, die von den Männern des Club of Rome angeführt wurden. Wir ersticken und vernichten die Mittel, mit denen wir die Lage verbessern könnten.

In der „International Herald Tribune“ ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß gegenwärtig in der Welt eine Milliarde Menschen unterernährt sind. Selbst wenn man die Nahrungsmittelproduktion in den armen Ländern bis zum Jahr 2000 verdoppeln könnte, wäre damit der Hunger nicht zu beseitigen, denn wir haben die Bevölkerungsvermehrung, wir haben keine richtige Verteilung der Lebensmittel, und wir haben auch nicht die Instrumente der Verteilung, wir haben nämlich gerade in den armen Ländern keine Infrastruktur.

Ich war tief erschüttert, wie man mir sowohl in Kopenhagen als auch in Stockholm sagte, daß die Bemühungen, Nahrungsmittel in die Hungergebiete der Sahelzone zu senden, mit der Erklärung beantwortet worden sind, wir können sie nicht verteilen, es hat keinen Sinn. Nahrungsmittel, die in solche Gebiete geschickt worden sind, sind liegengeblieben und verrotten, weil es keine Bahnen, keine Transportautos, keine Flugzeuge und Flugplätze gegeben hat. In manchen Hafenanlagen der Entwicklungsländer verrotten die Lieferungen, weil man keinen Verteilungsapparat hat. Man soll also die Dinge keineswegs verringern und unterschätzen.

Ich würde sagen, die Bemühungen um eine neue Weltwirtschaftsordnung im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs haben zunächst noch nicht zu

dem gewünschten Erfolg geführt. Es wird weiter verhandelt werden, aber es ist ungeheuer schwer, eine Kompromißlinie zu finden. Die Bemühungen, die jetzt auf Vorschlag McNamaras der frühere deutsche Bundeskanzler Willy Brandt mit seiner Kommission unternehmen will, in eineinhalb Jahren einen Bericht auszuarbeiten, werden nicht die Lösungen schaffen, sondern nur denen, die tatsächlich die Regierungsgewalt in den Ländern innehaben, gewisse Orientierungshilfen bieten. Eine Reihe von früheren Staatsoberhäuptern, Regierungschefs, Außenministern und Experten – mit einer leichten Mehrheit von Vertretern der Entwicklungsländer – gehören dieser Kommission an. Brandt selber sagt, daß er keine allzu großen und übertriebenen Hoffnungen erwecken will, aber er hofft, daß gewisse Entscheidungshilfen bei diesen Bemühungen zustande kommen.

Und ich möchte noch auf eines aufmerksam machen, was ich vorhin schon erwähnt habe: den wachsenden Analphabetismus. Die UNESCO schätzt, daß trotz aller Bemühungen 1980 noch immer 240 Millionen Kinder ohne Schulen sein werden. Insgesamt wird es 1980 820 Millionen Analphabeten auf der Welt geben, das sind um 20 Millionen mehr als 1977. Dabei ist die Zahl der „Alphabetisierten“ – wie das schöne Modewort lautet – in den 20 Jahren von 1950 bis 1970 um 625 Millionen gestiegen, aber gleichzeitig ist die Zahl der Analphabeten um 83 Millionen angewachsen. Man kommt der ungeheuren Bevölkerungsvermehrung auch auf dem Gebiet nicht bei.

Der Generaldirektor der UNESCO, M'Bow – ich glaube, ich spreche es richtig aus – hat gesagt, ein modernes Bombenflugzeug kostet so viel wie der durchschnittliche Jahresverdienst von 25 000 Lehrern. Das sagt sehr viel. Selbst wenn man das Geld für die Lehrer hätte, dann hätte man noch nicht jene Lehrer, die auch bereit sind, in den Busch zu gehen. Das muß man noch dazusagen. Die Lehrer werden nämlich nicht in ihren Heimatländern zu unterrichten haben, sondern sie werden auch das Risiko auf sich nehmen müssen, Erziehungsarbeit in den Entwicklungsländern zu leisten.

Das zweite Gebiet, auf das wir kaum oder, genauer ausgedrückt, gar keinen Einfluß haben, ist der zunehmende Rüstungswettlauf. Nach den Angaben des Generalsekretärs der Vereinten Nationen sind im letzten Jahr auf der ganzen Welt 350 Milliarden Dollar für Rüstungszwecke ausgegeben worden. Das sagt sehr wenig, in Schillingen ausgedrückt, sagt es auch nichts. 5 600 Milliarden Schilling, ich weiß nicht, wieviel das ist. Es sagt mir schon mehr, wenn ich es auf den Tag berechne: pro Tag 15 Milliarden Schilling für Rüstungen! Und zwar nicht nur

7000

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Czernetz

Rüstungen der Supermächte, sondern auch Rüstungen bis zu den ärmsten Entwicklungsländern, die manchmal für Rüstungen und den Aufbau eines Gewaltapparates eines Staates mehr leisten als für die notwendige Versorgung der Bevölkerung.

Vom 23. Mai bis 28. Juni des nächsten Jahres wird eine Sondersession der Vereinten Nationen über Abrüstung abgehalten werden. Ich weiß nicht, was der Herr Bundesminister darüber denkt; ich mache mir keine allzu großen Hoffnungen. Man wird über Abrüstung reden, man wird wahrscheinlich Resolutionen beschließen, wie das immer geschieht. Dennoch muß ich offen sagen, daß ich zwar eine grundsätzlich positive Einstellung zu den Vereinten Nationen habe, aber von der Sondersession der Generalversammlung keinen praktischen Beitrag zur Abrüstung erwarte. Auf dem Gebiet der Abrüstung haben die Vereinten Nationen am wenigsten zustande gebracht.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, daß der ehemalige, lange verstorbene französische Regierungschef Léon Blum in den zwanziger Jahren ein Buch geschrieben hat, „Abrüstung und Sicherheit“, in dem er den Teufelskreislauf dargestellt hat: Was kommt zuerst? Kann man abrüsten, wenn es keine Sicherheit gibt? Kann es Sicherheit geben, wenn man nicht abrüstet? Und er hat damals gefunden, daß eine der entscheidenden Ursachen, warum es keine Sicherheit gab, die Diktatur des italienischen Faschismus war, der sich nicht kontrollieren ließ.

Ich muß jetzt keine näheren Angaben machen, wo heute Schwierigkeiten für eine wirksame Kontrolle liegen mögen. Das Problem ist aber weltweit, und es ist gewaltig angewachsen. Die Schlüsselfrage ist, ob die beiden nuklearen Supermächte imstande sein werden, nach dem Auslaufen ihres SALT 1-Vertrages, also des Vertrages über eine Beschränkung der strategischen Rüstungen, einen SALT 2-Vertrag abzuschließen.

Die Befürchtungen, die auch in unserem Land bestanden, die Menschenrechtskampagne des amerikanischen Präsidenten Carter könnte ein schweres Hindernis für eine Verständigung der beiden Supermächte sein, haben sich nicht bewahrheitet. Ich möchte ohne viel Ruhmredigkeit sagen: Ich habe von Anfang an diesen Standpunkt vertreten. Wir wissen, daß es den Russen natürlich außerordentlich unangenehm ist, wenn man die Menschenrechtsfrage aufwirft. Aber schließlich haben sie die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet und sich zur Gewährung und Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet. Daß man sie daran erinnern wird und daran erinnern muß, ist klar.

Aber ich war überzeugt davon: Wenn es Möglichkeiten für ein Rüstungsbeschränkungsprogramm gibt, dann wird man sie ergreifen. Es scheint, daß das auch in absehbarer Zeit geschehen wird. Auch da habe ich keine übertriebenen Hoffnungen.

Ich möchte feststellen, daß bei dem SALT 1 keine Beschränkung des Wettrüstens eingetreten ist. Man hat vielmehr die Defensivwaffen eingedämmt, und man hat sich gegenseitig versprochen, über die Eindämmung der Offensivwaffen zu reden. Das wird jetzt versucht.

Es gibt ungeheure Schwierigkeiten, weil den Unterhändlern die wissenschaftliche und kriegstechnische Entwicklung immer wieder davondläuft. Sie kommen gar nicht nach. Es entstehen immer wieder neue Waffensysteme. Es gibt die amerikanischen cruise missiles, es gibt neue sowjetische Raketen vom Typ SS 20, und es gibt ein neues Wettrüsten im Weltraum, das nicht unterschätzt werden darf.

Ich muß offen sagen: Ich bin froh – obwohl viele gezweifelt haben, ob es richtig war –, daß die gegenwärtige amerikanische Administration die mündlichen Vereinbarungen von Wladiwostok zwischen Breschnjew und Ford beiseite geschoben hat, denn es war ein Plan für eine gemeinsame Aufrüstung zu neuen Höchstzielen. Das ist weg.

Bezüglich der Vereinbarungen, die jetzt getroffen werden können, hat, wie ich glaube, mit vollem Recht die englische Wochenzeitung „The economist“ sehr richtig gesagt: „A better bad deal“ – ein besserer schlechter Vertrag.

Wenn man sich die Zahlen anschaut, so sind die Dinge keineswegs so ermutigend. Man hat irgendwie einen Vertrag „dazwischen“ gemacht, zwischen den Wünschen der einen und den Wünschen der anderen. Ich will Sie jetzt mit Zahlen und den einzelnen Waffensystemen nicht behelligen; es ist viel darüber publiziert worden.

Aber immerhin könnte ein SALT 2 doch eine gewisse Bremse darstellen, und man kann hoffen, daß man weitergeht. Vor allem, glaube ich, wäre ein SALT 2 ein Zeichen dafür, daß die beiden Supermächte entschlossen sind, ihre Politik der Koexistenz weiterzuführen. Denn das ist die Schlüsselfrage, das ist ja das entscheidende: ob sie wissen, daß sie zwar einander gegenseitig umbringen können, aber daß sie nicht siegen, sondern daß sie mit dem Tod des anderen zugrunde gehen. Das ist tatsächlich, soweit man es jetzt abschätzen kann, die gemeinsame Erkenntnis des Kreml und des Weißen Hauses.

Davon mag auch abhängen, ob man bei den

Czernetz

Truppenreduzierungsgesprächen in Wien zu einem Ergebnis kommen wird. Zunächst einmal kommt man zu keinem Fortschritt. Das Ganze hängt und ist beschämend: Man hat, glaube ich, einmal im Monat eine Sitzung und hat dann gelegentlich Gespräche geführt. Man kann sich nicht einmal darüber einigen, welche Zahlen über die gegenwärtige Rüstungsstärke der einen und der anderen Seite gegenseitig anerkannt werden.

Halten wir in diesem Zusammenhang noch eines fest: Wenn auch Breschnjew den Vorschlag gemacht hat, die beiden Großmächte sollen auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichten, dann ist in aller Offenheit dazu gesagt worden: Wenn es ein krasses Ungleichgewicht der konventionellen Streitkräfte in Europa gibt, also eine starke Überlegenheit des Ostblocks auf konventionellem Gebiet, dann ist die Gefahr des Ersteinsatzes von taktischen Atomwaffen von der anderen Seite zur Verteidigung wahrscheinlich unvermeidlich.

Man kann so etwas machen, wenn man sicher ist, daß es hier keine Überlegenheit gibt, die zu Überraschungsangriffen führen kann.

Man spricht offen darüber, und das ist schon etwas. Wir sind bei den Wiener Gesprächen nur Gastgeber. Mehr haben wir damit nicht zu tun. Das Interessante ist nur, daß uns Diplomaten der Teilnehmerstaaten der Wiener Truppenreduzierungsgespräche immer wieder fragen: Was wird da geschehen? Ich weiß nicht, ob es dem Herrn Bundesminister auch so geht, ob er auch mit solchen Fragen bestürmt wird. Jedenfalls uns geht es so, daß man uns immer wieder fragt: Was wird geschehen? – Ja uns fragt ihr? Ihr sitzt ja drin! – Die verschiedenen kleinen Staaten des Ostblocks zeigen sehr deutlich ihre Unsicherheit und ihr Unbehagen.

Wo wir mitreden können – und das ist zum Teil auch eine Antwort auf das, was Kollege Fiedler vorhin kritisch bemerkt hat –, kann das kleine Österreich mit anderen kleinen Staaten wie etwa Schweiz und Schweden sein Gewicht zur Wirkung bringen. Also die drei Neutralen und dazu auch noch Finnland bei der Folgekonferenz für Helsinki, die gegenwärtig in Belgrad stattfindet. Hier sind Einflußmöglichkeiten vorhanden.

Man ist jetzt so weit, daß man bezüglich der Befürchtungen, das Aufrollen der Menschenrechtsfrage könnte zur Sprengung von Belgrad führen, sagen kann, diese Gefahr besteht kaum mehr. Besonders der amerikanische Chefdelegierte Arthur Goldberg kämpft für die Menschenrechte in Belgrad mit der gleichen Fähigkeit und Energie, die er früher bei seinem Auftreten bei den Vereinten Nationen gezeigt

hat. Es wird trotzdem sicherlich zu keiner Sprengung kommen. Die Hoffnung, daß es zu einer konkreten Weiterführung der Entspannung kommen wird, scheint mir durchaus berechtigt zu sein. Ich hoffe vor allem, daß es gelingen wird, konkrete Punkte der Schlußakte festzuhalten, die in absehbarer Zeit erfüllt werden können.

Die Schlußakte von Helsinki als Ganzes mit dem Grundsatzkatalog braucht zur Erfüllung ein Menschenalter. Das dauert zweifelsohne Jahrzehnte. Darüber sollte es keine Täuschung geben. Man wird immer wieder an die Verpflichtungen, die Menschenrechte zu gewähren, erinnern müssen. Aber es wird kein Staat, der heute die Menschenrechte nur in Worten anerkennt, aber nicht mit Taten, sie plötzlich verwirklichen. Das ist nicht zu erwarten. Es wird lange dauern, bis es dazu kommt.

Aber es gibt eine Unzahl konkreter Punkte, über die man sich einigen kann. Ich glaube, daß man feststellen kann: Die kleinen Staaten, unter ihnen Österreich, haben zweifelsohne Einfluß. Auch das Ansehen, das Österreich genießt, ist durchaus wirkungsvoll und spielt eine Rolle.

Im europäischen Rahmen nützen wir unsere Wirkungsmöglichkeit sehr weitgehend aus. Ich darf sagen, daß wir bei der Aufnahme Spaniens als 20. Mitglied in den Europarat tatsächlich Politik gemacht haben. Die Parlamente der Heimatstaaten konnten ihren Parlamentariern in Straßburg vorher keine Richtschnur für ihr Handeln geben. Alles ist sehr überraschend vor sich gegangen. Der britische konservative Berichterstatter, der eben aus Spanien gekommen war, so wie eine Reihe von anderen – ich bekenne: ich auch –, sagte: Wir können Spanien nicht anders behandeln als Griechenland und Portugal: Bedingungen für die Aufnahme in den Europarat sind freie Wahlen und eine demokratische Verfassung.

Mir hat schon in New York bei den Vereinten Nationen der spanische Außenminister Oreja gesagt: Die Ausarbeitung einer Verfassung wird lange dauern, denn wir müssen mit den Regionen über ihr Autonomiestatut verhandeln. Also was soll da geschehen? Wir haben in Straßburg darüber beraten, auch im Rahmen der österreichischen Delegation.

Und dann geschah etwas Außergewöhnliches: Die führenden Politiker der spanischen Parteien haben uns eine Absichtserklärung geschickt, also eine „declaration of intent“, in der sie sich verpflichteten, eine Verfassung zu schaffen, in der die Menschenrechte und der demokratische Rechtsstaat gesichert sein werden. So rasch als möglich werden sie auch die Europäische Konvention der Menschenrechte ratifizieren.

7002

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Czernetz

Kollege Karasek hat dann darauf hingewiesen, daß diese Erklärung eigentlich ein Grund ist, sich an das Moskauer Protokoll vor dem Österreichischen Staatsvertrag zu erinnern. Schließlich haben unsere Staatsmänner in Moskau auch nichts anderes unterschrieben, als eine „declaration of intent“. Nicht einen Vertrag, der völkerrechtlich relevant ist, aber das Moskauer Protokoll war ausreichend für politische Entschlüsse von weittragender Bedeutung.

Es war uns in der Versammlung sofort klar, als diese Erklärung feierlich übergeben wurde, daß das etwas völlig Neues ist. In der Parlamentarischen Versammlung haben wir eine Delegation von 15 spanischen Parlamentariern empfangen, darunter die wichtigen Parteiführer und die Präsidenten der beiden Häuser. Wir haben allen 15 in der zweitägigen Debatte das Wort gegeben, und sie haben überzeugend dargelegt, wie notwendig es ist, Spanien rasch in den Europarat aufzunehmen.

Ich kann noch eines hinzufügen, was in der Debatte nicht öffentlich gesagt wurde, was ich aber von einem der Parteiführer gehört habe: In der Franco-Zeit gab es eine Losung: Öffnet nicht die Fenster nach Europa, damit nicht die faule Luft der Demokratie nach Spanien kommt. Jetzt heißt es, wir haben die Fenster und die Tore geöffnet, wir wollen zur Europäischen Gemeinschaft. Man sagt uns, ihr müßt warten; und das führt zu einer tiefen Enttäuschung und Resignation bei den spanischen Demokraten. – Und die Mitglieder der Delegation haben uns alle gesagt: Nehmt uns rasch in die große politische Gemeinschaft des Europarates auf!

Der spanische Außenminister Oreja sagte mir dann auch: Für uns ist es natürlich wirtschaftlich wichtig, einmal in die EG zu kommen. Wir wissen, es kann acht bis zehn Jahre dauern; so lange werden wir warten müssen. Das ist die Annahme der Spanier. Aber wir wollen nicht nur eine Regelung für Orangen und Tomaten – das waren seine Worte –, sondern wir wollen in diese politische Versammlung eintreten. Das ist bei dieser Sonderbehandlung in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates geschehen.

Aber, Hohes Haus, ich glaube, wir müssen bei dieser Gelegenheit sagen: Es ist schon eigenartig, daß die Europäischen Gemeinschaften mit der Erklärung angetreten sind, daß alle demokratischen Staaten Europas, die willens sind, sich der Gemeinschaft anzuschließen, auch aufgenommen werden. Jetzt sieht sich die Gemeinschaft einfach nicht in der Lage, die drei beitragswilligen Mittelmeerstaaten aufzunehmen. Man kann es nicht. Man sagt: Wenn wir sie aufnehmen, ist der Agrarmarkt zu Ende und die Institutionen

brechen zusammen. Es wird eine lange Periode der Berechnungen und Umstellungen notwendig sein.

Der Beitrittswunsch der drei Mittelmeerländer hat einen Mythos zerstört. In dieser Beziehung hat es eine sehr klare Äußerung aus einem EWG-Land gegeben, nämlich einen bedeutenden Artikel von Ulrich Everling, einem Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium in Bonn. Er hat „Zehn Thesen zur Erweiterung der EG“ im „EG-Magazin“ aufgestellt. Und es ist sehr interessant, daß er dort – ich werde nicht alle zehn Thesen aufzählen – sagt: „Die politische Finalität der Gemeinschaft wird künftig primär auf Staatenzusammenarbeit in ganz Europa gerichtet sein.“ Aber das ist genau das Gegenteil von dem, was man immer gesagt hat. Die EG sollten eine supranationale Gemeinschaft sein und nicht eine Form der intergouvernementalen Zusammenarbeit.

Ulrich Everling spricht von einem Zusammenschluß von Industrie- und Entwicklungsländern in der Gemeinschaft, wenn die Mittelmeerländer dazukommen. Er sagt, wir können den Beitritt auf die Dauer nicht verweigern, wir werden sie aufnehmen müssen. Aber er fügt dann auch hinzu: „Der gemeinsame Agrarmarkt stößt an seine Grenzen.“ Und man kann es von Franzosen und Italienern sehr deutlich hören, daß sie wissen, es könnte einfach so nicht weitergehen.

Interessant ist auch die Feststellung: „Das außenpolitische Gewicht der Gemeinschaft wird verstärkt, der außenwirtschaftliche Handlungsspielraum verringert.“

Es ist nicht unwichtig, diese Äußerung von Everling zu lesen, denn man ersieht daraus, welche Probleme in Wirklichkeit bestehen.

Und auch den neuen Versuch des Präsidenten der Europäischen Kommission Roy Jenkins, die Währungsunion ins Leben zu rufen, werden wir mit größtem Interesse verfolgen, aber ich glaube, die Kollegen werden diesem Versuch nicht mehr Optimismus entgegenbringen als ich. Es wird sicher nicht leicht sein.

Wichtig ist, daß man innerhalb der EG sagt: Wenn wir die drei anderen Staaten aufnehmen, dann wird aus den EG eine Freihandelszone, sie hören auf, eine Gemeinschaft zu sein. So hat etwa François Mitterrand eine solche Erklärung abgegeben. Alle fürchten, daß die EG völlig umgewandelt werden.

Unsere Haltung als Österreicher, als Angehörige eines neutralen Staates war von Anfang an, in dieser supranationalen Gemeinschaft nicht Mitglied sein zu können. Wir sind der Meinung, und das ist unsere grundsätzliche Haltung, daß

Czernetz

wir unseren Wunsch nach dem Freihandelsvertrag mit den EG, nach einem möglichen Ausbau, einer Ausdehnung – soweit es solche Möglichkeiten gibt – selbstverständlich weiter aufrecht erhalten.

Aber wir sehen auch die enormen Schwierigkeiten, die es in der EG gibt. Um nur eines herauszuheben: Die in Bonn erscheinende Zeitschrift der Europaunion „Europäische Zeitung“ bringt eine Analyse über die, wie sie selbst sagt, „EG-Haushaltsmisere“. Der Artikel ist von Claus Schöndube, den einige von uns kennen, der ein glühender Anhänger der EG ist. Und er sagt: „Gereizte Stimmung auf allen Bänken.“ Er stellt dar, daß der Haushalt für 1978 „ein Dokument der Stagnation, ein Dokument der selektiven Nüchternheit“ ist, und er gibt dann Vergleiche: Nur auf einem Gebiet, bei der Landwirtschaft, beim Agrarfonds, gibt es keine Einschränkung, sondern der Anteil des Agrarfonds im Haushalt der EG wächst auf 75 Prozent.

Und Lord Bruce hat im Europaparlament dazu gesagt: Für die Lagerung von Zucker – ich rechne jetzt die europäischen Rechnungseinheiten um, Sie wissen, eine Rechnungseinheit ist 2,66 DM, ich bringe also die Beträge in DM, weil Rechnungseinheit keinem Menschen etwas sagt, auch nicht in der EG –, also für die Lagerung von Zucker sieht man 508 Millionen DM vor, für Forschung nur 494 Millionen. Für den Magermilchberg 1 308 Millionen DM, für den Sozialfonds, die Quelle für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, 798 Millionen DM. Für die Lagerung von Butter 1 385 Millionen DM, für den Regionalfonds 931 Millionen DM.

Nicht ich, sondern Lord Bruce sagt wörtlich: „Das ist ungeheuerlich und obszön“. Das sind die Worte eines ansonsten sehr zurückhaltenden Engländers.

Ich glaube, wir haben Grund, ein paar prinzipielle Überlegungen anzustellen.

Die Probleme und Schwierigkeiten der EG sind nicht nur eine Frage des nationalen Widerstandes der Staaten und der Bürokratien. Wir haben es hier mit Schwierigkeiten zu tun, die in der Organisationsform, im System der EG selbst begründet liegen.

Ich bitte die Mitglieder des Hohen Hauses, die es noch für richtig befunden haben, anwesend zu sein, auch zu überlegen, ob es nicht so ist, daß die Gründung der Montanunion ursprünglich als Grundidee bei Schuman und Monnet ein Ziel anstrebte: nämlich in Zukunft einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich unmöglich zu machen. Darum sollten die Industriezweige der beiden Länder, die für die Vorbereitung und Führung eines Krieges entscheidend sind, miteinander so verbunden, so integriert

werden, daß die beiden Länder nie wieder gegeneinander Krieg führen können. Die Montanunion als supranationale Gemeinschaft mit einer supranationalen Hohen Behörde entsprang dieser Logistik des Friedens. Es war eine geniale und richtige Idee.

Die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft der sechs Montanunion-Staaten und die Aufstellung einer Europaarmee sowie der Entwurf einer gemeinsamen Verfassung scheiterten 1954 am Widerstand der französischen Kammern. Das war der erste schwere Stoß. Danach kam die Ausweitung der Gemeinschaft von Kohle und Stahl auf die gesamte Wirtschaft der sechs Staaten. Die Verhandlungen von Messina führten zum Vertrag von Rom und zur Bildung der EWG.

Die Ausweitung der Gemeinschaft hat neue Probleme ausgelöst. Das Prinzip der Supranationalität war für die beiden Industriegruppen Kohle und Stahl denkbar und es hat funktioniert. Für den Industriemarkt funktioniert heute noch die Zollunion als supranationale Gemeinschaft. Wie sehr dieses Prinzip aber, allseitig angewendet, versagt hat, zeigen der aufgeblähte protektionistische und nicht funktionierende Agrarmarkt und die Hemmung der Fortentwicklung auf einer ganzen Reihe von anderen Gebieten. Der strenge supranationale Rahmen hat die Erweiterung der Gemeinschaft im alten Sinne über die Neun hinaus unmöglich gemacht. Die Erweiterung der EG geht nur in einer Form, die zu einer Reduzierung der supranationalen Integrationselemente führt.

Ich glaube, wir sollen uns das ernsthaft überlegen, ohne daß wir dabei unseren Standpunkt ändern. Wir haben auch weiterhin das größte Interesse, daß die EG in ihrem Rahmen so erfolgreich sind wie möglich. Denn wenn das geschieht, was Tindemans sagt: Wir stehen vor der Gefahr der Desintegration!, werden wir doch mitgerissen. Wir sind ja Vertragspartner der EG.

Ich sage das alles nicht etwa, weil es mich freut, sondern ich sage es warnend. Ich hoffe nur, die EG werden an den Gefahren vorbeikommen.

Ob die Direktwahl des Europäischen Parlaments das Wunder zustande bringt, ist eine große Frage. Es ist so, daß bisher die legislative Gewalt beim Ministerrat der EWG liegt, nicht beim Europäischen Parlament. Das Europäische Parlament macht das, was in den einzelnen Staaten die Bürokratie der verschiedenen Ministerien zu machen hat, nämlich die Ausarbeitung der Verordnungen auf der Grundlage der Gesetze.

Wenn man sich anschaut, was da in den langen Sitzungen des Europäischen Parlaments geschieht, wie sie als „parlamentarische Arbeit“ endlos lange Verordnungen über die Zusam-

7004

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Czernetz

mensetzung der europäischen Mayonnaise und ähnlicher Dinge herausgeben, dann versteht man manches. Eine ganze Reihe von sehr prominenten Abgeordneten der EWG-Länder – ich nenne etwa den früheren Bürgermeister von Berlin Amrehn und andere – sagen: Ich denke gar nicht daran, in dieses Parlament zu gehen, um die ganze Zeit über Schnürsenkel und Reißnägel zu diskutieren!

Erst vor kurzem habe ich gehört: Als man im Europäischen Parlament die Frage Südafrika diskutieren wollte, hat man den Abgeordneten gesagt: Ihr könnt nur über die handelspolitische Seite debattieren, nicht über die politische!

Wird sich das ändern? Die Änderung, nämlich die Übertragung legislativer Kompetenzen auf das direkt gewählte Parlament, ist zunächst nicht in Aussicht; das müßte einstimmig von den Ministern in ihrem Rat beschlossen werden. Zwei Länder sagen entschieden nein, das ist Frankreich und England, und ich glaube, in dieser Beziehung haben beide Regierungen die Mehrheit des Volkes hinter sich, da sie die Souveränität ihres Parlaments nicht aufgeben wollen. Aber jedenfalls muß man sich dabei überlegen: Zunächst einmal wird es diese Legislative nicht geben.

Hohes Haus! Ich kann hier sagen: Als ich bei meinem Besuch in Washington vom Sicherheitsberater des Präsidenten Carter, Brzezinski, gefragt wurde: Was sagen Sie vom Standpunkt des Europarates zur Direktwahl, welchen Einfluß wird das auf den Europarat haben?, sagte ich ihm: Bisher steht nur eine einzige Sache fest, nämlich daß das Europäische Parlament auch nach der Direktwahl keine legislativen Kompetenzen haben wird. Alles andere, nämlich der Wahltermin, der Wahlmodus in den einzelnen Ländern ist noch ungewiß. Das gilt sogar für ein so integrationsfreudiges Land wie die Bundesrepublik, wo sich neuerdings Schwierigkeiten mit dem Wahlgesetz ergeben: Bundeslisten oder Landeslisten; ein Problem, das Sie ja kennen. Und das ist in einer ganzen Reihe von Ländern so. Man zweifelt, ob der vorher beschlossene Termin eingehalten werden kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich, auch wenn der Herr Bundesparteiobmann Taus nicht da ist – es wird ihm sicherlich ausgerichtet werden –, sagen: Ich war erstaunt über seinen Artikel im Heft 1 des „Paneuropa“, denn er sagt schon im Titel: „Europawahlen: Kein Abseits für Österreich“.

Taus spricht an einigen Stellen so eigenartig: „Österreich steht einstweilen noch außerhalb.“ – Bitte, das ist auf Seite 7. Ja, „einstweilen noch außerhalb“.

Später sagt Taus: der „vorläufige Verzicht“.

„Neutralität kann und darf nicht Abstinenz“ sein. „Da wir noch außerhalb stehen ...“

Bitte, offen gestanden, ich verstehe das nicht. Der Herr Bundesparteiobmann kann doch nicht annehmen, daß wir in einer absehbar kurzen Zeit in die EG hineingehen können. Das ist ja unmöglich. Aber anders ist das nicht zu verstehen. Er kann es nicht gemeint haben. Da ist also etwas passiert.

Schließlich schreibt Dr. Taus: „Österreichische Abgeordnete sollen in das Europäische Parlament einziehen in einem völkerrechtlichen Status, der etwa dem der Berliner Abgeordneten im deutschen Bundestag gleicht. Das bedeutet, Recht zur Abstimmung und eindeutigen Willenskundgebung bei gleichzeitigem – vorläufigem Verzicht – auf die numerische Berücksichtigung der Stimme.“

Ich glaube, jedem, der die Dinge kennt, ist bekannt, daß das, auch wenn man dafür wäre, nicht realisierbar ist. Das ist nicht zu haben.

Wir haben schon über die Frage des Beobachterstatus debattiert. Das Mitglied der Kommission, Herr Haferkamp, hat bei seinem Besuch in Wien auf die Frage eindeutig Antwort gegeben: Das ist nicht vorgesehen und ist nicht möglich. Man kann Fraktionen besuchen. Das ist jedem unbenommen. Das kann man tun.

Aber bitte, ich bin ein wenig bestürzt über die Formulierungen in dem Artikel des Herrn Bundesparteiobmannes. Ja, wenn er dann sagt: „Die Europawahlen sollten für uns Ansporn sein, noch mehr als bisher europäische Initiativen zu setzen“, dann ist das wunderbar. Da gehe ich mit. Ich bitte mich nicht mißzuverstehen, ich spiele da nicht den Oberlehrer, der Noten austellt, ich sage nur meine Meinung.

Und ich kann dem gleich nachfolgenden Artikel des Herrn Bundesparteiobmannes Peter: „Gedanken über die Rolle der Liberalen in Europa“, weitgehend zustimmen, wenn er sagt: „Leider gibt es in der Europäischen Gemeinschaft nicht genügend demokratische Institutionen und demokratische Transparenz.“ Ich glaube, ich gebe das verkürzt richtig wieder. Das kann ich durchaus bestätigen. Das ist ungeheuer wichtig.

Und damit man nicht etwa glaubt, ich versuche hier, Parteien gegeneinander auszuspielen: Die Damen und Herren des Hauses wissen, wie sehr kritisch ich manchmal dem früheren Generalsekretär des Europarates Dr. Tončić gegenüberstand. Sein Artikel über die Bedeutung des Europarates in der gleichen Nummer des „Paneuropa“ ist ausgezeichnet. Ich habe noch nie, nicht einmal, als er Generalsekretär war, eine so gute, positive Darstellung des

Czernetz

Europarates von ihm gelesen. Das ist außerordentlich gut, und das ist wichtig.

Ich glaube, man muß das offen aussprechen, denn es darf bei uns nicht so etwas wie eine Isolationsneurose entstehen: Man hält uns da draußen, wir müssen abseits stehen! Ich würde daher sagen: Wir sind mit den Neun gemeinsam im Rahmen der Zwanzig auf dem richtigen Platz. Und wirtschaftlich haben wir noch unseren Vertrag mit den Neun.

Zur Entwicklung der Zwanzig und ihren wesentlichen Erscheinungen darf ich noch ein paar Bemerkungen machen.

Wir haben im Europarat, in der Parlamentarischen Versammlung begonnen, die bewährte Europäische Konvention der Menschenrechte noch einmal zu überprüfen. Sie ist ja immerhin schon ziemlich alt in dieser Zeit, die so rasch verläuft. Mit einer Reihe von anderen Kollegen – anderer Parteien, nicht nur meiner eigenen Fraktion: also britischen Konservativen, Deutschen, Schweizer Liberalen – habe ich einen Antrag mit dem Verlangen eingebracht, eine gemeinsame Abstimmung zu erreichen zu versuchen über das Recht des Asyls, das Recht der nationalen Minoritäten, das Recht eines jeden, gegen unberechtigte Diskriminierungen geschützt zu sein. Das ist in dieser Klarheit nicht in der Konvention ausgedrückt. Wir sind der Meinung, daß man diese Rechte hinzufügen soll.

Etwas, was wir zum Beispiel in der österreichischen Gesetzgebung haben, nämlich die Kompensation für Opfer von Verbrechen – das haben wir in der österreichischen Gesetzgebung –, aber das ist noch nicht in der Konvention.

Aber das wirklich Neue ist, zu sagen: Die Zeit ist gekommen, den Rahmen der Konvention zu erweitern, grundlegende Rechte in bezug auf Erziehung, Beschäftigung, Behausung, Gesundheit und soziale Sicherheit einzuschließen. Wir haben diese Fragen – Erziehung in der Kulturkonvention –, die anderen, die wirtschaftlichen und sozialen Fragen haben wir in der Europäischen Sozialcharta. Aber die in der Sozialcharta aufgezählten Rechte sind kein klagbares Recht. Was hingegen in der Europäischen Menschenrechtskonvention steht, ist klagbares Recht. Beschwerden können vor den Europäischen Gerichtshof gebracht werden. Wir sind der Meinung, daß man die wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte mit unter die klagbaren Rechte aufnehmen soll. Vergessen wir nicht, daß die sozialen und wirtschaftlichen Rechte auch in dem zweiten der beiden UN-Menschenrechtspakte, die wir in einem Unterausschuß des Außenpolitischen Ausschusses verhandeln, enthalten sind.

Erinnern wir uns doch daran, daß Präsident

Roosevelt 1941 in einer Botschaft an den Kongreß die vier Freiheiten verkündet hat. Damals waren bei Roosevelt die vier Freiheiten – die Freiheit der Rede, die Freiheit der Religion, aber auch die Freiheit von Not und die Freiheit von Furcht. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Freiheit der Rede und Freiheit von Furcht richtet sich gegen die Diktaturen, auch die Freiheit der Religion gegen diktatorische Unterdrückung, aber Freiheit von Not ist eine offene Frage für uns alle in der ganzen westlichen Welt.

Ich will gar nicht darüber sprechen, wie das in den Ostblockstaaten geregelt oder nicht geregelt ist, das interessiert mich jetzt in diesem Zusammenhang nicht; wir haben, wie ich glaube, unsere Pflicht zu erfüllen und die sozialen und wirtschaftlichen Rechte zu statuieren.

Auf dem Gebiet des Kampfes gegen den Terror – das hat ja gestern in der Debatte bereits eine große Rolle gespielt – haben gerade wir als Österreicher unsere Pflicht erfüllt. Wir waren der erste Staat, der die Konvention ratifiziert hat, wir haben das hier im Hause hervorgehoben. Auch Schweden hat ratifiziert sowie die Bundesrepublik; mit drei Ratifizierungen tritt die Konvention in Kraft. Wir hoffen, daß andere Ratifizierungen bald folgen werden.

Der deutsche Staatsminister Wischniewski hat vor ein paar Tagen in Wien öffentlich den Vorschlag gemacht, man solle eine internationale Truppe zur Bekämpfung des Terrorismus bilden, vielleicht im Rahmen der Vereinten Nationen oder des Europarates.

Ich hatte Gelegenheit, mit ihm darüber zu sprechen; er zweifelt ebensowenig wie wir, daß keine Aussicht besteht, so etwas im Rahmen der Vereinten Nationen durchzusetzen. Das ist unmöglich.

Im Rahmen des Europarates wäre es denkbar. Es ist bekannt, daß die deutsche Bundesregierung natürlich keine Initiative ergreifen will, aber ich meine, daß wir in der Parlamentarischen Versammlung, alle Parteien, gerne bereit sein werden, die Initiative zu ergreifen und eine entsprechende Empfehlung an das Ministerkomitee zu richten. Man muß auch da Schwierigkeiten von manchen Staaten befürchten, ich muß sie jetzt nicht nennen. Aber man soll jedenfalls den Versuch machen.

Zur Terrordiskussion in diesem Zusammenhang, wenn Sie es gestatten eine Bemerkung – diese Frage hat auch heute in der Debatte wieder eine Rolle gespielt. Gerade weil heute gesagt wurde: Wir sehen ja, daß der Anarchismus von heute an seine klassischen Vorbilder anknüpft, besonders an Bakunin. Ich weiß nicht mehr, welcher Redner das war.

7006

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Czernetz

Ich glaube, gerade das ist nicht richtig, denn der Ne oanarchismus hat, in Europa wenigstens, mit dem klassischen Anarchismus nichts zu tun. Ich habe jetzt nicht die Absicht, irgendeine Rechtfertigung des Terrorismus von damals auszusprechen. Sie werden wissen, daß die Sozialdemokraten den Terrorismus der Anarchisten immer bekämpft haben. Aber man kann sich noch vorstellen, das waren damals Gewaltaktionen gegen den Terror der herrschenden Despotie. Gut.

Vergleichbar ist das heute noch mit den sehr unerfreulichen Terrorgruppen in lateinamerikanischen Ländern. Auch da nicht zur Entschuldigung oder zur Verteidigung, ich sage es nur, um den Vergleich herzustellen.

Es gibt aber überhaupt keinen Vergleich mit dem Ne oanarchismus etwa in der Bundesrepublik Deutschland. Einzelne Studenten und kleine Gruppen der studierenden Jugend aus begüterten Schichten wenden sich gewalttätig gegen die liberale Demokratie, gegen den demokratischen Rechtsstaat. Diese neoanarchistischen Gruppen haben kein Ziel, keine Theorie, sondern nur einen verbrecherischen Zerstörungswahn. Das sollen wir klar und deutlich aussprechen.

Wir haben im Europarat seinerzeit auch darum gekämpft, daß man nicht versucht, politische Motive hineinzubringen. Dort, wo politische Freiheit und Recht und sogar die Möglichkeit des Appells an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof besteht, kann Gewaltanwendung nicht als politisches Mittel anerkannt werden.

Und bei den Sympathisanten, wer immer sie sind, glaube ich, gilt das gute alte Wort: Aufklärung, Aufklärung und wieder Aufklärung. Volksbildner wissen, wie langwierig und schwierig das ist und wie das nur manchmal wirklich Erfolg bringt.

Zur Frage Europarat und Europäische Gemeinschaften darf ich vielleicht in Fortsetzung früherer Darlegungen noch eine Sache betonen.

Ich habe für 1977 das Gesamtbudget der Europäischen Gemeinschaft mit dem Gesamtbudget des Europarates verglichen. Sie werden nicht verlangen, daß ich Ihnen die Zahlen in Francs anführe; ich werde nur die Relation bringen. Die Relation ist Europarat 1 – Europäische Gemeinschaft 517. Gut. Wir wissen, mehr als 70 Prozent des EG-Budgets gehören zum Agrarfonds. Ich rechne den Agrarfonds ab und bekomme eine Relation Europarat 1 – EG 124. Das ist immer noch eine krasse Verzerrung.

Budget des Europäischen Parlaments der

Neun und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates – Relation 1 : 28.

Finanzierung der politischen Gruppen – Sie wissen, wie das eine elementare Frage der Arbeit eines Parlaments ist –: Relation Europarat 1 – politische Gruppen des Europäischen Parlaments 41.

Die Gesamtzahl der Beamten in der Europäischen Gemeinschaft 14 300, im Europarat 792.

Die Zahl der Beamten des Europäischen Parlaments jetzt, 1 537, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates 44. Und wir kommen mit den 44 Beamten aus.

Ich bin nicht der Meinung, daß die Beamten des Europäischen Parlaments schlechter sind als unsere. Man kann mit einer wesentlich geringeren Zahl auskommen als EG und Europäisches Parlament.

Es ist auch sehr interessant, wie gering die Aufwendungen der Mitgliedstaaten des Europarates von ihrem Budget für den Europarat sind. Wenn ich die Zahl für Österreich nenne, so nicht als besondere Kritik an Österreich, sondern das gilt für alle, ich habe es für alle berechnet. Es ist überall eine ähnliche Relation. Wir geben von den Ausgaben unseres Budgets 5,73 Promille für den Europarat aus – das Zehnfache für die Vereinten Nationen und die verschiedenen Nebenorganisationen, Sonderorganisationen und Fonds.

Es ist gar keine Frage, Hohes Haus, daß der Europarat mit seinem neuen Gebäude, in dem ja die EG Untermieter sind, das Europäische Parlament 200 Büroräume verlangt und Scherze dieser Art, aber wenig zu zahlen bereit ist, daß wir durch die neuen Mitglieder neue Aufgaben haben, daß uns aber die Mittel zu deren Erfüllung fehlen.

Ich habe es führenden Persönlichkeiten aus EG-Ländern gesagt: Der Europarat kann nicht nur die Funktion haben, der Auffangkorb zu sein für die, die von den EG in den Warteraum gestoßen werden. Das ist unmöglich. Man muß den Europarat leben und arbeiten lassen.

Wir haben schon vor zwei Jahren begonnen, Anomalien des Budgetsystems zu korrigieren. Ich habe einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Der Herr Bundesrat Heger hat die Sache dann in der Budgetkommission übernommen und den Bericht erstattet. Die Versammlung hat die Empfehlung einstimmig beschlossen.

Wenn ich Ihnen noch ein paar erläuternde Worte dazu sagen darf. Wir haben im Europarat ein Budgetsystem, das, wie ich glaube, in der Welt einmalig ist. Ich habe darüber mit dem Finanzdirektor gesprochen, einem alten franzö-

Czernetz

sischen Beamten. Auch er sagte, er weiß nicht, wie das entstanden ist.

Der Einnahmenrahmen des Europarates steht fest. Er wird nur aufgestockt durch die Inflationsrate. Es bleibt für die vier großen Zahler, das ist Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, mit je 18 Prozent fix. Die anderen Mitglieder teilen sich dann die restlichen 28 Prozent in Prozentsätzen auf, die der Größe, dem BNP und so weiter entsprechen.

Und nun kommt das Absurde. Wenn ein neues Mitglied hinzukommt, wird der Beitrag, den das neue Mitglied zu bezahlen hat, nicht oben aufgestockt, sondern es verringert sich dann der Beitragsprozentsatz, den die bisherigen Mitglieder zu zahlen haben. Das ist einfach absurd! Das ist bei Portugal noch wenig gewesen, das ist ein kleines Land, aber es wird bei Spanien, einem Lande mit 30 Millionen Einwohnern, ein ernstes Problem. Neue große Aufgaben kommen dazu.

In diesem Zusammenhang haben wir es erleben müssen, daß unser Antrag, der vom Kollegen Heger in der gemeinsamen Sitzung mit den Ministerdelegierten vertreten wurde, dann in der Ministerratsitzung nur vom österreichischen Außenminister unterstützt wurde.

Wir werden viel zu tun haben, um im nächsten Jahr die Minister der anderen Länder zu gewinnen; auch sie müssen doch begreifen, daß das nicht weiter so bleiben kann.

Hohes Haus! Lassen Sie mich damit schließen, daß ich sage: Ich habe mit größtem Interesse in der „Zürcher Zeitung“ neulich einen Artikel gelesen über eine Rede Denis de Rougemonts. Er zieht hier wieder mit seiner alten Leidenschaft gegen den Nationalismus zu Felde. Er meint überhaupt, der Nationalismus ist der Krebschaden. In der Zukunft wird Europa nur gerettet werden können durch den Regionalismus und durch das Umweltbewußtsein. Er nennt es den Ökologismus.

Einverstanden. Wir brauchen Klarheit in der Frage der Autonomie der Regionen. Österreich kann sich glücklich schätzen, ein Bundesstaat zu sein, sonst hätten wir die gleichen Sorgen wie die europäischen Einheitsstaaten, ob es Frankreich ist oder Großbritannien. Wir können froh sein, dieses Problem nicht so wie die Bundesrepublik oder die Schweiz zu haben.

Aber man kann sich nicht – das können wir in seiner Abwesenheit dem großen Lehrer und Philosophen Denis de Rougemont sagen – einfach über das Faktum der Nationen hinwegsetzen. Ich kann das als Sozialist besonders sagen, denn ich selbst und meine Parteifreunde haben lange dazu geneigt, das zu tun. Wir haben gerade in der Zeit nach dem Krieg erkennen

müssen, daß dies unmöglich war und wie sich in der EGW und gegen die EWG diese nationalen Tendenzen durchgesetzt haben. Auch der neuerdings erstarkte Regionalismus setzt sich durch. Der Nationalismus als Element der Beharrung und der Regionalismus als Sprengelement im Nationalstaat.

Daher meine ich, daß man anerkennen muß: Regionalismus und Ökologismus, gut, aber man wird erkennen müssen, daß die Europäischen Gemeinschaften wahrscheinlich nicht imstande sein werden, zu einer wirklich demokratischen Föderation zu werden. Denis de Rougemont will das, aber dafür fehlen alle verfassungsmäßigen Voraussetzungen in den EG. Wir können wieder mit allen Wünschen für eine gute Entwicklung der EG ausdrücken, daß wir eine Gesamtlösung für Europa wollen – wie ich schon früher sagte –, die nur eine Konföderation souveräner Staaten Europas in Zukunft bringen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fast etwas elegisch möchte ich sagen: Wie sich die Bilder gleichen. Wenn man zwölf Jahre hier herausen als außenpolitischer Sprecher steht, kann man immer wieder feststellen: Späte Abendstunde – leeres Haus. Der wirkliche Außenminister ist nicht anwesend, der geschäftsführende sitzt auf der Regierungsbank, und der verhinderte spricht als außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion, was immer ein Vergnügen ist, aber ich würde Sie sehr viel lieber von der Regierungsbank aus hören, Herr Kollege Czernetz.

Ich habe Ihren Ausführungen mit Interesse wie immer zugehört, muß aber trotzdem sagen – es hat mein Vergnügen nicht verringert –: Von österreichischer Außenpolitik war hier nicht die Rede. Ein bißchen müssen wir uns aber doch damit beschäftigen.

Ich tue es heute mit sehr gemischten und zwiespältigen Gefühlen. Seit sieben Jahren das erste Mal müssen und werden wir das Kapitel Äußeres ablehnen. Das ist natürlich keine Absage an die verdienstvolle Arbeit der Mitarbeiter des Außenressorts, der Diplomaten, die im In- und Ausland nach bestem Wissen und Können und im Detail sehr erfolgreich die Interessen Österreichs vertreten. Es ist in erster Linie der Ausdruck unseres Protestes gegen die gesamte Regierungspolitik, insbesondere dort, wo sie uns als Wirtschafts-, Steuer- und Budgetpolitik entgegentritt.

Aber ich würde nur die halbe Wahrheit sagen, wenn ich nicht auch gleich anfügen würde: Es

7008

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Dr. Scrinzi

ist in dieser Ablehnung auch ein gerüttelt Maß von Kritik an der Ressortführung des neuen geschäftsführenden Außenministers.

Die Misere des Außenressorts ist übrigens keine parteigebundene. Ich habe nachgeblättert und gesehen, daß bei der Bereitschaft, einem Ressort Mittel zu geben, dieses Ressort immer ein Stiefkind war, unabhängig vom politischen System, das geherrscht hat. Von der Koalitionszeit herauf bis heute haben die Budgetanteile des Außenressorts im Haushalt sich in der Grenze zwischen 0,5 bis 0,4 Prozent bewegt, und es ist nur ein sehr bescheidener Rekord, den Sie diesmal, Herr Bundesminister, mit 0,39 erzielt haben. Aber in dieser Größenordnung haben sich die finanziellen, materiellen Möglichkeiten des Ballhausplatzes in dem Zusammenhang immer bewegt.

Ich beginne gleich mit der Kritik an der Ressortführung. Ich zähle nicht das ganze Register in dieser späten Stunde auf; es wäre ermüdend, es wird nach mir wahrscheinlich mit mehr Subtilität noch dargestellt werden.

Ich möchte nur diesen ersten Abschnitt Ihrer Ressortführung dadurch qualifizieren, daß ich sage, Sie waren ein von Anfang an sehr reiseleidiger Außenminister. Aber wenn wir das Ergebnis dieser Reisen zusammenfassen, so ist es recht bescheiden. Sie sind meist mit leeren Händen heimgekommen. Sie hatten bestenfalls sehr freundliche Verwendungszusagen und gar nicht selten sehr bedauerliche Fehlleistungen und Ausrutscher aufzuweisen.

Ob es wirklich die Belehrungen des Kollegen Dr. Fiedler waren, die Sie nun in einem Bewußtseinsbildungsprozeß zum Besseren erzogen haben, will ich nicht untersuchen. Wir stellen auch mit Zustimmung fest, daß Sie sich eine Tugend, die in Ihrem Ressort eine große Rolle spielen sollte, nämlich die Tugend des Schweigens zur rechten Zeit, in der Zwischenzeit angeeignet haben. Lernfristen räumen wir ja jedem Ressortminister ein und freuen uns dann, wenn sie positiv genutzt werden.

Es sind aber nicht nur diese formalen Kriterien der Ressortführung, zu denen noch vieles zu sagen wäre, es sind auch Kriterien des substantiellen Ergebnisses. Ich verkenne dabei natürlich nicht die Schwierigkeit, daß Außenpolitik sich in einem multidimensionalen offenen System bewegt und daß Erfolg oder Mißerfolg der Außenpolitik sehr abhängig sind von der Gunst der Stunde, von der Gunst einer bestimmten Konstellation. Wie kompliziert diese Konstellation ist, das ist aus Ihren sehr instruktiven Ausführungen, Herr Kollege Czernetz, hervorgegangen.

Es gibt fast keinen Bereich mehr – und das gilt

nicht nur etwa für das Ökonomische, das gilt natürlich auch ganz besonders für das Außenpolitische –, wo nicht globale Interdependenzen vorliegen und die fernsten Ereignisse ihre Rückwirkungen auch in einem relativ kleinen und im globalen Maßstab nicht sehr gewichtigen Land wie Österreich hätten.

Einen Fehler möchte ich hier gleich rügen oder feststellen, zumindest aus meiner Warte: Ein wenig leiden wir hinsichtlich der Rolle, die wir in der Welt spielen, an Selbstüberschätzung. Diese Selbstüberschätzung ist vielleicht einerseits historisch zu verstehen und andererseits eine Form der Selbstwertverteidigung.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß eines der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges war, daß nicht nur wir, sondern daß mit uns ja eigentlich ganz Europa ein bißchen auf das Nebengeleise des weltpolitischen Geschehens geschoben wurde. Nicht ohne unser Mitverschulden, darauf werde ich am Ende noch mit ein paar Worten eingehen.

Ich komme jetzt zur substantiellen Kritik des Ergebnisses der Außenpolitik, um gerade den Euphemismus, den ich immer wieder feststelle, wenn es um die Darstellung der österreichischen Rolle im europäischen und im weltpolitischen Gesamtkonzept geht, zu korrigieren und ihm ein wenig gegenzusteuern aus dem Blickpunkt der Opposition. In einem dialektischen Prozeß wird es notwendig sein, vielleicht unsere Kritik da und dort auch zu überzeichnen.

Ich sage das deshalb, weil ich trotz der sehr eindeutigen Ablehnung des heurigen Kapitels – es geschieht, wie ich wiederhole, nach sieben Jahren das erste Mal – damit nicht zum Ausdruck bringen will, daß meine Fraktion, die Freiheitliche Fraktion, von ihrer Bereitschaft, so gut es geht und so gut, wie es im Interesse Österreichs möglich ist, von dem Versuch, Konsens in außenpolitischen Fragen herbeizuführen und zu gewährleisten, abrücken wird. Wir werden diese Versuche fortsetzen.

Sie haben in einem Punkt, das will ich auch positiv hervorheben, unserer seit Jahren im Haus vorgebrachten Kritik Rechnung getragen. Ich möchte sagen, daß der Informationsfluß vom Außenministerium zur Opposition sich vor allem in dem letzten halben, dreiviertel Jahr verbessert hat.

Wenn ich zugleich jetzt kritisch anmerke, daß dieser Informationsfluß für uns Probleme bringt, daß wir mit einer Fülle von unaufgearbeitetem Material versorgt werden, dann ist diese Kritik nicht gegen Sie und Ihr Ressort gerichtet, sondern sie richtet sich gegen das Haus und den Hausherrn, der nach wie vor die Oppositionsparteien – für die Regierungsfraktion ist es weniger

Dr. Scrinzi

bedeutend – nicht mit einem ausreichenden und modernen parlamentarischen Instrumentarium versieht.

Was es bedeutet, mit den begrenzten materiellen und personellen Mitteln dieses komplizierte Material ohne Fachleute, ohne Mitarbeiter aufzuarbeiten, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen, denn Sie selber stöhnen trotz des relativ großen Apparates, den Sie zur Verfügung haben, zweifellos Ihrerseits unter der Fülle von Informationen, die am Ballhausplatz verarbeitet werden müssen.

Aber ohne eine solche subtile Informationsverarbeitung ist auch Konsenspolitik von der Sache her gar nicht möglich.

Dieser positiven oder ambivalenten Feststellung folgt jetzt gleich die Kritik. Warum sage ich, daß es substantiell so wenig Ergebnisse nach unserer Meinung gibt, wobei ich mich nur auf ein paar Beispiele beschränken möchte, schlagwortartig, wie es der vorgerückten Stunde angemessen erscheint; letzten Endes sind auch wir Abgeordnete nach bald 12stündiger Debatte reichlich überfordert.

Das Verhältnis zur Schweiz ist nicht sehr zufriedenstellend. Es hat sich eher abgekühlt, und wir haben in der letzten Zeit aus der Schweiz zunehmend kritische Worte gehört: offiziöse, aber vor allem auch, und die sind nicht zu unterschätzen in einem Land mit einem so hoch entwickelten Bewußtsein für politische Vorgänge, in der schweizerischen Presse.

In Frankreich stehen wir auf dem alten Standort Frankreich gegenüber: Viel freundliche Worte, als Besucher guten Wein und Gansleberpastete, aber sehr wenig konkrete Taten, wenn es darum geht, daß Österreichs Interessen dort vertreten werden sollen, wo etwa Frankreich eine nicht ungewichtige Stimme zu erheben hätte.

Italien, dessen besondere innenpolitische Situation ich hier nicht zu betonen brauche, wird in wenigen Wochen in das fünfte Jahr seines Verzuges bei der Paketdurchführung für Südtirol treten. Ihr Besuch war in seinem äußeren Ablauf recht überzeugend, Sie hatten Gelegenheit, Herr Bundesminister, mit dem Staatspräsidenten, dem Ministerpräsidenten, dem Außenminister zu reden. Aber konkretes Ergebnis außer freundlichen Beteuerungen haben Sie keines nach Hause gebracht, ja es war nicht einmal möglich, den rein vom Menschlichen her gesehenen tragischen Fall des Major Reder, des letzten österreichischen Kriegsgefangenen in Italien, einen Schritt weiterzubringen.

Ich gebe zu, das bescheinige ich Ihnen, aber auch dem Herrn Bundeskanzler: Bemühungen

in dieser Richtung wurden von österreichischer Seite in den letzten Jahren unentwegt gesetzt.

Es wirft das aber zugleich ein Schlaglicht auf die Doppelbödigkeit einer Epoche, die das Wort von den Menschen- und Bürgerrechten allmählich schon zum gängigen banalen Schlagwort degradiert. Dort, wo man Menschenrechtlichkeit und Menschlichkeit demonstrieren könnte, fehlt es an überzeugenden Taten.

In dem Zusammenhang sei an Ihre nicht ganz bedeutungslose, sehr unglückselige Äußerung erinnert, mit der Sie den Südtirolern ein gerüttelt Maß von Mitschuld an der Paketdurchführung hier im Haus öffentlich bescheinigt haben. Ich glaube, Sie selber haben diese Äußerung schon bedauert. Denn selbst wenn es sachlich so wäre, Herr Bundesminister, diplomatisch wäre es nicht gewesen, das öffentlich in dieser Form zu sagen. Ich hätte verstanden, daß Sie vielleicht in Gesprächen mit den verantwortlichen Vertretern der Südtiroler Volksgruppe solche Probleme erörtern würden.

Nun noch ein kleines Kapitel, das zeigt, wie wenig wir weitergekommen sind. Nach wie vor bestehen Schwarze Listen, wenn sie auch zusammengeschrumpft sind. Sie sind dem Prinzip nach eine Schande in einer freien Staatengemeinschaft, die bei jeder Gelegenheit betont, wie sehr sie sich zu den gleichen Grundsätzen, zu den gleichen Prinzipien bekennt.

Jugoslawien: Hier fanden Sie den Scherbenhaufen vor, den mutwillig die sozialistische Bundesregierung mit ihrem Alleingang in der Ortstafelfrage hinterlassen hat. Dieser Scherbenhaufen ist nach wie vor nicht aufzuräumen gewesen, selbst wenn man mit dem im Haus beschlossenen Volksgruppengesetz einen redlichen Versuch von österreichischer Seite gemacht hat, ein Stück weiterzukommen.

Im Volksgruppengesetz steckt nach meiner Meinung unglückselig verpackt viel in den Artikel 7 des Staatsvertrages führende Substanz, aber die Bundesregierung bleibt auf halbem Wege stehen. Nach wie vor sind wesentliche Teile dieses Gesetzes nicht durchgeführt, wie wir wissen, natürlich vorwiegend bedingt durch den Widerstand, den eine wenig oder überhaupt nicht verhandlungsbereite, aber dafür an unpassenden Orten sehr lautstarke Minderheitenführung praktiziert oder zeigt.

Aber, frage ich, wäre es nicht unsere Aufgabe, auch diese Form eines Terrors zu brechen? Denn um so etwas handelt es sich im Grunde ja: daß eine kleine, sehr lautstarke Gruppe, wie ich fest überzeugt bin, gegen die Meinung der Mehrheit der von ihnen angeblich vertretenen sloweni-

Dr. Scrinzi

schen Landsleute eine Politik betreibt, die auf Erpressen der Republik Österreich hinausläuft.

Nicht nur das. Dabei bleibt es nicht. Sie ist begleitet von allmählich unerträglich werdenden fortgesetzten Verleumdungen des Landes Kärnten, der Republik, seiner Parteien und seiner Institutionen.

Wenn ich – ich erpare dem Hohen Haus Zitate – auf eine vor kurzer Zeit in der Schweiz erschienene und bisher leider nicht offiziell replizierte Publikation – auch das so notwendige Weißbuch läßt noch auf sich warten, es ist uns angekündigt – verweise: Hier werden einfach unerträgliche Fehlinformationen lanciert, die geeignet sind, das Ansehen Österreichs in der größten Weise herabzusetzen.

Wir verwehren der Minderheit nicht, daß sie sich mit allen demokratischen, rechtlichen, gesetzlichen Mitteln zu Worte meldet. Wir haben Verständnis dafür – das ergibt sich aus der Minderheitensituation –, daß eine Volksgruppe und eine Minderheitenführung natürlich Maximalforderungen stellen wird. Das ist in ihrem Interesse notwendig und gehört zur Strategie jeder Minderheit, wo immer sie ist, auch von Minderheiten hier im Hause. Aber wir sollten doch dieser ständigen Herausforderung, dieser ständigen Verletzung von Spielregeln im Interesse des inneren Friedens und des äußeren Ansehens Österreichs ein Ende machen.

Das nächste Kapitel, bei dem wir eine völlige Stagnation feststellen, sind unsere Beziehungen zur EWG. Keine Fortschritte! Ich weiß schon, daß es eine Reihe von objektiven Schwierigkeiten gibt, daß hier – das hört man nicht gerne im Haus – noch Sünden der Väter nachwirken. Aber es ist bestürzend, daß in einer Zeit, in der Integration, Zusammenarbeit, Reden mit einer Stimme, Näherrücken der freien Welt, die Szene beherrschen, wir in vitalen Interessen, die wir als ein kleines Land, das zwischen den beiden großen Blöcken liegt, haben, keinen Schritt vorankommen, ja daß wir Sorgen haben müssen, daß die uns zugesicherten Kontingenterhöhungen möglicherweise im Jahr 1978 gar nicht Platz greifen können.

Auch hier ist festzustellen: Höfliche, freundliche Worte des Herrn Haferkamp anlässlich seines Besuches in Österreich, sehr euphemistische Presse-Berichterstattung darüber, aber kein Mehl in diesen Mühlen, die geklappert haben. Harte Worte des Wirtschaftsministers der bundesdeutschen Regierung, die zugleich eine nicht ganz unverdiente Antwort auf jahrelange Fehlentwicklungen in diesem Zusammenhang in Österreich waren: Der bundesdeutsche Wirtschaftsminister hat nämlich gemeint: Na ja, bitte, es sei ein Irrtum zu glauben, daß die EWG

eine karitative Einrichtung sei. Denn ein bißchen haben wir uns in die Rolle hineingespielt, daß man uns – aus welchen Gründen auch immer – eine besondere, eben fast karitative Aufmerksamkeit zuwenden würde.

Wer die Schwierigkeiten, in denen sich die EWG derzeit selber befindet, kennt, weiß, daß in dieser Richtung für uns nichts zu erwarten ist.

Ein anderes: Man sorgt, auch wiederum aus geschichtlichen Gründen, dafür, daß wie Grillparzers „Ahnfrau“ das EFTA-Gespenst noch immer in den leeren Räumen des Zollfreiraumes herumgeistert. Noch immer wird Ländern, die im europäischen Maß gesehen europäische Entwicklungsländer sind, EFTA-Hilfe angeboten, ohne daß es möglich wäre, solche Hilfe wirklich zu konkretisieren.

Herr Bundesminister! Die Kompetenzverteilung hinsichtlich des Außenhandels macht Sie und Ihre Politik doch auch mitverantwortlich für die Ergebnisse der Außenhandelspolitik. Zu den Ergebnissen der Außenhandelspolitik ist nichts zu sagen; es ist nur auf das katastrophale Außenhandelsdefizit hinzuweisen. Auch hier bin ich mir darüber im klaren, daß eine solche Darstellung eine gewisse Vereinfachung ist und bedeutet, aber daß in diesem Zusammenhang gleichfalls, und zwar in der Euphorie der frühen siebziger Jahre, Fehlentwicklungen eingeleitet, Fehlleistungen erbracht wurden, auch das kann nicht bestritten werden. Damals, als wir geglaubt haben, wir können um jeden Preis im Osthandelsgeschäft investieren, hat man es unterlassen, entscheidende handelspolitische Möglichkeiten in anderen Räumen der Welt mit Nachdruck zu aktivieren. Von Mitschuld, Herr Bundesminister, können Sie dabei nicht freigesprochen werden.

Nun habe ich den Eindruck, nicht ganz zufällig, Herr Kollege Czernetz, sind Sie in Ihren sehr interessanten Tour d'horizon der Welt- und Europapolitik ausgewichen, weil hinsichtlich sehr konkreter außenpolitischer Erfolge nicht sehr viel zu berichten war. Ich glaube, das liegt auf der gleichen Linie, daß wir der österreichischen Öffentlichkeit, vielleicht auch zum Teil uns selber einreden wollen, welche große Rolle wir und mit welchem Erfolg in den internationalen Organisationen spielen.

Hier erlaube ich mir, auch im Hinblick auf die angespannte Budgetlage zu sagen, daß wir eine hypertrophierende Aktivität in vielen internationalen Organisationen entwickeln, wo, konkret gesehen, für Österreich nichts herauschaut. Ein wenig, möchte ich sagen, ohne die sehr verdienstvolle Arbeit der Diplomaten des Außenamtes damit schmälern zu wollen, denn sie sind ja schließlich hier Beauftragte, gefallen

Dr. Scrinzi

wir uns in der Rolle des *Commis voyageur* bei zahlreichen Luftgeschäften, die bei solchen internationalen Organisationen gemacht werden.

Natürlich, schlechte Beispiele verderben gute Sitten. Die großen Luftgeschäfte, die der Herr Bundeskanzler reihum tätigt, ermutigen offensichtlich andere Institutionen, ihm zu folgen. Es wäre vielleicht nicht so bedenklich, wenn nicht gleichzeitig – zumindest von unserem Standpunkt – festzustellen wäre, daß unter einem wir in diesen internationalen Organisationen zunehmend auf eine stark ideologisch bestimmte Politik der Dritten Welt einschwenken. Das halte ich für bedenklich. Ich halte es für bedenklich, daß wir uns in zunehmendem Maße unter dem Druck der ständig wachsenden Mehrheit der Länder der Dritten Welt Entschließungen und Beschlüssen anschließen, die uns außer guter Nachrede bei den Wortführern dieses Blocks sehr wenig helfen, sondern für die wir uns im Gegenteil da und dort neutralitätspolitische, ja neutralitätsrechtliche Querelen einhandeln werden. Beispiel etwa: Anschluß an das über Südafrika verhängte Waffenembargo. Ich glaube, das wäre ein Punkt gewesen, wo sich ein Land nicht ohne Rücksichtnahme auf neutralitätsrechtliche Verpflichtungen einem einseitigen Embargo anschließen hätte sollen.

Sanktionen gegen freie Länder, deren innerstaatliche, gesellschaftliche, rechtliche Verhältnisse wir durchaus nicht in allen Punkten gutheißen wollen. Sanktionen also gegen diese Länder, unter einem aber verschämtes Vorbeisehen an groben Menschenrechtsverletzungen, die zur gleichen Zeit und zur gleichen Stunde in zahlreichen anderen Ländern tagaus, tagein begangen werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Diese Doppelbödigkeit von Moral gehört zwar zum Instrumentarium der Supermächte, das wissen wir. Wir als kleines neutrales Land haben aber keinen Grund, einer solchen Linie auch nur durch verschämtes Verschweigen dieser Dinge zu folgen.

Es wird wenige Vertreter in diesem Haus geben, die etwa die Apartheid-Politik Südafrikas gutheißen, obwohl man die simple Vereinfachung, welche die Meinungsmacher der Welt vornehmen, nicht übernehmen sollte. Dieses Land hat sehr große und schwierige Probleme mit seiner Rassenfrage übernommen. Wir haben den Eindruck, daß Südafrika auf dem Wege ist, diese Probleme in vernünftiger Weise und auch im Interesse seiner andersfarbigen Mehrheit zu lösen. Wir sollten diesem Land dabei helfen. Aber unverständlich ist es, daß es zu den Stehsätzen der Vereinten Nationen am East River gehört, dieses Land in Grund und Boden zu verdammen, während wenige Kilometer von

den Grenzen dieses gleichen Südafrika entfernt Genozid geübt wird und Hunderttausende Menschen umgebracht, vertrieben, zum Teil in schrecklicher Weise vernichtet werden.

Ich glaube, wir sollten unsere Stimme erheben mit der einzigen Gewalt, die wir zu vertreten haben, jene der Berufung auf Grundfreiheiten, Menschenrechte, völkerrechtliche Beziehungen und Regelung der Konflikte mit friedlichen Mitteln. Aus den übrigen Händeln sollten wir uns, so gut es geht, heraushalten. Wir sollten auch nicht in die Gefahr geraten, mit anderen Vorzeichen in diesem Zusammenhang Schreibtischtäter zu werden.

Ein wenig – und das kritisiere ich immer wieder – wird uns in Österreich das Bild einer heilen Welt vorgespiegelt. Nachdem nicht ganz ohne Mitwirkung der vereinigten Linkspresse der Welt Nixon als das Übel schlechthin in den USA gestürzt wurde, wurde auch bei uns mit großer Emphase der Anbruch eines neuen Zeitalters verkündet: Carter.

In Carters Antrittsrede vom 20. Jänner 1977 hieß es, er sei überzeugt – um nur eine der Passagen aus dieser missionarischen Rede herauszunehmen –, noch in diesem Jahr werde der erste Schritt zur völligen Beseitigung der Atomwaffen in der Welt getan werden. Na, wer Gelegenheit hatte, einige Monate später den gleichen amerikanischen Präsidenten, ich glaube, es war der 3. oder 4. Oktober, in New York bei seiner Rede vor der UNO zu hören, der hat erkennen können, wie schon wenige Monate später hier mit Wasser gekocht wurde und wie in dieser allgemein enttäuschenden Rede das Wort von den Menschenrechten kaum mehr am Rande ein bescheidenes Plätzchen gefunden hat, die zu verteidigen oder herzustellen, was viel richtiger gesagt wäre, Carter und seine Administration ausgezogen waren.

Dieses neue Zeitalter ist nicht angebrochen, wir haben mit ihm – und hier stimme ich mit dem Herrn Abgeordneten Czernetz weitgehend überein – in den nächsten Jahren, vielleicht Jahrzehnten noch nicht zu rechnen.

Denn wie schaut denn die Wirklichkeit dieser heilen Welt und dieses neuen Zeitalters aus? Ich kann an das anknüpfen, was der Abgeordnete Czernetz gesagt hat. SALT 2 – großes Fragezeichen noch. MBFR – dreht sich im Kreis. Genfer Abrüstungskonferenz tritt, wenn überhaupt, bestenfalls am Ort. Die Nahost-Situation, gleichfalls nach einer sehr euphorischen Darstellung des Sadatbesuches, ist nach wie vor explosiv, ohne damit den Friedensschritt, den Sadat hier getan hat, abwerten zu wollen, denn das war ein mutiger Schritt, von beiden Seiten, möchte ich sagen. Es gab aber von vornherein und es gibt jetzt in zunehmendem Maße Stimmen, die gesagt haben, daß das unter

7012

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Dr. Scrinzi

Umständen gerade im Nahen Osten die explosive Situation zu einer ausweglosen machen könnte. Es wurde hier eine Situation mit einem absoluten Zugzwang geschaffen, die unter Umständen, wenn die Dinge anders laufen, als in der Knesseth in Jerusalem gesagt wurde, beim nächsten Nahost-Krieg enden könnte.

Wenn man weiß, daß sich derzeit drei Gipfel schon etablieren, ein israelisch-arabischer, ein Anti-Sadat-Gipfel; jetzt kommt noch die UNO mit einem neuen Gipfel, und wir melden uns auch schon wieder zu Wort, daß wir einen vierten Gipfel womöglich nach Wien herbringen, dann wird man sehr rasch auf den Boden der nüchternen Wirklichkeit zurückkehren müssen. Denn was ist denn letzten Endes aus der großen Ankündigung von dem ersten Schritt von den Atombomben weg geblieben? Die Verkündigung der sogenannten sauberen Bombe, der Neutronenbombe, die so „human“ ist, daß sie nur noch die Menschen und nicht mehr die Eisenbahnen, Sportstadien und ähnliche Einrichtungen ruiniert. Neue Rüstungsrekorde, Sie weisen immer wieder darauf hin. Ja, man kann sagen, daß das Wettrüsten in dem letzten Jahr eine Beschleunigung erfahren hat, die beängstigend ist.

Das sind die Realitäten, die wir auch aus Gründen, auf die ich noch zurückkomme, in Österreich sehen sollten. Man hat gesagt, die Weltpolitik habe mit Helsinki, mit den Schlußakten und den mit ihnen zusammenhängenden Entwicklungen, wie Menschenrechts- und Bürgerrechtsbewegungen, Charta 1977, eine menschliche Dimension bekommen.

Es ist etwas Richtiges dran. Vielleicht zum erstenmal in der Weltgeschichte wird das Thema des mißhandelten einzelnen Menschen, des in seiner Freiheit, in seinen Grundrechten bedrängten Menschen tatsächlich auch Gegenstand weltweiter internationaler Diskussionen.

Aber vor Optimismus muß gewarnt werden. Im Grunde hat sich vielleicht unter dem Eindruck von Helsinki ein wenig die Regie geändert, es wird aber das gleiche Stück gespielt, das ist mein Eindruck.

Wenn ich in diesem Zusammenhang die Belgrader Nachfolgekonferenz in ihren bisherigen Ergebnissen betrachte, so zeigt dies, wie weit wir auch in diesem Punkte unter Zugzwang stehen. Wir feiern es bereits als Erfolg, daß diese Konferenz an ihrer Substanzlosigkeit bisher nicht geplatzt ist. Die Zeit ist noch zu früh, ein endgültiges Urteil darüber abzugeben. Aber ich stelle fest, daß sich ein wenig von l'art pour l'art entwickelt und daß also das Reden über die Probleme bedeutsamer wird als die Probleme selber. Gut, man kann sagen - auch ein sehr

beruhigender Slogan -: Solange geredet wird, wird nicht geschossen. Daran ist schon etwas wahr. Aber es ist zu wenig, um sich in Sicherheit zu wiegen.

Und nun komme ich zu meiner härtesten Kritik, sie ist zugleich eine Kritik an der gesamten Politik der Bundesregierung in einem vitalen Punkt unseres Vaterlandes. Außenpolitik ist in einem ganz wesentlichen Maß Beitrag zur Sicherheitspolitik. Hier vermisze ich, daß in entscheidenden Bereichen - sei es nun die unmittelbare Landesverteidigung selber -, selbst wenn es um eher formelle Dinge wie die endliche Verabschiedung eines Landesverteidigungsplanes geht, von Ihrem Ressort keine oder keine wirksamen Anstöße kommen. Sie müßten unentwegt warnen. Sie müßten ständig auf die durchaus labile weltpolitische Situation hinweisen, die uns als Land verpflichtet, für unsere eigene Sicherheit in größtmöglichem Umfang zu sorgen.

Wir werden in diesem Punkte unglaublich, nicht nur etwa unseren Nachbarländern gegenüber, die sich in vergleichbarer Situation befinden. Wir werden auch unglaublich, wenn wir, und das ist im Grunde verdienstvoll, auf der internationalen Ebene, Europarat, UNO und so weiter, immer wieder Initiativen zur Terrorbekämpfung ergreifen. Es muß aber doch den Charakter bloßer Deklamation bekommen, wenn, wie gestern in der ausführlichen Debatte festgestellt wurde, im eigenen Lande bisher so gut wie keine Vorsorge zur Terrorbekämpfung getroffen wurde.

Ich möchte mich in dem Zusammenhang ganz gerne mit dem auseinandersetzen, was unter Hinweis auf die Ausführungen meines Parteifreundes Dr. Broesigke von gestern über die Ideologie des Terrorismus und über die Provenienz aus dem russischen Anarcho-Terrorismus gesagt wurde. Ganz folge ich hier nicht. Ich sehe schon eine Linie, es ist jedenfalls eine Linie, die sehr viel unmittelbarer zu Bakunin als, wie es so billig geschehen ist, zu Hitler führt. Es ist vielleicht aus verschiedenen Gründen nicht sehr angenehm, das sagen zu müssen.

Wir sollten uns schon sehr ernst mit den geistigen Wurzeln und Quellen des Terrorismus und mit den geistigen Terroristen auseinandersetzen. Hier haben wir Grund zur Sorge, und davon ist gestern eine Menge im Haus gesagt worden.

Herr Bundesminister! Schon vor Ihrer Zeit hat der Herr Bundeskanzler in dem Zusammenhang die Doktrin vertreten, die beste Landesverteidigungspolitik sei eine gute Außenpolitik.

Nun, ich glaube, da ist aus der sozialdemokratischen Not eine Tugend gemacht worden. Das

Dr. Scrinzi

berührt ein tiefes, mir durchaus zugängliches Trauma, aber es wäre an der Zeit, daß wir uns über solche Traumata hinwegbewegen. Wir sollten endlich die Gespenster der Ersten Republik begraben. Daß Sie das nicht tun, hat der gestrige Skandalfilm im Fernsehen bewiesen, der mit Steuergeldern den Österreichern ins Haus geschickt wurde, ein Film, über den noch zu reden sein wird, nicht jetzt, sondern bei einer Gelegenheit, wo vielleicht mehr Aufmerksamkeit in der österreichischen Öffentlichkeit erzielt werden kann.

Indro Montanelli, eines der jüngsten Opfer der italienischen Terrormethode von der *Gambinazione*, hat vor nicht allzu langer Zeit geschrieben: Europa – ein von Quallen bevölkertes Aquarium. Sehen Sie, da möchte ich anknüpfen und sagen, Herr Bundesminister: Für mich hat auch die österreichische Außenpolitik ein bißchen etwas vom Quallenhaften. Ich vermisse Rückgrat, ich sehe die Tendenz, jedem realistischen Druck möglichst auszuweichen, sich der Umgebung um jeden Preis anzupassen und bei Gefahr unsichtbar zu werden. Das wird auf die Dauer nicht gut gehen.

Die Gefahr einer solchen Politik ist, daß der erste Stiefel diese Qualle zertreten wird. Meine Partei vertritt die umgekehrte Kreisky-Doktrin. Wir stehen auf dem Standpunkt, eine erfolgreiche Außenpolitik ist nur möglich auf dem Hintergrund einer wirksamen, und das heißt, auch schon im Frieden – und wir sind noch immer vom Frieden weit entfernt – glaubwürdigen Landesverteidigung.

Weil wir aber nicht daran glauben, daß der Herr Bundeskanzler und diese Bundesregierung in der Lage sind, diese Satzumkehrung geistig und auch in ihren materiellen Konsequenzen zu vollziehen, weil diese Bundesregierung in dieser Frage aktionsunfähig vor ihrem eigenen Schuldenberg steht, erwarten wir uns hier nichts und lehnen deshalb aus Überzeugung das Kapitel Äußeres ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Luptowits.

Abgeordneter **Luptowits** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Zwei allgemeine Bemerkungen an die Spitze. Erstens einmal möchte ich punktuell die Probleme streifen und mich bemühen, in aphoristischer Kürze die Dinge darzustellen.

Zweitens möchte ich sagen: Es ist leicht, hier im österreichischen Parlament von diesem Rednerpult zu außenpolitischen Problemen zu reden und bestimmte Dinge abzuqualifizieren und zu kritisieren. Aber sehr schwierig ist es, in internationalen Gremien, in Straßburg, in New

York oder in Belgrad zu reden, wo man jedes Wort abwägen muß, nicht nur deshalb, weil wir ein neutraler Staat sind, sondern auch deshalb, weil wir ja als dritte UNO-Stadt gelten wollen.

Und wir, Kollege Karasek und ich, haben es in den letzten 14 Tagen in New York erlebt, wie schwierig es die 5. Kommission und unsere Vertreter in der 5. Kommission haben, hier diese Fragen gegenüber den anderen Ländern durchzusetzen.

Und ich glaube, Kollege Scrinzi, man sollte sehr gut abwägen, auch hier im österreichischen Parlament, wenn man zu diesen Problemen Stellung nimmt.

Ich möchte weiters sagen, daß ich nicht die Auffassung des Kollegen Scrinzi teilen kann, daß die österreichische Außenpolitik so schlecht oder so mangelhaft oder so ohne Erfolge dasteht. Ich glaube, daß man ruhig sagen kann, daß die österreichische Außenpolitik sowohl bilateral als auch multilateral Erfolge aufzuweisen hat. Und daß natürlich Österreicher als Einzelpersonlichkeiten im internationalen Blickfeld stehen, das kann uns doch wirklich nur alle zusammen stolz machen: Präsident Czernetz, Europaratspräsident, Dr. Waldheim Generalsekretär. Und ich glaube, viele Österreicher sind in diesen internationalen Gremien tätig und bemühen sich, hier nicht nur die österreichische Politik und die Anschauungen zu vertreten, sondern, ich glaube, auch durch ihren Enthusiasmus und durch ihren Fleiß und durch ihre Akribie den Österreichern ein bestes Zeugnis auszustellen.

Hiezu möchte ich noch sagen, Herr Bundesminister, daß gerade bei der UNO-Mission in New York, ich habe dort zumindest den Eindruck gewonnen, mit viel Arbeitseifer, mit viel Einsatz und mit viel Liebe gearbeitet wird. Aber es nützt alles nichts, wenn es nicht gelingt, immer in den Kommissionen und auch im Plenum präsent zu sein. Und ich glaube, es wird notwendig sein – denn die Aufgaben wachsen ja in diesen internationalen Gremien –, hier die Kräfte zu verstärken.

Und ich glaube, das ist keine Überheblichkeit, und ich glaube, daß wir uns auch nicht in der Außenpolitik übernehmen, sondern uns auf die Rolle reduzieren sollen, die wir eigentlich zu spielen haben.

Und ich kann den Vorwurf nicht verstehen, den Kollege Scrinzi hier am Rednerpult vorgebracht hat, indem er meinte, wir würden uns also hier als kleine Gernegroße aufspielen. Diesen Eindruck haben wir nirgends gewonnen. Im Gegenteil, ich muß sagen, daß der Ruf des Österreichers und des Landes Österreich überall, wohin ich bis jetzt gekommen bin, sehr, sehr

7014

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Luptowits

gut ist, manchmal verzerrt wird durch publizistische Erzeugnisse, die wir auch in den USA erlebt haben.

Aber das soll uns nicht davon abhalten, die Arbeit weiterhin zu leisten, von der wir glauben, daß sie im Interesse unseres Landes, aber auch im größeren Interesse liegt.

Kurz ein Blick auf die europäische politische Szene des demokratischen Westens. Sicherlich verdüstert sich manchmal der Blick, den wir hier auf diese Szene werfen. Ich glaube, er verdüstert sich deshalb, weil gerade die potenten Länder außenpolitisch nicht so relevant sein können, so tätig sein können, wie es wünschenswert wäre, hervorgerufen durch besondere innerpolitische Verhältnisse. Ich habe den Eindruck, daß die Aktivität dieser Länder sehr stark gehemmt wird durch ihre wirtschaftlichen Probleme – ich will die Länder hier nicht aufzählen –, aber auch durch andere politische und innerpolitische Ereignisse, nehmen wir nur den Terror in der Bundesrepublik Deutschland.

Ich glaube, daß wir das sehr bedauern müssen, denn dadurch, daß hier eine gewisse Inaktivität festzustellen ist, einigen sich natürlich die beiden großen Mächte USA und UdSSR über Europa hinweg auf bestimmte Ziele, die nicht ganz im europäischen Sinne akzeptiert werden können.

Hiezu kommt, glaube ich, noch etwas, nämlich, daß der nationale Egoismus auch in Europa und auch im Europarat feststellbar ist, daß manche europäische Länder glauben, ausscheren zu können und nach dem Motto zu handeln: Rette sich, wer kann.

Es hat keinem dieser Länder, die nach diesem Motto gehandelt hatten, etwas gebracht. Im Gegenteil, sie mußten nach kurzer Zeit feststellen, daß es ein Fehlschritt gewesen war.

Und was uns natürlich auch Sorge macht, ist der Handelsprotektionismus, von dem ich schon einmal gesprochen habe. Ich glaube, dieser Frage muß man ein besonderes Augenmerk schenken. Ich weiß, daß dies eine weltweite Frage ist. Wir hatten in der Wirtschaftskommission in Straßburg die Möglichkeit, mit einer japanischen Delegation zu diskutieren, und ich muß sagen, diese Diskussion war sehr hart von den Japanern geführt. Sie haben uns Vorwürfe gemacht, daß wir nicht in der Lage sind, ihren Markt zu beliefern, daß wir nicht in der Lage sind, Produkte dort zu verkaufen. Sie wären bereit, diese Produkte aufzunehmen, weil wir eben geklagt haben, wegen der Stahlmisere und darüber, daß sie uns den Stahlpreis verderben und daß sie uns überhaupt mit ihren Waren den Markt überfluten.

Ich muß sagen, daß man über diese Dinge wirklich sehr ernsthaft nachdenken und sich auch selber fragen muß, welche Gegenmaßnahmen man auf diesem Gebiet treffen muß.

Ich glaube, daß man ruhig sagen kann, daß diese Ohnmacht, die wir heute im demokratischen Westen bei einzelnen Ländern feststellen, auf die Dauer gesehen natürlich auch Gefahren für die gesamte Politik darstellt.

Zwei Ereignisse dieses Jahres möchte ich noch erwähnen: das war der EFTA-Gipfel in Wien und der 1. Juli 1977. Sicherlich waren die Ergebnisse des EFTA-Gipfels jene, die man erwartet hat, weil man gewußt hat, was hier zur Sprache kommen wird, aber man konnte ja keine spektakulären Ergebnisse erwarten, sondern es sollten ja nur Denkanstöße, es sollten pragmatische Schritte überdacht werden, wie man weiter zur Integration Europas kommen kann.

Und es wird in der Zukunft keine spektakulären Ergebnisse geben können, meine Damen und Herren. Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß wir hier von diesem Pult aus der EG oder den anderen Ländern sozusagen Postulate oder Vorschriften machen könnten, wie sie ihre Politik machen sollen.

Ich glaube, wir müssen versuchen, mit viel Geschick, mit Vorsichtigkeit hier unsere Ziele durchzusetzen. Und dann wird es uns gelingen, Ergebnisse, bescheidene Ergebnisse zu erzielen, aber vielleicht auf lange Sicht gesehen doch die Ergebnisse, die wir uns erwarten.

Ein Wort zu Österreichs Nachbarschaftspolitik. Ich glaube, daß sich das Verhältnis zu Ungarn wesentlich gebessert hat. Ich möchte fast sagen, daß wir ein sehr gutes Verhältnis haben. Die Ungarn werden also bereit sein, die Visapflicht aufzuheben und dadurch sozusagen das letzte Verkehrshindernis zu beseitigen.

Ich glaube, wir haben auch mit den Polen auf dem Gebiete der Energiewirtschaft ein gutes Verhältnis.

Mit der deutschen Bundesrepublik ist das Verhältnis sehr herzlich. Sorge macht uns natürlich das Handelsbilanzdefizit, aber darüber wurde schon gesprochen.

Italien: Das Problem Südtirol hat Kollege Scrinzi hier angeschnitten und was uns hier noch trennen könnte oder trennt.

Schweiz: Ich möchte nicht die Tatsache, daß wir zur Schweiz ein gespanntes Verhältnis hätten, übertreiben. Man soll die Stimmen auch nicht überschätzen, die dort geäußert werden, auch nicht im Zusammenhang mit der UNO. Ich glaube, diese Gegensätze sind mehr oder

Luptowits

weniger ausgeräumt. Es sind nicht die Schweizer, die hier, sagen wir, dagegen sind, sondern es sind die Beamten, die sich hinter bestimmte Lobbyistengruppen verstecken. *(Abg. Graf: Herrlich! Jetzt wissen wir, wer schuld ist, Herr Abgeordneter!)*

Herr Kollege Graf, ich bitte Sie, Ihren Parteifreund, den Generalsekretär Dr. Waldheim, zu ... *(Abg. Graf: Der ist ja kein Schweizer Beamter!)* Es geht ja um die UNO-Beamten, entschuldigen Sie, da haben Sie wirklich jetzt einen Kurzschluß gehabt. Es geht ja immer ... *(Abg. Graf: Sie haben doch die Schweiz genannt!)* Herr Kollege Graf! Das sind Beamte, die in ihrem Vertrag eine Klausel haben, wonach sie überallhin, wo UNO-Organisationen tätig sind, versetzt werden können.

Und wir haben jetzt gehört, Kollege Karasek wird das bestätigen, daß sich sehr starke Gruppen - Information Waldheim -, sehr starke Gruppen sowohl in Washington als auch in der Schweiz natürlich hinter dem Rücken gegen eine Versetzung wehren. Das hier zur Klarstellung, damit hier kein Irrtum entsteht. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Scrinzi.)*

Man könnte über diese Frage weiter diskutieren, aber ich will es jetzt nicht - ich habe meinen Freunden versprochen, 15 bis 20 Minuten und nicht länger zu sprechen, ich möchte das auch einhalten. *(Abg. Melter: Trotz aller Privilegien!)* Wir werden ja Gelegenheit haben, im Außenpolitischen Ausschuß auch über diese Frage zu diskutieren. Das kommt ja noch, das ist ja noch nicht vom Tisch.

Verhältnis zu Jugoslawien: Ich glaube, wir bemühen uns, hier das Verhältnis zu verbessern. Auf wirtschaftlichem Gebiet gelingt es uns auch. Die Verhandlungen über den Karawankentunnel haben ja gezeigt, daß wir hier bereit sind, wirklich entgegenzukommen. Wenn uns bestimmte Organisationen in Jugoslawien in scharfen Tönen oder manchmal auch in unqualifizierter Weise angreifen, glaube ich nicht, daß es die Aufgabe des österreichischen Außenministers ist, auf alle diese Angriffe zu reagieren. Wo kämen wir denn da hin, da hätte ja der Außenminister nichts anderes zu tun, als immer in seinem Presseerzeugnis oder in unseren Presseerzeugnissen darauf zu reagieren. Ich halte nichts davon.

Ich glaube, wir sollten das, was hier im Parlament beschlossen wurde, exekutieren, und wir sollten darüber hinaus ein Klima schaffen, wo die Minderheit das Gefühl hat, daß sie als vollwertiger Partner anerkannt wird. Von uns aus, auch von mir persönlich aus, geschieht das überall dort, wo ich mit Slowenen zusammenkomme. Und ich glaube, daß wir nichts anderes

tun können, als hier auf diesem Gebiet wirklich der Minderheit das Gefühl zu geben, daß sie nicht Staatsbürger zweiter Ordnung sind.

Das Verhältnis zur ČSSR hat sich etwas entspannt durch den Besuch von Ministerpräsidenten Štrougal. Wir wissen, daß hier noch bestimmte Probleme, bestimmte Vorurteile vorhanden sind. Aber wir hoffen, daß auch diese Dinge mit der Zeit abgebaut werden können.

Wichtiger ist, scheint mir, Herr Bundesminister, daß wir uns überlegen, wo Österreich noch präsent werden sollte, verstärkt präsent werden sollte. Ich glaube, daß Lateinamerika ein Raum ist, von dem ich annehme, daß er in der nächsten Zukunft eine bedeutendere Rolle spielen wird.

Ich glaube, daß auch Westafrika, Afrika im allgemeinen, daß Nigerien, Gabun, daß überhaupt die westafrikanischen Staaten für uns sehr interessant werden könnten, nicht nur außenpolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch. Und wir sollten uns hier vielleicht mehr umsehen, denn ich höre, daß Schweizer, Belgier und Schweden in größerer Zahl in diesen Ländern tätig sind, um sich eine wirtschaftliche Position aufzubauen.

Ich glaube, daß diese Schwerpunkte sind, wobei ich natürlich auch Südostasien mit einschließen möchte, weil ich glaube, daß sich hier nach Vietnam neue Entwicklungen anbahnen und wir nicht erst auf den Plan treten sollten, wenn hier bestimmte Entwicklungen bereits abgeschlossen sind.

Es ist sehr schwer, von Kuala Lumpur, sagen wir, den ganzen Raum bis zu den Philippinen hinauf zu betreuen. Ich glaube, man sollte sich überlegen, ob man nicht vielleicht sogar in Manila oder auf den Philippinen im allgemeinen in verstärktem Maße präsent sein könnte oder sollte.

Es ist auch von der Entspannungspolitik gesprochen worden. Ich glaube, es sollte nicht Mode werden, vom Scheitern der Entspannungspolitik zu reden. Ich glaube, es hat sich gezeigt, daß eine reine Politik der Stärke uns alle gefährden würde, und das wäre auch das Ende der Entspannung. Die Entspannung war also für mich keine Modeangelegenheit, sondern Ausdruck eines lebenswichtigen Interesses. Und natürlich kann Entspannung nur auf Gleichgewicht beruhen, denn eine Verschiebung des Gleichgewichtes würde die weltweite Politik der Entspannung gefährden und damit die Welt überhaupt.

Zur Frage der Menschenrechte kann ich nur sagen: Für uns sind sie unteilbar auf der ganzen Welt.

Es kann aber nicht darum gehen, nur

7016

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Luptowits

Postulate in die Welt zu setzen und dadurch konkrete Verbesserungen zu gefährden. Ich glaube, daß Österreich gezeigt hat, daß man durch Einzelmaßnahmen Schicksale vielleicht besser, leichter und eindrucksvoller lösen kann als durch Predigten. Ich glaube, der Politiker muß in diesem Falle anders rasonieren als der Prediger.

Kollege Scrinzi, wenn Sie enttäuscht waren von der Rede Carters vor der UNO, dann kann ich nur sagen: Wer in historischen Prozessen denkt, wird sich mit Teillösungen zufriedengeben müssen, um eines Tages vielleicht größere Lösungen zu ermöglichen. Das hat auch Carter richtig erkannt. Und er hat das Störungspotential der UdSSR eben unterschätzt, das kann einem Menschen passieren. Ich will ihn nicht kritisieren, das steht mir nicht zu, aber ich glaube, daß man diese Dinge eben realistisch einschätzen muß, so wie eben die Verhältnisse derzeit sind. Und ich würde mir nicht anmaßen, mich als Österreicher, als österreichischer Politiker für diese Dinge wesentlich zu engagieren.

Nun ein kurzes Wort zur auswärtigen Kulturpolitik. Ich glaube, wir sollten diese Frage – das ist die letzte punktuelle Frage, die ich hier anschneide – immer als Wechselwirkung zwischen Kulturszene in innerer und auswärtiger Kulturpolitik sehen.

Es ist auch hier ein Wandel in den Aufgaben der Kulturinstitute festzustellen. Ich habe in New York bei einer Aussprache mit dem Leiter des Kulturinstitutes und auch mit seinen Mitarbeitern gesehen, daß diese selber draufkommen, daß die ursprüngliche Konzeption der Kulturinstitute, nämlich Veranstaltungen durchzuführen, eigentlich nicht sinnvoll ist, vor allem nicht in New York, wo ein Riesenangebot an Veranstaltungen ist. Er sagte mir selbst, wir müssen mehr hinaus in das Land, wir müssen mehr eine Vermittlerrolle spielen.

Und ich glaube, man müßte die Konsequenzen daraus ziehen und nicht nur die Aufgaben neu definieren, sondern auch die Strukturen neu setzen. Ich glaube, das wäre eine sehr wichtige Aufgabe, und man sollte sich überlegen, wie die auswärtige Kulturpolitik, von der ich sehr viel halte, neu strukturiert, organisiert werden sollte.

Meine Überlegungen gehen also dahin, daß man diese Frage neu durchdenkt im strukturellen Bereich, im inhaltlichen Bereich, daß man die Erfahrungen aller beteiligten Verantwortlichen, die auf diesem Gebiet bereits arbeiten – ich denke an die Kirchen, ich denke an den ÖGB, ich denke an verschiedene Organisationen –, mit einplant.

In der Frage der Länder haben Sie mir im

Ausschuß gesagt, daß diese zu eifersüchtig auf Ihre Initiativen seien. Aber vielleicht könnte man auch diese einmal an einen gemeinsamen Tisch bringen und fragen, was können wir von den einzelnen Ländern aus einbauen in die gesamte auswärtige Kulturpolitik.

Und man sollte alle schöpferischen Initiativen, die sich irgendwo melden, zu Wort kommen lassen und sie einbinden in die Arbeit.

Und als letztes möchte ich noch sagen, daß wir die partnerschaftliche Zusammenarbeit auf diesem Gebiet im Rahmen des Europarates vielleicht verstärken können. Wir, Kollege Karasek und ich, werden in der Kulturkommission diese Frage zur Sprache bringen. Und vielleicht gelingt es uns, hier eine Form zu finden, in der sich Europa in den anderen Erdteilen präsentiert, weil ja die Kosten solch eines Unternehmens für ein Einzelland sehr, sehr groß sind.

Wenn es uns gelingt, im Europarat so eine Gemeinschaftsaktion durchzuführen, dann, muß ich sagen, verspreche ich mir davon eine große Wirkung.

Schließlich und endlich, Herr Bundesminister, sollten wir im Sinne der Schlußakte von Helsinki die kulturellen Beziehungen auch zum Osten fördern. Und ich meine, daß wir hier Gleichwertiges zu bieten hätten und Gleichwertiges bieten sollen, was die Qualität betrifft.

Ich freue mich darüber, daß die nächste UNESCO-Tagung in Wien stattfinden wird, daß Sie, Herr Bundesminister, eine Aussprache mit dem Generaldirektor der UNESCO hatten, die sehr positiv verlaufen ist. Und damit wird wieder demonstriert, daß Wien, daß Österreich eines der Konferenzzentren ist auch für Nebenorganisationen der UNO.

Meine Damen und Herren! In der Außenpolitik, glaube ich, brauchen wir Zusammenarbeit, eine Zusammenarbeit, die nicht im Mangel an Phantasie wurzelt, sondern Zusammenarbeit, die auf harter Erfahrung aufbaut.

Und ich glaube, daß politische Sitten weniger durch Ermahnungen als durch das Beispiel geprägt werden. Und dieser Aussage sollten wir Leben verleihen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Karasek.

Abgeordneter Dr. **Karasek** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Österreichische Volkspartei hat ihre Kritik am Außenminister, an der Bundesregierung und ihrem außenpolitischen Kurs am 1. Juli vergangenen Jahres in einem gerüttelt Maß vorgetragen. Ich muß daher

Dr. Karasek

Primarius Scrinzi enttäuschen, wenn ich seiner Linie nicht folge und mich eher der des Abgeordneten Czernetz anschließe, um ein bißchen einen Blick in die Weltpolitik zu machen.

Sie haben heute offenbar, Herr Primarius, sieben Jahre Zustimmung durch eine starke Kritik an der Bundesregierung, die sie sicher verdient, kompensiert. Ich bin ja der Auffassung, daß Sie in vielem recht haben. Besonders was den bilateralen Teil unserer Beziehungen anlangt, muß ich sagen, daß er äußerst schwach ist. Aber angesichts dieser späten Stunde muß ich doch zu anderen Dingen eilen.

Ich möchte gleich bei Feststellungen des Abgeordneten Dr. Scrinzi bleiben. Ich glaube nicht, ihm darin folgen zu können, daß Carters Berufung auf die Menschenrechte bereits in einer Abschwächungsphase ist. Es mag vielleicht so geschienen haben, als er vor den Vereinten Nationen auftrat; das kann ich nicht beurteilen. Nur, glaube ich, hat die Ankündigung Carters, er werde die Menschenrechte als ein Element der US-Außenpolitik betrachten, die Bewußtseinslage in der Welt zu diesem Problem sehr geändert, denn wir spüren in allen internationalen Institutionen und in allen Zeitungsäußerungen und Zeitungsartikeln, daß die Menschenrechte heute überall groß geschrieben werden.

Mein Eindruck bei meinem Aufenthalt in New York bei dieser letzten UNO-Generalversammlung und die Auskünfte, die ich dort eingeholt habe bei Kollegen und bei Persönlichkeiten, die ich dort getroffen habe, waren die, daß tatsächlich im heurigen Jahr gerade diese Menschenrechtsdebatte im wesentlichen die Frage, die bezüglich Südafrika diskutiert wurde, beeinflußt hat. Südafrika war diesmal im Zeichen der UNO-Generalversammlung, und zwar auf zwei verschiedenen Ebenen.

Zunächst glaube ich auch, Herr Abgeordneter Scrinzi, daß es nicht richtig ist zu sagen, Österreich habe sich sozusagen dem Waffenembargo angeschlossen. Der Ausdruck „Anschluß an das Waffenembargo“ ist, glaube ich, etwas, was nicht richtig ist. Denn hier hat erstmalig ein UNO-Organ, ein höchstes UNO-Organ, nämlich der Weltsicherheitsrat, einstimmig – und das ist ein sehr bemerkenswertes Ereignis –, mit den Stimmen aller fünf Großmächte, also aller Vetomächte, ein verpflichtendes Embargo allen Mitgliedstaaten und sogar – das steht in der Resolution – allen Nichtmitgliedstaaten aufgetragen.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat in einer Note auch allen Nichtmitgliedstaa-

ten der UNO diesen Beschluß zur Kenntnis gebracht.

Nun bin ich Ihrer Meinung – Sie sind dieser, wenn ich Sie hier richtig verstanden habe –, daß Österreich nicht ohne weiteres einem Nachvollzug dieses Beschlusses oder dieses Auftrages des Sicherheitsrates nachkommen kann beziehungsweise könnte, denn ich glaube, was sehr, sehr wesentlich ist – das haben wir auch schon bei den Ausschlußberatungen verlangt –, wir sollten uns dazu entschließen, einen Neutralitätsvorbehalt abzugeben. Wir sollten auf alle Fälle – ich glaube, das hat der Herr Außenminister eingeleitet – die neutralitätsrechtlichen und neutralitätspolitischen Aspekte prüfen, inwieweit wir überhaupt in der Lage sind, ein solches verpflichtendes Embargo, das jedenfalls universelle Bedeutung hat, zu vollziehen.

Die zweite Ebene, das zweite Niveau, wo diesmal Südafrika im Zentrum der Debatten im Plenum und in den Kommissionen der UNO stand, war die Debatte über Apartheid. Und Sie haben auch hier, Herr Abgeordneter Scrinzi, gesagt, daß es wenige von uns geben wird, die sich zur Apartheid bekennen.

Ich bekenne mich dazu, daß ich sie als eine Politik – ich muß sogar noch schärfer werden –, als eine Menschenrechtsverletzung qualifiziere und ihr daher nicht folgen kann. Wenn ich es diesmal übernommen hatte, während meines Aufenthaltes in der Delegation den Standpunkt in der Apartheidfrage darzulegen, so war das nicht die Stimme eines Abgeordneten, wie wenn ich in der Interparlamentarischen Union spreche oder im Europarat das Wort ergreife, wo ich aus eigener Verantwortung spreche, sondern ich habe diese Stimme als österreichischer Delegierter zu den Vereinten Nationen abgegeben und damit die Regierungsstellungnahme. Das muß ich in aller Klarheit darlegen.

Es waren zwei Dinge, die mich veranlaßt haben, dies zu tun.

Erstens einmal ist die Frage der Ablehnung der Apartheid eine Frage der Kontinuität der österreichischen Außenpolitik. Denn wenn Sie zurückverfolgen, was wir zu diesem Problem in der Generalversammlung der Vereinten Nationen in den Jahren gesagt haben, als noch ÖVP-Minister verantwortlich waren, so lag das auf dieser Linie. Ich hätte diese Stellungnahme nie abgegeben, wenn in ihr Sätze enthalten gewesen wären, die ich nicht hätte bejahen können. Dann hätte ich es jemandem anderen überlassen.

Der zweite Grund ist noch viel persönlicher. Ich glaube, eine Regierung und ein Volk sind dann glaubwürdig in der Frage der Verfolgung der Menschenrechte, wenn sie dort, wo tatsäch-

Dr. Karasek

lich Menschenrechtsverletzungen vorliegen, eine feste Haltung einnehmen, unbeschadet, wo und wer es ist; insbesondere dann, wenn wir der UNO vorwerfen – was Sie tun und was auch ich tue –, daß sie blind ist für Menschenrechtsverletzungen in anderen Teilen Afrikas oder in anderen Teilen der Welt.

Ich habe es im Vorjahr gesagt – ich darf mich ausnahmsweise selbst zitieren – und kann es heuer zu diesem Punkt nicht besser sagen: „Menschenrechte dürfen nie und nimmer als eine Einbahnstraße betrachtet werden. . . Menschenrechte gelten nicht nur für Südafrika, sondern sie gelten auch für Idi Amin. Sie gelten nicht nur für Rhodesien, sondern sie gelten selbstverständlich auch für Argentinien. . . Folter und Mord sind abscheulich“ – das waren meine Worte damals – „aber nicht nur wenn weiße Regime Schwarze foltern und morden, sondern auch dann, wenn schwarze Regime Schwarze oder Weiße morden.“

Ich habe gerade an dem Tag, an dem ich bei der UNO gesprochen habe, in einem Gespräch, das ich am Vormittag mit Generalsekretär Waldheim zu führen Gelegenheit hatte, gesagt, er möge sich nicht täuschen: Wenn ich zur Apartheid-Politik spreche, so spreche ich ja nicht anders, als er selber als Außenminister vor der UNO gesprochen hat. Ich sagte ihm aber auch dazu, daß die Frage der Doppelbödigkeit der UNO-Moral gerade in Ländern wie den unseren sehr oft aufgeworfen und kritisiert wird und daß wir vermissen, daß in diesem Haus, in diesem Glaspalast nicht auch über andere afrikanische oder asiatische Staaten oder wo immer Menschenrechtsverletzungen stattfinden, so diskutiert wird wie über Südafrika.

Wenn wir bei dem Kapitel Menschenrechtsverletzungen sind, möchte ich sagen: Gerade weil ich in der Interparlamentarischen Union Mitglied des Chilekomitees bin und weil wir auch dort eine ganze Reihe von abscheulichen Beispielen von Folterungen, Einkerkierungen von Parlamentariern und Unterdrückung demokratischer Rechte festgestellt haben, fühle ich mich gezwungen, hier von dieser Tribüne auch darauf hinzuweisen und nicht zu schweigen.

Ich möchte meinen Kollegen Ermacora erwähnen und zitieren, der vor diesem Chilekomitee der IPU als Vertreter der UNO-Menschenrechtskommission erschienen ist und uns erdrückendes Beweismaterial darüber vorgelegt hat, was dort geschehen ist.

Wir lesen jetzt eine Artikelreihe in der Zeitung „Die Presse“, und natürlich kann man sich mit Recht die Frage stellen, meine Damen und Herren, ob das Regime vor Herrn Pinochet, nämlich das Regime Allendes, ein Rechtsstaat

war, oder ob nicht auch schon in dieser Zeit dort Menschenrechtsverletzungen vor sich gegangen sind und man nicht etwa heute mit Angriffen gegen Pinochet das verdrängt, was vielleicht vorher dort geschehen ist.

Aber ich glaube, man kann von der Linie nicht abgehen, wenn man glaubwürdig sein will, glaubwürdig zu diesen Fragen sprechen will, nämlich daß Verletzungen der Menschenrechte immer denunziert werden müßten, wo immer sie geschehen und wann immer sie geschehen.

Das gibt mir auch die Veranlassung zu sagen: Wir müssen einen Appell an alle internationalen Organisationen, ob es UNO, IPU, Europarat oder was immer ist, richten, nicht nur Südafrika und Chile an den Pranger stellen, denn mindestens die Hälfte der UNO-Staaten, die schnell bei der Hand sind, Menschenrechtsverletzungen in diesen beiden genannten Staaten zu verurteilen, praktizieren selbst Menschenrechtsverletzungen.

Von den kommunistischen Staaten des Ostens, auch das muß man einmal klar aussprechen – ich hüte mich immer davor, von dieser Tribüne aus Staaten namentlich zu nennen, aber ich glaube, gerade in diesem Zusammenhang muß man diese diplomatische Zurückhaltung, die uns durch den Beruf eigen, ja fast angeboren ist, abstreifen –, bis nach Afrika und Asien gibt es diese: Was machen die Menschenrechte bei Herrn Idi Amin in Uganda? Was machen die Menschenrechte in Abessinien? Was geschieht im Kaiserreich Bokassas in Zentralafrika, was in Nigeria, was in Argentinien, was in Angola? Ich will nicht weiter die Liste verfolgen, aber in diesem Zusammenhang war das zu sagen und darzutun.

Unter den erfreulicheren Aspekten, meine Damen und Herren, des UNO-Besuches waren die Kontakte, die wir haben konnten und hatten mit jenen Beamten und Kollegen, die sich mit den friedenserhaltenden Operationen der UNO beschäftigen.

Von den 8 000 UNO-Soldaten sind 850 Österreicher. Mit anderen Worten, jeder zehnte UNO-Soldat ist ein Österreicher, und das ist ein sehr erfreulicher Aspekt. Es ist vielleicht wirklich angebracht, daß wir hier heute wieder einmal einen Dank an die Offiziere, an die Mannschaften und auch an die Polizeiberater, die im UNO-Kontingent dienen, zum Ausdruck bringen und aussprechen. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Wie man uns berichtet hat, bringen diese UNO-Einsätze, auch wenn sie finanzielle Rückstände aufweisen und insoweit eine zusätzliche Belastung für Österreich sind, auch manchen materiellen Vorteil für uns. Jedes eingesetzte

Dr. Karasek

Bataillon, so wurde uns gesagt, bringt einen Zuwachs an Geräten für ein weiteres Bataillon – wenn man doch nur daran denkt, daß etwa die Abschreibungsfrist vier Jahre ist, aber die tatsächliche Verwendung zehn Jahre. So jedenfalls – wenn auch der Minister Prader mit dem Kopf wackelt – wurde es mir von einem Generalstabsoffizier gesagt.

Aber wichtiger vielleicht als dieser materielle Vorteil ist der ideelle Vorteil. Der österreichische Soldat findet durch internationale Anerkennung – und diese wird ihm reichlich zuteil – auch seine Selbstbestätigung.

Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich noch ganz kurz mit der KSZE-Folgekonferenz von Belgrad beschäftigen. Ich möchte mein uneingeschränktes Lob für die Beamten und die Kollegen des Außenministeriums hier zum Ausdruck bringen, und zwar sowohl für jene, die in Belgrad tätig sind, als auch für jene, die wir in der UNO-Mission in New York angetroffen haben. In der multilateralen Diplomatie haben wir heute wirklich einen Stamm von Beamten, die durchaus ihren Mann stellen.

Es ist vielleicht wirklich schwer, eine endgültige Beurteilung über Belgrad zu geben. Wir sollten vielleicht zuwarten bis Feber, bis wir einen Gesamtüberblick haben.

Ich glaube, sehr wesentlich ist doch, daß das Prinzip der Menschenrechte im Korb 1, soweit ich das jetzt beurteilen kann, nicht entwertet werden konnte durch einen Hinweis auf das Prinzip der Nichteinmischung durch die Sowjetunion und andere östliche Regierungen. Wir haben immer in diesem Hause und in unseren Gesprächen mit dem Herrn Außenminister den Standpunkt vertreten, daß wir von der Gleichwertigkeit aller Prinzipien, aller zehn Prinzipien ausgehen müssen und nicht ein Prinzip gegen das andere ausgespielt werden kann, um es unwirksam zu machen.

Wir stellen uns natürlich nach Belgrad die Frage, welche Fortentwicklung es nehmen soll. Soll es bloß ein jeweiliges verbales Treffen sein?

Und auch da bringe ich hier einen Gedanken zum x-ten Male vor, der schon oft Gegenstand unserer Erörterung war. Wir sollen nicht müde werden, auf die Wechselwirkung zwischen politischer Entspannung und militärischer Abrüstung hinzuweisen.

Ich erinnere den Kollegen Czernetz daran, daß uns eine belgische Journalistin beim Symposium in Straßburg mit der Frage provoziert hat: Ja warum haben denn die Westmächte in Belgrad den Vorschlag der Sowjetunion nicht ernst genommen, nämlich auf die Anwendung

der Atombombe zum ersten Schlag zu verzichten?

Natürlich mußte man hier sofort sagen: Weil man nicht einfach das politische und militärische Gleichgewicht in Europa verändern kann. Und gerade dieser Hinweis hat uns dazu gebracht darzutun, daß es eben keine politische Entspannung mit hundert Belgrads und hundert solcher Konferenzen geben kann, wenn die Großmächte, wenn die Mächte, die hier in Wien bei der MBFR sitzen, es nicht endlich ernst damit meinen, auch auf dem Gebiete der militärischen Entspannung der Welt zu zeigen, daß es ihnen mit dem Frieden ernst ist.

Sicherlich ist die Perspektive, daß die Atombombe als erste eingesetzt wird, eine grausliche und furchtbare. Die „New York Times“ hat in der Vorwoche, am 25. November, Berechnungen angestellt und gesagt, daß im günstigsten Fall, wenn also ein oder zwei Atombomben abgeworfen werden, mindestens zwei Millionen, wahrscheinlich aber 20 Millionen Menschen in Europa getötet würden. Und sie schreibt: Ein sehr hohes Risiko besteht aber darin, daß, wenn solche Atombomben über großen Städten abgeworfen werden, es leicht 100 Millionen sein könnten.

Daher ist der Gedanke, die Atombombe zu bannen und den ersten Schlag überhaupt auszuschließen, ein sehr verlockender. Aber dann müßte man natürlich die Berechnungen, die das Institut für strategische Studien in London über die Lage der Streitkräfte in Mitteleuropa gemacht hat, etwas ernster nehmen, denn diesen Berechnungen zufolge – das möchte ich auch noch kurz erwähnen – stehen 780 000 Mann Bodentruppen und 6 700 Tanks bei der NATO nicht weniger als 935 000 Mann und 16 000 Panzer bei den Warschauer Pakt-Mächten gegenüber.

Ich kann daher nur nochmals in dieser Kürze sagen: Es gibt keine politische Entspannung ohne militärische Entspannung. Belgrad und ihre Folgekonferenzen würden sicherlich die größte aller Enttäuschungen werden, wenn nicht endlich auf diesem Gebiet ein Fortschritt erzielt wird.

Abschließend noch ein paar Worte auch zum Europarat, der uns allen, die wir im Europarat tätig sind, ja sehr ans Herz gewachsen ist und wo wir, glaube ich, alle gerne arbeiten und auch eine nützliche Arbeit zu verrichten glauben.

Die EG-Länder – das sehen wir in allen internationalen Institutionen – treten zunehmend koordiniert als EG-Länder auf. Und die bevorstehende Direktwahl – das hat ja der Kollege Czernetz in seinem Debattenbeitrag

7020

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Dr. Karasek

gesagt – schafft natürlich Fragestellungen und gewisse Unruhen.

Ich habe in einer Publikation des schweizerischen politischen Departements von Anfang November folgenden Hinweis gefunden: „Der Begriff Europa – gemeint ist Westeuropa – wird in immer stärkerem Maß vor allem von den Vereinigten Staaten mit der 9er-Gemeinschaft, die sich bald von zehn auf zwölf erhöhen kann – und mit ihr allein –, gleichgesetzt. Es entspricht daher einer Notwendigkeit“ – so sagt die schweizerische offizielle Publikation – „immer wieder zu betonen, daß es auch noch ein anderes Europa gibt, das ebenso demokratisch und nicht gänzlich machtlos ist. Dies ist mit ein Grund, warum die Schweiz die Bemühungen für eine Intensivierung der Tätigkeit des Europarates, der die Neun und die Nichtneun umfaßt, unterstützt.“

Ich glaube, es werden viele mit mir konform sein, wenn wir die Bedeutung dieses Rates vornehmlich in folgenden Punkten sehen:

Erstens einmal möchte ich sagen: Der Europarat hat doch in den 25 Jahren seines Bestehens unerhört viel zur Harmonisierung der Gesetzgebungen in Europa beigetragen, schon allein durch die Existenz der 90 Konventionen, von denen wir, glaube ich, etwa zwei Drittel unterschrieben und ratifiziert haben.

Nicht zu unterschätzen ist zweitens die Bedeutung der Fachministerkonferenzen des Europarates, die doch in einer immer größeren Regelmäßigkeit stattfinden. Ich erinnere an die Justizministerkonferenz vor zwei oder eineinhalb Jahren, die die Terrorismuskonvention gebracht hat. Und ich finde den Vorschlag von Herrn Wischnevsky äußerst interessant, wenn schon nicht im Rahmen der UNO, so doch zumindest im Rahmen des Europarates zu versuchen, die einzelnen Regierungen dafür zu gewinnen, eventuell eine gemeinsame europäische Terrorismusabwehrgruppe aufzustellen.

Ich glaube, Kollege Czernetz, wir werden in der parlamentarischen Versammlung diesbezüglich wahrscheinlich relativ leicht oder relativ einfach ein positives Echo finden. Ich fürchte nur das Grab des Ministerrates, in dem gute und positive Vorschläge dieser Versammlung nur allzu oft verscharrt werden.

Es gibt die Unterrichts- und Kulturministerkonferenzen, die sehr viel beigetragen haben zu gemeinsamen Auffassungen in einer gemeinsamen europäischen Kultur- und Schulpolitik.

Es gibt aber auch Sportministerkonferenzen, Familienministerkonferenzen. Ich will mich hier nicht verlieren.

Drittens würde ich sagen: In letzter Zeit ist immer mehr auch die Bedeutung der zahlreichen Symposien zu sehen. Allein in den 14 Tagen oder drei Wochen, die ich jetzt nicht hier war, habe ich Einladungen zu drei Symposien des Europarates bekommen: das dritte kriminologische Symposium, das Symposium über Energie und Umwelt und das Symposium über die europäische Sozialcharta und Sozialpolitik, das, glaube ich, nächste Woche in Straßburg stattfindet.

Man könnte dauernd an Symposien teilnehmen, möchte ich sagen, und die ganze Zeit versorgt sein. Aber das ist nur ein Zeichen einer unerhörten Aktivität dieses Europarates.

Viertens und letztens möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß die Parlamentarische Versammlung an sich als Forum der Begegnung für Parlamentarier und als eine politische Szene für Staatsmänner, von Regierungschefs, Außenministern bis zu Fachministern, doch sehr bedeutend ist. Auch unsere Möglichkeit, alljährlich mit Parlamentariern aus den USA und Kanada anlässlich der OECD zu einer Debatte zusammenzutreffen, sei nicht verschwiegen.

Skandalös empfinde ich, was Kollege Czernetz hier schon gesagt hat, nämlich das Verhalten des Ministerrates hinsichtlich der Budgetkürzungen – wenn ich das so nennen kann – im Zusammenhang mit dem Hinzukommen von neuen Mitgliedern. Aber ich habe mit Befriedigung festgestellt, daß zumindest der österreichische Außenminister dort jene Linie vertreten hat, die wir im Ausschuß erbeten haben, als wir darüber sprachen.

Zuletzt will ich auch noch erwähnen, daß an uns herangetragen wurde, wir sollten die Südtirol-Frage wieder vor den Europarat bringen und das Komitee wieder aufleben lassen. Ich möchte hier keinen Zweifel daran lassen, Herr Bundesminister, daß es vor allem Aufgabe der österreichischen Regierung und nicht der Parlamentarischen Versammlung wäre, diese Frage mit aller Energie weiter zu verfolgen, bei der italienischen Regierung auf die Erfüllung des Paketes zu bestehen, die offenen Probleme mit Nordtirolern und Südtirolern zu besprechen und uns dann allenfalls wissen zu lassen, ob es sinnvoll ist, daß wir diese parlamentarische Ebene im Europarat benützen, um auf interparlamentarischer Ebene – jetzt aber in anderem Zusammenhang gemeint –, in dieser Frage etwas zu tun.

Es gibt offene Probleme bei der Paketdurchführung. Es gibt das offene Sprachenproblem, auf das Sie uns selbst, Herr Bundesminister, aufmerksam gemacht haben. Wir stehen dahinter, ich glaube, alle in diesem Hause stehen

Dr. Karasek

dahinter, daß in der Südtirol-Frage von unserer Regierung und von den politischen Kräften in Nord- und Südtirol alles getan wird, denn es ist ein gesamtösterreichisches Anliegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abschließend möchte ich noch sagen, daß ich an die Zukunft dieses Europarates glaube als eines Forums der politischen Zusammenarbeit von nunmehr 20 europäischen Staaten, die auf dem Boden der pluralistischen Demokratie stehen und im Bekenntnis zur Respektierung der Menschenrechte geeint sind. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort kommt Frau Abgeordnete Anneliese Albrecht.

Abgeordnete Anneliese **Albrecht** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn ich mich heute wieder der humanitären Außenpolitik zuwende, so geschieht dies in sehr engem Zusammenhang mit den Beiträgen meiner Vorredner. Denn auch bei den Bemühungen, humanitäre Probleme zu bewältigen, ist ja die Frage entscheidend, was sich in der Welt geändert hat oder was eben im Begriffe ist, sich zu ändern.

Wir haben uns ja auch vor kurzer Zeit noch nicht träumen lassen, daß etwa Sadat nach Israel reisen würde. Wir haben uns nicht träumen lassen, daß Rhodesiens Premier Smith nun die Gleichwertigkeit der Stimmen anerkennt, egal ob sie von Weißen oder von Schwarzen abgegeben werden – sehr zum Unterschied von Südafrikas Vorster. Sie können heute schon in den morgigen Zeitungen von einem grandiosen Sieg Vorsters lesen. Nun, es haben ja nur die Weißen gewählt. Herr Primarius Dr. Scrinzi, da finde ich gar nicht mehr, daß das eine doppelbödige Moral ist, sondern ich finde das eigentlich schon unmoralisch.

Wir haben uns auch nicht träumen lassen, daß etwa der KP-Chef eines Landes wie Spanien, in dem doch immerhin noch emotionelle Bürgerkriegstraditionen da sind, sagt: Die Freundschaft der Sowjetunion mit anderen Ostländern ist wie die Freundschaft eines Hais mit Sardinien.

Wir konnten uns noch vor kurzem kaum vorstellen, daß die Kommunisten Europas unbesorgt Bündnisse und, wie es heißt, historische Kompromisse mit den Konservativen schließen, wobei sehr vieles über die Methoden und die Ziele noch unklar bleibt. Unklar sind etwa auch die Ziele des Terrorismus, über den heute schon sehr viel und eingehend debattiert worden ist; vor allem über jenen Terrorismus, den wir hierzulande eben meinen, wenn wir Terrorismus sagen. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Dr. Fischer hat hier sehr umfassend das gesagt, was in dieser Situation darüber zu sagen ist.

Es ist auch hingewiesen worden auf den, man könnte sagen, staatlich konzessionierten Terrorismus der Diktaturen. Dazu kommt der rein kriminelle Terrorismus, wobei aber hier die Grenzen verschwimmen. Etwas abstrakter gesagt – es wurde dies auch schon vom Präsidenten Czernetz erwähnt –, gibt es auch den Terror der Armut.

Es ist uns bisher nicht möglich gewesen, die Armut zu verringern, und auch nicht, die Unwissenden wissender zu machen oder die Rüstung einzudämmen. Und so ist damit im Zusammenhang die Frage der Menschenrechte, die Wahrung der Menschenrechte das Problem unseres Jahrhunderts geworden. Die Hoffnung, daß die humanitären Fragen nun leichter und konfliktloser zu lösen wären, hat sich bisher wohl kaum erfüllt, was ja auch Belgrad zeigt.

Ich möchte hier nur einen Ausspruch eines Delegierten zitieren, der die Menschenrechte betrifft und der sich gegen die Sowjetunion gerichtet hat. Der Niederländer van der Valk meinte, es gehe auch darum, die Mißhandlung des Menschen durch den Mißbrauch der Medizin zu verhindern. Hier hat sich auch der 6. Weltkongreß der Psychiater angeschlossen. Es wurden dort drei Resolutionen gegen den Mißbrauch der Psychiatrie für politische Zwecke beschlossen.

Es ist sicher sehr wichtig, daß sich nicht nur die Politiker, sondern auch die Wissenschaftler in zunehmendem Maße mit diesem Problem beschäftigen. Denn wir wissen, daß ja in den Ostländern die Zahl der Regimekritiker, der Dissidenten zunimmt. Auch in der DDR mußte Honecker kürzlich zugeben, es gebe einige Abtrünnige. Und wenn Honecker „einige Abtrünnige“ sagt, dann kann man sich natürlich vorstellen, daß das auch schon für die DDR ein Problem geworden ist.

Auch dieser Menschen nimmt sich Amnesty International an; die Gefangenengorganisation, die gemeinsam mit den beiden irischen Friedens- und Freiheitskämpferinnen den Nobelpreis bekommen hat. Aus den Statistiken geht hervor, daß in über 100 Ländern politische Gefangene leben – wenn man das leben nennen kann –, daß man die Gewissensgefangenen auf 500 000 schätzt und daß sehr viele Frauen unter ihnen sind. *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Sie alle, meine Damen und Herren, haben ja die Broschüre bekommen, aus der hervorgeht, daß 62 Parlamentarier, also Kollegen von uns, aus 18 Ländern inhaftiert wurden oder auch spurlos verschwunden sind. Ein besonders tragisches Beispiel – nur eines unter vielen – ist das von George Moseti Anyona, einem Parla-

7022

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Anneliese Albrecht

mentarier aus Kenia, der immer gegen die Korruption gesprochen hat und auch dagegen, daß zwei seiner Kollegen inhaftiert wurden. Er wurde direkt aus dem Parlament heraus verhaftet und in den Kerker geworfen.

Manchmal verschwinden aber auch die Festgenommenen spurlos. Bei Chile kann man nicht einmal manchmal sagen, hier, schätzt man, sind es 2 000 Menschen. Und ich kann, Herr Dr. Karasek, Ihren Verdacht nicht teilen, daß es bei Allende ähnlich gewesen sei, bei dem frei gewählten Allende!

Ich habe kürzlich mit einer Chilenin gesprochen. Meine Damen und Herren, es ist natürlich schon etwas ganz anderes, wenn man mit einer Frau spricht, deren Mann verschwunden ist, wenn man diese durchaus nicht zur Schau getragene Verzweiflung spürt, dieses Unglück und den Drang, irgend etwas zu tun, zu helfen. Die Frauen in Chile haben sich sehr mutig gezeigt, sie haben an die Welt appelliert, doch zu schauen und irgend etwas zu tun. Sie sind in den Hungerstreik getreten, und eine kleine Gruppe von drei Frauen ist nach New York und Genf gefahren und hat auch dort gefordert, man möge eine neue UNO-Kommission zusammensetzen, daß Pinochet nicht so leicht verwehren kann, daß sie in das Landesinnere kommt und hier die Dinge untersucht. Bis jetzt wurde nämlich diese Einreise mit dem Hinweis verweigert: Ja was wollen Sie denn, es gibt doch in Chile gar keine politischen Gefangenen. Unter dem Druck aktenkundiger Fälle mußte dann doch zugegeben werden, es wären 500.

Ich glaube, es wäre höchst notwendig, daß sich die Scheinwerfer des Weltgewissens stärker auf diese Situation in Chile richten, aber auch auf diese Frauen, die nicht wissen, welches Schicksal sie erwartet, wenn sie heute in ihre Heimat zurückkehren.

Aber diese Zustände in Chile, die die Welt so empören, empören nicht jedermann. Franz Josef Strauß, der dort zu Besuch war, imponierten sogar die Verhältnisse, wie sie dort sind. Ja, man hatte fast den Eindruck, hier wäre man zu Besuch bei einem lieben Verwandten.

Es verschwinden auch in anderen Ländern Mittel- und Südamerikas Menschen. Ich habe eine Liste von Namen. Ich habe auch eine Liste von Namen, die Kinder betreffen, und zwar wirft man das Uruguay vor: Kinder im Alter von zwei bis sechs Jahren. Und wenn man weiß, wie Diktaturen unter Umständen mit Kindern umgehen, dann ist hier Sorge sehr berechtigt.

Es bleibt abzuwarten, wie sich Carters Bekenntnis zu den Menschenrechten auf die Folterländer auswirken wird, auf die Länder, die

Mord, Entführung und Kerker als politische Mittel anwenden.

Angesichts dieser tagtäglichen Menschenrechtsverletzungen ist auch auf der Tagung der internationalen Konferenz in Stockholm vorgesehen, sich mit der Todesstrafe – ein sehr ernstes Problem, Herr Abgeordneter Steinbauer – und auch mit dem Phänomen des politischen Mordes und der politischen Entführung zu befassen. Also auch hier nehmen sich die Wissenschaftler dieses Problems an, was man nur sehr begrüßen kann.

Daß sich die UNO mit den Menschenrechtsverletzungen beschäftigt, darauf wurde auch heute schon hingewiesen. Ich möchte dies nicht wiederholen, nur zwei Dinge vielleicht in bezug darauf, wie aktiv Österreich ist. Es gibt im Sozialausschuß der UNO zwei Beschlußanträge zur Abschaffung der Folter, wesentlich aus österreichischer Feder, und, was wichtig ist, es soll auch Folterungen nachgegangen werden, die von politischen Bewegungen ausgeübt werden, die nicht über staatliche Autorität verfügen. Sie erinnern sich sicher an die UNO-Initiative, die die Luftpiraterie betraf und bei der Österreich ebenfalls federführend war und sich dabei den Unmut sowohl Israels als auch der arabischen Staaten zugezogen hat.

Wie sich das weltpolitische Klima auf die österreichischen Verhältnisse auswirkt, das haben wir erfahren, das wissen wir. Wir spüren auch die Aufschaukelung der Gewalt. Wir spüren gleichzeitig etwas verstärkt den sehr gefährlichen Ruf nach der starken Hand. Damit haben wir auch etwas importiert, das uns gar nicht freuen kann, nämlich eine gewisse Hitler-Nostalgie; man kann beinahe schon von einem Hitler-Boom sprechen.

Ich habe vor einem Jahr beim Kapitel Sicherheit auf die einschlägige Literatur, die damals noch eher vereinzelt war, hingewiesen. Inzwischen ist das alles sehr mächtig angewachsen. Es gibt hier Prospekte, die Sie alle ins Haus bekommen werden. Sie bekommen also Bücher über das Deutsche Reich und den Weltkrieg schon etwas verbilligt. Sie bekommen Langspiellplatten mit ungekürzten Reden Hitlers, Goebbels und anderer Größen der damaligen Zeit.

Es gibt auch Filme. Vor kurzem war eine Amerikanerin zu Besuch, der der Schreck in alle Glieder gefahren ist, als sie plötzlich eine Hakenkreuzfahne sah. Ja ist es denn schon wieder soweit, meinte sie. Das war ein Kino, das einen Hitler-Film gespielt hat und aus Propagandagründen eben die Hakenkreuzfahne hißte.

Diese Dinge gewinnen noch an negativer Bedeutung, wenn man sich die Studie anschaut,

Anneliese Albrecht

die das wissenschaftliche Institut für Zeitschichte über die Schulgeschichtsbücher gemacht hat. Es ist ein vernichtendes Ergebnis herausgekommen: falsche Bilder aus der Nazi-zeit, faktische Irrtümer, halbe Wahrheiten. Das alles bekommt unsere Jugend praktisch in allen Schultypen vorgesetzt.

Es ist also kein richtiges Gegengewicht zu diesen Büchern da, zu denen die jungen Leute natürlich greifen werden. Gestern erst gab es eine Pressekonferenz über den bekanntesten Hitler-Biographen. Er hat sieben Hitler-Bücher geschrieben und ist daraufgekommen, daß Hitler einen Sohn hat, daß er Enkel hat – also das Geschäft blüht.

Man könnte über diese Geschmacklosigkeiten ja vielleicht mit einer Handbewegung hinweggehen. Man könnte das abtun, wenn wirklich alles so überwunden wäre, wie es heißt. Es ist aber nicht so überwunden und schon gar nicht im Ausland. Schon spricht man wieder vom „häßlichen Deutschen“ und, wie Sie wissen, im Zusammenhang mit den deutschen Terroristen von „Hitlers Kinder“.

Österreich, zu den Zeiten des Tausendjährigen Reiches dazugehörig, muß schon sehr achtgeben, daß es hier nicht auch etwas abbekommt, das sein internationales Ansehen verschlechtern könnte; ein Ansehen, das Österreich auch deshalb errungen hat, weil es sehr aktiv für die Menschenrechte eintritt, und zwar auch im Inneren des Landes. Im Vergleich zu anderen Ländern schneiden wir hier sehr gut ab.

Aber sicherlich haben auch wir vor unserer eigenen Tür zu kehren. So gesehen ist es schon sehr interessant, daß sich eine Arbeitsgemeinschaft gefunden hat anläßlich der 30 Jahre der Deklaration der UNO, die achtgeben will, wieweit man die Menschenrechte in unserem Lande einhält, und zwar im besonderen was die psychisch Kranken, die Untersuchungshäftlinge, die Minderheiten betrifft.

Dazu soll doch in Erinnerung gerufen und betont werden, daß alle großen Reformen unserer Zweiten Republik im Sinne der Menschenrechte geschaffen und beschlossen worden sind: etwa das neue Strafrecht und auch das Familienrecht, aus dem die Diskriminierung der Frau verschwunden ist. Schließlich gibt es auch die Einrichtung der Volksanwaltschaft im Sinne der Menschenrechte. Wenn sich ein Mensch in seinen Rechten gekränkt oder verletzt fühlt, hat er nun zusätzlich eine Möglichkeit, sich zu wehren.

Wir alle wissen, daß Gesetze allein nicht genügen, sondern daß das Umsetzen in die Praxis natürlich mindestens ebenso notwendig und wesentlich ist. Und daher ist die Wahrung

der Menschenrechte sicherlich die vornehmste Aufgabe der Parteien, der politischen Erziehung.

Ich habe zu meiner Freude in den Händen einiger oppositioneller Abgeordneter den Entwurf des SPÖ-Parteiprogrammes gesehen. Sicherlich werden die Herren dann auch das gefunden haben, worauf Minister Broda vor kurzem hinwies, nämlich daß im neuen Programm die Verankerung der sozialen Grundrechte in der Verfassung vorgeschlagen wird. Wir Sozialisten Österreichs verfolgen hier den Weg, den bereits 1919 der sozialdemokratische Verfassungsentwurf beschritten hat. Wir haben hier eine sehr lange und sehr gute Tradition auch auf internationalem Boden: Sozialistische Internationale im offensiven Kampf für die Menschenrechte, verstärkter Nord-Süd-Dialog, wie Brandt eben wieder sagte, die Erarbeitung eines Weltwirtschaftsprogramms.

Aber auch die Außenpolitik, im besonderen natürlich die humanitäre Außenpolitik unseres Landes, zielt darauf ab, die Menschenrechte zu wahren. Unabhängig von den Resultaten in Belgrad wird Österreich seine eingeschlagene Linie verfolgen. Das heißt, es wird die Grenzen allen offenhalten, die sich als Hilfesuchende oder Verfolgte an uns wenden. Außenminister Pahr hat wiederholt formuliert, daß humanitäre Erwägungen vor den politischen zu setzen sind. Österreich wird also weiter für die Betroffenen eintreten und sich bemühen, ihr hartes Los zu lindern.

Wir werden uns vielleicht auch fragen: Was ist denn geschehen auf dem Gebiete der Familienzusammenführungen, der Eheschließungen, der Besuchsreisen? Es hat hier seit meiner letzten Wortmeldung einige Akzentverschiebungen gegeben.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie nun auf Grund der vorgeschrittenen Stunde nicht mit Zahlen aufhalten, aber grundsätzlich doch informieren, wie es hier aussieht. Die Hoffnung, daß die anhängigen Fälle mit Bulgarien in Kürze vollständig gelöst werden können, hat sich trotz Versprechens von bulgarischer Seite nicht erfüllt.

Mit Rumänien ist nach wie vor die größte Zahl humanitärer Fälle anhängig. Es konnte hier wohl einiges schon getan werden, aber generell bleibt die rumänische Vorgangsweise restriktiv und widersprüchlich. Eines ist vielleicht ganz interessant, nämlich daß es nach rumänischer Auffassung gar keine Fragen von Familienzusammenführungen mehr geben kann, denn schließlich ist es ja schon 30 Jahre her, daß der Zweite Weltkrieg beendet wurde. Das ist eine Ansicht, die wir nicht teilen.

Anneliese Albrecht

Was unser Nachbarland, die Tschechoslowakei, betrifft, so kann man zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht sagen, wie sich der Besuch von Ministerpräsident Štrougal auswirken wird. Wir hoffen natürlich positiv, denn augenblicklich ist es noch immer so, daß man auch in der Tschechoslowakei bei der Bearbeitung humanitärer Fälle nicht eben entgegenkommender geworden ist. In der DDR ist die Lage differenzierter. Hier konnte sehr viel getan werden. So gut wie alle Fälle sind erledigt, nur bei der Genehmigung von Besuchsreisen verhält man sich zurückhaltend.

Betrachtet man das verfügbare Zahlenmaterial, so gewinnt man dennoch den Eindruck einer vielleicht etwas zäh, aber doch sich verbessernden Situation. Gewiß, meine Damen und Herren, sind das keine spektakulären Erfolge, aber für jeden einzelnen sind diese humanitären Schritte sehr oft schicksals- und lebensbestimmend.

Abschließend vielleicht nur noch ein Satz: Es ist sehr zu hoffen und zu wünschen, daß das beharrliche und vielseitige Eintreten Österreichs für die Menschenrechte seine moralische Wirkung auf eine Entwicklung nicht verfehlt, die stärker als bisher eine positive Einflußnahme nötig hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem außenpolitischen Höhenflug unserer parlamentarischen Europäer - Czernetz, Karasek, Scrinzi, Luptowitz - und nach den Ausführungen der Frau Abgeordneten Albrecht will ich wieder auf den Boden unserer bescheidenen außenpolitischen Betrachtungsweise zurückkehren und es mir im wesentlichen versagen, auf die interessanten Ausführungen meiner Vorredner näher einzugehen.

In einem, Herr Abgeordneter Dr. Karasek, folge ich Ihnen vollinhaltlich: daß man Menschenrechte nicht mit zweierlei Maß messen kann. Ich kann diesen Grundsatz nicht nachdrücklich genug unterstreichen und wünsche mir, daß er auch in unserer österreichischen Außenpolitik in den internationalen Foren vollinhaltlich zum Ausdruck kommt und bei den Vereinten Nationen einen entsprechenden Niederschlag findet, gerade aus der Sicht unseres kleinen neutralen Landes, das materiell über wenig außenpolitisches Kapital verfügt, ideell aber ein großes außenpolitisches Ansehen besitzt.

Auf Grund dieses großen ideellen außenpolitischen Kapitals und Ansehens sollten Öster-

reich und seine Außenpolitik gerade im Bereich der Vereinten Nationen, wenn es dort um die Menschenrechte geht, sehr, sehr sorgfältig zu Werke gehen.

Ich kann mich der Kritik meines Fraktionskollegen Dr. Scrinzi nur vollinhaltlich anschließen, wenn er zum Ausdruck brachte, daß er nicht davon überzeugt ist, daß wir in dieser Frage bei den Vereinten Nationen grundsätzlich und korrekt genug zu Werke gegangen sind.

Nach zwei Südafrikabesuchen maße ich mir kein Urteil über die dortigen Verhältnisse an. Ich bin mit vielem, was ich bei diesen beiden Südafrikabesuchen gesehen habe, nicht einverstanden, aber zu urteilen und zu verurteilen steht mir nicht das Recht zu. Gerade dann, wenn die sozialistische Mehrheitsfraktion des Hauses Besuche Südafrikas meidet und die Mehrheitsfraktion dieses Hauses somit über keine persönlichen Eindrücke über die dortigen Verhältnisse verfügt, wird das Beurteilen der Situation Südafrikas noch schwieriger.

Ähnlich wie mit der sozialistischen Mehrheitsfraktion verhält es sich ja auch mit der österreichischen Diplomatie, Herr Bundesminister. Auch diplomatische Vertreter gehen nur dann nach Südafrika, wenn es unvermeidbar ist. Und gerade an Ihnen, Herr Dr. Pahr, hat mich besonders die Haltung gestört, die Sie als Ressortchef zur Frage Südafrika eingenommen haben, weil ich nicht davon überzeugt bin, daß Sie über einschlägige Südafrikaerfahrungen verfügen und auf Grund Ihrer bisherigen Amtsführung in der Lage sind, die Situation dort einigermaßen tauglich zu beurteilen.

Über der Apartheid liegt meines Erachtens der Fluch des Goldes. Hätte man Ende des vergangenen Jahrhunderts nicht das Goldruff von Johannesburg entdeckt, wer weiß, ob es zur Rassentrennung in Südafrika gekommen wäre. Man brauchte Mineure, um die Schächte in den Goldbergwerken niederzubringen. Die Schwarzen vermochten diese Arbeit nicht zu leisten. Man holte Mineure aus Europa, Amerika, Kanada. Diese sind dann einem gewerkschaftlichen Schutz unterworfen worden. Ich kann hier nicht nachdrücklich, ernst und sachlich genug unterstreichen, daß die heutige Apartheid ihre Ursache und ihre Wurzeln in der Sorge der Gewerkschaftsbewegung um diese Mineure am Ende des vergangenen Jahrhunderts hatte, als es darum ging, weiße Mineure einem entsprechenden Schutz zu unterwerfen. Was sich daraus alles entwickelt hat, ist vielfältig und würde den Rahmen der heutigen Rede sprengen.

Nur eines sollten der freie Westeuropäer und der neutrale Österreicher nicht vergessen: daß 80 Prozent des westeuropäischen Erdölbedarfes

Peter

über die Kaproute laufen und daß unten im Marinestützpunkt Simonstown Südafrikaner eine Aufgabe miterfüllen, die dem freien Europa dient. Man sollte diesen Dingen etwas tiefer auf den Grund gehen, als das bei dieser Debatte geschieht.

Es ließe sich unendlich viel darüber sagen, und es wäre höchst interessant, eine solche Südafrika-Debatte hier im Parlament emotionsfrei zu führen, aber es fehlt die Zeit.

Ich begrüße, was der Herr Abgeordnete Luptowits hinsichtlich gewisser Notwendigkeiten in Richtung Lateinamerika bezüglich der österreichischen Außenpolitik gesagt hat. Letzten Endes ist es doch nur das Eingeständnis, daß wir Südamerika, Lateinamerika in unserer österreichischen Außenpolitik noch nicht den gebührenden Stellenwert zugeordnet haben. Das ist sicher ein Fehler, den nicht nur wir Österreicher begangen haben, sondern der wahrscheinlich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von vielen westeuropäischen Ländern begangen wurde. Was wir dabei alles außer acht gelassen und vielleicht im Sinne des freien Europa verloren haben, läßt sich aus dieser Sicht schwer einschätzen.

Aber nun zu dem, worauf ich kurz eingehen möchte, zur österreichischen Auslandskulturpolitik. Hier, Herr Bundesminister, wäre an Sie die Frage zu richten: Sind wir einen Schritt vorangekommen?

Immer mehr prägt sich die Auslandskulturpolitik in der Terminologie der westeuropäischen Diplomatie zur dritten Säule der Außenpolitik aus. Die Bundesrepublik Deutschland ist eben auf dem Weg, die Auslandskulturpolitik neu zu entdecken. In der „Frankfurter Allgemeinen“ ist heute diesem Thema eine ganze Seite unter der Überschrift gewidmet: „Zu viel Eitelkeit in der Selbstdarstellung“.

Bei uns ist ein Vorwurf sicher nicht in diese Richtung zu erheben. Eher glaube ich, daß wir auch im Rahmen der Selbstdarstellung da und dort noch einen gewissen Nachholbedarf haben. Ich stehe allerdings unter dem Eindruck, daß die österreichische Auslandskulturpolitik noch nicht als dritte Säule unserer Außenpolitik bezeichnet werden kann. Ich schließe mich jenem Befund an, den der Herr Kollege Dr. Karasek in diesem Buch über die österreichische Auslandskulturpolitik erhoben hat, wenn er darin ausführte: „Das System der österreichischen Auslandskulturpolitik leidet an einer gewissen Sklerose in personeller Hinsicht.“

Da ergibt sich ein weites Feld für Reformansätze. Diesem Befund, dieser Diagnose wäre nun die Therapie, Herr Bundesminister, anzufügen.

Hier, glaube ich, lägen interessante Ansatzpunkte für einen Gedankenaustausch.

Gehen wir davon aus, daß viele Bereiche der Wirtschaft – und dafür müssen wir den Außenhandelsstellen der Bundeswirtschaftskammer dankbar sein – den Österreich-Wochen im Ausland einen entsprechenden Stellenwert zuordnen, daß wir im Rahmen dieser Österreich-Wochen im Ausland auch oft eine sehr gute kulturelle Präsenz aufzuweisen haben und daß sich sozusagen im Subabonnement entsprechend wertvolle Ansatzpunkte für die Auslandskulturpolitik ergeben. Diese Ansatzpunkte verdanken wir aber nicht in erster Linie dem Ressort, sondern der kulturellen Aufgeschlossenheit weiterer Bereiche der Wirtschaft Österreichs. Dies muß auch aus der Beurteilung der Nationalratsarbeit einmal festgehalten werden.

Hier wäre aber noch viel in Richtung einer Koordinierung zwischen Auslandskulturpolitik und den Möglichkeiten im Bereich der Wirtschaft zu tun, obwohl ich mir im klaren darüber bin, daß es ungelöste Kompetenzfragen gibt beziehungsweise überhaupt keine Kompetenzen vorhanden sind. Somit muß wieder einmal wirksam werden, was den Österreicher ja so sehr auszeichnet: Er versteht es zu improvisieren, und aus der Improvisation heraus könnten noch wertvollere auslandskulturpolitische Ansätze geschaffen werden, als dies bereits der Fall war.

Die Ziele der Auslandskulturpolitik lassen sich kurz dahin gehend zusammenfassen, daß es vor allem die Aufgabe der Selbstdarstellung ist, daß es um einen ausgeprägten Kulturaustausch geht und daß die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit eines weiteren Ausbaues bedürfen.

In der Selbstdarstellung ist uns eines gelungen: Das traditionelle Österreichbild steht präsent genug im Raum der Welt. Es ist ein sympathisches, es ist ein positives Österreichbild.

Offen ist für mich die Frage, wie diesem Traditionsbild Österreichs das Gegenwartsbild hinzugefügt wurde beziehungsweise wird. Hier liegt ein entsprechender Nachholbedarf in unserer Auslandskulturpolitik. Das schöngestaltete Österreichbild ist präsent und dominiert. Das soziale, wirtschaftliche und naturwissenschaftliche Österreichbild bedarf im Ausland noch einer entsprechenden Anreicherung.

Hinsichtlich der neun Kulturinstitute, Herr Bundesminister, muß man die Frage aufwerfen: Soll im Rahmen des Bisherigen weitergearbeitet werden, bleibt man bei der bisherigen traditionellen Arbeit, oder setzt man neue Akzente in Form von Schwerpunkten? Die neun Institute sind sehr wenig. Sie sind aber für unsere

7026

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Peter

Verhältnisse an und für sich sehr kosten- und personalintensiv. Wenn ich dies berücksichtige, dann bin ich mit der Arbeit aller neun Kulturinstitute nicht zufrieden und glaube, daß weitere Überlegungen von den zuständigen Mitarbeitern Ihres Ressorts angestellt werden müßten.

Gerade von diesen neun Kulturinstituten muß man besondere Leistungen in der weiteren Entwicklung erwarten, was nicht heißt, daß sie bisher keine oder nicht zufriedenstellende Leistungen erbracht hätten. Es geht um neue Problemstellungen, um die Prüfung einer Veränderung und Weiterentwicklung der Arbeitsweise dieser Kulturinstitute im Sinne von Clearing-Häusern oder Servicestellen. Kulturinstitute sind und bleiben kulturelle Schaufenster Österreichs. Diesen kulturellen Schaufenstern Österreichs ist die beinahe unlösbare Frage angesichts der Budgetsituation gestellt: Wie kann man mit weniger Geld oder dem gleichen Geldaufwand eine noch attraktivere Auslands-kulturarbeit leisten, als das bisher der Fall war?

Dazu wird eine Aussage des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten deswegen notwendig sein, weil man ihm ja den Vorwurf macht, daß er die Auslands-kulturpolitik ins Hinterstübchen seiner Überlegungen zu rücken gewillt ist.

Es muß auch dem Ausbau des Netzes der Auslands-kulturräte die besondere Aufmerksamkeit zugewiesen werden. Da wir diese Arbeit mit sehr bescheidenen Mitteln leisten müssen, würde es sich um einen Kulturrat sui generis handeln müssen, von dem man besonders viel verlangt und dem man – ich zitiere Dr. Karasek – aus der „Fron“ der Missionschefs entlassen müßte. Das ist ein überlegenswerter Grundsatz, der mich sehr angesprochen hat, weil wir ja wissen, wie oft dort, wo es keine Kulturräte und Kulturattachés gibt, kulturorientierte österreichische Diplomaten Ersatzfunktionen in einer manchmal sehr überzeugenden Art und Weise ausführen.

Was soll nun dieser Kulturrat sui generis mitbringen: eine weitreichende Bildung, Herz und Verstand für die Kultur, Managerqualitäten, er soll ideenreich und phantasievoll sein, und er muß, um auf die Entlassung aus der „Fron“ der Missionschefs zurückzukommen, Steherqualitäten gegenüber dem Missionschef haben; eine beinahe unlösbare Aufgabe.

Sie waren so freundlich, Herr Bundesminister, mir am 21. Oktober 1976 zu diesem Thema folgendes zu sagen:

„Dem Herrn Abgeordneten Peter möchte ich sagen, daß auch wir der Kulturarbeit größte Bedeutung beimessen und ich die Idee, die

Bediensteten des Außenministeriums, die sich mit Fragen der Auslandskultur befassen, besonders auszubilden, gerne aufgreife. Wir haben ja seit kurzem eine wunderbare Institution, die Verwaltungsakademie, wo Weiterbildungskurse, wo Fortbildungskurse vorgesehen sind. Ich werde nicht verabsäumen, von dieser Möglichkeit im Interesse einer wirkungsvollen Ausbildung der Bediensteten des Außenministeriums auch in Fragen der Auslandskulturpolitik Gebrauch zu machen.“

Wie weit ist diese Ihre Idee, Herr Bundesminister, auf gutem Weg? Welche Ansatzfolge haben sich in diesem Zusammenhang bisher sicherstellen lassen? Und wie wird – das ist meine abschließende Frage – der weitere Stellenwert der Auslandskulturpolitik im Rahmen Ihrer Amtsführung sein? Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Mock. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP): Meine Damen und Herren! Angesichts der späten Stunde wäre man eigentlich geneigt, die Ausführungen mit der Bemerkung zu beginnen: Abschließend möchte ich feststellen ... Die Wichtigkeit der Themenstellung läßt mich jedoch einen Mittelweg versuchen. *(Ruf bei der ÖVP: O je! – Heiterkeit.)*

Herr Abgeordneter Czernetz! Weil ich gerade Ihren Ausführungen immer mit besonderer Aufmerksamkeit folge, möchte ich auf Ihre kritischen Bemerkungen gegenüber Bundesparteiobmann Dr. Josef Taus und seinem Aufsatz eingehen.

Ich möchte hier nur ganz kurz sagen, daß das, was hier zum Ausdruck kommt, die jahrelange Tendenz der Europapolitik der Österreichischen Volkspartei widerspiegelt, das heißt, die Zusammenarbeit mit dem integrierten Europa so intensiv zu suchen, wie es nur möglich und wie es nur vereinbar ist mit den rechtlichen Voraussetzungen eines immerwährend neutralen Landes und mit unserer Neutralitätspolitik. Da hat es ja auch in der Geschichte verschiedene und unterschiedliche Akzente zwischen den beiden großen Parteien gegeben, und das kommt einfach in dem Aufsatz von Dr. Taus zum Ausdruck. Daher, wenn Sie erlauben, war Ihre Kritik meiner bescheidenen Auffassung nach unberechtigt.

Ich möchte auch noch hinzufügen und das kurz unterstreichen, was Sie bezüglich des Budgets des Außenressorts gesagt haben. Ihre Bemerkungen – ich habe das schon einige Male hier bemerkt – zeichnen sich immer aus durch

Dr. Mock

beachtliche selbstkritische Ausführungen. Ich wiederhole, daß mir das sehr imponiert, weil das einen sehr großen Seltenheitswert hat.

Herr Bundesminister, vorweg zwei Detailbemerkungen zum Funktionieren des Außenpolitischen Rates: Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich persönlich der Vorgangsweise etwas skeptisch gegenüberstand. Man war mit dem Funktionieren und den Möglichkeiten des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrates nicht zufrieden. Mit Recht waren die Abgeordneten nicht zufrieden. Man ging auf gut österreichisch vor, man ließ das eine Gremium so bestehen, mit all den unbefriedigenden Eigenschaften, die es hatte, und schuf ein neues. Die Arbeitsweise hat sich mit der Zeit gebessert, und ich möchte vor allem unterstreichen, daß das Informationsmaterial, das wir von Ihnen seit einigen Monaten erhalten, sicherlich diese Arbeit im Außenpolitischen Rat bedeutend erleichtern wird.

Nun wurde auch, Herr Abgeordneter Czeretz, ich glaube, von Ihnen, bemerkt, daß sich Dr. Kreisky geirrt hätte bei der Beurteilung der Möglichkeiten des Sadat-Besuches bei Begin. Sie meinten, das sei ja nicht etwas so Besonderes, Sie würden ohneweiters zugeben, Sie hätten sich auch geirrt. Das werden auch viele andere zugeben. Bitte.

Wogegen wir uns verwahren, meine Damen und Herren, ist folgendes: Wenn der Herr Bundeskanzler zuerst die Absicht des ägyptischen Präsidenten Sadat, Israel zu besuchen, als „Spiegelfechtere“ bezeichnet und ihm wenige Tage später der Regierungsrundfunk sozusagen das Geleise legt, aus dieser Sackgasse wieder herauszukommen, indem der Rundfunkreporter sagt: „Das heißt, Herr Bundeskanzler, die Reise Sadats nach Jerusalem kann Sie eigentlich nicht so überrascht haben wie es die Menschen, die von diesen Verhandlungen und diesen Sondierungen nicht soviel gewußt haben, überrascht hat“, dann ist das eben Regierungsrundfunk mit Weihrauchfaß, und das wird von uns im Parlament immer wieder angekreidet! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Sie haben noch eine weitere interessante Bemerkung gemacht bezüglich der politischen Kapazität zum Friedensschluß von Staatsmännern auf internationaler Ebene. Sie haben darauf verwiesen, daß es nicht Mendès France oder Guy Mollet, die Sozialisten waren, die den Friedensschluß in Algerien herbeigeführt haben, sondern de Gaulle. Sie haben, glaube ich, irgendein weiteres Beispiel, ja eben das Beispiel Israels, gebracht, wobei ich im umgekehrten Fall Ihre Auffassung teile, was möglicherweise die Reaktion von Begin gewesen wäre.

Ein weiteres interessantes Beispiel, obwohl man die Amerikaner ja nicht in das europäische Parteienschema einzwängen kann, ist zum Beispiel auch die Tatsache des Friedensschlusses durch Eisenhower nach dem Korea-Krieg.

Ich glaube eben, wenn Sie diese Feststellung zulassen, daß sehr oft Politiker, die in der Mitte oder Mitte-rechts vom Parteienspektrum stehen, eine viel nüchternere Art haben, an die internationalen Probleme heranzugehen, und sich zeigt, daß sie oft viel befähigter sind, in einer schwierigen internationalen Situation einen Friedensschluß herbeizuführen, als Politiker von links, die, mag sein, von Idealismus, aber eben auch von Utopie geleitet sind. Ich glaube, daß das dahintersteht. Darüber könnte man lange diskutieren, an Hand von vielen Beispielen. Aber das ist ja fast wie ein roter Faden, wenn Sie wollen – oder Sie können auch eine andere Farbe nennen –, der sich durch die Geschichte durchzieht.

Meine Damen und Herren, ich möchte nun eine kurze Bemerkung zu der Tatsache machen, daß sich der Herr Bundesminister bei den letzten Auslandsbesuchen etwas überraschend – aber ich werte das durchaus positiv – auch mit unserem Außenhandel beschäftigt hat. Ob das in Budapest, in Paris oder in Bonn war.

Ich glaube nun, meine Damen und Herren, daß auch aller Grund vorhanden ist, sich Sorgen um die Entwicklung unseres Außenhandels zu machen. Ich darf vielleicht kurz an folgendes erinnern:

Im Jahre 1966 haben unsere Währungsreserven noch Importe für sechs Monate abgedeckt, im Feber 1977 wurden nur mehr Importe für zwei Monate durch unsere Währungsreserven abgedeckt. Im September 1977 – und das ist ein Tiefstand seit der Schillingstabilisierung nach dem zweiten Weltkrieg – sind durch die Währungsreserven nur mehr Importe für eineinhalb Monate abgedeckt gewesen.

Wir wissen um das Schwinden unserer Währungsreserven: in drei Jahren von 61 Milliarden auf 39 Milliarden und auf 31 Milliarden Schilling im Juli 1977. Ein rasantes Tempo, in dem unsere Währungsreserven schmelzen! Es ist daher jeder Grund vorhanden, sich unseres Außenhandels anzunehmen.

Nur muß man bei dieser Gelegenheit bemerken: Das macht ja auch der Herr Bundeskanzler, und auch hier macht er eine Luftballonpolitik. Ich darf daran erinnern, meine Damen und Herren, daß Dr. Kreisky in den letzten vier Jahren offizielle Besuche in Bulgarien, in der Tschechoslowakei, in Polen, in Rumänien, in der UdSSR gemacht und jedesmal verkündet hat, wieviel Eisenbahnwaggons, wieviel Lastwagen

7028

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Dr. Mock

zusätzlich exportiert werden, Industrieanlagen, während wir aber bezüglich der Entwicklung unserer Exporte nach Osteuropa in der unteren Hälfte der europäischen Länder liegen. Ich muß diese Verkündigungspolitik, soweit es den Herrn Bundeskanzler anbelangt, eben als Schaumschlägerei bezeichnen.

Am eindeutigsten ist das zum Ausdruck gekommen im Zusammenhang mit unseren Beziehungen zu Ägypten. Sie erinnern sich vielleicht, Herr Bundesminister, wie Sadat in Österreich auf Besuch war. Da konnte man von den Industrieprojekten nur in Milliardenhöhe lesen. Es wurde eine Gemischte Kommission eingesetzt.

In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 13. April 1976 hieß es: „Projekte für 1,8 Milliarden ... fix“. „... 2,6 Milliarden Schilling sind in Ausarbeitung.“

Jetzt, ein Jahr später, gibt es zwei fixe Aufträge in der Höhe von 400 Millionen Schilling. Und von 42 Kooperationsplänen werden derzeit drei verwirklicht. Das zeigt einmal mehr die Unseriosität der Aussagen des Herrn Bundeskanzlers.

Nun bin ich ohnehin skeptisch, wenn das Bemühen auch richtig ist, Herr Bundesminister, daß man allein mit Auslandsbesuchen die Außenhandelsbilanz korrigieren kann. Das Wesentliche für den Erfolg auf den Märkten im Ausland, Herr Bundesminister, ist die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und gerade bei Ägypten zeigt sich das, wo man, wie gesagt, 42 Projekte angekündigt hat, mit Milliardenbeträgen gearbeitet hat und wohin wir tatsächlich gute politische Beziehungen haben. Es kommt auf die Qualität der Produkte an, auf die Kosten der Produkte, auf die Länge der Finanzierung, auf den Zinssatz der Finanzierung und auf alle diese Dinge. Da wird hart gerechnet und gemessen, und es wiegt auch das Wort des Herrn Bundeskanzlers nicht mehr als irgendein anderer Hinweis, wenn es um die internationalen Handelsbeziehungen geht.

Ich kann mir daher nur wünschen, daß man letztlich auch in der Bundesregierung weiß, daß die Entscheidung über die Stärke im Ausland mit der Wirtschaftspolitik und mit der Finanzpolitik steht und fällt, die im Inneren betrieben wird, und nicht nur mit diplomatischen Besuchen.

Nun, Herr Bundesminister, möchte ich noch eine kurze Bemerkung machen zur rechtlichen Stellung der Volksgruppen in Österreich. Nach dem Fehlschlag des Ortstafelgesetzes unseligen Andenkens haben sich die drei im Parlament

vertretenen Parteien zusammengefunden, haben versucht, den Scherbenhaufen wegzuräumen, und haben zu einer Konsenslösung gefunden. Die Opposition oder auch die beiden Oppositionsparteien haben der Regierung spätestens mit 1. Juli dieses Jahres und den gemeinsam beratenen Verordnungen ein Instrument in die Hand gegeben, das es ihr ermöglichen soll, die Erfüllung des Artikels 7 des Staatsvertrages endgültig außer Zweifel zu stellen.

Und jetzt, Herr Bundesminister – ich möchte darüber keine Polemik beginnen –, vergeht ein Monat nach dem anderen. Wir haben weder einen ungarischen noch einen tschechischen Volksgruppenrat, wir haben weder einen slowenischen noch einen kroatischen. Ich muß mich fragen, ob die Regierung beziehungsweise vor allem der Herr Bundeskanzler tatsächlich alle Möglichkeiten seines Amtes, das Gewicht seines Amtes wahrnimmt, um diese Gesetze und diese Verordnung mit lebendigem Inhalt zu erfüllen.

Ich melde Zweifel daran an. Ich glaube, daß wir die Gesetze und Verordnungen jetzt umsetzen müssen, Herr Bundesminister, das heißt, in einer relativ ruhigen Zeit, und nicht dann, wenn durch eine falsche Bombe oder durch andere Dinge eine Emotionalisierung stattfindet und es dann völlig unmöglich ist, die Leute an einen Tisch zu bringen.

Ich gebe zu, daß man das wahrscheinlich nur stufenweise machen kann. Aber ich darf Sie erinnern, Herr Bundesminister, daß auch in anderen Hauptstädten – in Rom bezüglich Südtirols, in Bern bezüglich des Jura, in London bezüglich Nordirlands – falsche Vorstellungen über die Gefährlichkeit der Situation da waren.

Die drei Parteien haben der Regierung das Instrument gegeben. Die Regierung hat jetzt Politik zu machen und die Verordnung und Gesetze durchzuführen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Nur noch eine kurze Bemerkung, ein Ersuchen, sich auch persönlich zu verwenden, daß das Weißbuch zur Information der österreichischen und der internationalen Öffentlichkeit, das meiner Erinnerung nach von allen drei Fraktionen gewünscht wird, endlich von der Regierung erarbeitet wird. Es kam jetzt eine neue Publikation, eine, wenn Sie wollen, Dokumentensammlung über die rechtliche Stellung der Volksgruppen in Österreich heraus. Das ist nicht eine leserliche Zusammenstellung für den politisch interessierten Staatsbürger – das wissen Sie genau –, was wir unter einem informativen Weißbuch verstehen.

Außerdem ist es – nur so nebenbei bemerkt – etwas billig abgefaßt. Sicherlich gehört die Erklärung des Bundeskanzlers dazu. Wenn es aber ein Dreiparteienkonsens ist, wo außerdem

Dr. Mock

die zwei Oppositionsparteien der Regierungspartei geholfen haben, aus der Sackgasse herauszufinden, dann hätte es nicht geschadet, wenn in dieser Dokumentation zum Beispiel auch die Ausführungen der Obmänner der beiden Oppositionsparteien enthalten gewesen wären. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Zittmayr: Sie wissen nicht, was sich gehört!)*

Meine Damen und Herren, es ist heute schon viel gesagt worden zum Kampf für die Verwirklichung der natürlichen Grund- und Freiheitsrechte. Ich glaube, ein hervorragendes Beispiel, wo Menschen mit persönlichem Einsatz um die Verwirklichung dieser Grund- und Freiheitsrechte kämpfen, ist die osteuropäische Dissidentenbewegung. Die Persönlichkeiten wie Sol-schenizyn, Maximow und Panin, Bukowski oder Kardinal Slipyj sind hervorragende Beispiele, die zeigen, daß auch jahrzehntelange kommunistische Diktatur den Freiheitsdrang der Menschen nicht unterdrücken kann. Es war und ist für mich ein beeindruckendes Ereignis, wie diese Personen, die mit eigenem Engagement gekämpft und gelitten haben, vor dem Sacharow-Tribunal in Rom über den jahrzehntelangen Terror in den kommunistischen Staaten ausgesagt haben.

Es ist immer etwas bedrückend, meine Damen und Herren, wenn man hier bei jeder Gelegenheit über ferne Länder diskutiert, über Chile oder auch über Kambodscha. Ich glaube, es gibt keinen Zweifel darüber - ich kann das zumindest für meine Fraktion sagen -, daß wir eine Diktatur, wie sie in Chile besteht, mit allem Nachdruck ablehnen und auch voll solidarisch sind mit den Christdemokraten in Chile. Wir wenden uns aber immer gegen diese Doppelbödigkeit, als ob rechte Diktaturen schlechter wären als linke Diktaturen. Wir haben linke Diktaturen in Europa vor der Haustür. Daher, glaube ich, ist es angebracht, beides mit gleichem Nachdruck zu verurteilen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hier möchte ich, meine Damen und Herren, einige Bemerkungen zum Eurokommunismus machen und sie auch mit Bemerkungen zum Entwurf für ein neues SPÖ-Programm verbinden. Ich möchte zuerst doch feststellen, daß mir die Passage bezüglich des Eurokommunismus, die sich im SPÖ-Programm befindet und in der man von möglichen demokratischen Entwicklungen spricht, einfach zu billig und zu illusionistisch ist.

Es ist im Punkt 3.6.1. erstens einmal die Rede - Herr Abgeordneter Blecha, ich lese es Ihnen vor - vom „einsetzenden Prozeß der Demokratisierung in den kommunistischen Staaten“. Ich glaube, daß das noch eine Illusion ist, daß diese Formulierung voreilig ist. Illusionen bei den

Kommunisten sind besonders gefährlich, denn sie haben, wenn man sich ihnen hingeeben hat, immer ins Gefängnis geführt. Es ist daher meiner Auffassung nach kein Anlaß für einen solchen Erwartungshorizont.

Was nun den Eurokommunismus anlangt, meine Damen und Herren: Wodurch zeichnet sich der orthodoxe Sozialismus oder Marxismus aus? Vor allem durch den historischen Materialismus, durch den proletarischen Internationalismus als die Formel, mit der man sich unter der Oberhoheit Moskaus im ideologischen Kampf befindet, durch den demokratischen Zentralismus, was bedeutet, daß von der Spitze der Partei alles geführt wird, durch den Klassenkampf und durch die Diktatur des Proletariats.

Der Eurokommunismus verzichtet verbal auf die meisten dieser Prinzipien. Die Eurokommunisten sind aber letztlich nicht bereit, daraus die praktischen Konsequenzen zu ziehen. Sie haben bisher weder den Parteienpluralismus noch die Machtalternative zwischen Opposition und Regierung noch die Existenz autonomer Gewerkschaften noch die natürlichen Grund- und Freiheitsrechte irgendwo praktisch anerkannt, wo sie mehrheitsmäßig dazu die Möglichkeit gehabt hätten. Sie haben sich bisher auch nicht ... *(Abg. Dr. Scrinzi: Schicken Sie diese Rede auch dem Andreotti?)* Ja, die schicke ich gerne auch dem Andreotti, Herr Abgeordneter Scrinzi.

Wie steht denn die Situation in Italien? Dort gibt es zwei besondere Faktoren. Wir haben eine seit Jahrzehnten gespaltene sozialistische Partei, die keine echte Alternative zur Christlich-Demokratischen Partei darstellt. Wir haben zweitens Linksparteien, die es ablehnen, mit den Christlich-Demokraten eine Koalition zu bilden als Alternative zu den Kommunisten. Na glauben Sie, die Christdemokraten sollen den Kommunisten freiwillig die Macht überlassen? Ich würde das ablehnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber Sie, Herr Abgeordneter Scrinzi, können mich gerne auch zitieren, wie immer die Entwicklung in der Zukunft ist. Ich würde ein offenes Wort auch gegenüber einem Parteifreund nicht scheuen. *(Abg. Dr. Scrinzi: Ich meinte nur: Sagen Sie es Ihrem Parteifreund Andreotti!)* Jawohl. Herr Abgeordneter Scrinzi, ich bin ja dankbar, denn das hat mir Gelegenheit gegeben, die Situation näher aufzuklären. *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenrufe.)*

Meine Damen und Herren! Was immer sich auch an Idealismus hinter mancher Aussage der Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei verbirgt ... *(Abg. Blecha: ... und die Kommunisten haben keinen Nährboden!)* Wissen Sie, Herr Abgeordneter Blecha, wenn ein Zwischenruf

7030

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Dr. Mock

passiert, so schaue ich gelegentlich hin, wer ihn gemacht hat, und dann überlege ich erst, ob ich eine Antwort gebe. *(Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP. - Abg. Peter: Er muß Ihnen ja die Antwort aus dem Parteiprogramm geben! Das kann doch nicht der Außenminister! - Heiterkeit.)*

Meine Damen und Herren! Worum geht es an und für sich bei dieser Bewegung? *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Sie können allenfalls, wenn Sie unbedingt wollen, nach mir noch das Wort nehmen. *(Weitere Zwischenrufe.)*

Meine Damen und Herren! Worum geht es letztlich bei dieser Frage? Entweder es wird die politische Theorie des Marxismus konsequent angewendet - dann gibt es keine Politik mit menschlichem Antlitz -, oder aber eine Partei entfernt sich vom Marxismus, dann gibt es auch die Chance für eine politische Praxis mit menschlichem Antlitz. *(Beifall bei der ÖVP. - Widerspruch der Abg. Dr. Hertha Firnberg.)* Nein, Frau Bundesminister! Darf ich doch höflicherweise auf Ihren Einwurf Rücksicht nehmen und folgendes sagen: Selbst die sozialistischen Parteien mußten sich als Revisionisten - als Revisionisten, Herr Abgeordneter Czernetz! - beschimpfen lassen, weil sie sich von einem Teil der marxistischen Ideologie um die Jahrhundertwende distanziert haben. *(Abg. Czernetz: Sie sprechen von Marxismus-Leninismus!)* Da muß ich Ihnen zusätzlich etwas sagen. Das heißt, Sie haben einen Teil der marxistischen Ideologie aufgegeben, um demokratische Strukturen praktisch aufnehmen zu können. Und was heute ... *(Abg. Czernetz: Was Sie zuvor als Kennzeichen gegeben haben, ist das, was man Marxismus-Leninismus nennt!)* Nein, es tut mir sehr leid, diese Momente finden - Herr Abgeordneter Czernetz, das wissen Sie ganz genau ... *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Der historische Materialismus, der Klassenkampf und die Diktatur des Proletariats sind wesentliche Bestandteile des Marxismus, wesentliche Bestandteile des Marxismus! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich habe Verständnis, wenn Sie sich davon distanzieren. *(Abg. Czernetz: Sie haben vorher noch etwas anderes dazugesagt!)* Jawohl, ich habe vorhin auch den proletarischen Internationalismus und den demokratischen Zentralismus erwähnt. Das ist die Ergänzung, die durch Marxismus, Leninismus dazukam. *(Zustimmung bei der ÖVP. - Abg. Czernetz: Nein!)* Ja, Sie haben es ja gerade behauptet. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Czernetz: Nicht nur! - Zwischenruf des Abg. Dr. Gradenegger. - Abg. Dr. Gruber: Herr Gradenegger studieren Sie es zuerst einmal!)*

Meine Damen und Herren! Abschließend zu

zwei Punkten. In dem Entwurf für ein sozialistisches Parteiprogramm heißt es:

„Die SPÖ tritt für eine weitere Demokratisierung des Zugangs zum österreichischen diplomatischen Dienst ein und strebt dessen Modernisierung und stärkere Einbindung in demokratische Entscheidungsstrukturen an.“

Bitte, ich kann nur sagen, wenn das alles so undemokratisch ist: Der Bundeskanzler war rund 16 Jahre lang Außenminister - warum hat er nie etwas geändert, wenn das so undemokratisch ist? *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Ich habe Ihre Erklärung im Budgetausschuß zur Kenntnis genommen, nämlich daß Sie dazu stehen, daß auch in Hinkunft die Aufnahme in den diplomatischen Dienst nach Chancengleichheit, aber nach der Qualifikation des einzelnen erfolgen soll. Ich nehme an, daß Sie bei diesem Wort bleiben. Wir legen größten Wert darauf, daß sich das auch in der Praxis der Durchführung des neuen Dienstrechtsgesetzes zeigt.

Wir sind noch weit weg von allgemein objektivierten Aufnahmebedingungen in den öffentlichen Dienst. Das Ausschreibungsgesetz der sozialistischen Alleinregierung hat sich ja als völlig durchlässig erwiesen. Anerkennenswerterweise hat auch die Frau Bundesminister Firnberg vor kurzem erklärt, daß es in gewissen Bereichen nicht angewendet werden kann. *(Abg. Schemer: Wie ist das beim Maurer?)*

Wir glauben, daß im Außenamt mit der Aufnahmepfung derzeit die denkbar beste Regelung besteht. Ich würde Sie bitten, unbedingt daran festzuhalten, wenn Sie auf eine kooperative Haltung der Opposition Wert legen. Das, meine Damen und Herren, möchte ich abschließend gesagt haben.

Wir werden uns bei anderer Gelegenheit noch mit den anderen Ausführungen des Entwurfs für ein sozialistisches Programm auseinander setzen.

Überall dort, wo Grundsätze von marxistischem Gedankengut geprägt sind, wird es Schwierigkeiten für eine gemeinsame Außenpolitik geben.

Überall dort, wo das Interesse unseres Landes, die Freiheit des einzelnen und die soziale Gerechtigkeit, Herr Abgeordneter Blecha, im Vordergrund stehen, wird es Gemeinsamkeit geben können. *(Langanhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Außenminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister Dr. Pahr

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten **Dr. Pahr**: Herr Vorsitzender! Hohes Haus! Angesichts der späten Stunde werde ich mich bemühen, sehr kurz zu sein. Ich möchte mit der Beantwortung einer zuletzt gestellten Frage beginnen. Der Herr Abgeordnete Mock hat Zweifel daran geäußert, daß das bisherige System der Aufnahmeprüfung im Außenamt beibehalten wird. Es wird nicht nur beibehalten, sondern es wird auch verbessert und erstmalig in rechtlich verbindlicher Weise vorgeschrieben. Die entsprechende Verordnung wäre heute bereits erlassen, wenn nicht die von der Personalvertretung und mir vorgeschlagene und für richtig befundene Lösung auf den Widerspruch der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten gestoßen wäre. Sobald die Frage gelöst ist, wird diese Verordnung erlassen sein.

Ich darf als nächstes auf die Frage der Lage der Volksgruppen in Österreich, insbesondere der slowenischen Volksgruppe in Kärnten, eingehen. Mir ist das Problem sehr wohl bewußt. Ich weiß, daß das Problem geeignet ist, unsere zwischenstaatlichen Beziehungen zu belasten. Ich bin auch genauso wie Sie davon überzeugt, daß das von diesem Haus einstimmig beschlossene Volksgruppengesetz eine geeignete Grundlage für die Lösung dieser Probleme darstellt. Wenn es insbesondere zur Bildung der Volksgruppenbeiräte noch nicht gekommen ist, so liegen die Gründe dafür – das wissen Sie sehr genau – nicht bei der Regierung. Sie können jedoch versichert sein, daß von der Regierung alles getan wird, damit es möglichst bald zur vollen Vollziehung des Volksgruppengesetzes kommt.

Nun vielleicht noch zu zwei Problemkreisen einige Aussagen: Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß in allen Teilen der Welt Menschenrechte verletzt werden. Wenn wir zu den Menschenrechten auch die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte zählen und die Situation in den Entwicklungsländern betrachten, dann ist die Lage wirklich katastrophal. Ich verstehe daher, wenn immer wieder davon gesprochen wird, daß die Menschenrechtspolitik etwa der Vereinten Nationen doppelbödig sei, weil sie insbesondere auf die Lage im südlichen Afrika ausgerichtet ist.

Zunächst eines: Kampf gegen Rassismus und Kolonialismus sind wesentliche Elemente unseres Demokratieverständnisses.

Zweitens – das muß auch festgehalten werden –: Apartheid ist eine besonders qualifizierte Form von Menschenrechtsverletzungen; qualifiziert deshalb, weil sie systematisch, absichtlich und gewollt betrieben wird. Das ist der Grund, warum sich die Weltöffentlichkeit mit solchem

Nachdruck gegen das System der Apartheid wendet.

Ich möchte hier auf die Ausführungen eingehen, die Abgeordneter Karasek als Vertreter der österreichischen Regierung in New York dargelegt hat. Wir sind der Meinung, daß das, was die Weltöffentlichkeit auf diesem Gebiet tut, notwendig ist, die Regierung in Südafrika zur Stimme der Vernunft zu bringen und sie zu veranlassen, diese unmenschliche und verheerungsvolle Politik im Interesse auch der weißen Bevölkerung Südafrikas zu beenden.

Wir sind aus diesem Grunde gleichfalls der Meinung, daß wir – auch das wurde bereits gesagt – die Resolution des Sicherheitsrates über das obligatorische Waffenembargo gegen Südafrika befolgen sollen. Wir sehen darin weder eine Verletzung unserer Neutralität noch eine Maßnahme, die uns neutralitätspolitisch unangebracht erscheint.

Wir werden in der Antwort an den Generalsekretär der Vereinten Nationen etwa folgende Erklärung abgeben: Bei dieser Gelegenheit möchte die österreichische Bundesregierung neuerlich die grundsätzlichen Erwägungen betreffend den besonderen Status und die Verpflichtungen Österreichs als immerwährend neutraler Staat bekräftigen, wie sie bereits in der Note der österreichischen Regierung vom 28. Feber 1967 betreffend die Resolution 232 des Sicherheitsrates über Sanktionen im Falle Südrhodesien niedergelegt wurden.

Mit dieser Erklärung werden wir dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mitteilen, daß wir die Resolution des Sicherheitsrates beachten werden.

Abschließend noch einige Worte zur Frage der Achtung der Menschenrechte. Ich glaube, die österreichische Bundesregierung hat sich in ihrer gesamten Politik überall für die Menschen eingesetzt, die in ihren Grundrechten, in ihren Menschenrechten verletzt worden sind. Wir haben Flüchtlinge aus den Staaten des kommunistischen Ostens genauso wie aus Uganda, aus Vietnam, aus Chile, aus Argentinien und noch aus vielen anderen Staaten aufgenommen. An dieser Politik wollen wir auch festhalten.

Nun noch zu einem zweiten Problemkreis, der mir besonders wichtig erscheint: die Auslands-kulturpolitik. Hier zunächst eine Feststellung, die zwar technischer Natur, jedoch sehr wichtig ist. Wir haben erstmals in diesen Tagen die Sektion für Auslandskulturpolitik in einer räumlichen Einheit zusammengefaßt. Die Büros der Sektion Auslandskulturpolitik waren bisher auf zwei, ja sogar drei verschiedene Häuser verteilt und dort noch verstreut untergebracht. Erstmals wird es möglich sein, sie räumlich

7032

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 1. Dezember 1977

Bundesminister Dr. Pahr

zusammenzufassen. Der Sektion wird damit auch die Möglichkeit gegeben, ihre Aufgaben besser zu erfüllen.

Nun zum Konzept unserer Auslandskulturpolitik. Wir haben uns bereits in den vergangenen Jahren bemüht, das moderne Österreichbild viel stärker darzustellen. Wir haben gerade im letzten Jahr erreicht, daß wir sehr ausgeglichen in unseren Auslandskulturaktivitäten sind, und zwar ausgeglichen zwischen Musik, Literatur, Ausstellungen sowie Wissenschaft und Forschung. Wir wollen dieses Prinzip einer möglichst ausgeglichenen Darstellung der österreichischen Kultur im Ausland als Prinzip auch in Zukunft beachten.

Was die territoriale Gliederung betrifft, so haben wir uns entschlossen, Schwerpunkte vorzusehen. Solche Schwerpunkte sind für die nächsten Jahre Osteuropa, der skandinavische Raum und die Iberische Halbinsel. Was die Frage der Auslandskulturarbeit in den Entwicklungsländern betrifft, so wollen wir uns derzeit damit begnügen, dort weiterzuarbeiten, wo wir bereits Schwerpunkte haben.

Ergänzt wird dieses Konzept der Auslandskulturpolitik durch die Arbeit unserer bestehenden Kulturinstitute. Wir werden keines dieser Kulturinstitute auflösen, aber wir werden uns überlegen und sind diesbezüglich bereits sehr weit gekommen, die Arbeitsweise der Auslandskulturinstitute verschieden zu gestalten. Es muß ein Unterschied gemacht werden, ob ein Kulturinstitut in einem Land liegt, in dem es sich einer freien Kulturszene gegenüberstellt, oder nicht. In jenen Staaten wird es genügen, daß es in erster Linie eine Vermittlungstätigkeit ausübt. Anders ist es in Staaten mit einem staatlich geregelten Kulturleben. Dort wird man wohl auch weiterhin auf eigene Veranstaltungen nicht verzichten können.

Wir glauben, daß wir auf diese Weise doch die Auslandskulturpolitik zur dritten Säule der Außenpolitik in Österreich gemacht haben, und zwar neben der reinen Außenpolitik und neben der Wirtschaftspolitik. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Ettmayer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf zuerst kurz den Herrn Bundesminister berichten: Es war tatsächlich ein Teil der Fraktion des öffentlichen Dienstes, der sich für die Aufrechterhaltung der Aufnahmeprüfung ausgesprochen hat, und zwar unsere Fraktion. Dagegen ausgesprochen hat sich die sozialistische Frak-

tion unter Herrn Ministerialrat Karny. Herr Bundesminister, das ist die Wahrheit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber, Herr Bundesminister, Sie haben es ja wirklich nicht leicht als österreichischer Außenminister. Das ganze Dilemma unserer Außenpolitik kommt in einer Überschrift der „Arbeiter-Zeitung“ zum Ausdruck, nach der Herr Bundeskanzler Kreisky am 7. Mai erklärt hat: „Kreisky: Kein Zweifel mehr – Assad will Frieden in Nahost“.

Ich glaube, diese Überschrift ist wirklich sehr aufschlußreich. Sie zeigt nämlich: Der Herr Bundeskanzler fährt durch die Welt, gibt große Erklärungen ab *(Abg. Dr. Blenk: Keine Ahnung von der Wirklichkeit!)* über Dinge, die weit weg liegen von Österreich, aber man hat nicht den Eindruck, daß der Herr Bundesminister mit diesen Aussagen in irgendeiner Weise befaßt ist.

Ich möchte daher hier doch noch kurz darauf eingehen, inwieweit in der österreichischen Außenpolitik eigentlich Themen behandelt werden, die unsere Bevölkerung direkt interessieren, beziehungsweise inwieweit unsere Bevölkerung tatsächlich in den Willensbildungsprozeß der Außenpolitik eingebunden ist.

Karl Jaspers hat einmal als Kennzeichen für den Wirkungsgrad einer Politik folgendes gesagt: Das Maß der Öffentlichkeit ist Kriterium für die Freiheit eines Volkes und für die Wirksamkeit der dort geführten Politik. Die politische Freiheit verlangt, daß öffentlich geschehe, was das Schicksal aller bestimmt. Öffentlich soll es bedacht, öffentlich der Entschluß vorbereitet werden.

Sogar der Sozialist Olof Palme hat in einem Vortrag in Wien einmal ausgeführt – er hat damals über die Rolle der kleinen Staaten in der Welt referiert –: „Die grundsätzlichen Prinzipien der schwedischen Außenpolitik haben die Zustimmung des Volkes. Die Neutralitätspolitik ruht auf der Überzeugung der schwedischen Bevölkerung, daß diese Politik am besten geeignet ist, die Interessen des Landes zu wahren.“

Aber wie sieht die Situation in unserem Land aus? Ich darf vielleicht einige Meinungsumfragen zitieren, um einen gewissen Einblick zu gewähren:

Auf die Frage, ob sie an den außenpolitischen Themen interessiert seien, antworteten 41 Prozent unserer Landsleute mit nein. Ich glaube, unter diesen 41 Prozent ist auch der Großteil der sozialistischen Fraktion, sonst wären Sie heute etwas aufmerksamer gewesen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Etmayer

Gefragt wurde in derselben Meinungsumfrage: Welcher der neutralen Staaten in Europa könnte seine Neutralität am besten verteidigen? Da gaben 50 Prozent der Österreicher der Schweiz den Vorzug, ein Drittel räumte Schweden den Vorrang ein, und lediglich 10 Prozent der befragten Österreicher glaubten, daß wir in der Lage wären, die Neutralität am besten zu sichern.

Die Schwierigkeiten, welche die wirtschaftlichen Vorwirkungen der Neutralität mit sich bringen, sind ja ohnehin fast gänzlich unbekannt. Wir haben ja schon einmal hier in diesem Plenum darüber gesprochen, daß ein Viertel der Österreicher glaubt, die Bundesregierung tue nicht genug zur Sicherung der Neutralität. Der Herr Bundesminister hat damals geglaubt: Na bitte, wenn jeder Dritte glaubt, wir täten genug, so wäre das ohnehin gut. Aber, Herr Bundesminister, das ist ein derart wesentlicher Bereich! Nehmen Sie vielleicht den Ernährungssektor her und stellen Sie sich vor, jeder dritte Österreicher glaubt, es würde nicht genug getan in diesem Bereich. Da würden Sie sich anschauen! Im Bereich der Neutralität macht Ihnen das offensichtlich nichts. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber das distanzierte Verhältnis des Österreichers zu Fragen der Außenpolitik ist wohl dadurch erklärlich, daß eben der Österreicher kaum in den Prozeß der Willenspolitik in diesem Bereich miteinbezogen ist.

Herr Klubobmann Fischer hat verdienstvollerweise ein Buch herausgegeben, in dem sehr klar dargelegt wird, daß in Österreich ohnehin nur eine ganz kleine Gruppe weiß, was überhaupt im Bereich der Außenpolitik vor sich geht, und daß fast niemand mit eingeschaltet ist. In diesem Buch heißt es dann ganz klar und deutlich: Die Außenpolitik wird in Österreich in einer undemokratischen Art und Weise betrieben. Ich glaube, das kann man nur bestätigen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Obwohl die Mitwirkungsbefugnis des Nationalrates im Bereich der Außenpolitik ohnehin nicht allzu bedeutend ist, wird bei jeder Gelegenheit versucht, das Mitspracherecht des Parlamentes weiter zu beschneiden. Ich verweise nur auf das Gesetz über den Ausverkauf der diplomatischen Immunitäten an internationale Organisationen beziehungsweise auf das Gesetz über die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial, wo von der Regierung versucht wurde, in Hinkunft den Nationalrat, das Parlament doch zu umgehen.

Der Außenpolitische Ausschuß ist, so heißt es

in der Literatur, von der Kooperation des Bundesministers abhängig, er kann nur zusammentreten, wenn eine Vorlage da ist. Bitte, wie kooperativ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Androsch.)* Herr Vizekanzler, bitte. *(Abg. Dr. Androsch: Die außenpolitische Geisterstunde haben wir jetzt!)* Es ist Mitternacht in der österreichischen Außenpolitik! Darum geht es, Herr Vizekanzler! *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf des Abg. Sekanina.)*

Herr Sekanina! Es freut mich, daß Sie sagen, es ist eine Spitzenleistung, daß man einmal aufzeigt, der Außenminister soll sich doch etwas mehr um eine Kooperation mit dem Parlament kümmern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundesminister ist unlängst in die Ausrede geflüchtet, Österreich sei eben keine Großmacht und das Interesse der Bevölkerung könne deshalb auch nicht allzu groß sein.

Nun kann uns wirklich nichts Besseres passieren, als daß wir als derart unbedeutend betrachtet werden, daß man sagen kann, es könne eine Politik über die Köpfe der Betroffenen hinweg gemacht werden?

Herr Bundesminister, die Funktion unserer Neutralitätspolitik kann nicht darin liegen, Tarnkappe zu sein für alles, um alles dem Blick der Öffentlichkeit zu entziehen. Unsere Bevölkerung soll aktiv und bewußt an der Gestaltung unserer Neutralität mitwirken. Doch was wird denn der Bevölkerung schon aufgezeigt, was erfahren wir über die völkerrechtlichen Pflichten in bezug auf die Wahrung unserer Neutralität? Was wissen wir über die Möglichkeiten, die uns eine Politik im Donaauraum bietet, und was können wir machen zur Intensivierung der Politik gegenüber dem Osten, wenn es in Österreich kaum Schulen gibt, in denen eine slawische Sprache unterrichtet wird?

Herr Bundesminister! Überlegen Sie sich wirklich einmal, was tatsächlich in Österreich getan wird, um eine engere Verbindung zwischen der Bevölkerung und der Außenpolitik herzustellen. Ich habe vor kurzem erst versucht, in einer Buchhandlung in der Kärntner Straße ein Buch über die österreichische Außenpolitik zu erhalten. Es ist mir nicht gelungen.

Lesen Sie sich einmal die Protokolle durch, die nach einem Staatsbesuch verfaßt werden, und trachten Sie dann, irgendwelche tatsächlichen Ergebnisse, die Aufschlüsse geben über die geführten Verhandlungen, zu bekommen.

Im Ausschuß habe ich schon darauf hingewiesen: Da tritt ganz groß die Österreichisch-Unga-

7034

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 2. Dezember 1977

Dr. Etmayer

rische Kommission zusammen, und es wird darüber gesagt, daß eine umfassende Bilanz der bilateralen Beziehungen gezogen und Anregungen für die weitere Intensivierung der Kontakte ausgearbeitet wurden. Und dann müssen Sie, Herr Bundesminister, zugeben, daß diese Anregungen in keiner Weise bei Ihrem Besuch in Budapest aufgegriffen worden sind.

In einem anderen Abschlußprotokoll ist ganz großartig davon die Rede, daß in Hinkunft die Zusammenarbeit zwischen Österreich und Ungarn im Bereich der Europäischen Wirtschaftskommission ausgebaut werden soll, und dann kommt man darauf, daß das gar nicht möglich ist, weil dort in Blöcken gearbeitet wird.

Diese mangelnde Beziehung zwischen der Bevölkerung und der Außenpolitik ist deshalb äußerst gravierend, weil eben beide doch sehr stark voneinander abhängen.

Ich möchte nochmals Jaspers zitieren, der gesagt hat: „Der Friede beginnt im eigenen Haus. Der Weltfriede beginnt mit dem inneren Frieden der Staaten. Im innenpolitischen geistigen Kampf um die Herrschaft muß die Gesinnung der Friedlosigkeit, welche die Gewalt möchte, wenn sie nur könnte, verschwinden. Denn die Friedlosigkeit in der Innenpolitik macht auch den Frieden in der Außenpolitik unmöglich.“

Herr Bundesminister! Wenn nun 75 Prozent der österreichischen Bevölkerung überhaupt nicht oder nur sehr gering an jenen Beziehungen interessiert sind, die wir zu anderen Staaten pflegen, dann ist das doch äußerst bedenklich. (*Abg. Libal: Wieso wissen Sie das?*) Aufgrund von Meinungsumfragen, die durchgeführt worden sind. (*Beifall bei der ÖVP. - Abg. Libal: Das müssen Sie doch einmal beweisen!*) Ich werde sie Ihnen schicken.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß dieses mangelnde Interesse äußerst bedenklich ist und wir uns doch fragen müssen, was die Ursachen dafür sind.

Ich möchte dafür auf jeden Fall zwei Ursachen nennen. Erstens: die Regierung hat kein außenpolitisches Konzept, und zweitens: die Willensbildung im Bereich der Außenpolitik ist undemokratisch.

Und das ist viel ernster, meine Damen und Herren, als Sie glauben. Denn ein demokratischer Staat in dieser schwierigen geographischen Situation kann es sich einfach nicht leisten, daß ein so wichtiger Bereich der Politik

losgelöst von der öffentlichen Meinung und losgelöst von der Bevölkerung betrieben wird. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dies vor allem aus einem Grund: Eine Bevölkerung, die sich nicht mit der Außenpolitik ihres Landes identifiziert oder über die Ziele letztlich im unklaren gelassen wird, wird im Krisenfall nicht bereit sein, Opfer für diese Außenpolitik zu bringen. Die österreichische Außenpolitik, wie sie heute aber praktiziert wird, hat eher die Form einer Politik in einem Obrigkeitsstaat und kann in keiner Weise den einzelnen echt dazu bewegen, eine innere Beziehung zur äußeren Politik zu bekommen.

Meine Damen und Herren! Diese Kluft zwischen Bevölkerung und Außenpolitik in Österreich hat bei Gott nicht immer bestanden. Ich darf darauf verweisen, daß Julius Raab, als er als Leiter der österreichischen Delegation am 15. April 1955 aus Moskau zurückgekommen ist, vor allem der österreichischen Bevölkerung - ich zitiere: allen „Österreichern auf den Bergen, in den Tälern, in den Städten und auf dem Lande“ - gedankt hat. Weiters hat dann Raab noch gesagt, daß die Haltung des österreichischen Volkes in der Zeit von 1945 bis 1955, welche die Bewunderung der ganzen Welt hervorgerufen hat, wesentlich zur Wiedererlangung der Freiheit beigetragen hat.

Leopold Figl wurde einmal von einem ausländischen Beobachter als ein Diplomat im höchsten Sinne des Wortes bezeichnet (*Heiterkeit bei der SPÖ*) und zwar deshalb, weil er einen geraden Sinn, einen Hausverstand und eine Verbundenheit zum Volke hatte. Die geht Ihnen jetzt offensichtlich ab, sonst würden Sie nicht darüber lachen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Trachten Sie daher, diese Beziehung zwischen Außenpolitik und Bevölkerung wieder herzustellen. Wenn die österreichische Freiheit nur aufgrund der Haltung der Bevölkerung erreicht werden konnte, dann kann sie auch nur mit der Bevölkerung gewahrt werden.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen aber nicht nur eine stärkere Basis für die österreichische Außenpolitik, sondern wir brauchen auch neue Schwerpunkte. (*Zwischenrufe bei der SPÖ. - Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wir brauchen auch neue Schwerpunkte in der österreichischen Außenpolitik, und zwar vor allem deshalb, weil heute das Gewicht zu einseitig auf die multilateralen Beziehungen gelegt wird.

In dem Außenpolitischen Bericht, der vom

Dr. Ettmayer

Bundesminister diesem Parlament vorgelegt wurde, handelten 80 Seiten (*Unruhe - Präsident Minkowitsch gibt das Glockenzeichen*) von Österreichs Beziehungen zu den Vereinten Nationen und lediglich 17 Seiten von Österreichs Beziehungen zu den europäischen Nachbarn und zu den Großmächten. (*Zwischenrufe des Abg. Sekanina.*) Herr Sekanina, das könnte Sie vielleicht jetzt interessieren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

In diesem Außenpolitischen Bericht erfährt der überraschte Staatsbürger, daß sich der Sicherheitsrat mit der Komoren-Insel Mayotte und der Situation auf Timor befaßt hat, daß über Antrag von Bangla-Desh das Gangeswasser bei Farakka abgeleitet werden soll und daß das Sekretariat der Internationalen Atomenergieorganisation aus 390 Konzeptsbeamten, 648 GS-Posten und 242 M-Posten besteht. Über den Beschäftigtenstand auf unseren Botschaften und darüber, daß bei uns öfter gar keine Briefe im Außenministerium geschrieben werden können, weil es dafür kein Personal gibt, steht natürlich nichts drin. In diesem Außenpolitischen Bericht ist die Namibia-Frage so ausführlich dargestellt wie unsere Beziehungen zu England und Frankreich zusammen. Es ist eben viel leichter, Papiere abzuschreiben, als sich selbst Gedanken und Konzepte über die österreichische Außenpolitik zu machen.

Herr Bundesminister! Ich darf Ihnen daher empfehlen, in Hinkunft in den Bericht über die Außenpolitik mehr über unsere echten Interessen und weniger über Farakka, Timor und Mayotte zu schreiben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Dies vor allem deshalb, weil ja seit langem klar ist, daß die Vereinten Nationen in wesentlichen Bereichen krank sind und jene Aufgaben, die sie ursprünglich hätten übernehmen sollen, in keiner Weise erfüllen konnten.

Die Hauptaufgabe der Vereinten Nationen, nämlich die Erhaltung des Weltfriedens, konnte bisher in keiner Phase erfüllt werden, und die Glaubwürdigkeit dieser Organisation hat vor allem deshalb sehr gelitten, weil eben in wichtigen Fragen doch sehr einseitige Haltungen eingenommen worden sind.

Dennoch glaubt die österreichische Außenpolitik immer noch, sich vor allem auf diese Organisation abstützen zu können, wobei es bei Gott besser wäre, die Beziehungen zu unseren direkten Nachbarn entsprechend auszubauen. (*Unruhe.*)

Wie der jüngste Besuch des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten gezeigt hat, sind zu

diesem Land die Beziehungen äußerst abgekühlt.

Was Jugoslawien betrifft, so hat ein Kommentator erst unlängst festgestellt, daß zu diesem Land die Beziehungen „bewölkt sind mit Neigungen zu Gewitterregen über Kärnten“.

Bitte, ich möchte jetzt eines feststellen: Wenn ich hier kaum Gelegenheit habe, zu reden, dann werde ich eben etwas länger sprechen müssen, um meine Gedanken entsprechend darzulegen. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Beziehungen mit der Schweiz gelten zwar als bestens, gemeinsam in Aussicht genommene Projekte über Entwicklungshilfe konnten jedoch in keiner Weise realisiert werden, und auch bei den Verhandlungen über den Transfer von internationalen Beamten von Genf nach Wien ist es in keiner Weise zu einer Einigung gekommen.

Als Sie, Herr Bundesminister, vor kurzem in der Bundesrepublik waren, um doch eine Verminderung unseres Außenhandelsdefizits zu erreichen, sind Sie auch mit leeren Händen zurückgekommen.

Ich will jetzt gar nicht aufzählen, wie weit unsere Beziehungen zu den Nachbarstaaten noch verbessert werden könnten, aber doch ganz klar eines sagen: Die Tatsache, daß bilaterale Beziehungen besser sind als das Vertrauen in die Vereinten Nationen, hat ganz klar die Affäre in Mogadischu gezeigt, wo es der Bundesrepublik Deutschland nicht über die UNO gelungen ist, ihr Flugzeug wiederzubekommen, sondern aufgrund der guten diplomatischen Kontakte mit diesem Land.

Als zweiten Schwerpunkt darf ich doch noch anführen, daß eine Intensivierung der Außenpolitik dahin gehend äußerst notwendig wäre, daß eben der Mensch stärker in den Mittelpunkt auch dieser Politik gerückt wird. Zweifellos war lange Zeit die Staatsräson hier eindeutig dominierend, aber in den letzten Jahren sind ja doch auch Fragen wie Raumordnung, Arbeitsmarktsicherung, Gesundheit und Bildung sehr wesentlich davon abhängig gemacht worden, wie weit sie international behandelt werden. Und ein Beitrag zu diesen Fragen von österreichischer Seite würde unsere Politik sicherlich mehr interessieren als der Wasserstand des Ganges und die Entwicklung auf Timor. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Als dritten Schwerpunkt möchte ich noch sagen: Wir brauchen einfach auch in der Außenpolitik ein Konzept.

7036

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 2. Dezember 1977

Dr. Ettmayer

Sie haben es diesbezüglich sicherlich nicht sehr eilig. Sie haben schon am 4. November 1976 angekündigt, daß Sie das Außenministerium reformieren wollen, daß die Strukturen, die dort bestehen, überkommen sind und eine moderne Außenpolitik nicht ermöglichen.

Aber was sollen Sie auch reformieren, wenn einerseits aufgrund der katastrophalen Budgetpolitik kein Geld für Reformen vorhanden ist und andererseits der Herr Bundeskanzler bei jeder Gelegenheit irgendeinen außenpolitischen Vorschlag fallenläßt.

Ich möchte zum Abschluß dem hohen Plenum und insbesondere der sozialistischen Fraktion doch noch in Erinnerung rufen, welche Projekte der Herr Bundeskanzler in den vergangenen Monaten in den Raum gestellt hat.

Vor dem Europarat hat der Herr Bundeskanzler Kreisky im Herbst 1976 vorgeschlagen, eine Staatenkonferenz einzurichten, die sich einerseits mit der Entspannungsstrategie und andererseits mit der dritten Welt befassen soll. Weiters hat Bundeskanzler Kreisky eine OECD-ähnliche Institution vorgeschlagen, um regelmäßige Aussprachen in politischen Fragen zu ermöglichen.

Bei seinem letzten Besuch in Prag im vorigen Jahr hat Kreisky angeregt, ein Modell zu schaffen, um zu demonstrieren, daß auch ein neutrales Land mit kommunistischen Staaten in Freundschaft zusammenarbeiten kann. Beim letzten Besuch von Štrougal hat man von diesem Modell bei Gott nichts mehr gehört.

Impulse für die weitere Integration Europas gab Bundeskanzler Kreisky am 27. März 1976 in Klagenfurt. Auch als Haferkamp jetzt in Wien war, wurde von diesen Impulsen in keiner Weise mehr gesprochen.

Besonders interessant sind die vom Bundeskanzler geäußerten Gedanken zum Marshall-Plan. Der Herr Vizekanzler hat noch nicht gesagt, ob die Währungsreserven jetzt wirklich dafür eingesetzt werden oder nicht. Aber interessant ist jedenfalls, daß Kreisky in Paris davon spricht, daß das ein Marshall-Plan für Afrika sein soll. In Caracas hingegen hat er gleich die ganze Welt in diesen Marshall-Plan miteinbezogen.

Im Mai 1976 hat der Bundeskanzler einen sozialdemokratischen Friedensplan für Nahost in Aussicht gestellt. Ich glaube, dieser Friedensplan müßte jetzt bald ausgearbeitet werden, sonst kommt er zu spät für die Verhandlungen in Kairo.

Bundeskanzler Kreisky hat dann auch noch eine Kürzung der Subventionen für die Entwicklungshilfe angeregt und vor allem – das ist auch ganz interessant – eine Behandlung der innerdeutschen Grenzzwischenfälle auf der Sicherheitskonferenz in Belgrad.

Im September letzten Jahres hat der Bundeskanzler den Vorschlag gemacht, ausländische Staatsbesuche in ihrem Umfang und in ihrer Zahl zu verkürzen und zu verkleinern.

Herr Bundesminister! Ich möchte Sie fragen, ob Besuche der ausländischen Delegationen seit diesem Vorschlag tatsächlich geringer und kleiner geworden sind.

Bundeskanzler Kreisky hat auch noch Aussprachen zwischen Europa und Amerika vorgeschlagen. Vor dem sozialistischen Parlamentsklub hat der Bundeskanzler einmal vorgeschlagen, ein Konzept für ein gemeinsames Vorgehen bei der Belgrader Sicherheitskonferenz zu erarbeiten. Meine Damen und Herren, ich glaube, ich könnte heute von Ihnen dieses Konzept nicht verlangen.

Um auch Aktivitäten gegenüber dem Osten anzuregen, hat der Bundeskanzler einmal eine engere Kooperation zwischen Ost und West vorgeschlagen.

Herr Bundesminister! Ich möchte Sie jetzt gar nicht fragen, ob Sie von all diesen Vorschlägen im vorhinein wußten. Ich möchte nur eines sagen: Mit einer derartigen Wirrwarripolitik kann man keine Außenpolitik betreiben. Was wir brauchen, ist ein klares außenpolitisches Konzept! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Wir brauchen ein klares außenpolitisches Konzept. Sie brauchen mehr Kontakt mit der Bevölkerung. Sie brauchen klare Richtlinien, und weil Sie diese nicht haben, können wir Ihrer Außenpolitik nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Spezialberichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe III des Bundesvoranschlages 1978. Diese umfaßt das Kapitel 20 in 631 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Nationalrat XIV. GP - 73. Sitzung - 2. Dezember 1977

7037

Präsident Minkowitsch

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 1504/J bis 1506/J eingelangt sind.

Anlagen (631 und Zu 631 der Beilagen):

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, Freitag, den 2. Dezember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein.

Beratungsgruppe VII: Soziale Verwaltung,

Beratungsgruppe XV: Gesundheit und Umweltschutz.

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978 samt

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 0 Uhr 20 Minuten